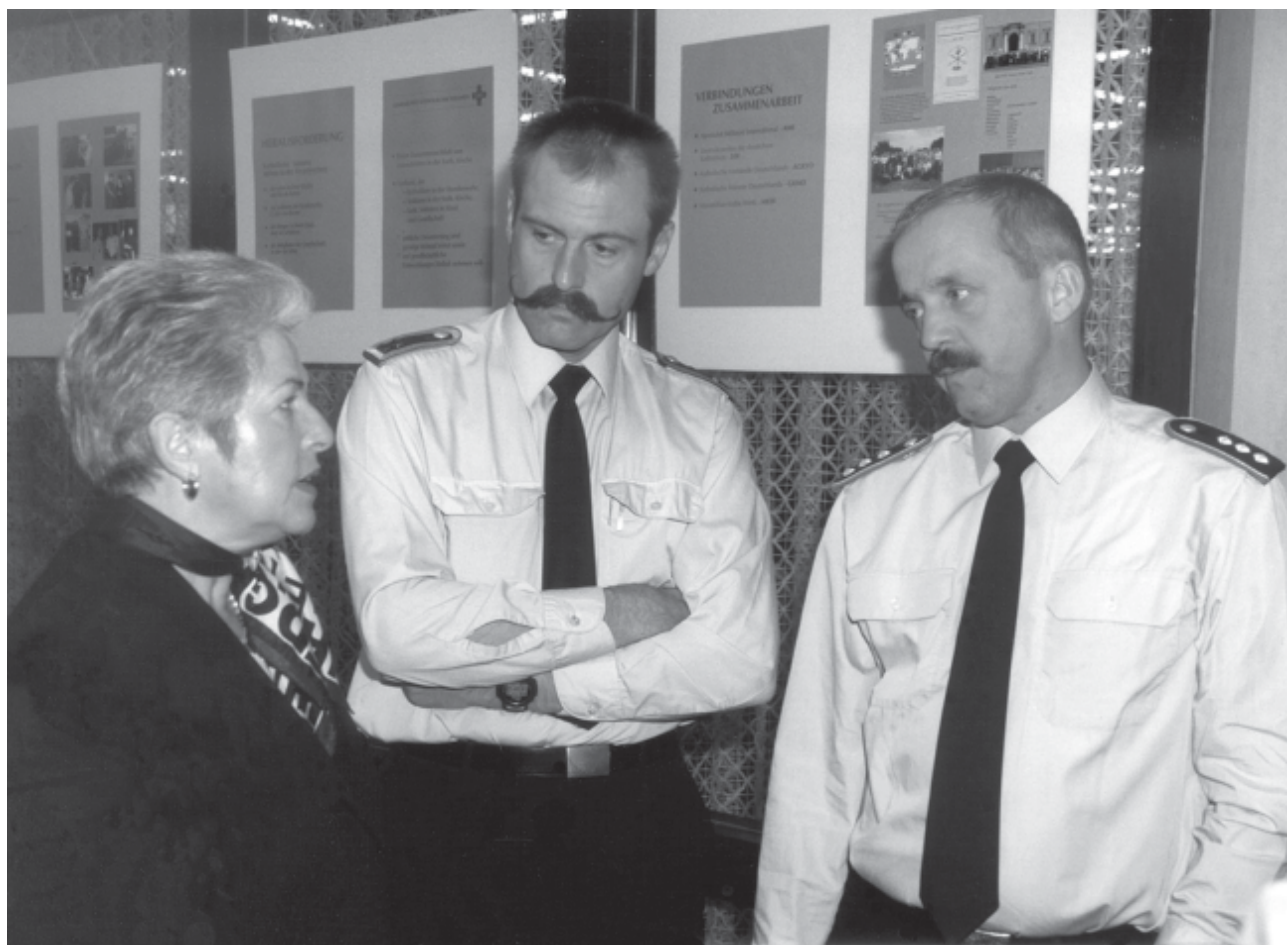


AUFTRAG



HEFT 238 / 2000

39. JAHRGANG



- 49. Gesamtkonferenz der katholischen Militärseelsorge
- Heiliges Jahr 2000 / Jahresthema / Weltfriedenstag
- Männergestalten: »Moses«

GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN

INHALT

EDITORIAL	3	SICHERHEITSPOLITIK / FRIEDENSETHIK	
HEILIGES JAHR 2000		Eine ungehaltene Rede (Helmut Jermer)	67
JAHRESTHEMA: „DER ZUKUNFT HOFFNUNG GEBEN – MIT JESUS CHRISTUS FÜR GERECHTIGKEIT UND FRIEDEN“		Zusammenarbeit zwischen Bundeswehr und NGO's (Klaus Liebetanz)	72
Einführung in das Jahresthema 2000 (Walter Theis)	4	Die letzten Tage von Srebrenica – Ein Augen- zeugenbericht (Klaus Liebetanz)	76
STICHWORT: Heiliges Jahr	5	SPIRITUALITÄT / MANN IN DER KIRCHE	
DATEN UND FAKTEN: Zweitausend Jahre Christentum	6	Moses (Michael Overmann)	80
Papst-Botschaft zum Weltfriedenstag 2000	7	KIRCHE UNTER SOLDATEN	
ÖKUMENE: Gedanken zur Einheit der Kirchen (Walter Theis)	13	44. GESAMTKONFERENZ DER KATH. MILITÄRSEELSORGE:	
Martyrologium des 20. Jh. (Paul Schulz)	15	Neue Aufträge der Bundeswehr, Erfahrungen seel- sorglicher Begleitung, Anfragen zum Kosovo- Konflikt (Marco Schauff)	84
GKS-AKADEMIE OBERST HELMUT KORN		Bericht zur Lage der Katholischen Militärseelsorge (Militärgeneralvikar Jürgen Nabbefeld)	85
„IN VERANTWORTUNG VOR GOTT UND DEN MENSCHEN – WELCHES LEITBILD PRÄGT DEN SOLDATEN AN DER JAHRTAUSENDWENDE?“		Grußadresse der Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages Claire Marienfeld	94
Einführung in die Dokumentation (Paul Schulz) ..	17	Grußwort des Generalinspektors der Bundeswehr General Hans Peter von Kirchbach	95
Verantwortung in der Risikogesellschaft (Karl Gabriel)	19	AUS DER GKS	
Wer war Bonifatius	27	WB II: Arbeits- und Wehrbereichskonferenz	97
Aspekte der Inneren Führung am Beginn eines neuen Jahrtausends (Claire Marienfeld)	28	WB III: GKS-Kreis Aachen:	97
Führung, Ausbildung und Erziehung heute (Karl-Heinz Lather)	32	Familienwerkwoche in Marktredwitz	98
Was hat sich verändert, wie geht es weiter? (Rüdiger Moniac)	38	GKS-Kreis Mechernich	99
Der Beitrag der Christen zur Entwicklung von Werten in unserer Gesellschaft an der Jahrtausendwende (Paul M. Zulehner)	45	WB IV: GKS - Kreis Bad Neuenahr-Ahrweiler: ...	99
Eingeschoben: Als Christen in diesem Staat engagieren (Heinz W. Brockmann)	57	WB VI: GKS-Kreis Ingolstadt	100
Exkursion „Blick über den Zaun“ ins Frankenland (Paul Schulz)	59	APOSTOLAT MILITAIRE INTERNATIONAL (AMI):	
BLICK IN DIE GESCHICHTE		Laienarbeit in den Streitkräften – Der katholische Soldat im Jahr 2000	101
VOR 125 JAHREN: Retter der Demokratie: Winston Churchill (Eckhard Stuff)	62	KURZ NOTIERT	61, 71, 79
Korrumpierte Elite – Dienen und Verdienen (Eckhard Stuff)	63	PERSONALIA	105
Die Wehrmacht im Spiegel von Publikationen (Helmut Fettweis)	64	FÖRDERKREIS DER GKS (FGKS):	106
		AUTOREN	107
		KALENDERBLATT	
		Festkalender der Religionen	108
		TERMINE 2000	110
		BUCHBESPRECHUNGEN	111

TITELBILD: Einen wesentlichen Raum in diesem AUFTRAG nimmt die Dokumentation des 7. Seminars der GKS-Akademie Oberst Helmut Korn ein. Die zum Thema „Aspekte der Inneren Führung am Beginn eines neuen Jahrtausends“ als Referentin eingeladene Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages Claire Marienfeld nahm sich ausreichend Zeit für Gespräche mit den anwesenden Soldaten

(Foto: F. Brockmeier)

EDITORIAL

Liebe Lesergemeinde,

seit fast einem Monat schreiben wir das Jahr 2000. Bei aller Diskussion um den tatsächlichen Jahrtausendwechsel sollten wir als Christen nicht das Ereignis aus dem Auge verlieren, das zu dieser Zeitfestlegung geführt hat: Die Geburt Jesu Christi. Mit ihm hat unsere Zeitrechnung begonnen, die sich nicht nach einem zufälligen Kalendarium richtet.

Auch die GKS kann mit Blick auf das Heilige Jahr 2000 und auf die vor ihr liegenden Aufgaben eine neue Zeit anbrechen lassen. Das fordert die Gemeinschaft heraus, wie insgesamt die Kirche, insbesondere aber die katholische Kirche in Deutschland herausgefordert ist, sich den wirklich wichtigen Fragen des 21. Jahrhunderts zu stellen. Auch dazu will AUFTRAG Beiträge liefern, so wie in diesem Heft mit dem thematischen Einstieg ins Hl. Jahr 2000 und mit der Dokumentation der 7. GKS-Akademie Oberst Helmut Korn.

Mit dem ersten AUFTRAG des Hl. Jahres 2000 wünscht die Redaktion allen Lesern Gottes reichen Segen und seine Heil bringende Gnade.

Halten Sie dem AUFTRAG, der mit dem nächsten Heft Nr. 239 in das 40. Erscheinungsjahr geht, weiterhin die Treue, auch wenn die Lektüre unseres umfangreichen Heftes einige Zeit und Mühen kostet. Allen, welche die Redaktion mit publizierbaren Beiträgen versorgen, danken wir von Herzen. Zugleich bitten wir um Verständnis, dass gelegentlich Zuschriften, wie z.B. in dieser Ausgabe aus Platzgründen, nicht berücksichtigt werden können.

Ihre Redaktion

INTERNATIONALE SOLDATENWALLFAHRT
„MIT CHRISTUS BEWAHREN“
Einladungen zur Rom-Wallfahrt sind bei den
Dienststellen der Standortpfarrer erhältlich

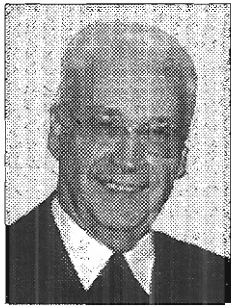


ROM

15. - 22. NOVEMBER 2000

Anmeldeformulare und weitere Informationen erhalten Sie bei Ihrem zuständigen Standortpfarrer

Hrsg. Katholische Militäraseelsorge des Bundeswehrbereichs



DER ZUKUNFT HOFFNUNG GEBEN – MIT JESUS CHRISTUS FÜR GERECHTIGKEIT UND FRIEDEN

MILITÄRDEKAN PRÄLAT WALTER THEIS

„Gleicht euch nicht dieser Welt an, sondern wandelt euch durch ein neues Denken.“ (Röm)

Thema und Ziel christlichen Lebens ist, den einzigen wahren Gott zu erkennen und Jesus Christus nachzufolgen, der gesandt ist, damit wir alle gerettet werden. Alles soll dem dienen, was an christlicher Erziehung und Frömmigkeit angeboten bzw. gefordert wird.

Dazu gehört auch das, was wir im organisierten Laienapostolat der Militärseelsorge jedes Jahr als unser „Jahresthema“ festlegen: Neue Impulse für die Erneuerung und Wandlung in das hinein, was wir „christlichen Leben“ nennen. Das wird im kommenden Jahr verstärkt durch die Feier des „Großen Jubeljahres – des Heiligen Jahres“.

Viel zu oft, fast ausschließlich bleiben unser christliches Selbstverständnis und unser christliches Tun äußerlich, oberflächlich. Es ist gleichsam wie ein Zuckerguss, mit dem wir unser wirkliches Leben, das von allen möglichen Maßstäben und Werten im Innersten geprägt ist, überformen. Christliche Existenz prägt uns selten bis in das Innerste unseres Seins. Aber genau darum geht es wirklich, wenn wir denn Christen sein wollen. Das Thema, das wir für unsere Arbeit im Hl. Jahr formuliert haben, will uns dabei helfen: „DER ZUKUNFT HOFFNUNG GEBEN – MIT JESUS CHRISTUS FÜR GERECHTIGKEIT UND FRIEDEN“.

Zum Verständnis der Gerechtigkeit aus der Sicht des Christen

Das große Thema der letzten Jahre in Kirche – Politik – Gesellschaft ist die Gerechtigkeit. Um bei diesem Begriff anzufangen: alles schreit nach Gerechtigkeit! Das heißt bei Vielen: „Mir das Meine“. Definiert ist Gerechtigkeit aber als: „Jedem das Seine“.

Das ist ein wesentlicher Unterschied. Denn es ist hier die so genannte austeilende oder verteilende Gerechtigkeit gemeint. Etwas was man zunächst äußerlich tut. Man braucht sich nicht zu wundern, dass trotz ernsthafter und riesiger Anstrengungen diese Form der Gerechtigkeit in der Welt nicht oder nur unzulänglich zustande kommt. Man kann nichts geben und machen, was man selbst nicht ist. Wenn ich nicht in meinem tiefsten Wesen gerecht bin, kann ich nicht Gerechtigkeit herstellen oder vermitteln.

Wie und wann wird oder ist man gerecht? Hier ist nicht die dem Urteil anderer Menschen anheim gestellte Charaktereigenschaft gemeint, wie z.B., dieser Mann ist gerecht. Das bin nicht einmal ich selbst mit meiner Meinung und immer guten Ab-

sicht oder meinem Gewissen. In der Bibel ist es nur einer, der feststellen kann und darf, ob ein Mensch gerecht ist. Das ist allein Gott! Gerecht ist der, der vor dem Urteil Gottes bestehen kann.

Gottes Gerechtigkeit greift ein und stellt von sich aus die Gerechtigkeit des Menschen her (vgl. Gleichnis vom König, der die Riesenschuld erlässt, oder vom Gutsbesitzer, der zu den verschiedenen Tagesabschnitten Arbeiter in seinem Weinberg dingt).

Gerechtigkeit schenkt Gott gratis, umsonst. Diese Gerechtigkeit hat ihren Grund nicht in unserer Güte und Vorzüglichkeit, sondern einzig in der königlich frei geschenkten Gnade Gottes. Nicht der Mensch schafft Gerechtigkeit, er kann sie nur annehmen aus Gnade und im Glauben.

Für alle ungläubigen Idealisten und Moralisten ist dies anstößig, für alle Sünder und Christen ist es eine tröstliche Botschaft.

Die frohe Botschaft von der „Gerechtigkeit, die vor Gott gilt“ und die nur er schafft und schenkt – aber welcher „normale“ Christ kennt die-

se schon –, vermittelt uns Vergebung der Sünden, Rechtfertigung vor Gott und ein neues Leben und damit die Möglichkeit eines neuen Verhaltens im eigenen Leben und im eigenen Wirken.

Wer sich so verstehen gelernt hat, so sein Leben als Christ sieht und einschätzt, der trägt und bringt Frucht im Sinne Jesu Christi. Eine Frucht, die lebenserneuernd und heilend wirkt in dieser Zeit und relevant bleibt für die Ewigkeit.

Diese Gerechtigkeit, die Jesus meint, ist überströmend anders im Vergleich zu der Gerechtigkeit, nach der so oft die so genannten Gebildeten und Frommen dieser Welt streben (Mt 5,20).

Der anständige Mensch, wenn er aber gottlos ist (Realbefund vieler heutiger nominaler Christen), grenzt sich mit seinen sogenannten Tugenden (die vier Kardinaltugenden sind nur Grundbemühungen) und Qualifikationen gegenüber denen ab, die sie nach seiner Meinung nicht haben. Dabei wirken sein Verhalten und seine angeblichen Vorzüge drückend und einklagend auf seine Mitmenschen. Seine „so genannte Gerechtigkeit“ hat etwas Dünkelhaftes, Drückendes auf seine Mitmenschen. Sie hat etwas Unnahbares, Kaltes, sie teilt sich einfach nicht mit. Das ist der letzte Grund, warum diese Art irdischer Gerechtigkeit nie über den gut gemeinten, aber ineffektiven Versuch hinauskommt, Gerechtigkeit unter den Menschen zu etablieren.

Gerechtigkeit in diesem Sinn heißt letztlich nichts anderes als: „Recht haben“ dem Anderen gegenüber. Im besten Fall: Interessenausgleich. Können wir damit aber eine wirklich dauerhafte Friedensordnung aufbauen, die tragfähig ist?

Anerkennenswert sind vielleicht die Anstrengungen, die wir machen. Erfolge bleiben uns auf Dauer versagt. Wer sich aber immer nur anstrengt – wenn auch gut gemeint –,

ohne letztlich dauerhaften Erfolg zu haben, endet im Frust.

Der gottnahe Mensch, das müsste ja ein Christ sein, ist nicht aus Konvention, sondern aus Einsicht und Überzeugung gerecht. D.h. er hat sich als Christ in

seinem Sein,
seinem Denken,
seinem Handeln

eben nicht der Welt mit

ihrem Sein,
ihrem Denken,
ihrem Handeln

angeglichen. Er erahnt den Überfluss, jene Hülle und Fülle, die ihm gegeben ist und die von Gott ausfließt. Denn „der Gerechte lebt aus dem Glauben“ (Röm 1,17), da das Angebot Christi steht: „Wer Durst hat, komme zu mir und es trinke, wer an mich glaubt“, so wie die Schrift

sagt: „Aus seinem Innern werden Ströme von lebendigem Wasser fließen.“ (Joh 7,37 f.) – Wenn Gerechtigkeit letztlich ein Stück mit Versöhnung zu tun hat und zu tun haben will, dann muss diese Gerechtigkeit aus der Versöhnungstat Jesus Christus herkommen, das zu bezeugen, sind alle Christen berufen, aufgerufen.

Eine solche Gerechtigkeit wirkt ermutigend auf die Schwachen, teilt sich mit, belebt, erwärmt und erleichtert es Anderen, an die Ehrlichkeit des Bemühens um Gerechtigkeit zu glauben. Man kann gerecht handeln, weil man selbst gerecht gemacht ist. In einem Gerechten in diesem Sinn ist für seine Mitmenschen nicht nur ein menschlicher Versuch am Werk, sondern Gott selbst.

Wer so gerecht ist und der Gerechtigkeit dienen will, ist nicht nur

im Allgemein-Verschwommenen gottverbunden und gottgeleitet. Er ist immer konkret im Einzelnen für eine bestimmte Aufgabe von Gott selbst gerüstet und erleuchtet, jeder Zeit, jedem Menschen, jedem Volk, jeder besonderen Lage gerecht zu werden (1 Kor 9,20-23, 2 Kor 6,1-10, Phil 4, 12). Der durch den Glauben Gerechte und damit der Sache der Gerechtigkeit Verbundene, hat die Kraft konkret zuzupacken. Denn lebt er aus einer anderen Kraftquelle als der eigenen, die sich letztlich in Mitleid, gutem Willen und Gerechtigkeitsgefühl erschöpft. Er fasst seine Sache, die Sache der Gerechtigkeit, eben auch göttlich an.

Teil II „Zum Verständnis des Friedens aus der Sicht des Christen“ folgt in AUFTRAG 239. □

STICHWORT HEILIGES JAHR: GLAUBENSDEMONSTRATION UND VERSÖHNUNGSFEIER

Büßerzüge, Feste und religiöse Schwärmer

JOHANNES SCHIDELKO (KNA-Korr.)

Es gab Heilige Jahre der Büßer und der Schwärmer. Rauschende barocke Feste standen im Kontrast zu nüchternen Glaubensdemonstrationen, Jubelfeste und Dankfeiern wechselten mit Sühnjahren. Manche Jahre fielen Kriegen und Unruhen zum Opfer. Das erste Heilige Jahr wurde 1300 ausgerufen: Papst Bonifaz VIII. griff die Endzeitstimmung zum Jahrhundertwechsel auf und gewährte „allen, die in diesem gegenwärtigen und in jedem folgenden hundertsten Jahr ehrfürchtig zu diesen Basiliken kommen, ...vollste Vergebung aller ihrer Sünden“. Die Romfahrt samt Ablass bekam eine neue Dimension. Sie ersetzte auch die Buß- und Wallfahrtsidee der kurz zuvor endgültig gescheiterten Kreuzzüge.

Der Abstand zwischen den Heiligen Jahren wurde von 100 auf 50, auf 33 und schließlich auf 25 Jahre verkürzt. Schon das nächste Jubeljahr 1350 fand ohne den Papst statt. Der residierte im französischen Avignon und ließ sich nicht zur Rückkehr bewegen. Das Heilige Jahr 1390 war geprägt vom großen abendländischen Schisma mit zahlreichen Gegenpäpsten. Um 1400 herrschte eine ähnliche religiöse Spannung wie 100 Jahre zuvor. Aus Südfrankreich

kamen Büßer und religiöse Fanatiker. Am „Zug der Weißen“ – so genannt nach ihrer Kutte – sollen 120.000 Menschen teilgenommen haben.

Eine „Heilige Pforte“ wurde im Petersdom erstmals 1500 vom umstrittenen Borgia-Papst Alexander VI. einem Freund feierlicher Zeremonien, geöffnet. Er stellte neben dem Portal große Truhen für das Opfergeld auf, das freilich zum Teil in den Taschen seines Sohnes Cesare landete. Daher verbot Klemens VII. für 1525 generell, Opfergeld zu kasieren. Kaum ein Heiliges Jahr war so stark von Glaubens- und Kirchenerneuerung geprägt wie das von 1575. Nach der Reformation hatte die katholische Kirche mit dem Trienter Konzil wieder Tritt gefasst. Gastgeber – vor dem Rohbau des neuen Petersdoms – war Gregor XIII., der Papst der Kalender-Reform. Das Heilige Jahr 1625 war überschattet vom 30-jährigen Krieg. Papst Urban VIII. verbot, Rom mit Waffen zu betreten. Das barocke Leben mit vielen Festen und Schauspielen prägte dieses wie die nächsten Jubiläumsjahre.

Kein Heiliges Jahr gab es 1800. Pius VI. war von Napoleon verschleppt worden und starb 1799 im Exil. Für 1825 kündigte Leo XII.

wieder ein Anno Santo an. Aber es fand in einem Klima der Unsicherheit und Angst vor Revolutionären und Verschwörung statt. Danach blieb die Heilige Pforte für 74 Jahre geschlossen. 1848 brachen Revolutionen aus; Pius IX. musste fliehen. 25 Jahre später rief der gleiche Papst – der sich nach dem Ende des Kirchenstaates als „Gefangener“ im Vatikan fühlte – nur symbolisch ein Jubeljahr aus. Der „Sozial-Papst“ Leo XIII. verfolgte mit dem gutbesuchten Jubiläum von 1900 ein doppeltes Ziel. Seine „Politik der Pilgerzüge“ – man reiste per Bahn an – sollte der katholischen Welt die schwierige Lage des Papstes zeigen. Und Italiens Regierung sollte die Beliebtheit des Papstes erfahren.

In einer neuen kirchlichen Aufbruchstimmung fand das Heilige Jahr 1925 statt. Es hatte einen starken missionarischen Charakter. Die erste Heilig-Jahr-Statistik ermittelte 582.234 Pilger. 1950 – nach Weltkrieg und Faschismus und vor dem Hintergrund der Teilung Europas – bestimmte Pius XII. die festliche Szene. Drei Millionen Pilger kamen. Der Papst verkündete das Dogma der leiblichen Aufnahme Mariens in den Himmel. Nüchterer, im Geist des Konzils, war das „Anno Santo“ 1975. Die Romfahrten erlebten mit neun

Fortsetzung auf Seite 8, Sp. 1 u.

DATEN UND FAKTEN:

Zweitausend Jahre Christentum

49/50:	Apostelkonzil von Jerusalem; die Kirche breitet sich im Mittelmeerraum aus; in Rom entsteht eine christliche Gemeinde.	1492:	Columbus „entdeckt“ Amerika.
64/67:	Petrus und Paulus sterben in Rom den Märtyrertod.	1517:	Die 95 Thesen Martin Luthers führen zur Reformation und zur Spaltung der abendländischen Christenheit.
312:	Konstantins Sieg an der Milvischen Brücke, das Christentum wird im Römischen Reich toleriert und bald Staatsreligion.	1522-1523:	Papst Hadrian VI.: In Utrecht geborener, vorerst letzter Papst aus dem deutschsprachigen Raum.
325:	Das Erste Ökumenische Konzil in Nizäa formuliert das Glaubensbekenntnis.	1534:	König Heinrich VIII. von England bricht mit Rom und macht sich zum Oberhaupt der englischen Kirche.
529:	Der heilige Benedikt erlässt seine Ordensregel, die die Entwicklung des Abendlandes stark beeinflusst.	1555:	Augsburger Religionsfriede dekreditiert für das Reich den Anfang von Toleranz.
597:	Papst Gregor der Große entsendet Missionare nach England.	1545-63:	Das Konzil von Trient leitet die überfälligen Reformen der katholischen Kirche ein und definiert die katholische Lehre gegenüber den Kirchen der Reformation.
622:	Auszug Muhammads von Mekka nach Medina, damit beginnt die Zeitrechnung des Islam.	1648:	Im Westfälischen Frieden wird die Spaltung der abendländischen Kirche reichsrechtlich anerkannt.
716-754:	Bonifatius missioniert in Deutschland.	1798 u. 1808:	Napoleon besetzt Rom und verschleppt die jeweiligen Päpste.
800:	Kaiserkrönung Karls des Großen durch den Papst in Rom.	1814:	Der Wiener Kongress stellt den Kirchenstaat wieder her.
996-999:	Papst Gregor V., erster deutscher Papst.	1832:	Kölner Ereignis: „Mischehenstreit“ zwischen Staat und Kirche in Preußen.
1054:	Bruch zwischen der Kirche des Ostens und Westens, zwischen Rom und Byzanz.	1848:	Erster deutscher Katholikentag in Mainz; erste Versammlung der deutschsprachigen Bischöfe in Würzburg.
1077:	Bußgang von Kaiser Heinrich IV. nach Canossa zu Papst Gregor VII., Höhepunkt im Ringen von Papst und Kaiser um den Vorrang von weltlicher oder geistlicher Macht in der Kirche.	1869/70:	Das Erste Vatikanische Konzil definiert die Lehre vom päpstlichen Universalprimat und von der päpstlichen Unfehlbarkeit.
1096:	Papst Urban II. ruft den ersten Kreuzzug zur Befreiung des Heiligen Landes aus.	1870:	Der Kirchenstaat wird von italienischen Truppen besetzt.
1122:	Wormser Konkordat: Regelung der Frage der Einsetzung von Bischöfen zwischen Papst und Kaiser für Deutschland, Italien und Burgund.	1871-1887:	Kulturkampf in Preußen.
1182-1226:	Franz von Assisi, Gründung des Franziskanerordens.	1929:	Die Lateran-Verträge beenden den Streit zwischen dem Papst und Italien, die Gründung des Vatikanstaats garantiert dem Papst völkerechtliche Unabhängigkeit, ein Konkordat regelt die Beziehungen zwischen Vatikan und Italien.
1244:	Endgültiger Verlust von Jerusalem an die Sarazenen 1300: Papst Bonifaz VIII. ruft das erste Heilige Jahr aus.	1933:	Konkordat zwischen Vatikan und dem Deutschen Reich.
1309-77:	Die Päpste residieren auf Drängen des französischen Königs in Avignon. Das „Exil“ mündet in das Abendländische Schisma mit Gegenpäpsten und ungeklärter Kirchenleitung.	1937:	Enzyklika „Mit brennender Sorge“ gegen die Nationalsozialisten.
1414-18:	Das Konzil von Konstanz stellt die abendländische Kircheneinheit wieder her.	1962-65:	Zweites Vatikanisches Konzil, von Papst Johannes XXIII. eröffnet und von Paul VI. beendet.
1447:	Mit Nikolaus V. beginnt die 100-jährige Ära der Renaissance-Päpste. Sie fördern Wissenschaft und Künste und hinterlassen ein einmaliges Kulturerbe (Michelangelo, Raffael). Hinter politischen Herrschaftsambitionen und Nepotismus treten die Kirchenreformen zurück.	1978:	Johannes Paul II. wird zum Papst gewählt, als erster Nichtitaliener seit knapp 500 Jahren. Der Pole Karol Wojtyła trug nach Ansicht führender Politiker maßgeblich zur Wende von 1989 und zum Ende des Kommunismus bei. (KNA)

PAPST-BOTSCHAFT ZUM WELTFRIEDENSTAG AM 1. JANUAR 2000

Humanitäre Einmischung zur Entwaffnung eines Aggressors erlaubt

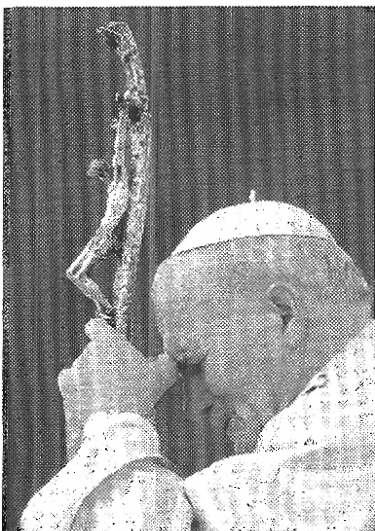
Papst Johannes Paul II. verlangt in seiner Botschaft zum Weltfriedenstag neue Formen der internationalen Zusammenarbeit. Zugleich fordert er die Wirtschaft zum Umdenken auf. Es gebe keinen echten Frieden, wenn er nicht mit Gerechtigkeit, Solidarität, Gleichheit und Wahrheit verbunden sei, heißt es in dem am 13.12.1999 veröffentlichten Text. Insbesondere müssten „endgültige Lösungen für das alte Problem der internationalen Verschuldung der armen Länder“ gefunden werden, unterstreicht der Papst. Auch fordert er mehr finanzielle Mittel für den Kampf gegen Hunger, Unterernährung, Krankheit, Analphabetismus und die Umweltverschmutzung. In seiner Botschaft verlangt der Papst den Schutz der Zivilbevölkerung bei kriegesischen Auseinandersetzungen (Nr. 9) und forderte eine wirksame Ahndung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit (Nr. 7-12). Dabei sei unter bestimmten Umständen auch eine „humanitäre Einmischung“ zur Entwaffnung eines Aggressors erlaubt (Nr. 11/12). Das zu Ende gehende Jahrhundert sei von schrecklichen Kriegen, Konflikten, Völkermorden und ethnischen Säuberungen geprägt, heißt es in Nr. 3 der Botschaft. Unheilvolle Nationalismen und Formen von altem Stammeshass hätten Millionen Opfer gefordert, Familien zerrissen, Länder zerstört, Flüchtlingsströme ausgelöst sowie

Elend, Hunger, Krankheiten und Unterentwicklung zur Folge gehabt. Dabei seien Kriege häufig Ursache weiterer Kriege.

Entschieden verurteilt der Papst Verbrechen gegen die Menschlichkeit (Nr. 7). Diese könnten nicht als interne Angelegenheiten einer Nation betrachtet werden. Daher käme dem internationalen Gerichtshof besondere Bedeutung zu, unterstreicht Johannes Paul II. Er beklagt weiter, dass die Zivilbevölkerung oft die dramatischsten Folgen von Konflikten zu tragen habe. Daher könne es unter bestimmten Umständen „legitim und sogar geboten sein, sich mit konkreten Initiativen für die Entwaffnung des Aggressors einzusetzen“ (Nr. 11). Allerdings müssten diese Initiativen zeitlich begrenzt und in ihren Zielen klar bestimmt sein, sie müssten das internationale Recht achten und von einer übernationalen Autorität garantiert sein, schränkt der Papst ein. Als gewaltige Herausforderung zu Beginn des neuen Jahrhunderts bezeichnet Johannes Paul II. die Armut in der Welt (Nr. 14). Sie gehe nicht auf den Mangel an Ressourcen zurück, sondern hänge mit den heutigen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Strukturen zusammen. Daher sei ein Umdenken der Wirtschaft notwendig, die nicht nur von einer „verengten Nützlichkeitsperspektive“ beherrscht werden dürfe (Nr. 15). (PS/KNA)

WORTLAUT DER BOTSCHAFT SEINER HEILIGKEIT JOHANNES PAUL II. ZUR FEIER DES WELTFRIEDENSTAGES 2000

„FRIEDE AUF ERDEN DEN MENSCHEN, DIE GOTT LIEBT!“



1. Diese Verkündigung der Engel, die vor 2000 Jahren die Geburt Jesu Christi begleitete (vgl. Lk 2,14), wird zu unserer Freude in der heiligen

Weihnachtsnacht, in der das Große Jubiläum feierlich eröffnet wird, wieder erschallen.

Die hoffnungsfrohe Botschaft, die uns aus der Grotte von Betlehem erreicht, wollen wir wieder an den Anfang des neuen Jahrtausends stellen: Gott liebt alle Männer und Frauen auf Erden und schenkt ihnen die Hoffnung auf eine neue Zeit, eine Zeit des Friedens. Seine Liebe, die in dem Mensch gewordenen Sohn, in Fülle offenbar wurde, ist das Fundament des universalen Friedens. Wenn sie im tiefsten Herzensgrund angenommen wird, versöhnt sie jeden mit Gott und mit sich selbst. Sie macht die Beziehungen der Menschen untereinander neu und weckt jenes Verlangen nach einer Haltung, die Brüdern und Schwestern eigen ist und die Versuchung der Gewalt und des Krieges zu vertreiben vermag.

Das Große Jubiläum ist unlösbar mit dieser Botschaft der Liebe und Versöhnung verbunden, welche die eigentlichen Sehnsüchte der Menschheit unserer Zeit am glaubwürdigsten zum Ausdruck bringt.

2. Im Ausblick auf ein so bedeutungsträchtiges Jahr wünsche ich erneut allen von Herzen Frieden. Allen sage ich, dass der Friede möglich ist. Er muss als ein Geschenk Gottes erfleht, aber auch mit seiner Hilfe Tag für Tag durch Werke der Gerechtigkeit und Liebe aufgebaut werden. Sicher gibt es viele und sehr komplexe Probleme, die den Weg zum Frieden steinig, ja oft zu einem entmutigenden Vorhaben machen. Dennoch ist der Friede ein Bedürfnis, das im Herzen eines jeden Menschen tief verwurzelt ist. Man darf deshalb

nicht in dem Willen nachlassen, immer wieder nach ihm zu suchen. Dabei müssen wir uns vom Bewusstsein leiten lassen, dass Gott die Menschheit, so sehr sie auch von der Sünde, von Hass und Gewalt gezeichnet ist, dazu berufen hat, *eine einzige Familie* zu bilden. Diesen göttlichen Plan gilt es anzuerkennen und dadurch zu unterstützen, dass man sich dafür einsetzt, harmonische Beziehungen unter den einzelnen Menschen und zwischen den Völkern zu suchen, und diese in eine Kultur gegenseitigen Austausches einbindet, in der es um Öffnung für das Transzendente, um Förderung des Menschen und um Achtung vor der Natur geht. Das ist die Botschaft von Weihnachten, das ist die Botschaft des Jubiläums, das ist mein Wunsch am Anfang eines neuen Jahrtausends.

Mit dem Krieg bleibt die Menschlichkeit als Verlierer zurück

3. In dem Jahrhundert, das wir hinter uns lassen, ist die Menschheit hart heimgesucht worden von einer endlosen und schrecklichen Folge von Kriegen, Konflikten, Völkermorden und „ethnischer Säuberungen“, die unsagbares Leid verursacht haben: Abermillionen von Opfern, zerrissene Familien und zerstörte Länder, Flüchtlingsströme, Elend, Hunger, Krankheiten, Unterentwicklung, Verlust unermesslicher Ressourcen. Die Wurzel so großen Leides ist eine Logik der Unterdrückung, die genährt wird von dem Verlangen nach Beherrschung und Ausbeutung anderer, von Ideologien der Macht oder eines totalitären Utopismus, von unheilvollen Nationalismen oder Formen alten Stammeshasses. Mitunter war es notwendig, der brutalen systematischen Gewalt, die es sogar auf die völlige

Ausrottung oder Versklavung ganzer Völker und Regionen abgesehen hatte, bewaffneten Widerstand zu leisten. Das 20. Jh. hinterlässt uns als Erbschaft vor allem eine Mahnung: *Kriege sind häufig Ursache weiterer Kriege*, weil sie tiefe Hassgefühle nähren, Unrechtssituationen schaffen sowie die Würde und Rechte der Menschen mit Füßen treten. Sie lösen im Allgemeinen die Probleme nicht, um deretwillen sie geführt werden. Daher stellen sie sich, außer dass sie schreckliche Schäden anrichten, auch noch als nutzlos heraus. *Mit dem Krieg bleibt die Menschlichkeit als Verlierer zurück.* Nur im Frieden und durch den Frieden ist die Achtung vor der Würde der menschlichen Person und ihrer unveräußerlichen Rechte zu gewährleisten.¹⁾

4. Angesichts des Kriegsszenarios des 20. Jh. wurde die Ehre der Menschheit von denen gerettet, die im Namen des Friedens gesprochen und gehandelt haben.

Es ist eine gebührende Pflicht, der unzähligen Menschen zu gedenken, die zur Erklärung der Menschenrechte und zu ihrer feierlichen Verkündung, zur Besiegung totalitärer Regime, zum Ende des Kolonialismus, zur Entwicklung der Demokratie und zur Schaffung großer internationaler Organisationen beigetragen haben. Leuchtende und prophetische Beispiele stellten uns jene vor Augen, die ihren Lebensentscheidungen den Wert der Gewaltlosigkeit verliehen haben. Ihr Zeugnis für konsequente Treue, das oft bis zum Martyrium ging, hat wunderbare und lehrreiche Seiten in das Buch der Geschichte geschrieben.

Unter denen, die im Namen des Friedens gewirkt haben, darf man die Männer und Frauen nicht vergessen, deren Einsatz auf allen Gebieten von Wissenschaft und Technik großartige Fortschritte ermöglicht hat, was die Überwindung schrecklicher Krankheiten sowie die Verbesserung der Lebensqualität und höhere Lebenserwartung erlaubte.

Nicht unerwähnt lassen kann ich sodann meine Vorgänger ehrwürdigen Andenkens, die der Kirche im 20. Jh. vorstanden. Durch ihr erhabenes Lehramt und ihr unermüdliches Wirken haben sie die Kirche bei der Förderung einer Kultur des Friedens ge-

lenkt. Gleichsam als Sinnbild für dieses vielfältige Wirken steht die glückliche und weit blickende Eingebung Pauls VI., der am 8. Dezember 1967 den Weltfriedenstag einführte. Dieser hat als fruchtbare Erfahrung der Reflexion und gemeinsamer Schritte zum Frieden von Jahr zu Jahr mehr Gestalt angenommen.

Die Berufung, eine einzige Familie zu sein

5. „Friede auf Erden den Menschen, die Gott liebt!“ Der Wunsch aus dem Evangelium lässt uns die bange Frage stellen: Wird das beginnende Jahrhundert im Zeichen des Friedens und einer wiedergewonnenen Geschwisterlichkeit unter den Menschen und Völkern stehen? Sicher können wir die Zukunft nicht voraussehen. Dennoch dürfen wir ein anspruchsvolles Prinzip festschreiben: *Es wird in dem Maße Frieden herrschen, in dem es der ganzen Menschheit gelingt, ihre ursprüngliche Berufung wieder zu entdecken, eine einzige Familie zu sein*, in der die Würde und die Rechte der Personen jeden Standes, jeder Rasse und jeder Religion als vorgängig und vorrangig gegenüber jeglicher Unterschiedenheit und Art anerkannt werden.

Von diesem Bewusstsein her kann die von der Dynamik der Globalisierung gekennzeichnete Verflochtenheit unserer heutigen Welt Seele, Sinn und Richtung erhalten. In diesen Entwicklungen, die freilich nicht ohne Risiken sind, liegen gerade im Hinblick darauf, dass aus der Menschheit eine auf den Werten von Gerechtigkeit, Gleichheit und Solidarität gegründete einzige Familie entstehen soll, außerordentliche und viel versprechende Chancen.

6. Dazu ist eine völlige Umkehr der Sichtweise nötig: Bei allem darf nicht mehr das besondere Wohl einer Gemeinschaft, die auf politischen Gründen, Rassenzugehörigkeit oder kulturellen Motiven gründet, an erster Stelle stehen, sondern das Wohl der ganzen Menschheit. Das Bemühen um die Erreichung des gemeinsamen Wohles einer einzelnen politischen Gemeinschaft darf nicht im Gegensatz zum *Gemeinwohl der ganzen Menschheit* stehen, das in der Anerkennung und Achtung der Men-

Fortsetzung von Seite 5 „HEILIGES JAHR“

Millionen Besuchern einen neuen Höhepunkt. Anliegen war die innere Erneuerung des Menschen und die Versöhnung der Menschen untereinander. – Johannes Paul II. hat bereits 1983 ein außerordentliches „Heiliges Jahr der Erlösung“ einberufen – 1.950 Jahre nach der Auferstehung Christi. Aber das „Große Jubiläum“ des Jahres 2000 ist sein erstes „ordentliches“ Anno Santo – und sein Lebensziel.

schenrechte zum Ausdruck kommt, wie sie von der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte 1948 sanktioniert wurden. Daher müssen die oft durch starke wirtschaftliche Interessen bedingten und bestimmten Konzepte und Praktiken überwunden werden, die das Faktum Nation oder Staat für absolut halten und diesem deshalb jeden anderen Wert unterordnen. Aus dieser Sicht sind die politischen, kulturellen und institutionellen Unterschiede und Differenzierungen, in die sich die Menschheit aufgliedert und organisiert, in dem Maße zulässig, als man sie mit der Zugehörigkeit zur Menschheitsfamilie und mit den sich daraus ergebenden sittlichen und rechtlichen Forderungen in Einklang bringen kann.

Die Verbrechen gegen die Menschlichkeit

7. Aus diesem Grundsatz ergibt sich eine Konsequenz von enormer Tragweite: *Wer die Menschenrechte verletzt, beschädigt das Bewusstsein des Menschseins selbst.* Er verletzt die Menschheit als solche. Die Verpflichtung zum Schutz dieser Rechte übersteigt daher die geographischen und politischen Grenzen, innerhalb der sie verletzt worden sind. *Die Verbrechen gegen die Menschlichkeit können nicht als interne Angelegenheiten einer Nation betrachtet werden.* Die in die Wege geleitete Errichtung eines internationalen Gerichtshofes, der über diese Verbrechen, wo und wie auch immer sie geschehen, zu befinden hat, ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Wir müssen Gott danken, wenn im Bewusstsein der Völker und der Nationen die Überzeugung weiter wächst, dass es für die Menschenrechte keine Grenzen gibt, weil sie universal und unteilbar sind.

8. In der heutigen Zeit hat sich die Zahl der Kriege zwischen den Staaten verringert. Diese an sich tröstliche Tatsache wird freilich stark eingeschränkt, wenn man auf die bewaffneten Konflikte schaut, die innerhalb der Staaten entstehen. Sie sind leider sehr zahlreich, praktisch auf allen Kontinenten vorhanden und verlaufen nicht selten äußerst gewaltsam. Sie haben meistens weit in

die Geschichte zurückreichende ethnische, stammesbedingte oder auch religiöse Gründe, zu denen jetzt noch weitere Ursachen ideologischer, sozialer und wirtschaftlicher Natur hinzukommen.

Diese internen Konflikte, die im Allgemeinen mit einem erschreckenden Einsatz kleinkalibriger oder so genannter „leichter“, in Wirklichkeit aber äußerst mörderischer Waffen ausgetragen werden, haben oft schwerwiegende Auswirkungen, die über die Grenzen des betreffenden Staates hinausgehen und auswärtige Interessen und Verantwortlichkeiten hineinziehen. Auch wenn es stimmt, dass es wegen ihrer hochgradigen Komplexität sehr schwer fällt, die auf dem Spiel stehenden Ursachen und Interessen zu begreifen und zu bewerten, ergibt sich doch eine unumstößliche Tatsache: Die dramatischsten Folgen dieser Konflikte hat die *Zivilbevölkerung* zu tragen. Denn weder die allgemeinen noch selbst die für Kriegszeiten geltenden Gesetze werden eingehalten. Weit davon entfernt, geschützt zu werden, sind die Zivilpersonen häufig das erste Ziel der gegnerischen Streitkräfte, wenn sie selbst nicht in einer perversen Spirale, die sie zugleich als Opfer und als Mörder anderer Zivilpersonen sieht in direkte bewaffnete Kampfhandlungen hineingezogen werden.

Zu zahlreich und zu schrecklich waren und sind noch immer die düsteren Szenarien, wo Kinder, Frauen und wehrlose alte Männer völlig schuldlos und gegen ihren Willen zu Opfern der Konflikte gemacht werden, die unsere Tage mit Blut beflecken; es sind in der Tat zu viele Konflikte, um nicht den Augenblick für gekommen zu halten, mit Entschlossenheit und großem Verantwortungsbewusstsein einen anderen Weg einzuschlagen.

Das Recht auf humanitäre Hilfe

9. Gegen alle mutmaßlichen „Gründe“ für den Krieg muss angesichts ebenso dramatischer wie komplexer Situationen der *herausragende Wert des humanitären Rechtes und damit die Pflicht, das Recht auf humanitäre Hilfe* für die leidende Bevölkerung und die Flüchtlinge zu gewährleisten, bekräftigt werden. Die Anerkennung und die tatsächli-

che Erfüllung dieser Rechte dürfen nicht den Interessen einer Konfliktpartei unterliegen. Es ist im Gegenteil dringend geboten, alle jene institutionellen und nicht institutionellen Möglichkeiten ausfindig zu machen, die die humanitären Zielsetzungen am besten verwirklichen können. Die moralische und politische Legitimation dieser Rechte beruht nämlich auf dem Grundsatz, wonach das Wohl der menschlichen Person vor allem den Vorrang hat und jede menschliche Institution überragt.

10. Ich möchte hier noch einmal meine tiefe Überzeugung bekräftigen, dass angesichts der modernen bewaffneten Konflikte das Mittel der Verhandlung zwischen den Parteien – mit geeigneten Vermittlungs- und Befriedungsinterventionen vonseiten internationaler und regionaler Stellen allergrößte Bedeutung gewinnt, sei es, um den Konflikten selbst zuvorzukommen, oder sie, wenn sie einmal ausgebrochen sind, dadurch beizulegen, dass durch eine unparteiische Abwägung der auf dem Spiel stehenden Rechte und Interessen der Friede wiederhergestellt wird.

Diese Überzeugung von der positiven Rolle von Vermittlungs- und Befriedungsorganen muss auf die humanitären Organisationen, die nicht einer Regierung zugeordnet sind, und auf die religiösen Einrichtungen ausgeweitet werden, die diskret und ohne Berechnung den Frieden zwischen den unterschiedlichen Gruppen fördern und helfen, alte Gefühle der Verbitterung zu überwinden, Feinde zu versöhnen und den Weg in eine neue und gemeinsame Zukunft zu eröffnen. Während ich ihnen für ihre edle Hingabe an die Sache des Friedens meine Hochachtung ausspreche, möchte ich mit tief bewegter Anerkennung all derer gedenken, die ihr Leben hingegeben haben, damit andere leben können: für sie erhebe ich mein Gebet zu Gott und lade auch die Gläubigen ein, dasselbe zu tun.

„Einmischung aus humanitären Gründen“

11. Wenn die Zivilbevölkerung Gefahr läuft, unter den Schlägen eines ungerechten Angreifers zu erliegen, und die Anstrengungen der Politik und die Mittel gewaltloser Vertei-

digung nichts fruchteten, ist es offensichtlich legitim und sogar geboten, sich mit konkreten Initiativen für die Entwaffnung des Aggressors einzusetzen. Diese Initiativen müssen jedoch zeitlich begrenzt und in ihren Zielen klar bestimmt sein, sie müssen unter voller Achtung des internationalen Rechtes durchgeführt und von einer auf übernationaler Ebene anerkannten Autorität garantiert werden. Keinesfalls dürfen sie der reinen Logik der Waffen überlassen bleiben.

Daher wird man umfassend und bestmöglich das anwenden müssen, was von der Charta der Vereinten Nationen vorgesehen ist. Zusätzlich gilt es, wirksame Mittel und Möglichkeiten einer Intervention im Rahmen des internationalen Rechts festzulegen. In diesem Zusammenhang muss die Organisation der Vereinten Nationen selbst allen Mitgliedsstaaten eine angemessene Gelegenheit zur Beteiligung an den Entscheidungen bieten, indem sie Bevorzugungen und Diskriminierungen überwindet, die ihre Rolle und Glaubwürdigkeit schwächen.

12. Hier öffnet sich ein sowohl für die Politik wie für das Recht neues Feld der Überlegung und Beratung, ein Feld, von dem wir alle wünschen, dass es mit Leidenschaft und Weisheit bestellt wird. Dringend notwendig und unaufschiebbar ist eine *Erneuerung des internationalen Rechtes und der internationalen Institutionen*, die als Ausgangspunkt und grundlegendes Organisationskriterium den Vorrang des Wohles der Menschheit und der einzelnen menschlichen Person vor allem anderen hat. Diese Erneuerung ist umso dringender, wenn wir das Paradoxon des Krieges in unserer Zeit betrachten, wie es auch in den jüngsten Konflikten zutage getreten ist, wo der größtmöglichen Sicherheit für die Soldaten erschütternde ständige Gefahrensituationen für die Zivilbevölkerung gegenüberstanden. Es gibt keine Art des Konflikts, die das Recht der Zivilpersonen auf Unverletztheit zu verletzen legitimiert. Grundlegend bleibt jenseits der juristischen und institutionellen Perspektiven die Verpflichtung aller Männer und Frauen guten Willens, die dazu berufen sind, sich für den

Frieden einzusetzen: die Verpflichtung, zum Frieden zu erziehen, Friedensstrukturen und Mittel der Gewaltlosigkeit zu entwickeln, alle nur möglichen Anstrengungen zu unternehmen, um Konfliktparteien an den Verhandlungstisch zu bringen.

Der Friede in der Solidarität

13. „Friede auf Erden den Menschen, die Gott liebt!“ Von der Problematik des Krieges wendet sich der Blick naturgemäß einer anderen Dimension zu, die mit dieser in besonderer Weise verbunden ist: *die Frage der Solidarität*. Die vornehme und anspruchsvolle Aufgabe des Friedens, die der Berufung der Menschheit, Familie zu sein und sich als Familie zu bekennen, innewohnt, hat ihre Stärke in dem Prinzip von der universalen Bestimmung der Güter der Erde, ein Prinzip, das dem Menschen das Recht auf Privateigentum nicht abspricht, sondern dessen Verständnis und Verwaltung für seine unabdingbare soziale Funktion erschließt, zum allgemeinen und besonders zum Wohl der schwächsten Glieder der Gesellschaft.²⁾ Dieses Grundprinzip bleibt leider weitgehend unbeachtet: Das beweist das fortbestehende und sich noch ausweitende Gefälle zwischen dem Norden der Welt, wo eine steigende Übersättigung mit Gütern und Ressourcen ebenso festzustellen ist wie eine wachsende Überalterung, und dem Süden, wo sich inzwischen die große Mehrheit der jungen Generationen konzentriert, die noch immer ohne glaubwürdige Aussicht auf soziale, kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung sind.

Niemand möge sich der Täuschung hingeben, die bloße Abwesenheit von Krieg, so wünschenswert sie ist, sei gleichbedeutend mit dauerhaftem Frieden. Es gibt keinen echten Frieden, wenn mit ihm nicht Gleichheit, Wahrheit, Gerechtigkeit und Solidarität einhergehen. Jedes Vorhaben, das *zwei untrennbare und voneinander abhängige Rechte, das Recht auf Frieden und das Recht auf eine unverkürzte und solidarische Entwicklung, auseinander halten möchte*, ist zum Scheitern verurteilt. „Un-gerechtigkeiten, krasse Unterschiede in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht sowie Neid, Misstrauen und

Stolz, die unter den Menschen und den Nationen wüten, bedrohen unablässig den Frieden und führen zu Kriegen. Alles, was unternommen wird, um diese Übel zu besiegen, trägt zum Aufbau des Friedens und zur Vermeidung des Krieges bei.“³⁾

14. Am Beginn eines neuen Jahrhunderts ist *die Armut von Milliarden Männern und Frauen* die Frage, die mehr als jede andere an unser menschliches und christliches Gewissen appelliert. Die Dramatik dieser Frage wird noch erhöht durch das Wissen darum, dass die größten wirtschaftlichen Probleme unserer Zeit nicht auf den Mangel an Ressourcen, sondern darauf zurückgehen, dass die heutigen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Strukturen Mühe damit haben, den Anforderungen einer echten Entwicklung zu entsprechen. Mit Recht verlangen die Armen – sowohl jene der Entwicklungsländer wie auch jene der wohlhabenden, reichen Länder – „das Recht, an der Nutzung der materiellen Güter teilzuhaben und ihre Arbeitsfähigkeit einzubringen, um eine gerechtere und für alle glücklichere Welt aufzubauen. Die Hebung der Armen ist eine große Gelegenheit für das sittliche, kulturelle und wirtschaftliche Wachstum der gesamten Menschheit“.⁴⁾ Sehen wir die Armen nicht als ein Problem an! Sie können in unseren Augen zu Trägern und Vorkämpfern einer neuen und menschlicheren Zukunft für die ganze Welt werden.

Die Wirtschaft muss umdenken

15. Aus dieser Perspektive muss man sich auch die Frage über jenes wachsende Unbehagen stellen, das heutzutage viele Gelehrte und Wirtschaftsexperten spüren, wenn sie über die Rolle des Marktes, über die alles durchdringende Währungs- und Finanzdimension, über das Auseinanderklaffen zwischen dem ökonomischen und dem sozialen Bereich sowie über andere ähnliche Themen wirtschaftlicher Aktivität nachdenken. Es geht dabei um Probleme, die sich im Hinblick auf die Armut, den Frieden, die Ökologie und die Zukunft der Jugend stellen. Vielleicht ist der Augenblick für eine neue und vertiefte Reflexion über den

Sinn der Wirtschaft und ihrer Ziele gekommen. In diesem Zusammenhang scheint es dringend notwendig, dass das Verständnis dessen, was Wohlstand eigentlich ist, neu überdacht wird, damit es nicht von einer verengten Nützlichkeitsperspektive beherrscht wird, die Werten wie Solidarität und Altruismus nur abseits und ganz am Rande Raum lässt.

16. Hier möchte ich die Vertreter der Wirtschaftswissenschaften und die Manager selbst sowie auch die verantwortlichen Politiker auffordern, die dringende Notwendigkeit zur Kenntnis zu nehmen, dass das wirtschaftliche Handeln und die entsprechenden politischen Maßnahmen das Wohl eines jeden Menschen in seiner Ganzheitlichkeit anstreben sollen. Das ist nicht nur eine Forderung der Ethik, sondern auch einer gesunden Wirtschaft. Die Erfahrung scheint nämlich bestätigt zu haben, dass der wirtschaftliche Erfolg zunehmend davon abhängt, dass die Menschen und ihre Fähigkeiten aufgewertet, die Beteiligung gefördert, Kenntnisse und Informationen stärker und besser vermittelt werden und die Solidarität wächst.

Es handelt sich dabei um Werte, die der Wirtschaft in Wissenschaft und Praxis keineswegs fremd sind und dazu beitragen, daraus eine Wissenschaft und eine Praxis zu machen, die ganz und gar „human“ sind. Eine Wirtschaft, welche die ethische Dimension unbeachtet lässt und sich nicht darum kümmert, dem Wohl eines jeden Menschen in seiner Ganzheitlichkeit zu dienen, kann sich eigentlich gar nicht „Ökonomie“ nennen, wenn man diese im Sinne einer vernünftigen und wohlthätigen Verwaltung des materiellen Reichtums versteht.

Für welche Entwicklungsmodelle soll man sich entscheiden?

17. Obgleich die Menschheit dazu berufen ist, eine einzige Familie zu sein, wird sie noch immer auf dramatische Weise von der Armut in zwei Teile gespalten: Am Beginn des 21. Jh. leben mehr als eine Milliarde und vierhundert Millionen Menschen in äußerster Armut. Deshalb ist ein *Überdenken der Modelle, welche die Entscheidungen für die Ent-*

wicklung inspirieren, besonders dringend geboten.

In diesem Zusammenhang wird man die berechtigten Forderungen nach wirtschaftlicher Effizienz besser mit den Forderungen nach politischer Beteiligung und sozialer Gerechtigkeit in Einklang bringen müssen, ohne wieder in die im 20. Jh. begangenen ideologischen Fehler zu verfallen. Konkret bedeutet das: Das Netz der gegenseitigen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Abhängigkeiten, auf dessen Verstärkung die stattfindenden Globalisierungsprozesse abzielen, sollte mit Solidarität verknüpft werden.

Diese Prozesse verlangen ein *Umdenken der internationalen Zusammenarbeit, die sich in einer neuen Kultur der Solidarität buchstabiert*.

Als Same des Friedens verstanden, darf sich die Zusammenarbeit nicht auf Hilfe und Beistand beschränken und dabei gar noch auf Vorteile abzielen, die auf die zur Verfügung gestellten Finanzmittel zurückfließen. Stattdessen muss sie ein konkretes und greifbares Bemühen um Solidarität zum Ausdruck bringen, das die Armen zu Vorkämpfern ihrer eigenen Entwicklung macht und es möglichst vielen Personen erlaubt, in den konkreten wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen, in denen sie leben, die Kreativität zu entfalten, die ein typisches Merkmal der menschlichen Person ist und von der auch der Reichtum der Nationen abhängt.⁵⁾ Besonders ist es geboten, endgültige Lösungen für das alte Problem der internationalen Verschuldung der armen Länder zu finden und gleichzeitig auch die Bereitstellung der nötigen finanziellen Mittel für den Kampf gegen Hunger, Unterernährung, Krankheiten, Analphabetismus und den Verfall der Umwelt zu gewährleisten.

18. Dringender als in der Vergangenheit stellt sich heute die Notwendigkeit, das *Gewissen für universale moralische Werte zu bilden*, um sich den Problemen der Gegenwart stellen zu können. Deren gemeinsames Merkmal besteht ja in der weltweiten Dimension, die sie annehmen. Die Förderung des Friedens und der Menschenrechte; die Beilegung der bewaffneten Konflikte innerhalb und außerhalb der Staaten; der Schutz

der ethnischen Minderheiten und der Migranten; der Umweltschutz; der Kampf gegen furchtbare Krankheiten; das Vorgehen gegen Drogen- und Waffenhändler und gegen politische und wirtschaftliche Korruption: das sind Probleme, die heute keine Nation allein zu bewältigen vermag. Da sie die gesamte menschliche Gemeinschaft betreffen, müssen sie durch gemeinsames Handeln angegangen und gelöst werden.

Man muss einen Weg finden, um in einer verständlichen und gemeinsamen Sprache die Probleme zu diskutieren, die von der Zukunft des Menschen aufgeworfen werden. Grundlage dieses Dialogs ist das *allgemeine Sittengesetz*, das dem Menschen ins Herz eingeschrieben ist. Wenn die menschliche Gemeinschaft dieser „Grammatik“ des Geistes folgt, kann sie die Probleme des Zusammenlebens anpacken und sich unter Achtung des Planes Gottes auf die Zukunft hinbewegen.⁶⁾

Aus der Begegnung zwischen Glaube und Vernunft, zwischen religiösem Sinn und sittlichem Bewusstsein leitet sich ein entscheidender Beitrag ab, um dem Dialog und der Zusammenarbeit zwischen den Völkern, Kulturen und Religionen eine Richtung zu geben.

Jesus, das Geschenk des Friedens

19. „Friede auf Erden den Menschen, die Gott liebt!“ Auf der ganzen Welt sind die Christen im Hinblick auf das Große Jubiläum damit beschäftigt, in feierlicher Form das Gedächtnis der Menschwerdung Gottes zu begehen. Während sie die Botschaft der Engel über dem Himmel von Betlehem neu hören (vgl. Lk 2,14), gedenken sie des Ereignisses aus dem Bewusstsein heraus, dass Jesus „unser Friede ist“ (Eph 2,14). Er ist das Geschenk des Friedens für alle Menschen. Seine ersten Worte an die Jünger nach der Auferstehung lauteten: „Friede sei mit euch!“ (Joh 10,19.21.26). Er ist gekommen, um zu einen, was getrennt war. Er hat die Sünde und den Hass zunichte gemacht und so in der Menschheit die Berufung zu Einheit und Geschwisterlichkeit wieder erweckt. Deshalb ist er „Ursprung und Urbild dieser erneuerten, von brüderlicher Liebe,

Lauterkeit und Friedensgeist durchdrungenen Menschheit, nach der alle verlangen“.⁷⁾

20. In diesem Jubiläumsjahr will die Kirche im lebendigen Gedenken an ihren Herrn ihre Berufung und Sendung bekräftigen. Sie will in Christus „Sakrament“ sein, das heißt *Zeichen und Werkzeug des Friedens in der Welt und für die Welt*. Erfüllung ihrer evangelisatorischen Sendung bedeutet für die Kirche Arbeit für den Frieden. „So ist die Kirche, Gottes alleinige Herde, wie ein unter den Völkern erhobenes Zeichen. Indem sie dem ganzen Menschengeschlecht den Dienst des Evangeliums des Friedens leistet, pilgert sie in Hoffnung dem Ziel des ewigen Vaterlandes entgegen“.⁸⁾

Der Einsatz zum Aufbau von Frieden und Gerechtigkeit ist für die katholischen Christen daher keine nebensächliche, sondern eine wesentliche Aufgabe, der sie mit Offenheit gegenüber den Brüdern und Schwestern der anderen Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften, gegenüber den Gläubigen anderer Religionen und gegenüber allen Männern und Frauen guten Willens, mit denen sie dieselbe Sorge um Frieden und Brüderlichkeit teilen, nachkommen sollen.

Sich hochherzig für den Frieden einsetzen

21. Anlass zu Hoffnung gibt die Feststellung, dass trotz vielfältiger und schwer wiegender Hindernisse weiterhin durch die hochherzige Zusammenarbeit so vieler Menschen täglich Friedensinitiativen und Friedensprojekte entstehen. Der Friede ist ein Gebäude, an dem ständig gearbeitet wird. An seinem Aufbau wirken mit:

- die Eltern, die in der Familie den Frieden leben und bezeugen und so ihre Kinder zum Frieden erziehen;
- die Lehrer, die es verstehen, echte Werte weiterzugeben, die sich auf jedem Wissensgebiet sowie im historischen und kulturellen Erbe der Menschheit finden;
- die Männer und Frauen in der Arbeitswelt, die sich darum bemühen, ihren jahrhundertelangen Kampf für die Würde der Arbeit weiterzuführen im Angesicht

der neuen Verhältnisse, die auf internationaler Ebene Gerechtigkeit und Solidarität erfordern;

- die Regierenden, die als Mittelpunkt ihres eigenen und des politischen Handelns ihrer Länder die feste Überzeugung gewählt haben, sich für Frieden und Gerechtigkeit einzusetzen.
- alle, die in den internationalen Organisationen oft mit wenigen Mitteln an vorderster Front tätig sind, wo es auch im Hinblick auf die persönliche Unversehrtheit ein gefährliches Unterfangen ist, als „Friedensstifter“ zu wirken;
- die Mitglieder der regierungsunabhängigen Organisationen, die sich durch Studium und aktiven Einsatz in verschiedenen Teilen der Welt und in den unterschiedlichsten Situationen der Vorbeugung und der Lösung von Konflikten widmen;
- die Gläubigen, die aus der Überzeugung, dass der echte Glaube niemals Quelle für Krieg oder Gewalt sein kann, durch den ökumenischen und den interreligiösen Dialog die Argumente fördern, die für den Frieden und die Liebe sprechen.

22. Meine Gedanken wenden sich besonders euch zu, liebe Jugendliche. Ihr erfahrt ja in besonderer Weise den Segen des Lebens, das ihr nicht vergeuden dürft. Lasst euch in den Schulen und an den Universitäten, in der Arbeitswelt, in Freizeit und Sport, in allem, was Ihr tut, ständig von diesem Gedanken leiten: Friede sei in euch und um euch. Immer sei Friede, Friede mit allen und Friede für alle. Die jungen Menschen, die leider die tragische Erfahrung des Krieges erlebt haben und Gefühle des Hasses und der Vergeltung empfinden, flehe ich an: Tut euer Möglichstes, um auf den Weg der Versöhnung und Vergebung zurückzufinden! Dieser Weg ist steinig. Doch es ist der einzige Weg, der es euch erlaubt, hoffnungsfroh in die Zukunft zu blicken für euch, für Eure Kinder, Eure Länder und für die ganze Menschheit.

Ich werde Gelegenheit haben, diesen Dialog mit euch, liebe Jugendliche, fortzuführen, wenn wir uns im kommenden August in Rom treffen anlässlich des Jugendtages im Jubel-

jahr, der eigens euch gewidmet ist.

Papst Johannes XXIII. hat sich in einer seiner letzten Ansprachen noch einmal an „die Menschen guten Willens“ gewandt, um sie einzuladen, sich für ein Friedensprogramm einzusetzen, das auf dem „Evangelium des Gehorsams gegenüber Gott, der Barmherzigkeit und des Verzeihens“ ruht. Und er fügte hinzu: „Dann wird sich ohne Zweifel die helle Fackel des Friedens ihre Bahn brechen. Sie wird ihren Weg gehen, während sie auf der ganzen Erde in den Menschen die Freude entzündet und das Licht und die Gnade in deren Herzen ausgießt. Über alle Grenzen hinweg dürfen sie Gesichter von Brüdern und Schwestern, Gesichter von Freunden entdecken“.⁹⁾ Mögt Ihr, Jugendliche des Jahres 2000, Gesichter von Brüdern und Schwestern, Gesichter von Freunden entdecken und entdecken lassen!

In diesem Jubiläumsjahr, in dem sich die Kirche durch besondere Fürbitten dem Gebet für den Frieden widmen wird, wenden wir uns in kindlicher Verehrung an die Mutter Jesu und rufen sie an als Königin des Friedens. In reichem Maß möge sie die Gaben ihrer mütterlichen Güte ausspenden und der Menschheit helfen, eine einzige Familie zu werden in Solidarität und Frieden.

Anmerkungen

- 1) Vgl. JOHANNES PAUL II., Botschaft zum Weltfriedenstag 1999, Nr. 1.
- 2) Vgl. JOHANNES PAUL II., Enzyklika *Centesimus annus* (1. Mai 1991), 30-43: AAS 83 (1991), 830-848.
- 3) Katechismus der Katholischen Kirche, Nr. 2317.
- 4) JOHANNES PAUL II., Enzyklika *Centesimus annus* (1. Mai 1991), 28: AAS 83 (1991), 828.
- 5) Vgl. JOHANNES PAUL II., Ansprache vor den Vereinten Nationen am 50. Jahrestag ihres Bestehens (5. Oktober 1995), 13: *Insegnamenti* 18/2 (1995), 739-740.
- 6) Vgl. ebd., 3: a.a.O., 732.
- 7) II. VAT. KONZIL, Dekret über die Missionstätigkeit der Kirche *Ad gentes*, 8.
- 8) II. VAT. KONZIL, Dekret über den Ökumenismus *Unitatis redintegratio*, 2.
- 9) Anlässlich der Überreichung des Balzanpreises am 10. Mai 1963: AAS 55 (1963), 455.

Zum Weltfriedenstag 2000 kann beim Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Kaiserstr. 163, 53113 Bonn, Fax: 0228-103330 eine Arbeitshilfe (Nr. 150) mit Gedanken zum Thema und Materialien für die Arbeit der Pfarngemeinden bezogen werden.

Ökumene: Gedanken zur Einheit der Kirchen

WALTER THEIS

Als Luther am 31. Oktober 1517 seine Streithesen als Impulse für die Erneuerung der Kirche an die Schlosskirche zu Wittenberg anschlug, schien ihm die Kirche in ihrer damaligen Erscheinungsform fragwürdig. Er sah sich zum Handeln aufgefordert.

Heute werden die großen Kirchen in noch zunehmenderem Maß in Frage gestellt: Wozu noch Kirche? Können sie den fragenden Menschen darauf eine Antwort geben, mit der einmal die Fragesteller und zum anderen Mal die Kirche selbst leben können? Denn nach 2000 Jahren christlicher Verkündigung scheinen die Kirchen erschöpft auf den Ruinen ihrer alten Macht zu stehen. Vorgehen bis stumm vor den Herausforderungen einer Hightech-Gesellschaft. Machen sich die Kirchen selbst überflüssig? Schon heute sind mehr als 20 Millionen Bundesbürger konfessionslos. Täglich werden es mehr.

Wie unumkehrbar ist dieser Trend? Geschieht er durch die von den verschiedenen Kirchen angewandten Rettungsversuche wie z.B.:

- Pastoren werfen sich dem Zeitgeist in die Arme, bieten Seelsorge im Internet an und möchten die Kirche zum Religionscenter umbauen.
- Der Papst setzt auf ein Autoritätsprofil und
- eine dritte, längst kirchen- und konfessionsübergreifende Fraktion von Funktionären hofft auf eine Zukunft der Kirche als Sozialkonzern.

Dokumentieren solche Innovationen nicht eine verräterische Ratlosigkeit derer, die Kirche sein und gestalten wollen.

Wenn Marketing-Mentalität

Religion und Kirche bestimmt, könnte ja auch der Gedanke nahe liegend sein oder gar der Verdacht aufkommen: Nicht nur die kirchenfernen Menschen, sondern auch die kirchennahen Menschen teilen ein ähnliches Schicksal und sitzen gleichsam im selben Boot: Beide ha-

ben sich gleichermaßen dem Glauben entfremdet und sind im Begriff von ihm abzufallen. Und in unterschiedlicher Perspektive gilt dann das, was der Psalmist im 69. Psalm fordert: „*Rette mich, Gott, die Wasser reichen mir bis an die Kehle. Eingesunken bin ich im tiefen Schlamm; es findet mein Fuß keinen Grund. Ich kam in die Tiefen der Wasser, die Fluten strömen hinweg über mich*“.

Nicht nur um ihrer selbst willen, sondern auch um der abseitsstehenden Menschen willen, muss Kirche – müssen die Kirchen – Auswege und Orientierung aus dieser Lage geben. Denn Kirche ist gerade in der heutigen Situation der Menschen unersetzlich:

- als ein *Ort*, an dem der Zweifel und die Entwurzelung ein Asyl hat;
- als eine *Stimme*, die daran erinnert, dass Geld, Ansehen, Macht und schnelle Bedürfnisbefriedigung nicht das letzte Wort haben dürfen,
- als die *Inстанz*, die daran erinnert und aufmerksam macht, dass der Mensch nicht der Herr und Macher des Lebens und seiner Bedingungen für sich und die nachfolgenden Generationen ist, sondern Teilhaber am Geschenk der Schöpfung und des Lebens: kurz, dass der Mensch um wirklich Mensch zu sein, nicht vom Brot allein lebt!

Denn einen anderen Grund kann niemand legen als den, der gelegt ist und der Jesus Christus ist, der Herr der Kirchen. Glauben wir Christen dies wirklich noch?

Grund, Ort, Wort, Stimme und Instanz bestimmen damit Kirche nicht als einen Selbstzweck, der sich selbstherrlich zu präsentieren hat, sondern als Instrument, ein Werkzeug das eingesetzt sein will, um zu erreichen und zu vermitteln, was über sie selbst als Kirche hinausweist und was letztlich alle Menschen in unterschiedlichen Sehnsüchten und Empfindungen suchen und erstreben: Nämlich heil und letztgültig geborgen zu sein.

Kirche als Werkzeug, als Instrument! Ein Instrument aber hat nur einen Sinn: Es muss brauchbar sein, und wo es sich um Menschen handelt, da muss dieses Instrument sich brauchbar halten oder ständig darum bemüht sein. „*Mensch, du bist ein Werk Gottes. Halte dich formbar!*“ sagt bereits Irenäus von Lyon im 2. Jh. Und das gilt im gleichen Sinn von der Kirche. „*Ecclesia semper reformanda*“, war und ist ein Ausdruck dieses kirchlichen Selbstverständnisses. Kirche ist immer eine, die sich reformieren – erneuern lassen muss.

In der protestantischen Kirche gibt es einen Tag, der ausdrücklich auf diese unverzichtbare Eigenschaft der Kirche Jesu Christi hinweist: Das Reformationsfest. Aber diese Reform-Forderung darf nicht nur einmal im Jahr erhoben werden. Sie ist das Alltagsgeschäft der Kirche und der Kirchen, die sich von Jesus Christus her verstehen.

Zwei gefährliche Geschwister hat das, was wir Reformation nennen:

- die Restauration und
- die Revolution.

Beide sind für die kirchliche Forderung der Erneuerung untaugliche Mittel. Denn beide setzen stets auf die eigene Erkenntnis und die eigene Erfahrung. Sie sind damit abhängig vom eigenen wie vom Zeitgeist.

Im Fall der Restauration setzt dieser Geist auf die Vergangenheit als taugliches Mittel für eine heile Welt.

Im Fall der Revolution wird alles Unheil in der Vergangenheit gesehen und alles Heil in einer wie immer zu gestaltenden Zukunft gesucht.

Zwar haben beide Formen Hoffnungselemente, die im Schon-Vorüber oder im Noch-Nicht ihre Früchte anbieten. Nur was bleibt für die wichtige Gegenwart, in der der Mensch sein Heil wirken muss?

Die Reformation lebt von einem anderen Geist, der jeweils die Gegenwart durchweht und Vergangenheit auf Zukunft hin verbindet und so gegenwartswirksam wird. Jener

Geist, der von unserem Geist zwar erfasst wird, der aber unseren Geist überhöht und leitet, wenn wir uns ihm aussetzen, uns von ihm begeistern lassen. Es ist jener Geist, durch den sich Jesus Christus selbst die Kirche zugesellt und nicht die Kirche sich diesem Christus zugesellt.

Damit ist Kirche immer mehr als der einzelne Christ oder ein Amtsträger, dem wir in dieser Kirche begegnen. Damit wird Kirche zum kürzesten und einzigen Weg zu diesem Christus in der jeweils gegenwärtigen Situation.

Daraufhin muss sich Kirche instrumentieren lassen, dass sie dies sein kann. Das erfordert die Bereitschaft und Fähigkeit, sich ständig daraufhin erneuern – reformieren zu lassen. Dies schafft das ständige immer frische Bewusstsein, dass die Erlösung und das Heil mit Jesus Christus und seiner Kirche jetzt schon da ist. Aber dass wir, die diese Kirche ausmachen, betend und handelnd um eine spürbare Präsenz bitten.

Wie geht das, sich in Jesus Christus und mit Christus erneuern lassen? Sicher ist bei allen verschiedenen Wegen dies zu tun, eines die Grundvoraussetzung: Der Verzicht, dass wir als Kirche alles selbst machen können und müssen. Sich im Glauben dem Ruf Jesus zur Nachfolge öffnen, die Botschaft und die Taten Jesus bis in seine Auferstehung bezeugen, sich von seinem Geist begeistern lassen, umso Kirche zu einem fortgesetzten Evangelium werden zu lassen. Denn, wir verkünden und vermitteln, wie es die Schrift sagt: Was kein Auge gesehen und kein Ohr gehört hat und was keinem Menschen in den Sinn gekommen wäre, das Große, das Gott jenen bereitet hat, die ihn lieben. Denn uns hat es Gott enthüllt durch den Geist (1 Kor 2,9 f., 6)

Konkret hat die Badische Kirche dazu einige Vorschläge gemacht, die in diesem Rahmen der Versuch konkreter Erneuerung aus einem Glauben heraus sind, der auch das Unwahrscheinlichste, ja Unmögliche erwarten und angehen darf. Die angegebenen Schritte scheinen mir zielgenau und lageangemessen, wenn gesagt wird:

– Wir wollen uns als Christen un-

seres Glaubens vergewissern.
(Wirkung nach innen)

– Wir wollen als Christinnen und Christen unser Selbstbewusstsein in der säkularen Gesellschaft stärken.

(Wirkung nach außen)

– Wir wollen die Identifikation mit der Institution Landeskirche intensivieren.

(Stabilisierung der Mitgliedschaft)

– Wir wollen uns befähigen, die wichtigsten Inhalte des Glaubens und ihren Bezug zum Leben ausdrücken zu können.

(Sprachfähigkeit in Fragen des Glaubens und der Kirche)

– Wir wollen uns aufgrund des Glaubens Veränderungen für das Leben und für die Kirche erschließen.

(Individuelle und institutionelle Zielorientierung)

– Wir wollen uns verständigen über gemeinsame Grundlagen und Ziele, weil eine Gemeinschaft solche Verständigung braucht.

(Ökumenische Zielsetzung)

Die Christen als einzelne, aber auch die Konfessionen als ganze könnten sich vermutlich nur so in die heutige Situation reformieren lassen. Das Ergebnis müsste sein, sich gegenseitig zu ermutigen, voneinander zu lernen, sich gegenseitig zu ergänzen, auch zu korrigieren und sich vor allem zu ertragen. Dies alles sind erneuernde Fähigkeiten, die zu einer korporativen Vereinigung also einer Vereinigung in der Unterschiedenheit führen könnte, d.h. zu einer Einheit von Kirchen, die Kirchen bleiben und doch *eine* Kirche werden. Weil bei aller Unterschiedenheit das zutiefst Trennende ausgeräumt ist.

Die Forschungen und Ergebnisse der theologischen Wissenschaften tragen ja dazu bereits viel Ermutigendes bei.

Dass dies auch spürbar praktikable Konsequenzen hat, konnte man am 31.10.1999 erleben. Am letzten Reformationstag kam ein Prozess der Rezeption der Gemeinsamen Erklärung zur Rechtfertigungslehre zu seinem Abschluss. Im Rahmen eines Festgottesdienstes in der St. Anna Kirche in Augsburg, der Stadt des „Augsburger Bekenntnisses“, fand die Unterzeichnung dieser Gemein-

samen offiziellen Feststellung statt, die diese Gemeinsame Erklärung bestätigt. Mit dieser Unterzeichnung sprechen der lutherische Weltbund und die römisch-katholische Kirche sich dafür aus, dass die gegenseitigen Lehrverurteilungen des 16. Jh. die Lehre des Partners über die Rechtfertigung des Sünders, wie sie in der gemeinsamen Erklärung zur Rechtfertigungslehre vorgelegt werden, nicht treffen und damit auch nicht mehr trennen.

Damit ist es zum ersten Mal seit der Reformation gelungen, dass beide Kirchen gemeinsame Aussagen zu jener Lehre machen, an der damals die Einheit der westlichen Kirche zerbrach. Darüber hinaus ist es das erste Mal überhaupt, dass ein Dialogergebnis zwischen einer reformatorischen Kirchenfamilie und der römisch-katholischen Kirche verbindlich angenommen wurde.

Was wollen denn die Christen

aller Kirchen damit anderes zum Ausdruck bringen, als dass sie sich in den Dienst des erlösenden und rechtfertigen Gottes stellen und was können sie dabei anders sein als „Singende Stotterer“, wie Walter Dirks es einmal formulierte. „Singende Stotterer“, ein Bild, das aus dem Erfahrungsbereich sprachgestörter Menschen eine Erkenntnis freilegt, das ihr Sprechen schwierig, aber ihr Singen fehlerfrei und ohne anzustoßen, möglich ist.

Auf unsere Situation übertragen bedeutet dies: Die Darlegung und Ausformulierung unseres menschlichen und gläubigen Miteinanders mag schwierig sein; das dankbare Lob unserem erlösenden Gott gegenüber muss gemeinsam gelingen.

In dieser Spannung müssen wir unser jeweiliges Glaubenszeugnis ablegen. Wir müssen es immer besser tun, um die Welt erfahren zu lassen, was uns widerfahren ist und das Paulus im Römerbrief so umschreibt: „Gerecht gemacht aus Glauben, haben wir Frieden mit Gott durch Jesus Christus, unseren Herrn. Durch ihn haben wir auch den Zugang zu der Gnade erhalten, in der wir stehen, und wir dürfen uns daher rühmen unserer Hoffnung auf die Herrlichkeit Gottes“ (Röm 5,1 u. 2).

Das ist das Ziel aller christlichen Erneuerung. □

DEUTSCHES MARTYROLOGIUM DES 20. JAHRHUNDERTS

Zeugen für Christus

PAUL SCHULZ

„In unserem Jahrhundert sind die Märtyrer zurückgekehrt, häufig unbekannt, gleichsam 'unbekannte Soldaten' der großen Sache Gottes. Soweit als möglich dürfen ihre Zeugnisse in der Kirche nicht verloren gehen. Von den Ortskirchen muss alles unternommen werden, um durch das Anlegen der notwendigen Dokumentation nicht die Erinnerung zu verlieren an diejenigen, die das Martyrium erlitten haben.“

Papst Johannes Paul II., Apostolisches Schreiben
„Tertio millennio adveniente“ vom 10. Nov. 1994

„Auftrag ausgeführt!“, konnte die katholische Kirche in Deutschland pünktlich zu Beginn des Heiligen Jahres 2000 nach Rom melden. Der Kölner Prälat Dr. Helmut Moll zeichnete für das im Auftrag der deutschen Bischofskonferenz herausgegebene zweibändige, mehr als 1.300 Seiten umfassende „Deutsche Martyrologium“ verantwortlich. In Zusammenarbeit mit den Bistümern und den Ordensgemeinschaften haben über 135 Fachleute in fast vierjähriger Arbeit die Lebensbilder von mehr als 700 katholischen Märtyrern, Männern und Frauen, erarbeitet. Diese Lebensbilder halten historisch kritischen Prüfungen der Fachwelt stand und können wegen ihres Vorbildcharakters für die Verkündigung verwendet werden. Jede Biographie ist, soweit verfügbar, mit einem Foto des betreffenden Märtyrers versehen und enthält Quellen- und Literaturhinweise für eine vertiefte Beschäftigung mit seiner Person und seinem Leben. Das Werk war übrigens schon im ersten Monat seines Erscheinens vergriffen; inzwischen ist es aber in der zweiten Auflage wieder erhältlich.

In meinem Elternhaus wurde immer mit Hochachtung vom Derlener, später Nickenicher Pfarrer Johannes Schulz gesprochen. Weil dieser im Gasthaus „Waldfrieden“ am Laacher See am 27. Mai 1940 den damaligen Generalfeldmarschall Hermann Göring nicht begrüßt hatte und weil er sich sowieso schon im Visier der NS-Machthaber befand, war er noch am gleichen Abend verhaftet worden und nach einem langen Leidensweg am 19. August 1942 im KZ Dachau umgekommen. Meine Eltern hatten sich in dem im Saarland gelegenen Derlener Pfarrhaus kennen gelernt. Als Hinterlassenschaft meines priesterlichen Onkels hüte ich heute den Brief, mit dem er im März 1940 meinen Eltern zur Geburt ihres dritten Sohnes gratulierte. Sein Bild und Schicksal waren in der Familie immer lebendig, solange die Eltern als Zeitzeugen noch Geschichten und Anekdoten aus dem Pfarrhaus erzählen konnten. Für mich gewann der Großonkel Pastor noch zusätzliche Bedeutung, als ich als Offizier in den 70-er Jahren ein Foto entdeckte, das Johannes Schulz 1918 als Felddivisionspfarrer der 255. Infanterie-

division in der Gegend südlich Metz zeigte. Schwer wird es allerdings, das wenige Gebliebene nun der vierten Generation, für die das alles nur ferne Vergangenheit ist, weiterzugeben.

Dass Johannes Schulz für seinen Glauben in den Tod gegangen war, stand für uns außer Zweifel. Dennoch hätte die Familie ihn kaum als Märtyrer im kirchlichen Sinne bezeichnet, weil das Martyrium zumindest in meiner Vorstellung immer mehr mit den Blutzügen der frühen Christen und den frommen Heiligenlegenden verbunden war als mit Menschen der Gegenwart. Auch in dieser Frage gibt das „Martyrologium“ die richtige Antwort.

Wer ist „Märtyrer“?

In seiner Einführung geht Prälat Moll auf die in der katholischen Kirche seit 1675 prinzipiell gültigen theologischen und kanonistischen (für die Aufnahme in den Kanon – das Verzeichnis aller Heiligen – verbindlichen) Kriterien zur Bestimmung des Martyriums ein. Dies sind:

- die Tatsache des gewaltsamen Todes (*martyrium materialiter*)



- das Motiv des Glaubens- und Kirchenhasses bei den Verfolgern (*martyrium formaliter ex parte tyranni*) und
- die bewusste innere Annahme des Willens Gottes trotz Lebensbedrohung (*martyrium formaliter ex parte victimae*).

Diese Kriterien sind bis heute der römischen Kongregation für Selig- und Heiligsprechungsverfahren Grundlage und Maßstab für die erforderlichen Prüfungen.

Die Frage taucht auf, warum nicht auch Bekenner und Streiter für den Glauben in das Verzeichnis der Zeugen für Christus aufgenommen wurden. Seit alters her hatten Blutzügen eine besondere Bedeutung in der Kirche, weil diese entschiedener und konsequenter als andere bis zum Tode Zeugnis abgelegt haben.

Die Lebensbilder der in das Märtyrerverzeichnis aufgenommenen Personen wurden nach vorhandenen Dokumenten, Befragung von Zeitzeugen, Verwandten und Freunden erstellt. Es handelt sich um Männer und Frauen jeden Alters (der Jüngste zählt 10 und der Älteste 93 Jahren), aus allen sozialen Ständen (vom Hilfskünstler bis zu Universitätsprofessoren), aus allen Regionen Deutschlands und von unterschiedlichster Bildung. Auch fünf nicht-katholi-

sche Glaubenszeugen, wie die Geschwister Scholl und der evangelische Theologe Dietrich Bonhoeffer, werden namentlich erwähnt, weil sie in ökumenischen Gruppen tätig waren. Darüber hinaus gibt es zahlreiche weitere Glaubenszeugen auf protestantischer Seite, die jedoch nicht im katholischen Martyrologium auftauchten. Sie alle haben aber eins gemeinsam, ihr Glaube war so stark, dass sie in äußerster Bedrängnis aushielten und die Wahrheit mit ihrem Blut einlösten.

Damit liegt ein einmaliges Nachschlagewerk für Blutzegen der deutschen Ortskirchen im 20. Jh. vor, das nicht nur von historischem Interesse ist, sondern angesichts der Herausforderungen des 21. Jh. auch seine heilsgeschichtliche Bedeutung hat.

Die Märtyrer des 20. Jh. werden vier Kategorien zugeordnet:

1. Die Blutzegen unter Hitlers Terror
2. Die Blutzegen in der Zeit des Kommunismus
3. Das „martyrium puritatis“ von Mädchen, Frauen, Ordenschwestern und ihren Beschützern
4. die Blutzegen in den Missionsgebieten

(Einzelheiten zu den Kategorien in AUFTRAG 237, S. 35 f.)

Keine Märtyrer aus der DDR

Wie der Kölner Prälat Moll bei der Vorstellung des Werkes erklärte, hätten er und seine Mitarbeiter keinen einzigen Märtyrer aus der SBZ und der DDR nachweisen können. Zwar seien Schikanen und Unterdrückung dieser Zeit dokumentiert, doch habe es unter den Katholiken der DDR keinen Blutzoll aus Glaubensgründen gegeben. Die zahlreichen deutschstämmigen Opfer des Kommunismus in der Liste stammten überwiegend aus der Zeit des Stalinismus in der Sowjetunion sowie der Tito-Diktatur in Jugoslawien.

Die 700 Lebensbilder stehen auch stellvertretend für all die Blutzegen, die heute nicht mehr bekannt sind. Gerade unter den Russlanddeutschen sind viele ein für alle mal vergessen, weil es keine Dokumente über sie gibt, weil niemand

sie mehr kennt und keiner sie mehr nennt.

Obwohl sich „die katholische Kirche ihres Weges durch die Bedrängnisse der letzten 100 Jahre nicht zu schämen braucht“ (Kardinal Meisner), darf nicht übersehen werden, dass auch viele Katholiken versagt haben; es gab auch zahlreiche Schwächlinge. Doch die Starken haben als Märtyrer ihr Zeugnis in die Waagschale der Geschichte geworfen. Sie sind eine kostbare Mitgift der Kirche für die jungen Christen auf dem Weg ins dritte Jahrtausend. Sie sind Hoffnungsträger, deren Erbe für nachfolgende Generationen wach gehalten werden muss. Das deutsche Martyrologium stellt ein ehrenvolles Zeugnis für die katholische Bevölkerung unseres Landes aus. Viele un-

bekannte „stille Helden“ konnten so dem Vergessen entrissen werden und es ist zu hoffen, dass nach der Veröffentlichung des Martyrologiums noch weitere Schicksale ans Tageslicht kommen werden.

Unter den „Blutzegen unter Hitlers Terror“ befinden sich auch solche, die Militärgeistliche waren oder Militärdienst zu leisten hatten. Eine Auflistung dieser Blutzegen soll in einer späteren Ausgabe des AUFTRAG's erfolgen.

„Zeugen für Christus. Das deutsche Martyrologium des 20. Jahrhunderts“. Hrsg. von Helmut Moll im Auftrag der Deutschen Bischofskonferenz. Verlag Schöningh Paderborn 1999. 2 Bände, LXIV + 1.308 Seiten, 438 Abbildungen, Leinen.

STICHWORT: MÄRTYRER

Der Begriff Märtyrer heißt übersetzt Zeuge. Die Christen der ersten Generationen legten, nachdem sie den Glauben angenommen hatten, Zeugnis von Jesus Christus ab, zunächst durch Worte und in der Verkündigung, durch die Unterweisung und in der Predigt. In der Mitte des 2. Jahrhunderts, als Christen wegen ihrer Zeugenschaft im römischen Reich verfolgt wurden, wurde der Begriff Märtyrer genauer gefasst. Alle wegen ihres Glaubens hingerichteten Christen hießen nun Märtyrer. Auch für die noch nicht getauften Märtyrer wird der gewaltsame Tod zur Bluttaufe. So wie die Taufe eines Erwachsenen nicht nur die Erbsünde, sondern auch alle persönlichen Sünden tilgt, so tilgt das Martyrium alle persönlichen Sünden.

Schon im zweiten Jahrhundert wird an den Gräbern der Blutzegen statt des üblichen Totengedenkens ein eucharistisches Mahl gefeiert. Nicht nur die Angehörigen, sondern die ganze Gemeinde feierte einen offiziellen Kult, der allerdings noch lokal begrenzt war. An die Eucharistiefeiern über den Gräbern der Märtyrer erinnern heute noch die Reliquien, die in jeden Altar eingelassen sind. Der erste Märtyrer der Christenheit war der Diakon Stephanus. Er hat darum im Heiligenkalender einen bevorzugten Platz, den 26. Dezember, gleich nach dem Geburtsfest Jesu.

Der Brauch, den Todestag der Märtyrer schriftlich festzuhalten, veranlasste die Zusammenstellung von Kalendern für Ortskirchen, aus denen dann für größere Gebiete bestimmte Martyrologien hervorgingen. Ein Martyrologium ist also eine Zusammenstellung der Todestage der Blutzegen der Kirche. Das älteste Martyrologium ist bereits zu Beginn des 5. Jahrhunderts entstanden. Durch alle Jahrhunderte wurden diese Martyrologien erweitert und vervollständigt. Papst Johannes Paul II. hat in seinem Apostolischen Schreiben über die Vorbereitung des Jubiläumsjahres 2000 vom 10. November 1994 alle Ortskirchen dazu aufgerufen, das Martyrologium des 20. Jahrhunderts auf den heutigen Stand zu bringen.

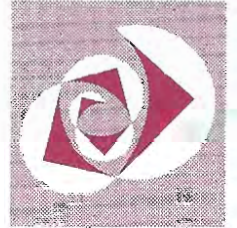
Papst Johannes Paul II., der selbst seine Jugendzeit unweit der Schrecken von Auschwitz verbrachte, hat 1994 den ersten Anstoß gegeben, eine alle Kontinente umfassende Märtyrergeschichte des 20. Jahrhunderts auf den Weg zu bringen, die für das Heilige Jahr 2000 bestimmt ist. (KNA)

GKS-AKADEMIE OBERST HELMUT KORN: EINFÜHRUNG IN DIE DOKUMENTATION DES 7. SEMINARS

In Verantwortung vor Gott und den Menschen



Welches Leitbild prägt den Soldaten an der Jahrtausendwende?



PAUL SCHULZ

Die Idee

Das siebte Seminar der alle zwei Jahre stattfindenden Akademie Oberst Helmut Korn führte die GKS vom 1. bis 5. November 1999 im Bonifatiushaus in Fulda durch.

Ziel dieser Akademie seit ihrer Gründung vor zwölf Jahren ist es, jüngeren Offizieren und Unteroffizieren in einer ungezwungenen Atmosphäre und losgelöst von den alltäglichen Dienstpflichten eine Werteorientierung zu geben. Dazu zeigen Wissenschaftler, Politiker, Militärs und Geistliche Wege durch die Spannungsfelder *Beruf und Politik – Religion und Ethik – Führungsverantwortung und Individualisierung* auf.

Mit dem Bonifatiushaus in Fulda, einer Bildungsstätte der Diözese Fulda, verfügt die GKS über einen bewährten, zentral gelegenen Ort der Begegnung. Dieser ist nicht zuletzt durch die vom hl. Bonifatius (672-754), dem Wegbereiter des Christentums und „Apostel der Deutschen“, begründete christliche Tradition und die damit verbundene geistig-geistliche Aufgeschlossenheit bestimmt.

Integriert in die thematische Seminararbeit ist jeweils ein Exkursionstag „Blick über den Zaun“. Diese Bildungsausflüge führten in den Jahren

- 1987 und 1989 an der Innerdeutschen Grenze im „Fulda Gap“,
- 1991 nach Erfurt 1991 mit Besuchen im Augustiner Kloster und bei Bischof Wanke,
- 1993 in die Kulturstadt Weimar und das Konzentrationslager Buchenwald,
- 1995 nach Eisenach mit der kulturhistorisch und als nationales Symbol bedeutsamen Wartburg und
- 1997 in das für die Reformationszeit in Deutschland einmal wichtigen thüringische Städtchen Schmalkalden.

In diesem Jahr ging die Fahrt ins Fränkische zur Benediktiner Abtei Münsterschwarzach und zum benachbarten ökumenisch-reformierten Zentrum Kasteller Ring auf dem Schwanberg. Die Exkursion endete mit einem fränkischen Weinabend im Gemeindehaus der katholischen Pfarrei St. Johannes der Täufer des ehemaligen Militärdekanen Prälat Werner Köster in Teilheim bei Würzburg.

Oberst Helmut Korn

Die Akademie Oberst Helmut Korn ist eine 1987 gegründete Bildungseinrichtung der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS), die nach dem Mitbegründer

und geistigen Vater der GKS, Oberst Dr. Helmut Korn, benannt ist.

Helmut Korn wurde am 4. November 1924 in Flörsheim/Main geboren. Am 12. Juni 1983 war er, herausgerissen aus dem aktiven Dienst als aufrechter Offizier der Bundeswehr und engagierter Laie in der katholischen Militärseelsorge, im Bundeswehrkrankenhaus Ulm verstorben. Von 1962 bis 1977 war Helmut Korn Bundesvorsitzender – damals noch bescheiden Sprecher genannt – des Königsteiner Offizierkreises (KOK) und seit 1970 der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS).

Die Teilnehmer

Die 7. Akademie zählte 76 ständige Teilnehmer (Vergleichszahlen 1987: 32, 1989: 76, 1991: 63, 1993: 80, 1995: 55 und 1997: 80). Von diesen waren 31 Offiziere (davon 2 d.R. und 3 a.D.), 40 Unteroffiziere (davon 1 w und 1 a.D.), 1 Geistlicher und 2 zivile Teilnehmer (davon 1 w).

Am Dienstag nahmen zusätzlich die Offiziere des LogRgt 10 aus Veitshöchheim im Rahmen einer Führerweiterbildung am Seminar teil. Der Zuspruch zum Akademieabend mit Gästen aus Bundeswehr und Gesellschaft am Mittwoch war so groß, dass die Zuhörer beim Vortrag von Prof. Dr. Paul M. Zulehner noch in den offenen Saaltüren sitzen mussten.

Das Durchschnittsalter der Teilnehmer – ohne die Mitglieder des Bundesvorstandes der GKS – betrug 35,2 Jahre (1997: 35,4 und 1995: 32,7 Jahre). Jünger als 30 Jahre waren 30,6% (1997: 38%), den stärksten Anteil stellten die im dritten Lebensjahrzehnt stehenden Soldaten mit 38,4 % (1997: 23%). 40 bis 49 Jahre alt waren 19,3% (1997: 32%) und die 50-jährigen waren mit 11,3% (1997: 6%) vertreten. Die Altersspanne reichte vom 20-jährigen Uffz bis zum 52-jährigen ÖStFw.

Begleitet wurde das Seminar vom Geistlichen Beirat des GKS, Militärdekan Prälat Walter Theis, der nicht nur im täglichen „Morgenlob“ wichtige spirituelle Impulse gab und am Freitag den Abschlussgottesdienst hielt.

Das Thema

Mit dem Thema „In Verantwortung vor Gott und den Menschen – Welches Leitbild prägt den Soldaten an der Jahrtausendwende?“ hat sich die GKS einerseits den Gefährdungen des Soldatenberufes durch eine technokratische Perfektionierung gestellt, an-

dererseits – und hier lag der Schwerpunkt – wollte sie den Perspektiven und Chancen nachspüren, die sich aus den vielfältigen neuen Aufgaben der Bundeswehr ergeben. Dazu sollten Fragen zur Ethik des soldatischen Dienst allgemein, für Führungsverhalten und Führungsverantwortung, zur geistig-geistlichen Vorbereitung von Einsätzen und zur Bewältigung von kritischen Situationen zwar aus unterschiedlicher, aber doch aus einer auf den geistig-sittlichen Grundlagen unserer Gesellschaftsordnung beruhenden Sicht beantwortet werden.

Diese Absicht wurde in den Einzelthemen des Seminars deutlich:

- „VERANTWORTUNG IN DER RISIKOGESELLSCHAFT“, Prof. Dr. Karl Gabriel, Münster
- „ASPEKTE DER INNEREN FÜHRUNG AM BEGINN EINES NEUEN JAHRTAUSENDS“, Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages Claire Marienfeld
- „FÜHREN – ERZIEHEN – AUSBILDEN“, Generalmajor Karl-Heinz Lather, Befehlshaber im Wehrbereich V und Kommandeur 10. PzDiv, Sigmaringen
- „WAS HAT SICH VERÄNDERT? – WIE GEHT ES WEITER?“, Rüdiger Moniac, Journalist, Bonn
- „BONIFATIUS UND DIE EUROPÄISCHE TRADITION“, Domkapitular Prof. Dr. Werner Kathrein, Fulda
- „IN VERANTWORTUNG VOR GOTT UND DEN MENSCHEN – DER BEITRAG DER CHRISTEN ZUR ENTWICKLUNG VON WERTEN IN UNSERER GESELLSCHAFT AN DER JAHRTAUSENDWENDE“, Prof. Dr. Paul M. Zulehner, Wien
- „MENSCHEN FÜHREN – LEBEN WECKEN“, Pater Anselm Grün, Cellerar der Benediktiner Abtei Mönsterschwarzach

Zusammenfassung

Das Seminar verlief nach Meinungsäußerungen aller Beteiligten sehr harmonisch. Die Vorträge bauten thematisch und inhaltlich aufeinander auf und trafen sowohl die Erwartungen der Seminarteilnehmer als auch der -leitung. Es blieb ausreichend Zeit für Anfragen an die Referenten und eine Diskussion zur Vertiefung des Gehörten untereinander. Neben der Seminaratmosphäre wurde übereinstimmend die gute Dienstgradmischung und der kameradschaftliche Umgang miteinander gelobt.

Erste Überlegungen zum 8. Seminar wurden bereits angestellt. So soll die Akademie im Jahr 2001 in ihrer be-

währten Form wiederum im Bonifatiushaus in Fulda vom 29. Oktober bis zum 2. November stattfinden. Das (vorläufige) Thema lautet „... UND DAS RECHT UND DIE FREIHEIT DES DEUTSCHEN VOLKES TAPFER ZU VERTEIDIGEN. – SOLDATSEIN EIN BERUF WIE JEDER ANDERE?“ AUFTRAG wird über den Stand der Vorbereitungen weiterhin berichten und rechtzeitig die Ausschreibung bekanntgeben.

Hinweis zur folgenden Dokumentation

Auf den folgenden Seiten xx-yy sind die Vorträge, soweit sie als Manuskript vorlagen, dokumentiert. Die Ausführungen von Prof. Dr. Paul M. Zulehner wurde nach einem Tonbandmitschnitt von der Redaktion bearbeitet.

Als eine in das Seminarthema sich gut einfügende und die Dokumentation abschließende Ergänzung hat die Redaktion noch einen Artikel von Heinz W. Brockmann mit dem Thema „Als Christen in diesem Staat engagieren“ aufgenommen. Der Beitrag ist mit freundlicher Genehmigung des Autors und der Herausgeber dem Themenheft des BDKJ JOURNAL Dezember 1999 „VERÄNDERTE BEZIEHUNGEN: STAAT UND KIRCHE“ entnommen. □



Der katholische Militärbischof für die Bundeswehr, der Fuldaer Bischof Erzbischof Dr. Johannes Dyba, zeigte seine Wertschätzung für die GKS-Akademie dadurch, dass er das Seminar mit zwei Besuchen beehrte. Nach dem Pontifikalamt zum Allerheiligentag (1. November), das mit den Seminarteilnehmern auch die Wehrbeauftragte des deutschen Bundestages Claire Marienfeld und der Befehlshaber im Wehrbereich V, Generalmajor Karl-Heinz Lather, mitfeierten, nahm er am gemeinsamen Abendessen in der Fuldaer Wache teil. Und wie bei den früheren Seminaren gab der Militärbischof nach dem offenen Akademieabend mit dem Hauptvortrag von Prof. Dr. Paul M. Zulehner einen Empfang für die Teilnehmer der Akademie sowie die Gäste aus Politik, Gesellschaft, Kirche und Bundeswehr. Der Bundesvorsitzende der GKS, Oberst Karl-Jürgen Klein, dankte bei dieser Gelegenheit Erzbischof Dyba, dass er als Militärbischof der Akademie einen hohen Stellenwert beimesse und sie durch seine persönliche Anwesenheit immer wieder unterstütze.

Bild links: Begrüßung zum Abendessen am ersten Seminartag (Allerheiligentag). Die Wehrbeauftragte Claire Marienfeld eingerahmt von Militärbischof Johannes Dyba (r.), Militärdekan Walter Theis (l.) und jungen Offizieren und Unteroffizieren

Bild oben: Der Militärbischof beim Empfang am Mittwoch im Gespräch mit Oberst Karl-Jürgen Klein, Bundesvorsitzenden der GKS, und Oberstleutnant Helmut Jermer, Vorsitzender Sachausschuss „Innere Führung“

(Fotos: F. Bröckmeier)



Verantwortung in der Risikogesellschaft

KARL GABRIEL



1. Zur Aktualität des Rufs nach Verantwortung

Wenn Sie sich für die diesjährige Tagung ihrer Gemeinschaft die Frage nach der „Verantwortung“ gewählt haben, so greifen Sie eine Thematik auf, die das ethische Gespräch des letzten Jahrzehnts wie keine andere geprägt hat. Man könnte von einer Wiederkehr der Verantwortung, zumindest vom Ruf nach ihr sprechen.¹⁾ Der Appell an die Verantwortung durchzieht unserer öffentliche Kommunikation. Vorzügliche Adressaten sind alle, die als Verantwortungsträger habhaft zu machen sind: Politiker, Wirtschaftsführer, Wissenschaftler, Militärs, Journalisten und Medienmacher, prominente Leitfiguren aus allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Auffällig ist, dass es zumeist die anderen sind, von denen Verantwortung erwartet und eingefordert wird. Von Selbstverantwortung ist weniger häufig die Rede. Manchmal klingt der Ruf nach Verantwortung auch wie das Pfeifen des Ängstlichen im dunklen Wald, der ahnt, dass der Ruf vielleicht mehr der eigenen Beruhigung dient als dass ihm unbedingt Erfolg beschieden ist.

Der Ruf nach Verantwortung wird begleitet von Meldungen, Berichten und Recherchen über eine anscheinend alltäglich gewordene

Verantwortungslosigkeit. Was sind schon die eigenen, kleinen Verantwortungslosigkeiten vor dem Verhalten eines Politikers, der sich einfach so von einer Minute zur anderen als verantwortungsfreie Privatperson definiert und damit auf dem Büchermarkt auch noch viel Geld verdient; vor dem Verhalten eines Caritasmanagers, der seinen Bischof hinter das Licht führt und den Aufbau eines Geflechts von Organisationen offenbar zu krummen Geschäften in die eigene Tasche nutzt; vor den Zahlen, die jedes Jahr der Bund der Steuerzahler als angebliche oder tatsächliche Summen der Geldverschwendung durch die öffentliche Hand publiziert. Die Liste ließe sich ohne Mühe verlängern und beim Aufschlagen jeder beliebigen Zeitung jeweils neu verifizieren.

Auf der anderen Seite wird bis in den Alltag der Menschen hinein spürbar, dass der verstärkte Ruf nach Verantwortung etwas damit zu tun hat, dass unser Leben auf allen Ebenen und in allen Bereichen riskanter geworden ist. Wo es noch vor einigen Jahrzehnten für Männer und Frauen – in fest gefügte Ordnungen und Lebensläufe eingebunden – nichts zu entscheiden gab, da türmen sich heute gerade für junge Menschen Berge von riskanten Entscheidungen auf: Soll ich diesen oder jenen Beruf ergreifen? Soll ich heiraten und eine Familie gründen, überhaupt, wann, wie viele Kinder erziehen? Soll ich bei der Religion meiner Eltern bleiben und mit welcher Intensität? Soll ich, soll ich? Alle diese Entscheidungen unserer privaten Welt müssen wir unter hoher Unsicherheit, unter hohen Risiken fällen. Jedenfalls wird uns ein Scheitern – sollte es eintreten – zugeschrieben: wir hätten ja jeweils auch anders entscheiden können.

Das Wort von der Risikogesellschaft verweist darüber hinaus noch auf andere, drängende Probleme unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens. Genauer müsste man vielleicht statt von Risikogesellschaft an

Gliederung

1. Zur Aktualität des Rufs nach Verantwortung
2. Wandel gesellschaftlicher Strukturen als Herausforderung des Verantwortungsproblems
 - 2.1 Verselbständigung gesellschaftlicher Teilsysteme
 - 2.2 Bedeutung von Organisationen für die Vervielfältigung der Wirklichkeitsebenen
3. Risikosteigerung durch kulturelle Pluralisierung
4. Individualisierung und Risiko
5. Globalisierung und Risiko
6. Die Suche nach dem "überlappenden Konsens" gemeinsamer Verantwortung
 - 6.1 Die Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben
 - 6.2 Soziale Gerechtigkeit
 - 6.3 Solidarität
 - 6.4 Subsidiarität
 - 6.5 Nachhaltigkeit
 - 6.6 Demokratie als Konsens- und Konfliktordnung
 - 6.7 Lebendige Zivilgesellschaft
7. Ebenen und Formen der Verantwortung
 - 7.1 Verantwortung der großen Institutionen
 - 7.2 Verantwortung der Organisationen
 - 7.3 Verantwortlichkeit von Personen

dieser Stelle von Gefahrengesellschaft sprechen: handelt es sich doch um Entwicklungen bzw. Entscheidungen, für die eine exakte Risikoabschätzung kaum mehr möglich erscheint. Wissenschaft und Technik haben die Handlungsmöglichkeiten, die wissenschaftliche und technische Verfügbarkeit ins Unermessliche ausgedehnt. Tagtäglich weitet sich die Verfügungsmacht des Menschen, zuletzt dramatisch bis zur Verfügungsmacht über die genetischen Grundlagen des menschlichen Lebens selbst aus. Vom Menschen-

park ist die Rede, für den es Regeln auszuarbeiten gelte. Deutlich wie nie zuvor lassen dabei in der Regel die Wissenschaft bzw. Wissenschaftler selbst keinen Zweifel daran, dass die so genannten Nebenfolgen inzwischen mit den gewünschten Wirkungen des technischen Fortschritts in eine harte Konkurrenz geraten. „Risikofeststellungen sind“ – so Ulrich Beck schon vor mehr als zehn Jahren – die Gestalt, in der die Ethik ... in den Zentren der Modernisierung – in der Wirtschaft, den Naturwissenschaften, den Technikdisziplinen wiederaufersteht.“²⁾

Der Leitsatz ihres Programms: „Verantwortung vor Gott und den Menschen“ verweist dabei auf die Tatsache, dass Übernahme und Zuschreibung von Verantwortung – auch in ihrer modernen Version – ihren Ursprung im Christentum haben und diesen auch nicht verleugnen können. Aus der religiösen Sphäre eines verantwortlichen Lebens vor Gott ist der Verantwortungsbegriff in die Welt des Rechts gewandert. Vor diesem Hintergrund bekommt aber das Problem Konturen, dass auch in der deutschen Gesellschaft ein geteilter, gemeinsamer Bezug der Verantwortung vor Gott immer weniger vorausgesetzt werden kann. Wenn auch ein expliziter und systematischer Atheismus in Deutschland ein Minderheitenphänomen von wenigen Prozenten darstellt, so ist auf der anderen Seite doch davon auszugehen, dass für mindestens ein Drittel der deutschen Bevölkerung der Gottesglaube – auch in der sehr allgemeinen Form eines höheren Wesens – keine Realität besitzt. Ein expliziter, christlich geprägter und kirchlich formulierter Glaube an einen persönlichen Gott hat insgesamt die Tendenz, zu einem Minderheitenphänomen zu werden.³⁾ Damit stellt sich das Problem, dass nicht nur um das Wofür, sondern auch um das Wovor der Verantwortung neu und mit hoher Dringlichkeit gerungen werden muss.

Vor dem angesprochenen Hintergrund möchte ich im ersten Teil meines Referats auf jene gesellschaftlichen Entwicklungen eingehen, die sowohl der Frage nach der Verantwortung als auch der Suche nach Verantwortlichen heute eine so hohe Dringlichkeit geben. Sie liegen auf der Ebene der gesellschaftlichen

Strukturen, der kulturellen Entwicklung wie der Bedingungen der Lebensführung für den Einzelnen. Im zweiten Schritt werde ich vom Boden der christlichen Sozialethik aus nach Perspektiven fragen, die auf der Suche nach einem neuen Konsens hinsichtlich eines Wofür und Wovor der Verantwortung weiterhelfen könnten. Im dritten Teil geht es mir um unterschiedliche Ebenen von Verantwortung und Verantwortlichkeit.

2. Wandel gesellschaftlicher Strukturen als Herausforderung des Verantwortungsproblems

2.1 Verselbständigung gesellschaftlicher Teilsysteme

Die vollen Konsequenzen der Moderne zeigen sich heute auf struktureller Ebene in einer verschärften funktionalen Differenzierung im Sinne der Ausbildung und Verselbständigung funktionsorientierter gesellschaftlicher Teilsysteme.⁴⁾ Die Verschärfung betrifft sowohl die Intensität der Spezialisierung, Selbststeuerung und Eigenlegitimation der Teilsysteme als auch ihre Globalisierung in weltgesellschaftliche Dimensionen hinein.⁵⁾ So hat sich der um Geldwirtschaft und Märkte organisierte wirtschaftliche Handlungszusammenhang sowohl verschärft von außerwirtschaftlichen Rücksichten befreit als auch die globale Dimension einer kapitalistischen Weltwirtschaft angenommen. Ähnliches lässt sich vom Teilsystem staatlicher Politik sagen, das einerseits seine eigene Logik im nationalstaatlichen Rahmen weiter ausgebildet hat und gleichzeitig zunehmend in Staatenbünde bis hin zu einem Weltsystem von Nationalstaaten einbezogen erscheint. Die Wissenschaft als weiteres führendes Funktionssystem moderner Gesellschaften hat einerseits intern von Gewissheitssuche auf unbegrenzten methodischen Zweifel umgestellt, andererseits immer ausgeprägter die Form von weltgesellschaftlichen Kommunikationszusammenhängen angenommen. Die Beispiele mögen genügen um als Konsequenz verschärfter funktionaler Dif-

ferenzierung die Annahme plausibel zu machen, dass das gesellschaftliche Leben insgesamt vielfältiger und risikoreicher wird und sich zunehmend hierarchischer, von einem Punkt ausgehender Kontrolle entzieht. Der wachsende hierarchische Steuerungsverlust untergräbt den für Aufklärung und klassische Wissenschaft typischen Anspruch, durch Ausbreitung von Aufklärung und Wissen alle Verhältnisse letztendlich von einem Punkt aus unter Kontrolle bringen zu können.⁶⁾ Was kann – so ist zu fragen – Verantwortung angesichts einer Gesellschaft bedeuten, die offenbar immer schärfer in funktionale, eigenlogisch orientierte Teilsysteme zerfällt.

2.2 Bedeutung von Organisationen für die Vervielfältigung der Wirklichkeitsebenen

Komplexer und vielfältiger werden die sozialen Verhältnisse im Zuge verschärfter Modernisierung aber nicht nur durch die horizontale Differenzierung in soziale Teilsysteme, sondern auch durch eine neue Form „vertikaler“ Differenzierung in unterschiedliche Ebenen sozialer Wirklichkeit.⁷⁾ Die Ebene sozialer Wirklichkeit, auf der abstrakte Lektorientierungen und symbolische Kommunikationsmedien wie Geld, Macht und wissenschaftliche Wahrheit zur Ausbildung gesellschaftlicher Teilsysteme führen, macht nur eine Ebene sozialer Wirklichkeit aus. Soziale Beziehungsmuster und Interaktionsprozesse von Angesicht zu Angesicht bilden eine andere, eigenständige Ebene sozialer Wirklichkeit. Für moderne Lebensverhältnisse besonders charakteristisch ist die Stabilisierung einer eigenständigen Ebene sozialer Wirklichkeit, die durch Organisationen und ihre Netzwerke gebildet wird. Sie sind gekennzeichnet durch prinzipiell kontingente Mitgliedschaft, arbeitsteilige Strukturen und Selbststeuerung durch Entscheidungen. Alle weitreichenden Entscheidungen in modernen Gesellschaften werden zwar von Personen gefällt, aber in aller Regel von Personen, die im Rahmen hocharbeitsteiliger Organisationen handeln und entscheiden.⁸⁾ Organisationen und die Ebene der Netzwerke von Organisationen ver-

Absprache mit dem Referenten Prof. Dr. Karl Gabriel (li.) vor dem Bild des 1983 verstorbenen Namensgeber der GKS-Akademie, Oberst Dr. Helmut Korn. Bild Mitte der Direktor des Bonifatiushauses, Dr. Antonius Gescher, der Seminarleiter Oberstleutnant a.D. Paul Schulz und rechts der Bundesvorsitzende der GKS, Oberst Karl-Jürgen Klein (Fotos: GKS)



längern heute die Handlungsketten ins Unabsehbare, global players verknüpfen lokale Anwesenheitszusammenhänge mit globalen Koordinierungen und „Entbetten“⁽⁹⁾ ortsgebundene Wohnheiten durch permanente Wandlungsimpulse. „Aus der Kombination teilsystemspezifischer Funktionsdifferenzierung einerseits und der Verselbständigung unterschiedlicher Ebenen sozialer Wirklichkeit andererseits resultiert eine wachsende Kontingenz der Sozialverhältnisse, d.h. die verschiedenen Elemente von Gesellschaft gewinnen eine stärkere Beweglichkeit gegeneinander“.⁽¹⁰⁾ Dynamik und Wandelbarkeit der sozialen Verhältnisse erweitern die Möglichkeitsräume und Erhöhen das Risiko des Entscheidens.

3. Risiokosteigerung durch kulturelle Pluralisierung

Die klassische Industriegesellschaft war weit davon entfernt, irgendeine Form von Einheitskultur zu besitzen, sie war seit ihren Anfängen durch einen kulturellen Pluralismus geprägt. Dieser Pluralismus besaß aber in der Sozialstruktur verankerte Schranken und war in wesentlichen Aspekten ein Pluralismus relativ in sich geschlossener Gruppenkulturen. Selbst einheitskulturelle Merkmale wie etwa der Fortschrittsglaube und die wohlfahrtsstaatliche Programmatik existierten zumindest in unterschiedlich akzentuierten gruppenkulturellen Versionen.⁽¹¹⁾

Mit der Auflösung der Großgruppenmilieus und der traditionellen Produktions- und Lebensformen verändert heute der kulturelle Pluralismus seinen Charakter grundlegend und nimmt eine neue Gestalt an. Die Massenmedien erzeugen die Grundlage für neue kulturelle Differenzie-

rungen und damit einen neuen, radikaleren kulturellen Pluralismus. Der Umbruch reicht bis in das typische Integrationsmuster des Einzelnen in die Kultur hinein. Als Massenkultur werden weite Teile der kulturellen wie der religiösen Traditionen dem Einzelnen unmittelbar zugänglich.⁽¹²⁾ Der Schwerpunkt der kulturellen Integration verschiebt sich von der Ebene sozialstrukturell verankerter Großgruppen in die Richtung der individuellen Auswahl aus dem kulturellen Angebot. Es entsteht eine stärkere Unmittelbarkeit von Individuum und Kultur. Eine Vervielfältigung der kulturellen Ausdrucksformen und ihre stärkere Lösung von sozialstrukturellen Determinanten sind die Folge. So wird ein radikalisierte kultureller Pluralismus zum untrüglichen Anzeichen des Epochenbruchs hin zur neuen „postmodernen Modernität“.⁽¹³⁾

Die Pluralisierung der Kultur erweist sich dabei zunehmend als ein mehrdeutiges, ambivalentes Phänomen. Auf der eine Seite stehen Erfahrungen der Befreiung aus schicksalhaft vorgegebenen kulturellen Zwängen, neue Möglichkeiten legitimer, individueller Lebensgestaltung und Chancen einer reflexiven Verfügbarkeit kultureller Traditionen. Dem stehen Verluste an identitätssichernden Orientierungen und Bindungen gegenüber, die mit der individuellen Freiheit das Risiko des Scheiterns anwachsen lassen. An die Stelle traditionaler Kultur- und Identitätsmuster tritt dann sehr leicht die Übernahme massenkulturell vorfabrizierter Muster der Lebensführung oder die Flucht in die Zwänge fun-

damentalistischer Gewissheiten.⁽¹⁴⁾

Die Entgrenzung struktureller und funktionaler Differenzierung und die Pluralisierung der Kultur impliziert ein weiteres Merkmal wachsender Risiken moderner Lebensführung: die Individualisierung.

4. Individualisierung und Risiko

Mit Individualisierung ist die Virulenz eines neuen Vergesellschaftungsmodus angesprochen, der an die Stelle von Großgruppenkulturen das Individuum und die ihm zugeschriebenen Entscheidungen setzt.⁽¹⁵⁾ Empirisch hat der Prozess seine tiefsten Spuren in der Erosion jener Gruppenkulturen und Milieus – wie z.B. dem der Katholiken und der sozialistischen Arbeiter – hinterlassen, die sich um die Spannungslinien von Konfession und Klasse seit dem 19. Jahrhundert gebildet hatten. An ihrem Schicksal lassen sich die vier Dimensionen von Individualisierung am deutlichsten ablesen:

- (1) Freisetzung aus vorgegeben, quasi zugeschriebenen Gruppenbindungen um Konfession und Klasse herum;
- (2) Entzauberung der gruppenkulturell erzeugten und getragenen Lebens- und Weltdeutungen mit samt ihren Symbolen und Ritualen;
- (3) Konfrontation und Eingliederungszwänge der Individuen im Gegenüber zu anonym wirksamen institutionellen Arrangements wie dem Arbeitsmarkt und wohlfahrtsstaatlichen Regelungen;

- (4) Hervortreten biographischer Sinnkonstruktionen, Lebensstilgruppen, Szenen und ein hoher Bedarf an interaktiven Anerkennungsprozessen.

An die Stelle der Einbettung in Großgruppen haben lockere Orientierungsschemata und Lebensstilgruppen als Rahmen einer individualisierten und biographisierten Identitätsarbeit an Bedeutung gewonnen. Wie sich insbesondere an der Situation Jugendlicher und ihrer Gefährdungslagen erkennen lässt, haben sich damit aber auch die Risiken der individuellen Lebensführung erhöht.

5. Globalisierung und Risiko

Je unübersichtlicher und grenzenloser die Welt wird, desto deutlicher lassen sich eine markante Gegenbewegungen beobachten. Die Menschen bilden Inseln im Meer der globalen Ausdehnung und Indifferenz.¹⁶⁾ Sie suchen Schutz vor den entwurzelnden Folgen von Individualisierung und Globalisierung. Was immer als Grenzmarkierung und Ausgrenzung übersichtlicher Einheiten dienen kann, erscheint plötzlich in einem neuen Licht. Lokale und regionale Besonderheiten werden wieder entdeckt und reaktiviert. Kulturelle und ethnische Grenzen bekommen ein neues Gewicht. Die Sehnsucht nach Gemeinschaft führt zu neuen Gruppenbildungen auf der Grundlage von Wahlentscheidungen. Lebensstilgruppen und Szenen setzen sich voneinander ab und entwickeln eigene gruppenspezifische Orientierungsmuster und Rituale. Die Inselbildung gibt auch religiösen Traditionen und Deutungsmustern einen neuen Stellenwert. Von einer „Sehnsucht nach Sinn“ spricht Peter Berger.¹⁷⁾ Religiöse Traditionen und Symbole eignen sich offensichtlich besonders gut im Kampf um die Wahrung des Partikularen vor dem Einbruch universaler, undurchschaubarer Mächte. Die Inselbildung ist natürlich auch der Nährboden für das weltweite Aufbrechen radikaler ethnischer und nationaler Bewegungen. Sie speist ebenso die fundamentalistischen Tendenzen in allen Weltreligionen.¹⁸⁾

Differenzierung, Individualisierung, Globalisierung bewirken gemeinsam eine neue Qualität des gesellschaftlichen Zusammenlebens und seiner Risiken. Die Individualisierung untergräbt die Autorität herkömmlicher Gruppenkulturen und schwächt ihre Kompetenz zur unbefragten Lebensführung. Die Globalisierung der Arbeitsmärkte, der Migrationsbewegungen und der massenmedialen Wirklichkeitskonstruktionen macht tendenziell alle zu Wanderern und Fremden innerhalb der Fiktion eines globalen Dorfes. Die Lokalisierung wiederum treibt Konstruktionen des Eigenen, des Wir gegenüber den Anderen auf der Grundlage als möglichst unverfügbar gedachter Zuschreibungen hervor. Für die deutsche Gesellschaft bedeutet dies konkret. Wie ist eine gemeinsame Verantwortung in unserer Gesellschaft noch möglich?

6. Die Suche nach dem „überlappenden Konsens“ gemeinsamer Verantwortung

Mit dem stärkeren Bewusstsein werden der strukturellen, kulturellen und individuellen Pluralität und der damit verbundenen Gefährdung des gesellschaftlichen Zusammenhalts in der Gegenwart, haben Suchprozesse und Diskurse eingesetzt, die neu nach den gesellschaftlichen Bindekräften einer gemeinsamen Verantwortung fragen. Es geht um die Suche nach einem „überlappenden Konsens“¹⁹⁾ angesichts des zweipoligen Richtungsinns von Verantwortung.

- (1) Wofür sollten wir gemeinsam bereit sein, Verantwortung zu übernehmen? Worauf können wir uns in der Frage des Wofür der Verantwortung einigen? Wie könnte eine in diesem Sinne verantwortliche Gesellschaft aussehen?
- (2) Was davon hat die Chance, dem Kriterium eines doppelten Wofür, nämlich vor Gott und den Menschen, standzuhalten? Können Elemente eines Konsenses für Christen wie Nicht-Christen gefunden werden?

Die christliche Sozialethik ist in der gegenwärtigen Situation in be-

sonderer Weise herausgefordert, sich an der Suche nach einem neuen gesellschaftlichen Konsens zu beteiligen. Nimmt sie ihre Situation in einer pluralen Gesellschaft Ernst, so kann es sich tatsächlich nur um einen „überlappenden Konsens“ handeln, der sich aus unterschiedlichen Konzeptionen eines „guten Lebens“ und einer „guten Gesellschaft“ speist. Die erste Frage lautet deshalb, welche Leitperspektiven und Grundsätze kann die christliche Ethik aus ihrer eigenen Tradition in einen Suchprozess nach gemeinsamer Verantwortung einbringen?

In einem lockeren Anschluss an das Wort beider Kirchen „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“²⁰⁾ möchte ich in einem ersten Schritt fünf solcher Grundsätze hervorheben, um sie im zweiten Schritt um zwei weitere Aspekte zu ergänzen.

6.1 Die Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben

In Europa, der Weltgesellschaft wie in der bundesrepublikanischen Nationalgesellschaft bedarf es eines neuen Konsenses, den sich „naturwüchsig“ verschärfenden Ausschluss-tendenzen derer, die mit dem Tempo der Entwicklung nicht mehr mitkommen, nicht einfach nachzugeben. Nur eine konsentrierte gesellschaftliche Option für jene Gruppen in der Gesellschaft, die als ökonomisch „Überflüssige“ nicht einmal mehr als Ausbeutungsobjekte von Interesse zu sein scheinen, kann ein Auseinanderbrechen der Gesellschaft an dieser neuen Konflikt- und Spaltungslinie verhindern. Für die christliche Sozialethik beruht ihre Option für die Teilhabe aller auf der biblischen Option für die Armen, wie sie das Alte wie das Neue Testament als roter Faden durchzieht.

6.2 Soziale Gerechtigkeit

Moderne Gesellschaften sind ohne die Leitperspektive sozialer Gerechtigkeit nicht zusammenzuhalten, wollen sie nicht in Gewaltverhältnissen versinken. Wenn die moderne Rechtsordnung über ihren formell positiven Charakter hinaus nicht auch als moralische Ordnung Anerkennung findet, kann sie ihre

friedenstiftende Wirkung nicht erfüllen. Grundvoraussetzung dafür ist, dass sie auf dem Prinzip der wechselseitigen Anerkennung der Menschen als ihresgleichen beruht. Soziale Gerechtigkeit buchstabiert diese Grundvoraussetzung wechselseitiger Anerkennung aus, indem sie auf der Überwindung von Diskriminierung und Ungleichheit besteht und allen in der Gesellschaft gleiche Chancen und gleichwertige Lebensbedingungen zu ermöglichen sucht. Die christliche Sozialethik muss unter modernen gesellschaftlichen Bedingungen auf der Durchsetzung sozialer Gerechtigkeit letztlich deshalb bestehen, weil für sie alle Menschen ohne Ausnahme die unveräußerliche Würde der Gottebenbildlichkeit tragen.

6.3 Solidarität

Moderne Gesellschaften lassen sich nicht ohne Solidarität integrieren. Ohne eine soziale Rahmenordnung, die die Bevölkerung vor den elementaren Lebensrisiken sichert und für sozialen Ausgleich sowie Chancengerechtigkeit sorgt, ohne Solidarität als Voraussetzung von Grundvertrauen und Loyalität gegenüber der sozialen Ordnung ist gesellschaftlicher Zusammenhalt nicht möglich. Auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Zusammenlebens schafft Solidarität erst die Voraussetzungen dafür, Verträge untereinander abzuschließen, in Tauschprozesse eintreten und Räume dynamisierenden Wettbewerbs institutionalisieren zu können. Was ich an dieser Stelle anspreche, nennt der englische Sozialtheoretiker Anthony Giddens „aktives Vertrauen“.²¹⁾

Die christliche Sozialethik dehnt die Wechselseitigkeit von Solidarbezügen nach zwei Richtungen hin aus: prinzipiell alle, die Menschenantlitz tragen, sind einbezogen und in besonderem Maße jene, die in die Wechselseitigkeit der Solidarität nichts außer das Pfund einzubringen haben, dass nach der Gerichtsrede des Matthäusevangeliums Gott selbst sich mit ihnen identifiziert.

6.4 Subsidiarität

Angesichts gesellschaftlicher Entwicklungen, die das intermediäre

Leben und ihre Institutionen schwächen und damit das individualisierte Individuum unmittelbar mit immer undurchschaubareren und anonymen Handlungsketten und gesellschaftlichen Zwängen konfrontieren, erhält Subsidiarität als Kriterium gesellschaftlicher Strukturbildung hohe Aktualität. Ohne Romantisierung traditioneller Lebensformen und Stilisierung des Kleinen und Gemeinschaftlichen zum rettenden Rückzugsraum vor dem Ansturm des Gesellschaftlichen besteht heute der Ernstfall der Subsidiarität im Eintreten für intermediäre Institutionen und Räume (Familie, Schule, Vereine, Verbände, Initiativen, Kirchengemeinden, Kirchen/Religionsgemeinschaften). Über intermediäre Institutionen können die Menschen auch in hochdifferenzierten Gesellschaften jenes Maß an kollektiven Identitätsbezügen gewinnen, ohne die die Ausbildung persönlicher Identität nicht möglich erscheint. Für die Bewältigung der Sinn- und Orientierungsprobleme moderner Gesellschaften kommt der intermediären Ebene ebenfalls eine besondere Bedeutung zu.²²⁾

Die privatisierten und individualisierten Sinnerfahrungen der Einzelnen finden auf der Ebene intermediärer Gruppen- und Institutionenbildungen ihren notwendigen Rückhalt und können so den individuellen Orientierungen erst Stabilität verleihen. Kirchen als lebendige Religionsgemeinschaften können dabei ein wichtiges Element und Ferment der intermediären Institutionenebene bilden.²³⁾

6.5 Nachhaltigkeit

Eine Gesellschaft, die auf Kosten der kommenden Generationen lebt, die deren Lebensrechte missachtet, bringt sich um die eigene Zukunft und damit auch um gegenwärtige Grundbedingungen von Integration. Durch die ökologische Bewegung angetrieben, haben sich im Bereich des Umweltbewusstseins seit dem Bericht des Club of Rome zu den „Grenzen des Wachstums“ in kaum erwartbarer Schnelligkeit ethische Lernprozesse vollzogen, die zu einem stets umkämpften, aber doch spürbaren Konsens geführt haben, Nachhaltigkeit als Grundbedingung einer zukunftsfähigen Gesellschaft anzuerkennen. Wie die Irritationen in

einigen kirchlichen Kreisen auf die Studie, „Zukunftsfähiges Deutschland“⁽²⁴⁾ von Misereor und BUND noch einmal verdeutlicht haben, gehörte die kirchliche Sozialverkündigung weder zu den Innovatoren und Vorreitern des ethischen Prinzips der Nachhaltigkeit, noch haben sich bis heute alle kirchlichen Milieus die entsprechenden ethischen Lernprozesse mitvollzogen. Desto erfreulicher erscheint es, dass das Wort der Kirchen – ein wenig als sei es schon immer so gewesen – die Kriterien von Solidarität und Subsidiarität um das der Nachhaltigkeit erweitert. Wer spät lernt, lernt ja möglicherweise gründlicher.

6.6 Demokratie als Konsens- und Konfliktordnung

Als Konsensordnung weist die Demokratie einen spezifischen Bezug zu einer verantwortlichen Gesellschaft angesichts des religiös-weltanschaulichen Pluralismus zunächst deshalb auf, weil sie gewissermaßen sparsam und asketisch mit Konsensansprüchen umgeht.²⁵⁾ Es gehört zu ihren Stärken, sich auf einen minimalen ethischen Konsens beschränken zu können. Inhaltlich hat es das ethische Minimum der Demokratie aber in sich, weist es eine erhebliche Sprengkraft auf. Mit seiner vorgängigen Verpflichtung des demokratischen Verfassungsstaats auf die Achtung der Menschenwürde und den Grundsatz der staatsbürgerlichen Gleichheit zielt es Kernbedingungen eines pluralen Zusammenlebens in einer politischen Gemeinschaft an. So steht die recht verstandene wertgebundene Demokratie im Prinzip der multikulturellen Gesellschaft gerade nicht im Wege; vielmehr gehört sie zu den Bedingungen, unter denen auch eine pluralistische Gesellschaft integrierbar bleibt.

Weltanschaulich-plurale Gesellschaften sind – so möchte ich hervorheben – in besonderem Maße auf das Potential von Demokratie auch als Konfliktordnung angewiesen. Sie brauchen die Demokratie als Kunst der Trennung, des ausgehaltenen Dissenses, des eingehegten und zivilisierten Konflikts. Sie sind heute wie im Zeitalter der europäischen Religionskriege darauf angewiesen, dass die Träger kulturell begründeter

absoluter Wahrheitsansprüche weder die kulturell-legitimierenden Grundlagen noch die Instrumentarien der politischen Herrschaft erobern und für sich reservieren. Plurale Gesellschaften verlangen die Versöhnung mit der demokratischen Mehrheitsregel in all ihrer Beschränktheit. Sie verschärfen aber auch die realen Bedingungen ihrer Akzeptanz: aus unterlegenen Minderheiten müssen auch faktisch Mehrheiten werden können, der plurale, konkurrierende demokratische Willensbildungsprozess bedarf der spürbaren Rückbindung an offene Meinungsbildungsprozesse. Zu den Grundbedingungen gehört, dass alle Gruppen in der Gesellschaft ein Mindestmaß an Fähigkeiten entwickeln, kulturellen Dissens in der Gesellschaft zu ertragen und mit den eigenen Wahrheitsansprüchen reflexiv umgehen zu können.

Es geht darum, an inhaltlichen Konsensvorstellungen festhalten, diese aber gleichzeitig auch offen zu halten für Gemeinsamkeiten, die sich erst in einer gemeinsamen Konfliktgeschichte herstellen. Will man nicht resignativ oder zynisch vor der unüberschaubaren Komplexität und Pluralität der Verhältnisse letztlich doch kapitulieren, wird man Konsens viel mehr als bisher als Geschehen des ständigen Aushandelns, der Kommunikation und des bewältigten Konflikts ansehen müssen. Dies gilt schon für den Konsens in den kleinen Einheiten von Partnerschaft und Familie, um wie viel mehr für hyperkomplexe Gesellschaften.

6.7 Lebendige Zivilgesellschaft

In weltanschaulich-pluralen Gesellschaften erhält eine zivilgesellschaftliche Öffentlichkeit einen zentralen Stellenwert. Die Zivilgesellschaft stellt den sozialen Raum dar, in dem sich eine diskursive Öffentlichkeit entfalten kann. Nichtstaatliche und nicht-ökonomische Assoziationen, Organisationen und Bewegungen machen den Kernbestand der Zivilgesellschaft aus. Sie vermitteln intermediär zwischen der Privatsphäre und der veranstalteten Öffentlichkeit des demokratischen politischen Systems. Öffentlichkeit erhält im Kontext der Zivilgesellschaft gewissermaßen einen zweistu-

figen Charakter.²⁶⁾ Mit ihren Interessen, Orientierungen, Traditionsbeständen und Leidenseinfahrungen treten die Bürger aus der Privatsphäre heraus und suchen im Rahmen einer Pluralität von Assoziationen und Bewegungen nach gemeinsamer Verarbeitung, Deutung und Bündelung ihrer Erfahrungen. Die zivilgesellschaftliche Öffentlichkeit muss sich auf eine Pluralität von Lebensformen, Subkulturen und Glaubensrichtungen stützen können. Die Erfahrungen in den totalitären Staaten Osteuropas haben gezeigt, dass nur eine intakte Privatsphäre eine zivilgesellschaftliche Öffentlichkeit hervorzubringen vermag. Neben freiheitlichen Grundrechten setzt die Zivilgesellschaft kulturelle, moralische Ressourcen voraus, „aus denen sich mit Blick auf die Beteiligten einer Zivilgesellschaft die Orientierung an Fragen des Gemeinwohls speist“.²⁷⁾

Hier haben auch die Kirchen als zivilgesellschaftliche Akteure eine unverzichtbare Aufgabe.

Gemeinsame Verantwortung – so lassen sich mich zusammenfassen – erscheint nur denkbar und möglich als „Kultur der Kulturen“, als eine „Kultur des Aushandelns“ im Raum zivilgesellschaftlicher Öffentlichkeit. Solidarität nimmt notwendigerweise die Form eines „solidarischen Verhandelns“ an.²⁸⁾

Gemeinsame Verantwortung muss unter Bedingungen radikalisierte Pluralität gesucht werden über eine Kultur der verschiedenen Kulturen, als ein Raum unterschiedlicher Räume. Dies rückt die demokratischen Institutionen ins Blickfeld. Ein zivilgesellschaftliches Modell von Demokratie erhält unter diesen Bedingungen eine besondere Anziehungskraft.

7. Ebenen und Formen der Verantwortung

In modernen, arbeitsteiligen Gesellschaften nimmt das Wofür der Verantwortung notwendigerweise unterschiedliche Gestalten an. Wir haben die Verantwortung auf der Ebene der gesellschaftlichen Institutionen von der einer Verantwortung der Organisationen zu unterscheiden. Drittens erscheint es sinnvoll, zwischen der Verantwortung kollekti-

ver Akteure und der Verantwortlichkeit von Personen deutlich zu unterscheiden.²⁹⁾

7.1 Verantwortung der großen Institutionen

Beginnen wir mit der Ausprägung von Verantwortung auf der Ebene der großen Institutionen. Muster einer gemeinsamen Verantwortung stoßen in funktional ausdifferenzierten modernen Gesellschaften auf die systemspezifischen Leitorientierungen der Institutionen und drohen an ihnen folgenlos abzuwanden. Die Institutionslogiken sind darauf eingestellt, die belastenden Folgen ihres Handelns so weit als möglich nach außen hin abzdängen, zu externalisieren und sich auf Kosten ihrer gesellschaftlichen Umwelt zu entlasten. Heute spricht vieles dafür, dass diese Form der „Modernisierung“ des gesellschaftlichen Institutionengeflechts bei all ihrer bisherigen Rationalität an ihr Ende kommt. Immer häufiger – über die Ressourcen- und Umweltfrage hinaus – stoßen die Institutionen auf die Folgeprobleme ihres Handelns und werden mehr oder weniger unfreiwillig in eine neue Reflexivität hineingedrängt. Unter diesen Bedingungen stellt sich die Frage, ob die Institutionen nicht sachgerechter handeln, wenn sie von ihren monokulturell ausgeprägten Leitorientierungen Distanz gewinnen und Formen einer „dualen“ Leitorientierung – Systemlogik mit gleichzeitiger öffentlicher Verantwortung – entwickeln.³⁰⁾ Beispiel wären sensible Wirtschaftsbetriebe, die „Reflexionsrollen“ für die Beobachtung und Bearbeitung von Problemen an den Schnittstellen zur Öffentlichkeit hin ausbilden. Die ausdifferenzierten gesellschaftlichen Institutionen – so lässt sich zusammenfassen – sind herausgefordert, „duale“ Leitorientierungen zu entwickeln, nämlich die Orientierung an der eigenen, spezifischen Leitperspektive mit dem Einbau einer „reflexiven“ Orientierung an öffentlicher Verantwortung gegenüber den Folgeproblemen ihres Handelns zu verbinden.

Dazu bedarf es entsprechender Strukturreorganisation, die Verantwortung als eine spezifische Aufgabe gewissermaßen in das arbeitsteilige System großer Organisationen integriert.

7.2 Verantwortung der Organisationen

Auf der Ebene der Organisationen selbst wird es darum gehen, sie mit aller Konsequenz als Träger von Verantwortung ernster zu nehmen als bisher. Das Recht hält dazu seit langem das Konstrukt der juristischen Person bereit. Allein auf persönliche Verantwortung und Schuldfähigkeit fixiert, hat die Ethik, gerade auch die christliche, es bisher versäumt, ein angemessenes Verständnis von Organisationsverantwortung zu entwickeln. Einerseits wird man leicht nachweisen können, dass die Verantwortungs-fähigkeit von Organisationen die von Einzelpersonen deutlich übersteigt. Sie können ganz anders als Einzelpersonen die Komplexität der sozialen Verhältnisse und die verlängerten Handlungsketten überblicken. Zur Berücksichtigung der immer komplizierter werdenden Rechtsordnungen und Problemstellungen greifen sie auf den Sachverstand juristischer Stäbe und wissenschaftlicher Expertensysteme zurück. In ihrer arbeitsteiligen Struktur sind sie insgesamt in der Lage, deutlich rationalere Entscheidungen zu fällen als Einzelpersonen. Das macht die Überlegenheit von Organisationen gegenüber Einzelpersonen aus, die wir überall dort leidvoll zu spüren bekommen, wo wir als Einzelpersonen unsere Interessen gegenüber Großorganisationen durchzusetzen versuchen. Die Kalküle moderner Entscheidungstheorien etwa haben in der Regel die arbeitsteiligen Prozesse von Organisationen zur Voraussetzung.

Auf der anderen Seite gilt, dass Organisationen in besonderem Maße opportunistisch zu handeln pflegen. Max Weber sprach mit Blick auf das von ihm entdeckte moderne Organisationsphänomen vom „*sine ira et studio*“, mit der Organisationen die Realität betrachten und entscheiden. Organisationen kennen in diesem Sinne kein Gewissen, noch Emotionen wie Angst, Schuldgefühle, Reue oder Freude. Insofern müssen mora-

lische Zumutungen an ihnen abprallen, werden bestenfalls dort wirksam, wo es um die Eigeninteressen der Organisationen selbst geht. Wo deutsche Unternehmen gegenwärtig zum Beispiel sich der Verantwortung gegenüber dem Schicksal der bei ihnen eingesetzten Zwangsarbeiter stellen, tun sie es vornehmlich aus wohlverstandenen Eigeninteressen heraus, um schwerwiegenden Sanktionen auf ihren internationalen Absatzmärkten zuvorkommen.

„Organisationen verstehen“ – diese Konsequenz zieht Franz-Xaver Kaufmann aus den angesprochenen Sachverhalten – „nur die Sprache des Rechts, und dies ist einer der Hauptgründe,“ – so fährt er fort – „weshalb in modernen Gesellschaften die moralische Regulierung gegenüber den rechtlichen Regulierungen so stark zurücktritt“⁽³¹⁾.

Was Organisationsverantwortung angeht, sind wir deshalb zunächst auf das Haftungsrecht verwiesen. Es kennt – zumindest im Zivilrecht – auch die Haftung juristischer Personen, etwa im Fall schuldhafter Vertragsverletzung (BGB § 278) oder der Schädigung durch unerlaubte Handlungen. Wegen der Schwierigkeiten des Verschuldensnachweises tendiert die neuere Rechtsentwicklung zum Übergang vom Prinzip der Verschuldenshaftung zum Prinzip der Gefährdungshaftung. Hier haften Organisationen etwa bei Berufsunfällen ohne spezifischen Nachweis des Verschuldens des Unternehmers. Al-

lerdings übernehmen die Leistungspflicht die branchenspezifisch eingerichteten Berufsgenossenschaften, die sich im Rahmen dieser rechtlichen Konstellation zu effektiven Träger der Unfallprävention wie der beruflichen Rehabilitation entwickelt haben. Kaufmann sieht in der Einrichtung der Berufsgenossenschaften ein gelungenes Beispiel für die Institutionalisierung von Organisationsverantwortung durch Arrangements, „welche Lernfähigkeit und freiwillige Anpassung ‘belohnen’“⁽³²⁾. In der Erfindung derartiger Lösungen besteht für ihn die eigentliche Herausforderung des Problems der Organisationsverantwortung. Mit moralischen Appellen an die Verantwortung allein – da ist Kaufmann recht zu geben – ist dem Problem nicht beizukommen.

7.3 Verantwortlichkeit von Personen

Gerade auch für immer komplexer werdende, arbeitsteilige Organisationsgesellschaften bleibt die Verantwortung von Personen – die Verantwortlichkeit – von entscheidender Bedeutung. Dies hat seinen vornehmlichen Grund darin, dass mit dem Anwachsen von Komplexität auch die Grenzen wachsen, die für die effektive Programmierung künftiger Entscheidungen gelten. Insofern kehren – mit wachsender Komplexität und der Geschwindigkeit der Veränderung – gewissermaßen die Personen



Gerade die Pause nutzten die Seminarteilnehmer für intensive Gespräche mit dem Referenten (Fotos: GKS)

in die Strukturen zurück. Der Bedeutungszuwachs von Verantwortlichkeit gilt nicht nur für die Führungsverantwortung, wo Einzelne über die künftigen Rahmenbedingungen organisatorischen Handelns zu entscheiden haben. Sie kommt auch dort zum Ausdruck, wo in den mittleren Positionen konfligierende Erwartungen und Problemlagen immer aufs Neue ausbalanciert werden müssen.

Zur Verantwortlichkeit gehören – so Kaufmann – kognitive, kommunikative und moralische Fähigkeiten. Verantwortlichkeit ist dort herausgefordert, wo komplexe Situationen kognitiv erfasst werden müssen und eine Vielfalt von Gesichtspunkten gleichzeitig zu berücksichtigen bzw. gegeneinander abzuwägen sind. Heute sind es in der Regel wissenschaftlich fundierte Ausbildungsgänge, die zu den kognitiven Voraussetzungen von Verantwortlichkeit gerechnet werden. Ohne persönliche Erfahrungen im fraglichen Verantwortungsfeld reichen sie aber keineswegs aus. Karrierestufen verbunden mit wachsenden Verantwortungsbereichen sollen sicherstellen, dass die kognitiven Erfordernisse von Verantwortlichkeit schrittweise angeeignet werden können.

Kommunikative Fähigkeiten gehören deshalb zu den Voraussetzungen von Verantwortlichkeit, weil es angesichts schwer durchschaubarer Sachzusammenhänge um das Herstellen und Aufrechterhalten von

stets gefährdeten Vertrauenbeziehungen geht. Als Beziehungsverhältnis beruht Verantwortlichkeit auf einem Zuschreibungsprozess, dessen Voraussetzungen kommunikativ gesichert werden müssen. Verantwortlichkeit bekommt man ähnlich wie Autorität verliehen bzw. gewährt. Verantwortungsträger müssen auch im Ernstfall des Konflikts in der Lage sein, ihre Entscheidung kommunikativ zu begründen und einsichtig zu machen. Erwartungstäuschungen müssen so verarbeitet werden, dass es nicht zum Vertrauensabbruch kommt.

Wie die so häufig beobachtbare Praxis des Vertuschens von Fehlern verdeutlicht, reichen aber kognitive und kommunikative Fähigkeiten allein nicht aus. Zu den Voraussetzungen von Verantwortlichkeit sind auch moralische Fähigkeiten zu zählen. Verantwortliche Personen müssen in der Lage sein, sich an Regeln und Werte auch dort zu halten, wo sie von außen nicht kontrollierbar sind. Insofern hat Verantwortlichkeit etwas mit Selbstbindung und Selbstverpflichtung zu tun. Verantwortlichkeit ist in ihren moralischen Voraussetzungen insbesondere dort angesprochen, wo im Konfliktfall Träger von Verantwortung bereit sein müssen, ihre eigenen Interessen zugunsten der berechtigten Interessen Dritter zurückzustellen. Haben wir es mit Verantwortungsträgern mit einem großen Vorsprung an Wissen

und Macht zu tun, sind wir auf moralisch verantwortliches Handeln in besonderer Weise angewiesen: Auf Ingenieure, die auf gefährdende Sicherheitsmängel auch dann hinweisen, wenn sie unter Umständen ihren Job riskieren; auf Manager und Politiker, die sich Korruptionsversuchen entziehen und sie offen legen; auf Ärzte, die sich der dubiosen Abrechnungspraxis von Kollegen widersetzen; auf Journalisten, die sich an die sichere Recherche halten, wo die Vorgesetzten nach der verkaufsfördernden Schlagzeile verlangen. Die moralischen Voraussetzungen von Verantwortlichkeit sind sicherlich nicht exklusiv an Religiosität gebunden. Was mit den Kardinaltugenden von Klugheit, Gerechtigkeit, Tapferkeit und Mäßigkeit gemeint war, praktizieren auch viele nicht-religiöse Menschen. Ohne Gottesglauben, ohne die Perspektive der Verantwortung vor Gott – dies bestätigt die neuere Forschung – wird es aber schwerer, sich unbegrenzt opportunistischem Verhalten zu entziehen und die berechtigten Interessen Dritter solidarisch auch dort zum Zuge kommen zu lassen, wo es ohne spürbare Belastungen und Kosten für sich selbst nicht abgeht.³³⁾ Ohne lebendige Religionsgemeinschaften – soviel wird man in jedem Fall sagen können – verschlechtern sich die Chancen, das für komplexe Gesellschaften notwendige Maß an Verantwortlichkeit zu sichern.

Anmerkungen

- 1 Vgl. F.-X. Kaufmann, Der Ruf nach Verantwortung. Risiko und Ethik in einer unüberschaubaren Welt; A. Holderegger, Verantwortung, in: J.-P. Wils/D. Mieth, Grundbegriffe der christlichen Ethik; U. Körtner, Sozialethik als Verantwortungsethik, in: ders., Evangelische Sozialethik, Göttingen 1999, 65-79.
- 2 U. Beck, Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt a.M. 1986, 37.
- 3 Vgl. K. Gabriel, Christentum zwischen Tradition und Postmoderne, Freiburg i. Br. 1998; M.N. Ebertz, Die Erosion der Gnadenanstalt, Frankfurt a.M. 1998.
- 4 Im Folgenden greife ich Analysen auf aus: K. Gabriel, Gesellschaft im Umbruch - Wandel des Religiösen, in: H.-J. Höhn, (Hrsg.): Krise der Immanenz. Religion an den Grenzen der Moderne, Frankfurt a.M. 1996, 32-49.
- 5 Radikalität und Irreversibilität der funktionalen Differenzierung als Merkmal entfalteter Modernität hebt N. Luhmann,

Beobachtungen der Moderne, Opladen 1992, 42ff. hervor.

- 6 Hierzu neuerdings: F.-X. Kaufmann, Zur Einführung: Probleme und Wege einer historischen Einschätzung des II. Vatikanischen Konzils, in: Ders. / A. Zingerle (Hrsg.), Vaticanum II und Modernisierung. Historische, theologische und soziologische Perspektiven, Paderborn u.a. 1995, 18-24.
- 7 Siehe: N. Luhmann, Interaktion, Organisation, Gesellschaft, in: ders., Soziologische Aufklärung 2, Opladen 1975, 9-20; Kaufmann, a.a.O., 16f.
- 8 Vgl. F.-X. Kaufmann, Der Ruf (Anm.1), 48-56. Die Trennung von Raum und Zeit als Merkmal der Moderne hebt hervor: A. Giddens, Konsequenzen der Moderne, Frankfurt a.M. 1995, 28ff.
- 9 A. Giddens, a.a.O., 33.
- 10 F.-X. Kaufmann: Zur Einführung (Anm.6), 17.
- 11 F.-X. Kaufmann, Religion und Modernität, Tübingen 1989, 97ff.

- 12 Th. Luckmann, Die „massenkulturelle“ Sozialform der Religion, in: H.-G. Soeffner (Hrsg.), Kultur und Alltag, Göttingen 1988, 38f.

- 13 „Postmoderne“ so Wolfgang Welsch an zentraler Stelle „wird hier als Verfassung radikaler Pluralität verstanden,...“: W. Welsch, Unsere postmoderne Moderne, Freiburg i.Br. 1987, 4.

- 14 A. Honneth, Pluralisierung und Anerkennung. Zum Selbstverständnis postmoderner Sozialtheorien, in: W. Zapf (Hrsg.), Die Modernisierung moderner Gesellschaften. Verhandlungen des 25. Deutschen Soziologentages, Frankfurt a. M. 1991, 165-173; M. Riesebrod, Fundamentalismus als patriarchalische Protestbewegung, Tübingen 1990.

- 15 Zur weitverzweigten Diskussion um die Individualisierung vgl. Ulrich Beck/Elisabeth Beck-Gernsheim (Hrsg.), Riskante Freiheiten, Frankfurt a.M. 1994; Ul-

Fortsetzung auf Seite 27 u.

Wer war Bonifatius?

Um 675 in Crediton, nahe Englands Südküste, geboren und auf den Namen Winfried getauft, wird er in jungen Jahren Mönch und Priester in den Benediktinerklöstern Exeter und Nursling. Ein mächtiger missionarischer Drang lässt den jungen Mönch nicht los. Der Abt gibt schließlich 716 seine Erlaubnis für die Missionsarbeit im Lande der Friesen, wo der Glaubensbote Willibrord seit Jahren wirkt. Doch Kriegswirren und Hass der heidnischen Friesen lassen Winfrieds Wirken ohne Erfolg. Nach einigen Monaten kehrt er zurück in sein Kloster, um noch einmal 2 Jahre der Vorbereitung zu widmen. 718 nimmt er erneut Abschied; diesmal für immer. Nie wird er England wieder sehen! Er reist nach Rom. Vom Hl. Vater will er Sendung und Segen zu seinem Missionswerk erbitten. Am 14. Mai 719 kniet Winfried zu den Füßen Papst Gregors II. An diesem Tag feiert die römische Kirche das Fest des Hl. Märtyrers Bonifatius. Gregor II. gibt dem Benediktinermönch Winfried den Namen des Tagesheiligen; von diesem Tage an trägt der vom Papst gesandte Missionar den Namen Bonifatius.

Er zieht über die Alpen, beginnt sein Missionswerk in Thüringen, geht aber dann noch einmal nach Friesland zu Willibrord; begibt sich 721 nach Hessen, wird 722 nach Rom zurückgerufen und dort am 30. November zum Bi-



Bonifatius weist den Weg.
Bronzeplastik von Heinrich Söllner
(1963) an Außenwand der Kapelle
des Bonifatiushauses in Fulda

schof. 723 fällt er die Donareiche bei Fritzlar, 725 geht er wieder nach Thüringen. Er bleibt in dauernder brieflicher Verbindung mit Rom und England. Gregor III. ernannt ihn zum Erzbischof. 738 wird er bei seiner dritten Romreise päpstlicher Legat für das Frankenreich, gründet Bistümer (Büdingen, Erfurt, Würzburg), ordnet in Bayern die Diözesen und sorgt für gute Bischöfe, übernimmt selbst den Bischofsstuhl von Mainz, hält mehrere Kirchenversammlungen zusammen mit den Großen des Frankenreiches ab.

Durch seinen Schüler Sturmarius lässt er 744 das Kloster Fulda gründen; es wird sein Lieblingskloster; er zieht sich zur Rast nach Fulda zurück (Bischofsberg, jetzt Frauenberg) und bestimmt Fulda als seine Grabstätte.

Im Alter von fast 80 Jahren zieht er nochmals an den Ort seines ersten apostolischen Wirkens nach Friesland, wo er am 5. Juni 754 von heidnischen Friesen mit 52 Gefährten ermordet wird. Utrecht und Mainz möchten den Leib des Heiligen bestatten, doch der letzte Wille des Märtyrers, in Fulda beigesetzt zu werden, wird bereits am 9. Juli 754 erfüllt.

(Text aus: Andenken an Ihren Besuch am Bonifatiusgrab,
Hrsg.: Das Domkapitel in Fulda)

Fortsetzung von Seite 26

- rich Beck/Peter Sopp (Hrsg.), Individualisierung und Integration, Opladen 1997.
- 16 H.-G. Soeffner: „Auf dem Rücken eines Tigers“. Über die Hoffnung, Kollektivrituale als Ordnungsmächte in interkulturellen Gesellschaften kultivieren zu können, in: W. Heitmeyer (Hrsg.), Was hält die Gesellschaft zusammen, Frankfurt a.M. 1997, 334-359.
 - 17 Peter L. Berger: Sehnsucht nach Sinn, Frankfurt a.M. 1994.
 - 18 Gottfried Küenzlen, Religiöser Fundamentalismus – Aufstand gegen die Moderne? In: H.-J. Höhn: Krise der Immanenz, Frankfurt a.M., 50-71.
 - 19 Hier im Anschluß an John Rawls, der von einem „overlapping consensus“ spricht: J. Rawls, Die Idee des politischen Liberalismus, Aufsätze 1978-1989, Frankfurt a.M. 1992, 334.
 - 20 Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit. Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland, hrsg. v. Kirchenamt der EKD/Sekretariat der DBK, Gemeinsame Texte 9, Hannover/Bonn 1997; K. Gabriel/W. Krämer (Hrsg.), Kirchen im gesellschaftlichen Konflikt. Der Konsultationsprozeß und das Sozialwort Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit, Münster 1997.
 - 21 A. Giddens, Konsequenzen (Anm. 8), 49.
 - 22 P. Berger/Th. Luckmann, Modernität, Pluralismus und Sinnkrise. Die Orientierung des modernen Menschen, Gütersloh 1995.
 - 23 a.a.O., 59.
 - 24 BUND/Misereor (Hrsg.), Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung, Basel u.a. 1996.
 - 25 Zum Folgenden siehe: K. Gabriel, Wechselseitiges Verhältnis von Demokratie und multikultureller Gesellschaft, in: A. Autiero (Hrsg.), Ethik und Demokratie, Münster 1998, 36-50.
 - 26 Joachim von Soosten, Civil Society, in: Zeitschrift für evangelische Ethik 37 (1993) 139-157, 151
 - 27 ebd. S. 140.
 - 28 K. Gabriel/A. Herlth/K.P. Strohmeier, Solidarität unter den Bedingungen entfallender Modernität, in: dies. (Hrsg.), Modernität und Solidarität. FS Franz-Xaver Kaufmann, Freiburg i.Br. 1997, 24f.
 - 29 Hierzu und zum Folgenden siehe: F.-X. Kaufmann, Ruf (Anm.1), 66-90.
 - 30 Vgl. K. Gabriel, Wie ist eine die Vereinzelung der Subkulturen übersteigende gemeinsame Verantwortung in unserer Gesellschaft noch möglich? in: ZdK (Hrsg.), „Solidarität ist unteilbar“, Kvelaer 1997, 160ff.
 - 31 a.a.O., 114.
 - 32 F.-X. Kaufmann/W. Kerber/PM. Zulehner, Ethos und Religion bei Führungskräften, München 1986; PM. Zulehner u.a., Solidarität. Option für die Modernisierungsverlierer, Innsbruck/Wien 1996.

Aspekte der Inneren Führung am Beginn eines neuen Jahrtausends



WEHRBEAUFTRAGTE DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES
CLAIRE MARIENFELD

Bewährungsproben der Inneren Führung

Die Grundsätze der Inneren Führung standen und stehen immer wieder vor Bewährungsproben. Ich denke an die Umstrukturierungen der Bundeswehr, die viel Unruhe in die Streitkräfte gebracht und die Soldaten und ihre Familien z.B. durch Standortschließungen belastet haben. Ich denke aber auch etwa an die Eingliederung von Soldaten der ehemaligen NVA in die Bundeswehr.

Bewährungsprobe der Inneren Führung sind in besonderem Maße die Auslandseinsätze unserer Soldaten. Diese haben, beginnend in Kambodscha, über Somalia und Bosnien bis hin zum Kosovo-Einsatz jeweils eine neue Qualität erhalten.

Vom rein humanitären Einsatz bis hin zum gezielten Waffeneinsatz. Seit Mitte Oktober dieses Jahres helfen deutsche Soldaten in Ost-Timor, das Leid der dortigen Bevölkerung zu lindern. Ost-Timor, das heißt: Weit entfernt von der Heimat, nahezu auf der anderen Seite der Erde.

Jeder von uns hat im Frühjahr dieses Jahres mit Sorge verfolgt, wie der erste Kampfeinsatz der NATO, die den Menschen in der Bundesrepublik Deutschland fünfzig Jahre lang Frieden und Freiheit gewährleistet hat, unter Beteiligung deutscher

Soldaten stattfand. Nach Beendigung dieses Einsatzes kontrollieren unsere Soldaten jetzt einen Sektor im Kosovo, im Verbund mit Streitkräften befreundeter Soldaten.

Mit dem Einrücken der NATO in das Kosovo endeten das Massenmorden und die Vertreibung der albanischen Bevölkerung. Nun geht es darum, das Verhältnis zwischen den Volksgruppen im Kosovo zu entspannen, sich um den Aufbau einer Verwaltung und um die Versorgung der Menschen zu kümmern, zu helfen, die zerstörten Häuser winterfest zu machen.

Auch dieser Einsatz ist nach wie vor risikoreich. Unsere Soldaten stehen zwischen Fronten offenen Hasses. Die allgemeine Gefährdung zeigt sich auch an dem tragischen Verkehrsunfall, bei dem vor einigen Tagen zwei Soldaten zu Tode gekommen sind. Unsere Soldaten müssen sich zudem den schrecklichen Bildern stellen, wenn sie auf die Spuren vorangegangenen Mordens und anderer Verbrechen stoßen.

Ihre außerordentliche dienstliche Belastung, einsatzbedingte Ängste und dazu noch die Sorge um die ihnen nahe stehenden Menschen zu Hause gebieten, dass für die Soldaten im Auslandseinsatz ein geschützter Bereich geschaffen wird, in dem sie ihre Gefühle und Gedanken artikulieren können. Und ganz besonders benötigen diejenigen Hilfe, die während eines Einsatzes mit Bildern von Elend und Grausamkeit konfrontiert werden, die sie alleine nicht mehr verarbeiten können.

Bei aller Belastung sind Einstellung, Motivation, Leistungsbereitschaft und Verantwortungsbewusstsein unserer Soldatinnen und Soldaten beeindruckend. Ihnen gebührt uneingeschränkt unser Dank. Gleicher Dank gilt auch ihren Familien, die angespannt den Einsatz der

Frauen und Männer verfolgen. Wo bei, was die individuelle Situation mit Sicherheit erschwert, sich das öffentliche Interesse – abgesehen von Einzelmeldungen – in den Medien längst anderen Geschehnissen zugewandt hat.

Ich gehe auch deswegen so ausführlich auf die Auslandseinsätze ein, weil jedenfalls aus heutiger Sicht die Gewichtung der Bundeswehr in den kommenden Jahren mehr auf Auslandseinsätze ausgerichtet sein wird als auf die Landesverteidigung. Innere Führung wird hier auch zukünftig stets aufs Neue gefordert sein.

Auswirkungen der Sparmaßnahmen

Eine Entwicklung, die mich und – aus meiner Sicht sehr verständlich – die Soldaten besorgt, ist die Auswirkung der Sparmaßnahmen der Bundesregierung auf den Verteidigungshaushalt. Ein Zwang zum Sparen besteht außer Frage. Er kann vor den öffentlichen Kassen und damit auch vor dem Verteidigungshaushalt nicht halt machen.

Bei meinen regelmäßigen Truppenbesuchen stelle ich aber auch fest, dass die Diskussion über die Finanzplanung und damit letztlich auch über die zukünftige Struktur der Bundeswehr die Soldaten erheblich verunsichert. Struktur, Umfang, Ausrüstung und Ausbildung einerseits und wachsende internationale Verpflichtungen andererseits geraten aus der Balance.

Haben die Soldaten in den vergangenen Jahren ihren Auftrag nicht zuletzt durch viel Improvisation und zusätzlichen Einsatz noch erfüllen können, häufen sich nunmehr die Klagen über Ausbildungs- und Ausrüstungsdefizite, Überlastung der

Soldaten im Auslands- wie im Inlandseinsatz.

Junge Soldaten fragen nach ihrer beruflichen Zukunft. Furcht vor möglichen Standortschließungen mit ihren Auswirkungen auch auf das Schicksal der Soldatenfamilien begegnet mir wieder vermehrt.

Dementsprechend verschlechtert sich die Stimmung in der Truppe und sinkt die Motivation der Soldaten. Dieses macht mich im hohem Maße besorgt. Die Schere zwischen Auftrag der Streitkräfte und Fürsorge für die Soldaten einerseits und Haushaltsmitteln andererseits darf nicht weiter auseinander gehen. Die Soldaten können sich hierbei meiner Sympathie sicher sein.

Zum Auftrag der Wehrbeauftragten

Erlauben Sie mir nun zunächst eine kurze Darstellung meines Auftrags, um meine Sichtweise zur Inneren Führung verständlich zu machen:

Der Aufbau der Bundeswehr erfolgte in den fünfziger Jahren mit der Maßgabe, dass der Soldat nicht bloßer Befehlsempfänger und Befehlsvollstrecker gleichsam in der Rolle eines Untertanen sein solle, sondern dass er als „Staatsbürger in Uniform“ mitdenkender Träger von Pflichten, aber auch von Rechten sei. Mit „Rechten“ sind damit insbesondere der Anspruch auf Schutz der Menschenwürde und der Grundrechte, die die deutsche Verfassung gewährt, gemeint, nämlich:

- das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, das Recht auf Gleichheit vor dem Gesetz, die Glaubens- und Gewissensfreiheit, das Recht der freien Meinungsäußerung, der Schutz von Ehe und Familie, die Freizügigkeit.

Sie stehen jedem Staatsbürger zu, also auch dem Soldaten jeden Dienstgrades. Eine Einschränkung dieser Grundrechte ist nur unter ganz engen Voraussetzungen zulässig. Insbesondere muss sie dienstlich geboten und der jeweiligen Situation angemessen sein.

Der Schutz der Grundrechte der Soldaten ist die eine Aufgabe, die mir obliegt.

Die andere Aufgabe ist, auf die *Wahrung der Grundsätze der Inneren Führung* zu achten.

Ich will diesen so wichtigen Begriff erläutern: Ziel der Inneren Führung ist ein vernünftiger und zeitgemäßer menschlicher Umgang miteinander. Innere Führung geht über die Anwendung und Beachtung rechtlicher Bestimmungen hinaus.

Innere Führung soll bewirken,

- dass der Soldat die Werte der staatlichen Grundordnung kennt, um sie vertreten und verteidigen zu können,
- dass er einen eigenen geistigen Standort gewinnt,
- dass er weiß, wofür er gegebenenfalls kämpfen soll.

Diese – zugegebenermaßen anspruchsvolle – Vorstellung von einem Soldaten wird aber nur realisiert, wenn dieser sich selbst jederzeit – auch im Alltag – konkret als Mensch angenommen, geachtet und behandelt fühlt.

Die neuen Aufgaben der Bundeswehr im Rahmen der internationalen Friedenssicherung sind wegen ihrer Zielrichtung und wegen ihrer Einsatznähe nicht ohne Auswirkungen auf das Selbstverständnis des Soldaten.

Zu ihrer Erfüllung sind spezielle militärische Ausbildung und körperliche Leistungsfähigkeit Voraussetzung. Die sittliche und geistige Grundorientierung des Dienstes als Soldat muss jedoch unverändert bleiben. Ethische Maßstäbe, historisch-politische Bildung, professionelle Ausbildung und zeitgemäße Menschenführung müssen ohne Einschränkung jederzeit die vier prägenden Merkmale des Staatsbürgers in Uniform bleiben.

Der Maler Emil Nolde hat in einem Bild der Kreuzigung Christi dargestellt, wie sich eine Soldateska über seine Kleider hermacht, ohne an dem, was sich um sie herum und unter ihrer Mitwirkung ereignet, Anteil zu nehmen. Die Soldaten haben den Befehl ausgeführt. Das Weitere interessiert sie nicht. Diese Art von Soldaten wollen wir nicht. Und wir wollen auch keinen Soldaten, der seinen Auftrag mit bloßer Gewalt gedankenlos ohne Menschlichkeit erledigt.

Innere Führung und Demokratie

Innere Führung ist schließlich auch wesentliches Mittel zur Einbindung der Streitkräfte in unseren freiheitlich demokratischen Staat und in unsere Gesellschaft. Bei allen Besonderheiten des soldatischen Lebens ist die Bundeswehr Teil unserer Gesellschaft. Sie muss sich öffentlicher Kritik und Fragen stellen und sich ihre Anerkennung verdienen. Die Armee soll transparent, ihr Auftrag und Handeln sollen verstehbar und kontrollierbar sein.

Diese Einbindung ist in der mehr als 40-jährigen Geschichte der Bundeswehr ohne Frage gelungen.

Lassen Sie mich festhalten: Das Leben in einer strengen Hierarchie, bestimmt von Befehl und Gehorsam, eröffnet die Möglichkeit zum Missbrauch. Die Erfahrungen in allen Armeen haben gezeigt, dass der befehlsmäßig bestimmte Umgang mit Menschen schnell willkürlich, demütigend und menschenunwürdig werden kann.

Dem Auftrag der Wehrbeauftragten liegt demgegenüber der Wille zugrunde, dass unsere freiheitlich demokratischen Vorstellungen von Menschenwürde und Grundrechten auch in unseren Streitkräften wirksam sein müssen. Sie müssen auch dort Gültigkeit besitzen, wo von der Aufgabe her Befehl und Gehorsam unabdingbar sind und wo die Wahrnehmung des soldatischen Dienstes den Freiheitsrechten der Einzelnen Schranken setzt.

Die Bundeswehr im Auslandseinsatz

Die Bundeswehr war in den vergangenen Jahren Veränderungen ausgesetzt, die ihr heutiges Aussehen prägen, zugleich aber auch bei den einzelnen Soldaten Spuren hinterlassen haben. Deutschland ist wieder vereinigt. Die kommunistischen Diktaturen in Europa sind in durchweg unblutigen Revolutionen der eigenen Bevölkerung untergegangen. Länder des ehemaligen Ostblocks wünschen ihre Aufnahme in die NATO.

Neben den bisher zwischen den Staaten geschaffenen militärischen Verbänden wird zurzeit ein weiteres



Umringt von Seminarteilnehmern stand die Wehrbeauftragte auch außerhalb ihres Vortrags Rede und Antwort

(Fotos: GKS)

multinationales Korps aus dänischen, polnischen und deutschen Streitkräften aufgebaut.

Über die Landesverteidigung hinaus hat die Fähigkeit der Bundeswehr zur Beteiligung an multinationalen Einsätzen große Bedeutung gewonnen.

Die Verpflichtung zum „treuen Dienen“ im Sinne des Soldatengesetzes verlangt insbesondere im *Auslandseinsatz* eine besondere Hingabe, die der Bundeswehr vorher in dieser Intensität nicht bekannt war. Dieses betrifft auch die Familien der Soldaten, die lange Abwesenheiten des Ehemanns und Vaters ertragen müssen.

Nicht unberücksichtigt bleiben darf auch die Leistung, die von den in der Heimat zurückbleibenden Soldaten erbracht wird. Neben ihrem eigenen Auftrag nehmen sie dort zusätzlich die Aufgaben der im Ausland eingesetzten Kameraden wahr.

Einsätze der Bundeswehr im Rahmen *internationaler Krisenbewältigung* verlangen von der Truppe, sich in internationale Strukturen einzufügen. Dieses wirft naturgemäß Probleme auf. Zwischen den nationalen Streitkräften gibt es unterschiedliche Auffassungen zu Fragen der Inneren Führung. So haben unsere deutschen Soldaten umfangreiche Rechtsschutzmöglichkeiten einschließlich einer spezialgesetzlichen Petitionsinstanz. Es gibt in den Streitkräften eine gesetzlich geregelte Soldatenbeteiligung oder beispielsweise strenge Sicherheitsbestimmungen.

Dieses wird nicht von allen Partnern verstanden oder gar begrüßt. Bei allen Bemühungen, in der Praxis verträgliche und umsetzbare Regelungen zu schaffen, muss beachtet werden, dass einschneidende Eingriffe in Rechtspositionen von Soldaten nur Sache des Parlaments sind.

Die in über 40 Jahren Bundeswehr bewährte Konzeption der Inneren Führung mit dem Leitbild des Staatsbürgers in Uniform darf nicht leiden.

Zivilcourage in den Streitkräften

Das *Klima in den Streitkräften* ist nicht überall so frei und offen, wie ich es mir wünsche.

Es gibt leider auch Vorgesetzte, die junge Soldaten einschüchtern und in ihrer Würde verletzen. Das Miteinander in der Truppe – ein Führungsstil, der Kritik verträgt – sind für mich von wesentlicher Bedeutung. Positive Führungskultur ist ungeachtet der Notwendigkeit hierarchischer Strukturen Voraussetzung für die Motivation der Soldaten. Soldaten, die eigene Vorstellungen entwickeln und durchsetzen wollen, mögen unbequem sein. Aber ein Vorgesetzter, dem gegenüber niemals Fragen, Kritik, verbunden mit Lösungsmöglichkeiten geäußert werden, kann weder die tatsächliche Lage einschätzen noch realitätsbezogene Entscheidungen treffen.

Den Soldaten darf nicht die *Zivilcourage* genommen werden, zu melden, wo ein Auftrag – aus welchen Gründen auch immer – als

nicht oder nicht mehr realisierbar gesehen wird.

Zivilcourage steht für die Bereitschaft, für Erkenntnisse und Überzeugungen einzutreten, seien sie gelegen oder ungelegen. Auch im militärischen Leben muss Zivilcourage ihren Platz und ihren Wert haben.

Vorgesetzte müssen die freie Aussprache annehmen, ohne in Furcht zu geraten, die Grenzen zu Befehl und Gehorsam würden aufgeweicht. Sie müssen die ihnen anvertrauten Soldaten mit offenem Ohr für deren Anliegen führen. Dazu gehört auch, dass sachliche Differenzen in der Auseinandersetzung nicht auf die Person übertragen werden.

Zivilcourage wird nicht zuletzt durch das Lob gefördert. Wohl ist Pflichterfüllung eine Selbstverständlichkeit. Dies darf aber keinen Vorgesetzten daran hindern, eine gute Leistung zu sehen und anzuerkennen. Ein Führungsstil mit der Vorgabe „Ich werde schon sagen, wenn mir Ihre Arbeit nicht gefällt“, führt zu Entfremdung und schadet dem Miteinander. Ein Vorgesetzter, der auch einmal „Danke“ sagen kann, wird bei den ihm unterstellten Soldaten nur gewinnen.

Ich weiß, dass es für den Soldaten – wie im zivilen Leben auch – nicht selten eine Gratwanderung ist, ob und wann er sagt, dass er einen Auftrag nicht mehr erfüllen kann. Ich habe ohnedies den Eindruck gewonnen, dass zwischen Vorgesetzten und Untergebenen nicht oft und intensiv genug gesprochen wird. Dieses gilt für die Weitergabe von Informationen ebenso wie für das Gespräch über ein den Soldaten persönlich belastendes Problem.

Ich befürchte auch, dass Soldaten nicht selten Angst vor Nachteilen haben, wenn sie unbequeme Dinge sagen. Oder wenn sie ihre Arbeit nicht mehr schaffen. Angesichts der hohen Belastungen, denen Soldaten ausgesetzt sein können, wird es immer mehr zu einer verantwortungsvollen Aufgabe des Vorgesetzten, zu erkennen und zu handeln, wenn ihre Soldaten in eine seelische Notlage zu geraten drohen. Sei es, weil sie

dienstliche Eindrücke nicht verarbeiten können, sei es, weil sie persönliche oder familiäre Probleme haben.

Nach meinem Eindruck muss der Umgang mit psychischen Problemen auch bei Soldaten noch selbstverständlicher werden. Angst vor einer Stigmatisierung bei Inanspruchnahme psychologischer oder seelsorgerischer Hilfe darf nicht sein. Dabei weise ich auch sehr bewusst auf die Bedeutung der Militärseelsorge hin, die den Soldaten wie ihren Familien Raum der Orientierung und der Geborgenheit schafft.

Diesem dient nicht zuletzt auch der lebenskundliche Unterricht, der dem Soldaten Hilfen für sein tägliches Leben geben soll und der einen Beitrag zur Förderung der sittlichen, geistigen und seelischen Kräfte des Soldaten leistet, die - und hier zitiere ich aus der ZDV 66/2 - „mehr noch als fachliches Können den Wert des Soldaten bestimmen“.

Bürokratie und ihre Folge

Zu häufig leidet die Motivation der Soldaten unter einer unzureichenden *Material- und Ersatzteillage*, die die Ausbildung bzw. den Einsatz erschwert.

Ich möchte hier nicht die übergreifende, vielfach auch haushaltsbedingte Schwierigkeit der Versorgung mit Material und Ersatzteilen ansprechen. Sondern die vielen kleinen Mängel, die in ihrer Summierung zu Ärger und Frust bei den Soldaten führen.

Es ist das Fehlen von Kleinmaterial wie Handschuhe, Schulterklappen, Kälteschutzwäsche, Büromaterial und Kleinteile am Kraftfahrzeug, welche die Soldaten lieber auf eigene Kosten kaufen, anstatt lange bürokratische Wege zu gehen. Nicht, dass ich überall auf diese Mängel stoße - aber immer wieder und viel zu häufig.

Auch beklagen Soldaten häufig, dass sie mit einer *Papierflut* konfrontiert werden und dass eine übermäßige Bürokratisierung die Erledigung vieler Aufgaben erschwere. Es ist ein weithin anzutreffendes Phänomen, dass möglichst alle Sachverhalte des täglichen Lebens normiert werden. Hinzu kommt

bei Vorgesetzten eine zunehmende „Absicherungsmentalität“, die nicht selten mit einer Verkennung der Selbständigkeit sowie der Einsichts- und Leistungsfähigkeit unterstellter Soldaten einhergeht. Wer bei Fehlern Untergebene grundsätzlich verantwortlich macht, beeinträchtigt auf Dauer Klima und Arbeitserfolg des nachgeordneten Bereiches.

Ja zur Wehrpflicht

Ein Wort noch zur *Wehrpflicht*: Mit dem Aufbau der Bundeswehr in den fünfziger Jahren hat sich die Bundesrepublik Deutschland für diese Wehrform entschieden. Angesichts sich ändernder Sicherheitslagen und jüngster Wehrreformen in einigen Ländern Europas wird ihr Sinn auch bei uns vermehrt diskutiert. Die Entscheidung über die Wehrpflicht obliegt allein dem Deutschen Bundestag. Auch für mich gilt hier der Primat der Politik.

Es gibt indessen Aspekte der Wehrpflicht, die den Rahmen meiner gesetzlichen Zuständigkeit berühren. Das sind ihre Auswirkungen auf den inneren Zustand der Streitkräfte. Diese allerdings lassen mich, und das sage ich in aller Deutlichkeit, die Wehrpflicht positiv sehen.

Die Wehrpflicht verlangt dem militärischen Vorgesetzten eine ständige neue Auseinandersetzung mit Vorstellungen und Zielen junger Staatsbürger ab und erhält damit die Streitkräfte lebendig.

Vor wenigen Wochen sagte zu mir ein Offizier, er leide sein Selbstverständnis als Soldat nicht zuletzt ab aus den immer wieder neu zu be-

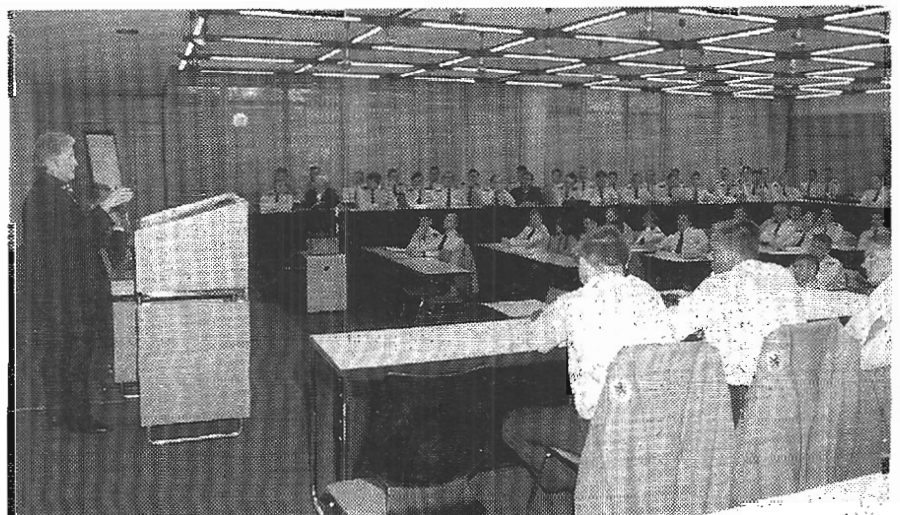
antwortenden kritischen Fragen der Grundwehrdienstleistenden nach dem Sinn des Soldatseins, des Dienens, aber auch nach dem Sinn des jeweiligen Befehls. Dabei änderten sich häufig Gesichtspunkte und Argumente der Frager. So erstarre für ihn der dienstliche Alltag nie zur Routine, weil er sich ständig neu mit seiner eigenen Rolle befassen müsse.

Wenn im Jahre 1998 insgesamt 171.657 Männer einen Antrag auf Kriegsdienstverweigerung gestellt haben, stellt sich die Frage nach der Ursache. Die Verfassungslage ist eindeutig. Dennoch ziehen es viele junge Männer allein aus pragmatischen Gründen vor, Zivildienst zu leisten.

Mit Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des Wehrdienstes, versucht die Bundeswehr, ihren Teil dazu beizutragen, dass der junge Mensch der Wehrpflicht innerlich zustimmt und auch bereit ist, Dienst in den Streitkräften zu leisten.

Der junge Staatsbürger muss erleben, dass er bereits bei der Erfassung und Musterung respektiert sowie als Soldat in den Streitkräften sinnvoll und menschlich geführt und gut ausgebildet wird. Dieses ist die Bundeswehr den jungen Männern schuldig, denn die Einberufung ist für die Betroffenen ein erheblicher Eingriff in ihre Lebensplanung.

Meines Erachtens müssen sich aber auch die verantwortlichen staatlichen Einrichtungen - und hier nenne ich an erster Stelle die Schulen des Landes - stärker dafür einsetzen, dass der Wille des Verfassungsgebers und die hierfür maßgeblichen Gründe vermittelt werden. □



FÜHRUNG, AUSBILDUNG UND ERZIEHUNG HEUTE

UNTER BESONDERER BERÜCKSICHTIGUNG DES EINSATZES IM ERWEITERTEN AUFGABENSPEKTRUM



KARL-HEINZ LATHER

ein fester, anerkannter Bestandteil der Ordnung in der UNO, der NATO und der EU, um nur einige Beispiele zu nennen.

Diskussionen, wonach unsere Verfassung einen Einsatz außerhalb Deutschlands nicht zulässt, gehören der Vergangenheit an. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 12. Juli 1994 hat dafür den Weg geebnet, wonach ein Einsatz deutscher Streitkräfte nach Zustimmung des deutschen Bundestages verfassungskonform ist. Die Politik muss dem Soldaten den notwendigen Rückhalt geben, er muss Vertrauen in die Politik haben können. Nur so hat der Soldat seine Gedanken frei für den Auftrag, kann sich auf diesen konzentrieren. Der Soldat muss überzeugt sein, dass sein Auftrag politisch notwendig, militärisch sinnvoll und moralisch begründet ist.¹⁾

Die erforderliche nationale Rechtssicherheit ist damit gegeben, auch hinsichtlich der Gleichberechtigung und Anerkennung bei den NATO-Partnern. Erinnert sei hier nur an die Problematik des Einsatzes deutscher Soldaten in den AWACS-Flugzeugen.

Multinationalität prägt Einsätze in den letzten Jahren, ist Prinzip deutscher Verteidigungspolitik und wird in der Zukunft nicht mehr wegzudenken sein, denn sie bedeutet neben Risikoteilung eine gute Ressourcennutzung, eine gemeinsam angestrebte Friedensordnung und höhere Glaubhaftigkeit bei der Verfolgung von Zielen. Ein weiterer Aspekt für die Multinationalität ist aber auch die in vielen Ländern zu verzeichnende Verringerung von Streitkräften.

Multinationale Stäbe und Korps sind Normalität, wie die Beispiele EURO-Korps, GE/PL/DK-Korps oder das II. (GE/US) Korps schon im Friedensbetrieb zeigen. Dies zeigt aber auch: Die Zukunft der Bundeswehr liegt in der internationalen Zusammenarbeit.²⁾

Gliederung

1. Einführung
2. Führen, Ausbilden und Erziehen in der heutigen Zeit
3. Veränderte Rahmenbedingungen für die Ausbildung
4. Anforderungen an den Führer
5. Ausbildung für das neue Einsatzspektrum
6. Schluss/Ausblick

Diese bereits im Frieden angewandte Gliederung zählt sich besonders bei Einsätzen im erweiterten Aufgabenspektrum aus. Ich verweise im Besonderen auf die Leadnation- / Integrations-Funktion im Einsatz bei SFOR/KFOR. Hier wirken multinationale Stäbe und Großverbände effizient miteinander zusammen.

Lassen Sie mich noch einmal einen Blick auf Deutschland und damit auf die Bundeswehr werfen. Der Auftrag der Bundeswehr bleibt gemäß unseren verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR) unverändert (Abb. 1): vorrangiger Auftrag der Bundeswehr ist und bleibt der Schutz Deutschlands und seiner Bürger gegen politische Erpressung und äußere Gefahr. Landes- und Bündnisverteidigung, Sichern von Frieden und Stabilität im euro-atlantischen Raum, wir fördern den Weltfrieden auf der Grundlage der Charta der Vereinten Nationen, helfen bei Katastrophen und retten aus Notlagen.³⁾

Die Einbindung der Bundeswehr unter die Bedingungen der Multinationalität haben die Anforderungen an die Streitkräfte stark verändert.

„Am Beispiel des früheren Jugoslawien sehen wir, dass Aufgaben der Krisenbewältigung höchste Anforderungen an Personal und Material stellen. Bestimmte Schlüsselfähigkeiten wie Flexibilität, Mobilität, Verlegbarkeit oder Durchhaltefähigkeit gewinnen an Bedeutung – gerade mit

1. Einführung

Ich freue mich, einen Vortrag zu einem alten und dennoch immer wieder sehr aktuellem Thema halten zu dürfen: Führen, Ausbilden und Erziehen.

Wir leben in einer Zeit des Friedens, Frieden seit dem Ende des II. Weltkrieges in einem geeinten Europa, in einer bewegten Zeit nach der Wiedervereinigung Deutschlands und dem Zerfall des Ostblocks. Aber was hat sich denn so grundlegend verändert?

Nicht überall in Europa und über dessen Grenzen hinaus ist Frieden, ich erinnere Sie nur an die Krisenherde Balkan, Ost-Timor oder Nordirland, die uns immer wieder drastisch vor Augen führen, dass nicht alle Völker und Glaubensrichtungen friedlich miteinander leben können. Wenn wir heute von Ausbildung reden, meinen wir auch die Vorbereitung unserer Soldaten auf einen möglichen Einsatz. Viele dieser Konflikte sind von unserem alten Kriegsbild weit entfernt, Unsicherheit und Wechselhaftigkeit der Lage finden sich in einem unbekannten Umfeld. Darauf müssen wir uns als Soldaten einstellen.

Die Welt blickte nach Ende des Kalten Krieges mit besonderem Interesse auf Deutschland – auch hinsichtlich einer Beteiligung an friedenserhaltenden oder friedensschaffenden Einsätzen. Wir sind mittlerweile ein geachteter Partner. Deutschland ist

Blick auf eine schnelle und effektive Reaktion auf Krisen.⁽⁴⁾

Unter diesen Gesichtspunkten durchläuft die Bundeswehr in den letzten Jahren einen Wandel in Struktur, Organisation, Ausrüstung, aber auch im Schwerpunkt des Vortrages – in der Ausbildung. Ich bin der Überzeugung, dass die derzeit tätige Wehrstrukturkommission diesem Wandel Rechnung tragen wird.

Auftragsspektren der Bundeswehr

- Krisenreaktion im Bündnis
- Landes- und Bündnisverteidigung, einschl. der Hoheitsgewässer und des Luftraumes
- Beitrag zur Krisenbewältigung (VN, NATO, WEU, Ad-hoc-Koalition)
- Rettung, Evakuierung, Befreiung bei Geiselnahme
- Katastrophenhilfe im In- und Ausland

Abb. 1

Grundsatz stehen: Vertrauen erwirbt, wer mit Herz und Verstand führt. Ein Führer muss hinter seinem Auftrag/Befehl stehen, wenn nicht, kann dies den Auftrag und das Leben von Kameraden gefährden.

Besonders bewusst sollten wir uns unserer ethisch/moralischen Basis sein. Für mich bedeutet dies: tiefe Verwurzelung in der christlich-abendländischen Kultur. Kenntnisse der eigenen Geschichte und Tradition müssen stärker ausgeprägt

werden, um bei den intellektuellen Auseinandersetzungen einen klaren Standpunkt einnehmen zu können. Soldaten berufen sich im Rahmen der Internationalisierung im Rahmen von Einsätzen stärker auf ihre Kultur, um ihr Selbstbild und ihre Identität⁽⁶⁾ zu bewahren. Dies erscheint mir besonders wichtig, da sonst die Gefahr besteht in eine Söldnermentalität abzugleiten.

Daraus erwachsen zunächst folgende Qualifikationsanforderungen: Militärische Führer müssen die Fähigkeit besitzen, ihnen gesetzte politische Ziele auch aus übergreifenden Rechten (wie z.B. Menschenrechte) zu verstehen und zu begründen, sie innerhalb dieses Rechtsrahmens um- und durchzusetzen, bei gleichzeitiger räumlicher und psychologischer Distanz zur eigenen Bevölkerung.⁷

3. Veränderte Rahmenbedingungen für Ausbildung

Um den neuen Rahmenbedingungen gerecht zu werden, wurde in den letzten 10 Jahren, d.h. seit der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten, die gesamte Ausbildung umgestellt.

Einige Beispiele dafür sind: die Neuordnung der Truppenausbildung für KRK/HVK/MGO (AnTrA 1-10); die Weisung für die Offizierausbildung; die Weisung „LEADERSHIP“; die Neuordnung der Unteroffizierausbildung; die Weisung körperliche Leistungsfähigkeit; und die Weisung W 10.

Wir haben die Ausbildung stark den Einsätzen angepasst und reagieren flexibel und schnell auf Forderungen aus den Einsatzgebieten: Seit diesem Jahr wird eine neu gestaltete Kontingentausbildung durchgeführt

2. Führen, Ausbilden und Erziehen in der heutigen Zeit

Die Führerausbildung in der Bundeswehr hat das Ziel, Vorgesetzte aller Führungsebenen auf ihre verantwortungsvolle Aufgabe als Führer, Ausbilder und Erzieher vorzubereiten. Sie vollzieht sich entsprechend den aufsteigenden Verwendungsebenen und Verantwortungsebenen.

Theoretische Wissensvermittlung an den Schulen und Ausbildungseinrichtungen wechselt sich ab mit Truppenpraktika zum Sammeln von praktischen Erfahrungen.

An unsere Führer und Unterführer werden in der heutigen Zeit hohe Anforderungen in ihrem Können, in Haltung und Vorbild gestellt. Mit der neu gestalteten Führerausbildung auf allen Ebenen werden wir dieser Forderung wieder mehr gerecht.

Dies war früher auch schon so, aber die Gesellschaft hat einen Wandel erlebt, der auch an uns Soldaten nicht vorübergegangen ist und eine Anpassung notwendig gemacht hat. Alte Zöpfe muss man nicht unbedingt abschneiden, aber man kann sie gegebenenfalls neu flechten.

Folgende Forderungen stellen sich heute an den Führer, Ausbilder und Erzieher und müssen ihm deshalb auf Grund seiner Verantwortung klar sein:

- **FÜHREN** heißt, Führungsdenken, soldatische Tugenden und die Grundsätze zeitgemäßer Menschenführung miteinander verbinden. Führung ist persönlichkeitsgebunden. Führung basiert auf Rechtsgrundlagen. Führen mit Auftrag ist oberstes Führungsprinzip und verlangt breite Übereinstimmung in Den-

ken und Handeln. Es bedeutet Ziele vereinbaren, Spielraum bei der Erfüllung des Auftrages lassen und Fehler akzeptieren können.

- **AUSBILDEN** heißt, handwerkliche Fähigkeiten und Fertigkeiten so auszubilden, dass der Soldat zum selbständigen Handeln, vor allem auch in Krisensituationen in seiner Funktion und in der kleinen Kampfgemeinschaft befähigt ist. Anwendung der Ausbildungsprinzipien „Kombinierte Führer- und Truppenausbildung“ und „Leadership“ steigern Professionalität und Können der Führer und wirken als Multiplikatoren für die weitere Ausbildung. Anwendung einer zeitgemäßen Methodik und die zeitgerechte Verfügbarkeit von Kräften und Mitteln sind für das Erreichen von Ausbildungszielen entscheidend.

- **ERZIEHEN** heißt, Einsicht in die Notwendigkeit des Auftrages wecken, den besonderen Stellenwert von funktionaler und formaler Disziplin und Gehorsam, Selbstvertrauen und Zusammengehörigkeitsgefühl der Soldaten stärken sowie fördern der Bereitschaft, aus Erfahrungen anderer zu lernen mit dem Ziel: Befähigung zum mündenden Handeln im Sinne des erteilten Auftrages.

Zentrale Aufgabe für uns als Vorgesetzte ist und bleibt das Führen von Menschen sowie unsere Vorbildrolle. Das Soldatengesetz gibt uns hier eine entsprechende Handlungsanweisung im § 10 „Der Vorgesetzte soll in Haltung und Pflichterfüllung ein Beispiel geben.“⁽⁵⁾ Gutes Beispiel verleiht natürliche, personale Autorität.

Für uns als Führer muss der

(Abb. 2). Sie schließt nach dem Einsatz mit der Phase der Reprofessionalisierung ab (6 Monate nach dem Einsatz) – Reprofessionalisierung bedeutet das Wiederherstellen der Einsatzfähigkeit im Rahmen Gefecht der verbundenen Waffen und damit Einsatz/Verfügbarkeit für die „Brigade nationale Vorsorge“. Dies sind die

abdingbar, das heißt aber auch, dass die Offiziere und Unteroffiziere in allen drei Bereichen gleich gut ausgebildet sein müssen.

Die uns zur Verfügung gestellten zentralen Ausbildungseinrichtungen und die Leadership-Ausbildung bieten beste Voraussetzungen zur Vorbereitung von Führern und Geführ-

Das Hauptproblem besteht darin, dass viele unserer jungen Führer wenig Erfahrung haben. Führeraus- und -Weiterbildung ist also kontinuierlich den neuen Anforderungen anzupassen. Mit unserem heutigen Ausbildungsgang sind wir auf dem richtigen Weg.

Kern und Schlüssel für die Einsatzbereitschaft des Heeres ist, wie ich bereits ausführte, die Professionalität seiner Führer und Unterführer. Die Intensität der Führerweiterbildung beeinflusst das Können, die Einsatzbereitschaft und die Leistungsfähigkeit der Einheiten/Verbände entscheidend.¹⁰⁾

Nur in der Praxis kann der Führer lernen, Erfahrung sammeln und Gelerntes vermitteln. Vermehrtes Führen und Üben ist kein neuer Ansatz, gewinnt aber unter den neuen Rahmenbedingungen immer mehr an Bedeutung. Gerade mit der Neuordnung der Truppenausbildung und der Leadershipausbildung wird dem

Rechnung getragen. Regionale Übungszentren, Gefechtsübungszentren und CMTC verfügen über erfahrenes Ausbildungspersonal und die notwendige Ausstattung, um so unter Anwendung zeitgemäßer Ausbildungsmethoden gesteckte Ziele sicher zu erreichen.

Wir müssen uns über Folgendes im Klaren sein. Hat der Soldat Vertrauen in die Fähigkeiten des Führers, wird er ihm mit Bereitschaft folgen. Vertrauen ist die wesentliche Basis für das kameradschaftliche Miteinander.

Dies allein wird aber nicht ausreichen, um Soldaten für den Wehrdienst oder für Einsätze zu gewinnen. Wir müssen auch die Attraktivität in der Ausbildung erhöhen:

Mit der Weisung W 10 für Soldaten und den Maßnahmen im Rahmen der „Persönlichkeitsbildung“ für junge Führer soll die Ausbildung insgesamt interessanter und abwechslungsreicher gestaltet werden.

Der Schwerpunkt ist dabei die erlebnisorientierte Ausbildung. Bereits erzielter Effekt: Verbesserung des Selbstbewusstseins und Sicherheit im Auftreten bei Führern und Geführten sowie Akzeptanz in den Einheiten und Verbänden. Es zeigt sich auch hier, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

Ausbildung in Vor- und Nachbereitung von Einsätzen

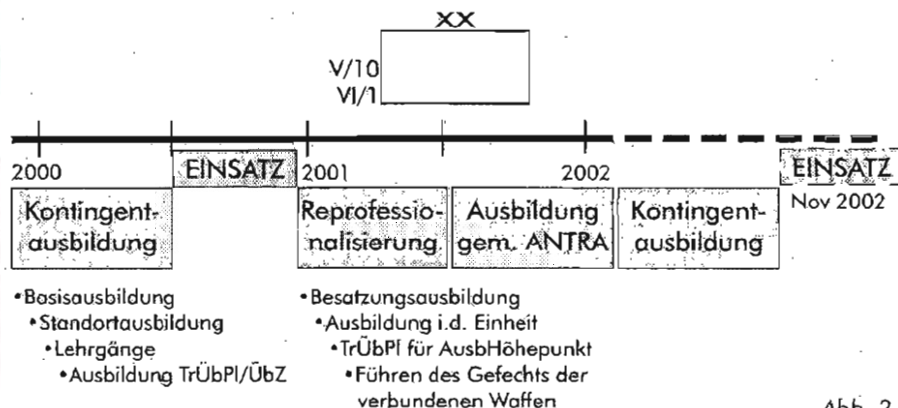


Abb. 2

neuen Grundlagen für eine einsatzorientierte Ausbildung.

Auch wenn die Kommandobehörden für die Grundlagen der Ausbildung verantwortlich sind; Träger der Ausbildung ist nach wie vor das Bataillon, denn Truppenausbildung und Führerausbildung sind hier am stärksten miteinander verbunden und nicht scharf gegeneinander abgrenzbar.⁸⁾

Die Ausbildung ist bei allen Verbänden gleich strukturiert und folgt den gleichen Grundlagen. Eine gewisse Differenzierung erfolgt zwischen HVK und KRK. Denn Aufträge im Rahmen des erweiterten Aufgabenspektrums können auf Grund ihrer Struktur und Ausbildung nur KRK-Verbände oder speziell vorbereitete KRVK-Verbände wahrnehmen. Ziel bleibt dennoch, die Bildung einer Zweiklassenarmee zu verhindern. KRK, HVK und MGO gewährleisten eine ständige Durchmischung des Führerpersonals und die so eingesetzten Führer wirken damit als Multiplikatoren gleichsam in allen Verbänden. Erfahrungen werden somit auf allen Gebieten übertragen. Zudem müssen unsere Führer in allen drei Bereichen gleichermaßen einsetzbar sein. Häufiger Wechsel ist für eine Förderung un-

ten. Dabei ist es gleichgültig, ob es sich um die spezielle Vorbereitung auf einen Einsatz handelt oder ob die Ausbildung zum Zweck der Landes-/Bündnisverteidigung erfolgt.

Der neuen Rolle des Führers entspricht auch eine zeitgemäße Führungsverantwortung. Dieser wird mit der „Leadership“-Ausbildung Rechnung getragen. Sie wird entscheidender Faktor der Ausbildung.

Die Grundpfeiler im Sinne Leadership sind zum einen eine geistig-ethische Bindung. „Der militärische Führer handelt stets in dem Bewusstsein, dass er Soldat der Menschenwürde und der Menschenrechte ist. Alle seine Entscheidungen, Maßnahmen und Befehle müssen sich an diesem Maßstab orientieren, der auch in schwierigen Situationen unverrückbar gilt.“⁹⁾ Und zum anderen das Prinzip der Auftragstaktik, welches gemeinsame Auffassung im operativ-taktischen Denken und Führungskönnen auf hohem Niveau gleichbedeutend mit Professionalität verkörpert.

Erfolgreiches Führen bedeutet heute: neben fachlichen Kompetenzen vorrangig Führungskönnen, Teilen des Risikos im Einsatz, Führen von vorn, Fürsorge und menschliches Miteinander.

Da GenMaj Lather von Montagabend bis Mittwoch gegen Mittag das Seminar begleitete, boten sich den Teilnehmern viele günstige Gelegenheiten zum Gespräch mit einem ranghohen Soldaten, was auch intensiv genutzt wurde (Fotos: GKS)

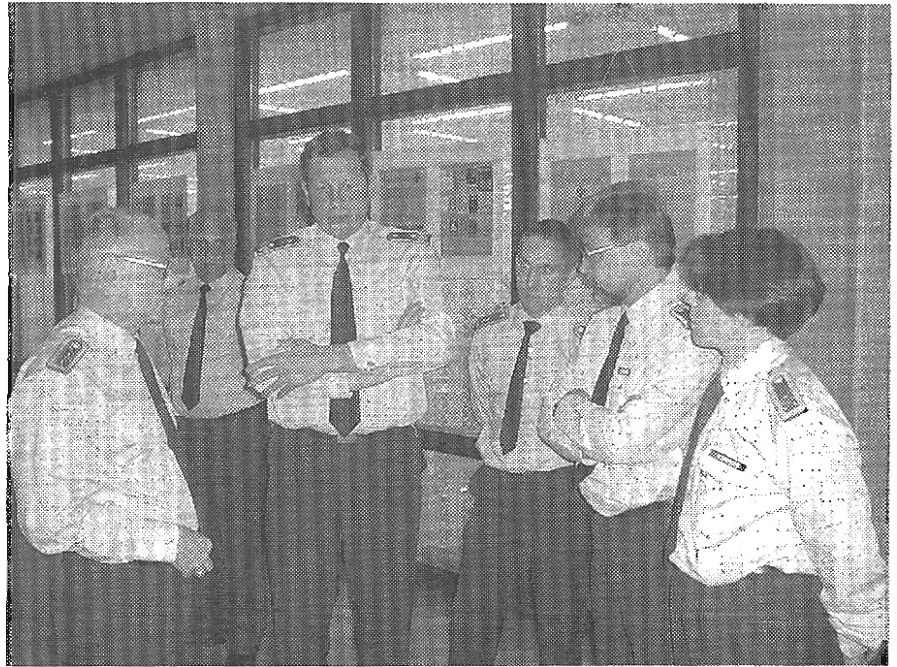
Um Probleme und Fehler in der Ausbildung zu erkennen, aufzuzeigen und zu lösen, wurde bei WBKV/10. PzDiv ein Sonderbeauftragter für die Ausbildung mit dem Schwerpunkt Überprüfung der Allgemeinen Grundausbildung eingesetzt. Gerade die Allgemeine Grundausbildung legt den Grundstein für die weitere Ausbildung und muss daher optimal genutzt werden.

Ziel war es nicht, die Allgemeine Grundausbildung grundsätzlich zu reformieren, sondern eine für den Soldaten methodisch richtige und vor allem nachvollziehbare, interessante Ausbildung erlebbar werden zu lassen. Auch dies sollte dazu dienen den Wehrdienst für den Soldaten attraktiver zu gestalten.

Die Ausbildung kann insgesamt verbessert werden, wenn dem Soldaten klar ist, warum er etwas tut und dies in die Gesamtheit einordnen kann. Die Ausbildungsphilosophie bezieht sich dabei auf folgende Punkte: Ganzheitlichkeit des Ausbildungsprozesses; Beteiligung des Soldaten durch Verwirklichung des dialogischen Prinzips und die Anwendung des Prinzips KoFTrA bereits im Gefechtsdienst der AGA.11)

Ich fasse noch einmal kurz zusammen: Ziel unseres Konzeptes ist der ganzheitliche Ansatz in der Ausbildung. Der Vorgesetzte muss dem Soldaten die Zusammenhänge der Ausbildung verständlich klar machen und durch Umsetzung des dialogischen Prinzips den Soldaten zu eigenständigen Handeln im Sinne der übergeordneten Führung erziehend.

Unsere Führer müssen auch den Umgang mit knappen Ressourcen wie Ausbildungszeit / Ausbildungsmaterial / Haushaltsmittel beherrschen. Auf dieser Basis sind in der Ausbildung einprägsame und richtige Bilder zu stellen. Dies ist sicherzustellen durch intensive Vorbereitung der Ausbildung, durch vorbereitende Dienstbesprechung und methodisch richtige Ausbildungseinweisung vor Ort. Fal-



sche Bilder prägen sich sofort. Falsche Eindrücke können nur durch großen Aufwand korrigiert werden. Dem muss entgegengewirkt werden.

4. Anforderungen an den Führer

Lassen sie mich nochmals einen Blick auf das Anforderungsprofil für unsere militärischen Führer werfen.

- Unsere Führer müssen ein ausgeprägtes Bewusstsein für die politische Dimension militärischen Urteils und Handelns haben.
- Die Führer aller Ebenen müssen den „Auftrag sinnvoll einordnen und überzeugend vertreten können, Truppe unter den veränderten Bedingungen ausbilden und motivieren und in unterschiedlichen Einsätzen führen können“.¹³⁾
- Die Aufgabe als militärischer Führer, Ausbilder und Erzieher verlangt besondere charakterliche Eigenschaften. Ich verweise hier im Besonderen auch auf die Schlüsselqualifikationen von Führungspersonal, wie die Fähigkeit ganzheitlichen Denkens, Kommunikationsfähigkeit, Konflikt- und Konsensfähigkeit, Motivationsfähigkeit, Urteilsfähigkeit, Kreativitätsfähigkeit, Belastungsfähigkeit und Lernfähigkeit, die soziale Kompetenz.
- Entscheidend ist und bleibt aber die Persönlichkeit des Führers.

(s.a. Abb 3: „Führungskompetenz – Schlüsselqualifikationen“)

Grundsätzlich gilt, dass neben militärischen Können auch Veranlagung eine große Rolle spielt. Charakterliche, geistige und körperliche Eignung und die Fähigkeit zur Menschenführung müssen geschult werden. Ständige persönliche Weiterbildung ist eine konstante Forderung. Selbstdisziplin und Selbstbeherrschung sind weitere Kriterien des militärischen Führers.

Was aber hat sich für unsere Führer geändert?

Lassen Sie mich einen kurzen Blick zurück werfen. Der Auftrag der Bundeswehr in der Zeit des „Eisernen Vorhangs“ im Rahmen der Landes-/Bündnisverteidigung war klar abgesteckt. Die Ausbildung, das Üben im Rahmen des GDP (*Grand Defence Plan*) war Tagesgeschäft für die Soldaten. Ein möglicher Einsatz oder Krieg war auf Grund des Gleichgewichts des Schreckens relativ unwahrscheinlich. Unsere Soldaten waren für den unwahrscheinlichsten „Fall“ ausgebildet, jeder kannte seinen Einsatzraum und seinen Auftrag. Präsenz der Streitkräfte und der Verbündeten sowie die Übungen waren ausgerichtet auf die demonstrative Verteidigungsfähigkeit; ein möglicher Einsatz wurde meist verdrängt, zunächst von der Gesellschaft, aber auch von vielen Soldaten.

Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks und der Wiedervereinigung Deutschlands entstanden völlig neue Rahmenbedingungen. Für die Bundeswehr rückten Einsätze in das Blickfeld. Erwähnt sei hier nur die Stationierung von Teilen der Luftwaffe in der Türkei oder der Einsatz von Sanitätern in Kambodscha.

Im „Erweiterten Aufgabenspektrum“ stellen sich neue, veränderte Anforderungen: Der deutsche Soldat im Einsatz ist Repräsentant unseres Landes und repräsentiert damit auch seine Armee und deren Ausbildungsstand. Eingesetzte Führer, speziell in Spitzenpositionen, müssen deshalb besonders ausgewählt und ausgebildet werden. Auch muss es dem Führer klar sein, dass es für ihn eine normale Verpflichtung gibt, an solchen Einsätzen teilzunehmen.

Eine neue und für uns noch relativ junge Erfahrung im Rahmen „Peacekeeping“ und „Peacebuilding“ ist, dass der Führer mit ständig wechselnden und ihm völlig unbekannten Situationen konfrontiert wird, die nicht immer durch Ausbildung und Vorschriften abgedeckt sind. Daher gestaltet sich eine einsatzvorbereitende Ausbildung besonders schwierig. Dies erfordert bei jedem Führer ein hohes Maß an Reife, Flexibilität und Entschlussfreude.

Neben dem militärischen Handwerk unabdingbar sind Fremdsprachenkenntnisse für die Arbeit in multinationalen Stäben und Großverbänden. Hier gilt es in der Ausbildung besonders der Unteroffiziere noch erheblich nachzusteuern.

Ebenso muss der Führer auf zivil-militärische Prozesse, wie z.B. den Einsatz von CIMIC, vorbereitet werden und diese mit den ihm zur Verfügung gestellten militärischen Mitteln umsetzen können.¹⁴⁾

Der militärische Führer muss sich sowohl im Ausbildungsdienst als auch im Einsatz stets aufs Neue bewähren. Seine Persönlichkeit ist entscheidend für Leistungsvermögen, Moral und Einsatzbereitschaft der Truppe.

Im Einsatz noch mehr als im Friedensdienst muss sich der Führer über seine Befehlsgewalt und deren Auswirkungen im Klaren sein. Befehlsgewalt heißt Anwenden staatlicher Gewalt. Wissen und Können in der Anwendung wirken sich aus in der Anerkennung von staatlicher Gewalt durch den jungen Soldaten. Befehlsgewalt ist als Mittel der staatlichen Gewalt an die Person gebunden. Für den Führer bedeutet das volle Verantwortung für seine Befehle und für seine Soldaten.

Der Führer erlebt das Führungsprinzip, wonach Verantwortung unteilbar ist. Um dies zu gewährleisten, muss der eingesetzte Führer die Einsatzgrundsätze seiner Truppengattung und seine Waffensysteme beherrschen und flexibel auf die Bedingungen im Einsatz reagieren können. – Aber auch unter dem nächsten Aspekt stellt sich die Bundeswehr den neuen Herausforderungen unserer Zeit.

Kostenleistungsverantwortung, kurz KLV, ist mittlerweile für uns Soldaten kein Fremdwort mehr und hat als ein Instrument zur Steigerung

von Effektivität und Effizienz der Mechanismen im Ausbildungs- und Friedensbetrieb bei uns Einzug gehalten.

- Das Ziel von KLV ist ein umfassender Veränderungsprozess zur Weiterentwicklung der Leistungsorientierung und Wirtschaftlichkeit in der Bundeswehr.
- Ein Schwerpunkt liegt dabei auf der Zielbestimmung in der Ausbildung, in der Umsetzung von Befehlen und dem Einsatz von Kräften/Mitteln, um ein definiertes Ziel zu erreichen. Kostenbewusstsein und militärische Leistungsfähigkeit werden miteinander verknüpft.
- Die Höhe und das Erreichen eines Ausbildungsziel wird weitgehend transparent und messbar gemacht; mit welchem Mitteleinsatz, welchen Kosten habe ich welchen Nutzen erzielt, welche Leistung erbracht. Aufgrund der Transparenz von Leistungen und Kosten wird auch unsere Ausbildung berechenbarer, denn das System beinhaltet Instrumente zur Leistungserfassung und -bewertung.¹⁵⁾
- KLV soll alle Soldaten ansprechen an. Wir wollen alte Handlungsmuster beseitigen, fehlenden Mut zur Entscheidung, Absicherungsdenken und fehlende Kompetenz überwinden.
- Nach einer Pilotphase wird z.Zt. flächendeckend Controlling bei WBKV/10. PzDiv eingeführt, unterstützt durch entsprechend ausgebildetes Personal, so genannte Controller als Moderatoren. Diese sammeln die Ergebnisse und werten sie aus. Das erfordert von unseren Führern ein völlig neues, ganzheitliches Führungsverständnis. KLV ist in allen Bereichen als Führungsaufgabe zu begreifen und voranzutreiben.

Werfen wir noch einen Blick auf die Soldaten in unserer Gesellschaft, auf die Werteordnung. Die Frage, die sich jeder Soldat selbst stellen muss, lautet: „Wofür kämpfe ich?“ Die Antwort darauf gibt den Soldaten moralische Legitimation und schützt vor Missbrauch seiner Pflichterfüllung.¹⁶⁾ Zivilcourage ist gefordert; also die

Führungskompetenz – Schlüsselqualifikationen

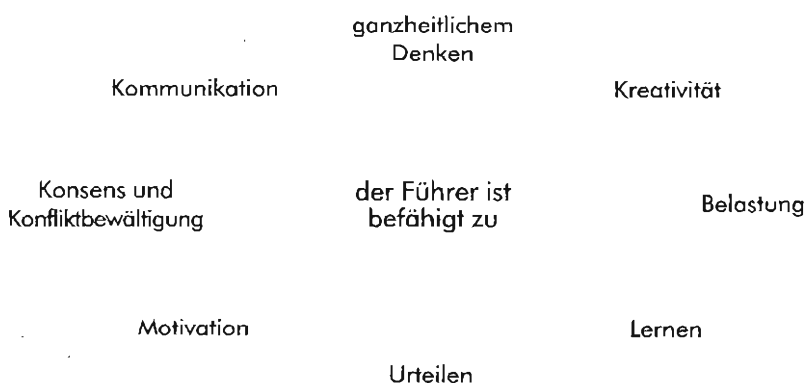


Abb. 3

Fähigkeit, Grenzen zu erkennen und der Mut, auch ungeachtet möglicher persönlicher Nachteile zu handeln.

Die Wehrpflicht ist nach wie vor als originäre Bürgerpflicht zu verstehen. Dies wird heute oft verkannt. Für die Bundeswehr ist Wehrpflicht gleichbedeutend mit Rekrutierung des Führernachwuchses und Akzeptanz des Dienstes in der Bevölkerung. Den veränderten Rahmenbedingungen wurde auch die Wehrpflichtdauer von 12 auf 10 Monate angepasst, gewissermaßen nach dem Grundsatz: so lange wie nötig, so kurz wie möglich.

Wird aber der Wehrdienst akzeptiert, trotz Verkürzung und Steigerung der Attraktivität? Waren Kriegsdienstverweigerer früher „Überzeugungstäter“ werden sie heute als „Trübbrettfahrer des Zeitgeistes“ bezeichnet. „KDV und Zivildienst (als bedeutsamer Faktor im sozialen System) haben in den letzten Jahren an Prestige gewonnen“⁽¹⁷⁾. Woran liegt das? Zivil-/Ersatzdienst wird bei der Jugend hoch bewertet. Gründe dafür sind persönliche Vorteile, nur geringe Einschränkung von persönlicher Freiheit, finanzielle Vorteile⁽¹⁸⁾. Dieser Schritt ist oftmals eine Beliebkeitsentscheidung, also sowohl persönlicher als auch gesellschaftlicher Egoismus.

Der sich daraus ergebende Anspruch an den Führer, Ausbilder und Erzieher ist immens. Er muss im Sinne unserer Attraktivität überzeugen. Das ist permanente Herausforderung, aber gerade sie hält uns flexibel und jung.

5. Ausbildung für das neue Einsatzspektrum

Die Schulung und Ausbildung unserer Führer speziell auf einen Einsatz wurde neu geordnet. Ich sprach darüber. Dass die Befehlsgewalt im Einsatz eine andere Dimension erhält, auch das sprach ich bereits an. Der Umgang mit Tod, Verwundung, Gefangennahme, Belastungssituationen wie Stress/Panik, lange Trennung von zu Hause, von Familie, Freunden und der vertrauten Umgebung ist für viele Soldaten neu. Der Umgang mit Medien will gelernt sein.

Bei der Vorbereitung auf die Bedingungen im Einsatz muss ein Vorgesetzter seine Soldaten kennen, ihre

Probleme, Stärken und Schwächen. Gruppenkohäsion spielt eine wichtige Rolle. Die Einheit ist nicht nur Organelement, sondern militärische Heimat.

Hier erhält die Menschenführung im Einsatz einen anderen Schwerpunkt, oft anders als im Friedensbetrieb: Fürsorge, Vorbild, Disziplin, Hygiene, Erkennen von Problemen bei den Unterstellten; das heißt auch auf seelische und geistige Gesundheit achten. Unterstützung und Umgang mit Truppenpsychologen ist für viele, auch für Vorgesetzte ungewohnt. Uns muss auch klar sein, dass nicht jeder die Kompetenz zur Problemlösung hat. Ich verweise hier speziell auf das Einfühlungsvermögen bei persönlichen oder dienstlichen Problemen und in diesem Zusammenhang auf den berühmten „Elefant im Porzellanladen“.

Familienbetreuungszentren sind dabei ein wichtiges Bindeglied zwischen Heimat und Einsatzland; das muss der Vorgesetzte ebenfalls wissen.

Der Ausbildungsgang in Vorbereitung auf einen Einsatz wurde neu konzipiert, um diesen Anforderungen gerecht zu werden. Schwerpunkt ist dabei, dass der Soldat seinen Aufgabenbereich beherrscht. Der Drill als Ausbildungsprinzip steht dabei im Vordergrund. Erteilte Befehle sind ständig zu kontrollieren und in der Dienstaufsicht ist gerade im Einsatz nie nachzulassen. Erinnern Sie sich an die Berichte über Unfälle unserer Soldaten im Einsatz mit Waffen/Munition/Minen. Oftmals sind sie auf unsachgemäßen Umgang mit der uns anvertrauten Technik zurückzuführen. Die Auswirkungen für Verursacher und Betroffene sind dabei oftmals sehr hart. Unsachgemäß, leichtsinniger Umgang mit Waffen und Munition, der zu Unfällen führt, hat grundsätzlich die Ablösung vom Einsatz zur Folge. Dies ist aber nur eine Seite der Sanktionskonsequenz, wie die Verurteilung eines Führers zeigte, der schuldhaft den Tod von zwei Kameraden bei SFOR verursacht hat. Das Beispiel zeigt aber auch deutlich: Der Soldat muss das ihm anvertraute Gerät beherrschen und dessen Grenzen kennen.

Nach dem Einsatz folgt die Phase der Reprofessionalisierung, die Einheiten/Verbände befähigen soll,

innerhalb kurzer Zeit (3 bis 6 Monate) wieder das Gefecht der verbundenen Waffen (Art. V auf Einheits-/Verbandsebene) führen zu können. Sie wird vom Team H vorbereitet.

Im Friedens-/Heimatsdienstbetrieb gilt als Schwerpunkt: AGA/SGA/Führerausbildung haben erste Priorität, auch wenn der Verband im Einsatz ist. Die nicht in den Einsatz gehenden Wehrpflichtigen behalten ihren Anspruch auf gute, fordernde Ausbildung.

6. Schluss/Ausblick

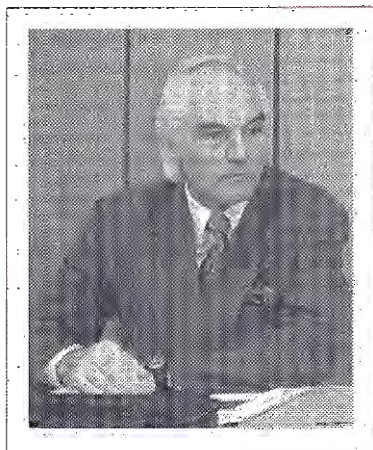
Ich fasse zusammen:

- Die Bundeswehr wird auch in den nächsten Jahren an Auslandseinsätzen teilnehmen.
- Die Äußerungen der politischen Führung sprechen z.B. für BOSNIEN/KOSOVO von ca. 5 Jahren.
- Die Bundeswehr wird sich an die Forderungen des erweiterten Aufgabenspektrums weiter und flexibel anpassen. Diese Anpassung und die zunehmende Teilnahme an Friedensmissionen werden Personal und Material kräftig fordern.
- Unsere Ausbildung muss entsprechend weiter entwickelt und angepasst werden; dies ist nicht nur Sache der Schulen, sondern aller Vorgesetzten in den Stäben und Verbänden.
- Wir brauchen Führer (Insp Heer)⁽¹⁹⁾:
 - die ihre Aufgabe in den politischen Zusammenhang einordnen,
 - die Menschen für unterschiedliche Aufträge ausbilden und motivieren können,
 - und in unterschiedlichsten Einsätzen überzeugend führen können,
 - mit hoher Professionalität, mit ausgewogener politischer und historischer Bildung und der Nähe zum Mann.

Nur der Führer, der flexibel im Denken und anpassungsfähig an schnell wechselnde Realitäten ist, der die Interessen, Fähigkeiten und Einstellungen seiner Soldaten kennt und sein Handeln danach ausrichtet, wird Erfolg haben.

Anmerkungen
auf Seite 38 unten

Was hat sich verändert, wie geht es weiter?



RÜDIGER MONIAC

1. Einleitung

Wer heute Soldat wird, ob auf Zeit oder für ein ganzes berufliches Leben, vollzieht mit seiner Entscheidung einen folgenreichen Schritt. Denn viel mehr als noch vor zehn Jahren macht es ihm Schwierigkeiten, im Beruf wie in der Politik, die weit mehr als in anderen Berufen prägend ist für ihn, den Überblick zu behalten. Vor 1990 war das sicherheitspolitische Bild von der Welt im Schwarz-Weiß-Kontrast zwischen West und Ost noch einigermaßen überschaubar. Heute, nach dem Ende der Sowjetunion, ist der Soldat der Bundeswehr, der auf verschiedenen militärischen Hierarchie-Ebenen in Führungsverantwortung hineinwächst, zu einer sehr schwer lösbaren Aufgabe aufgerufen.

Denn das sicherheitspolitische Bild von der Welt hat sich atemberaubend rasch vom monotonen Schwarz-Weiß in ein aufregend changierendes Allerlei von Farben in einem Mo-

saik voller Details verwandelt. Wer vermag das alles noch zu verstehen, zu deuten und in Beziehung zu setzen zu einem sittlichen Wertekanon, mit dem der Soldat als Individuum aufgewachsen ist, mit dem er und in dem er lebt?

Helfen, retten, schützen – so heißt es allenthalben. Soll das der neue Aufgabenkatalog für den „modernen Soldaten“ sein? Der Waffenträger in Uniform als Samariter? Oder der Rot-Kreuz-Helfer in Fleckentarn? Auf dem Balkan sichern deutsche Soldaten – wenn überhaupt – einen sich schüchtern und zagend entwickelnden Frieden.

Auf dem Boden. In der Luft haben andere in ihren Tornados irgendwann vorher auf den Triggerknopf gedrückt und damit Harm-Raketen ausgelöst. So haben sie Zerstörungen angerichtet. Sie mussten schießen, damit später ihre Kameraden am Boden als Helfer, Retter, Schutzgebende auftreten konnten. Die in der Luft waren wenige, weniger als hundert, die zerstören, wahrscheinlich auch töten mussten. Die anderen aus der Bundeswehr, die auf dem Balkan aufbauen helfen, zählen dagegen nach Zehntausenden.

Was also gilt im Berufsbild des Soldaten von heute, des modernen Soldaten, mehr? Muss der Soldat sich bald vielleicht weniger mit dem drängenden und belastenden Gedanken auseinandersetzen, eventuell töten zu müssen, um seine Aufgaben zu erfüllen? Manche in der Politik un-

Gliederung

1. Einleitung
2. Überblick über den folgenden Inhalt
3. Hauptteil
 - 3.1 Diskussionen um das Feindbild der Bundeswehr, ihren Umfang und die Ausrüstung
 - 3.2 Sicherheitsbedürfnis und moderne Gefahren
 - 3.3 Die Neuausrichtung der Bundeswehr und politische Hemmnisse dabei
4. Resümee

seres Staates möchten so tun, als liefen die Dinge in diese Richtung. Der vom grünen Außenminister vor allen anderen vehement geforderte und betriebene Einsatz für Ost-Timor soll denn auch den Anschein festigen, als sei moderner soldatischer Auftrag vordringlich in der Rettung von Verletzten, Verwundeten und in der Fürsorge für sie zu sehen.

Da stellt sich doch sogleich die Frage: Wird von interessierter Seite zur Durchsetzung einer bestimmten Absicht in der Politik Nebel geworfen? Wird so nicht insgeheim versucht, das Selbstverständnis des Soldaten unmerklich auf eine sehr dezidierte Vorstellung, eine grüne Vorstellung, zu verengen? Eine Vorstellung, die unserer richtig verstandenen Staatsräson diametral zuwiderläuft? Was aber ist die richtig verstandene Staatsräson? Welche braucht

Fortsetzung von S. 37

Anmerkungen:

- 1 Rühle, 35. KdrTagung; November 1995.
- 2 Scharping, Rede des BMVg an der FüAk Hamburg, 08.09.1999.
- 3 vgl. Scharping, a.a.O.
- 4 Scharping, Truppenpraxis/Wehrausbildung 6/99.
- 5 Soldatengesetz, Ausgabe 1991, § 10.
- 6 vgl. J. Keller, Von der Modernisierung des Militärs, in: Truppenpraxis/Wehrausbildung 6/98.
- 7 ebd.
- 8 HDv 102/100, Nr. 104.
- 9 Willmann, Gedanken zur Operationsführung im neuen Heer, S. 91.
- 10 AusSys WBK V/10. PzDiv, KdrTg 1996.
- 11 J. Damm, Oberst a.D.d.R., SoBeaAusb WBK V/10. PzDiv, in Truppenpraxis/Wehrausbildung 6/98.
- 12 ebd.
- 13 Rühle, 35. KdrTagung, November 1995.
- 14 vgl. J. Keller, a.a.O.
- 15 Mensel, Aufwandsbegrenzung und Rationalisierung im Heer, in: Truppenpraxis/Wehrausbildung 7/8-1997.
- 16 de Maizièrè, Rede anlässlich der Beförderung des 66. OAJ am 01.07.1999, in: Truppenpraxis/Wehrausbildung 9/1999, S. 614 ff.
- 17 KdrTagung WBK V/10. PzDiv 1996.
- 18 Jahresbericht Wehrbeauftragter 1994.
- 19 InspH, Gedanken zur Operationsführung, S. 97.

unser Gemeinwesen mit dem Titel „Bundesrepublik Deutschland“, wenn es die ihm gemäße Rolle in der Welt spielen will? Und: Was ist Deutschlands Rolle in der Welt? Fragen über Fragen, meine Herren. Wollen wir versuchen, einige Antworten zu finden?

2. Überblick über den folgenden Inhalt

Zuerst möchte ich in einigen kurzen Kapiteln mit Ihnen die Lage, wie sie sich außerhalb Deutschlands und in unserem Lande darstellt, erörtern und analysieren. Später dann, wenn das geschehen ist, soll es darum gehen, zu fragen, was aus deutscher Sicht vor allem in den Bereichen, die unsere eigene Politik zu beeinflussen vermag, sich ändern muss.

Drei der folgenden Kapitel sollen der Lageanalyse dienen. Im ersten beschäftige ich mich

- mit der Frage nach dem verschwundenen Gegner,
- der neuen deutschen Verantwortung in einem Europa, in dem Politik mehr und mehr von Interessen geprägt ist, und mit der
- Erkenntnis, dass allein die USA heute eine Weltmacht sind.

Im zweiten Kapitel geht es um die weitere Erkenntnis, dass

- Sicherheit mehr ist als militärische Sicherheit,
- dabei auch Entwicklungen Europa und Deutschland beeinflussen, die weit weg von unserem Kontinent geschehen,
- Informationstechnologie und Kommunikation zu den vordringlichsten Faktoren überhaupt zu werden beginnen

und schließlich

- Beständigkeit letztlich nur noch in der Dynamik stetigen Wandels zu erkennen sein wird.

Im dritten Kapitel wollen wir einen Blick in das politische Innere unserer Republik richten und uns dabei darüber klar werden, dass

- der Bundeswehr die Vernachlässigung droht,
- und das trotz hoher Wertschätzung in der Bevölkerung;
- die Armee, auch wenn sie vor völlig neuartigen Aufgaben steht,

wahrscheinlich mit Sparauflagen fertig werden muss, deren Sinn einzig darin zu sehen ist, dass die Bundesregierung geradezu blind vor der Rangfolge staatlicher Aufgaben dem Bundeshaushalt im Rasenmähverfahren Sparen verordnet.

Schließlich möchte ich nach der Feststellung der Lage im vierten Kapitel den Fragen nachgehen, wie es weitergehen muss in Deutschland und was sich – vor allem aus der Sicht der Soldaten – ändern sollte, damit sich – vor allem mit dem Blick auf eine angemessene Politik zur positiven Gestaltung äußerer Sicherheit – der Weg unseres Staates trotz aller Schwierigkeiten in eine verheißungsvolle Zukunft führen kann.

3. Hauptteil

3.1 Diskussionen um das Feindbild der Bundeswehr, ihren Umfang und die Ausrüstung

Mancher unter ihnen, jedenfalls der, welcher sich zu den Älteren zählt, kann sich noch sehr genau an eine höchst merkwürdige öffentlich Debatt in der „alten“ Bundesrepublik erinnern. Es ging dabei um die Frage, ob die Bundeswehr ein Feindbild habe oder gar brauche. Da waren diejenigen im linken politischen Spektrum der Republik, die den Soldaten innerlich fern standen und deren damalige Aufgabe, im Rahmen der Nato gemeinsam mit den Verbündeten machtpolitisch den psychologisch geführten Aggressionskrieg des sowjetisch beherrschten Warschauer Pakts auszuhalten, Misstrauen entgegenbrachten. Sie hätten es sehr gern gesehen, wenn sich die für die Bundeswehr verantwortlichen Politiker zu einem Feindbild, das die Streitkräfte angeblich für ihre Existenz nötig hätten, bekannt hätten. Aber sie waren klug genug, diesen Unsinn nicht mitzumachen.

Georg Leber vornehmlich, der von den Soldaten weithin anerkannt, geradezu verehrte Sozialdemokrat im Amt des Verteidigungsministers, erwarb sich in der in den siebziger Jahren hochgehenden öffentlichen Auseinandersetzung um Feindbild – ja oder nein – bleibende Verdienste.

Die Gegner der Bundeswehr hätten natürlich gerne gesehen, dass sie, die Bundeswehr und ihre Soldaten, die Sowjetunion und deren Soldaten als „Feind“ verstanden hätten. So wäre es für sie viel leichter gewesen, die modernen deutschen Streitkräfte im demokratischen Staat Bundesrepublik Deutschland in die Nähe der von Hitler im Angriffskrieg gegen die Sowjetunion missbrauchten Wehrmacht zu rücken – mit allen damit einhergehenden rufschädigenden Konsequenzen bis hin zum Hinweis, am Ende des Zweiten Weltkrieges hätten Deutschland und weite Teile Europas als Konsequenz der – in Anführung gesprochen – alleinigen „Schuld der Soldaten“ – in Schutt und Asche gelegen. Wer sollte dafür verantwortlich sein, wenn nicht und in erster Linie die Soldaten der Wehrmacht?

So wollten es manche noch in den siebziger Jahren den Bürgern weismachen. Und das nicht, um die Soldaten der Wehrmacht zu treffen. Diese sollten nur Mittel zum Zweck sein. Über die Wehrmacht sollte vielmehr indirekt die Bundeswehr getroffen werden. Man kann es heute noch registrieren, da die so genannte „Wehrmachtsausstellung“ neuerlich in die Schlagzeilen geraten ist. Warum ist sie das? Natürlich auch wieder, weil deren Organisatoren, indem sie mit teils haltlosen und in Bildern festgehaltenen Behauptungen die Soldaten der Wehrmacht verunglimpfen, aber eigentlich die Bundeswehr auf diese Weise meinen. Immer noch. Wer denn wäre es jetzt, wenn nicht die Bundeswehr, die neuerlich Schuld trüge an einem kommenden Desaster, nur weil sie wieder wie damals die Wehrmacht sich nicht nur ein Feindbild geschaffen hätte, sondern auch agiert hätte gegen den Feind. Das alles ist aus der Sicht wohlmeinender Demokraten, die sich ernsthafte, vor allem ehrliche Gedanken über die Rolle von Streitkräften in der Demokratie machen, absurd. Dennoch, man muss sich dessen gewärtig sein: Der Bundeswehr muss man nur einen Feind anhängen. Dann kann man sie verunglimpfen und unglaublich machen in den Augen der meisten Bürger, denen man es nicht vorwerfen kann, wenn sie das heimliche Kalkül der Gegner von Soldaten in der mo-



demen Demokratie nicht durchschauen. Diese hätten nichts dazu gelernt, lautet der unheimliche Trugschluss von damals auf heute. Wehrmacht – fast – gleich Bundeswehr. Für eine Reihe von Kritikern im linkspolitischen Spektrum eine Gleichung, die sie, auch wenn sie die Absurdität durchaus sehen, gar nicht so ungern am Leben erhalten würden.

Das war die Debatte um das Feindbild. Sie gipfelte letztlich in der wahrhaft perfiden, wenn auch Anfang der siebziger Jahre nur subkutan weitergegebenen Behauptung, die Bundeswehr stehe im Wege, wenn es um die Entspannungspolitik gehe. Einer Politik der Verständigung mit der Sowjetunion, die mit der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, durch das berühmte Kürzel KSZE gekennzeichnet, ihren Höhepunkt anstrebe, könne die „alte“ Bundesrepublik mit einer gut gerüsteten Bundeswehr nur hinderlich sein. Wer diese Zeit in den siebziger Jahren mit wachen politischen Sinnen miterlebt hat, weiß, dass Relikte von damals noch immer virulent sind.

Tatsächlich: Reste dieser zerstörerischen Debatte, die weite Teile der Bürger der Bundeswehr entfremden sollten, schwingen noch heute weit über den Streit um die Wehrmachtsausstellung im öffentlichen Diskurs in Deutschland mit. Immer wieder einmal stellt sich in diesen Wochen und Monaten ein gespielt Ahnungsloser mit der irgendwie doch so plausiblen Frage hin und ruft: Warum brauchen wir noch so

viel Bundeswehr, wo doch, wenn schon nicht der Feind, so wohl immerhin der oder die Gegner für die Bundeswehr abhandeln gekommen seien. Das sind nicht nur Leute der PDS, die so reden. Es sind durchaus auch solche, die aufgewachsen sind in der „alten“ Bundesrepublik und die immer noch nicht akzeptieren

wollen, dass ein Staat wie der unsere sich allmählich auf eine neue Rolle einstellen muss: Deutschland kann sich nicht mehr davor drücken, Verantwortung in der Welt zu übernehmen.

Die Frage, ob denn tatsächlich immer noch so viel Bundeswehr heute und künftig nötig sei, wo doch die Gegner, geschweige denn das Feindbild verschwunden sind, erweist sich gegenwärtig deshalb als ein so gefährliches politisches Gift, weil sie es nicht leichter macht, zugunsten der Bundeswehr zu argumentieren, vor allem auch dafür zu plädieren, dass die Streitkräfte eine bestimmte Größe nicht unterschreiten dürfen oder auch eine noch neu zu definierende Ausrüstung für einen ebenfalls noch neu zu bestimmenden umfangreichen Katalog von Aufgaben brauchen.

Gewiss: Es gibt die Sowjetunion nicht mehr. Jeder weiß das. Und auch ist richtig, dass das vereinigte Deutschland nicht mehr nur im Westen, Norden und Süden von demokratischen Staaten umgeben ist, die nicht als Aggressoren zu betrachten sind, sondern neuerdings auch im Osten. Und im Übrigen: Die Sowjetunion, so aggressiv ihr sozialistisch-kommunistischer Herrschaftsanspruch auch war, sie hat sich verwandelt in die Russische Föderation, hat eine von Gewaltenteilung bestimmte demokratische Verfassung erhalten und gewiss keine volksdemokratische mehr. Wo soll da denn noch eine Bedrohung herkommen?

Der verschwundene Gegner wirkt sich für die politische Debatte

in Deutschland als schweres Handicap aus. Daran vor allem liegt es, dass das Verständnis für eine richtig dimensionierte und angemessenen finanzierte Bundeswehr derzeit bei uns wenig Anhänger hat. Im Einzelnen komme ich später darauf zurück.

Wo nicht leicht klar zu machen ist, warum und wofür Streitkräfte erforderlich sind, wird dieser politische Prozess von „laissez faire“ gegenüber den eigenen Soldaten, diese von einer unheimlichen Wurstigkeit vieler gegenüber der Bundeswehr geprägte Haltung noch befördert von der Erkenntnis, dass die USA ja militärisch sowieso zur unangefochtenen Nummer eins aufgerückt sind. Viele meinen, wer diese Weltmacht zum Partner in der Nato habe, könne sich mit seinen eigenen Anstrengungen zur Erhaltung einer gut funktionierenden Armee doch Zeit lassen. Es reicht, wenn man starke Freunde hat. Reicht das wirklich?

Wie sehr die Nato von der Stärke der USA im Luftkrieg gegen Milosevic tatsächlich profitiert haben, ist inzwischen allgemein bekannt. Fast 90 Prozent der Flugzeuge stammten aus Nordamerika. Und ohne die vornehmlich auf US-Satelliten gestützte Aufklärung, Führung und Kommunikation wäre die aircampaigne so auch kaum möglich gewesen.

Die Frage stellt sich dringlich: Kann das uns Europäern so recht sein? Genügt es uns, einen großen Bruder jenseits des Atlantiks zu wissen, der, wenn es denn mal wieder gefährlich wird, uns armen Schwachen schon wieder beistehen wird?

Natürlich nicht. Denn, auch wenn es so mancher nicht wahrhaben will, der in der politischen Debatte laut seine Stimme erhebt, es bleibt dennoch richtig: Das Handeln von Staaten wird in erster Linie von ihren Interessen bestimmt. In Deutschland will sich diese Erkenntnis immer noch nicht so recht durchsetzen. Viele Deutsche glauben, wenn der eigene Staat nach seinen Interessen handelt, wäre das unmoralisch. Sie denken so, obwohl sie in ihrem persönlichen Leben ganz selbstverständlich als Leitlinie ihres Handelns das eigene Interesse – anders gesagt – den eigenen Nutzen vor Augen haben. Warum der Staat das aber nicht darf, ist – jedenfalls für mich – unerfindlich.

3.2 Sicherheitsbedürfnis und moderne Gefahren

Damit komme ich zum zweiten Kapitel unserer Lageanalyse. Auch wenn sie wenig mit Streitkräften zu tun hat, möchte ich darin wesentliche Erkenntnisse über ein in den vergangenen Jahren geradezu revolutionär geändertes politisches Sicherheitsverständnis vermitteln.

Vielen Menschen ist es in jüngster Zeit klar geworden: Einfluss auf ihr Leben im Sinne von Gefährdung oder durch die Existenz von Risiken haben in einer neuen Welt, in der nicht mehr sowjetische Atomraketen drohen oder eine riesige Zahl von Panzerdivisionen des unvergessenen Typs T 80, heute und in Zukunft vornehmlich ganz andere Faktoren als militärische. Sie, die militärischen, muss man zwar auch im Auge behalten und sich gegen sie wappnen. Aber andere, nichtmilitärische Risiken, rücken in den Vordergrund. Sie werden in der Öffentlichkeit immer wieder genannt, so dass sie eigentlich auch jeder kennt.

Es sind ökologische Gefahren, vor allem die Verschmutzung der Luft mit Treibhausgasen, deren Folge, wie die Wissenschaft immer deutlich zu beweisen können glaubt, die Klimaerwärmung ist. Als ihre Folge werden immer mehr und immer häufiger Naturkatastrophen erwartet. Ich erinnere Sie aus jüngster Vergangenheit nur an einige Tornados, die über Zentral- und Nordamerika große Schäden und viele Tote zur Folge hatten. Nächstens erwarten manche Experten, dass Küstenregionen, die auf Meereshöhe liegen oder wie zum Beispiel in den Niederlanden gar tiefer vom steigenden Wasserspiegel – eine Folge der Eisschmelze an den Polen der Erde – überschwemmt werden.

Doch nicht nur die Natur wird von vielen unserer Bürger, die im wohl geordneten und durchaus reichen Mitteleuropa leben, allmählich als Risikofaktor wahrgenommen. Da sind auch vom Menschen direkt erzeugte und verantwortete Faktoren wie Migration, Terrorismus oder organisierte Kriminalität. Es hat schon seine Bedeutung, dass Staaten wie Österreich oder auch jüngst die Schweiz in landesweiten Wahlen das Erstarken von politischen Parteien

erlebten, die sich teils nüchtern, teils allerdings auch lauthals propagandistisch gegen den wachsende Lasten erzeugenden Einfluss von Ausländern in ihrer als ordentlich gewünschten bürgerlichen Welt wehrten.

Das freilich sind risikoschaffende Faktoren, die im Vergleich zu anderen faktisch als geradezu minimal einzuordnen sind. Andere, wirklich solche von großer Dimension kommen allerdings in der Wahrnehmung der meisten Menschen noch gar nicht vor. Denn sie haben längst nicht begriffen, welche Gefahren lauern. Faktisch sind bestimmte Risiken, auf die ich gleich näher eingehen will, für die menschliche Existenz ungleich gefährlicher. Da sind unter anderem die Möglichkeiten, die sich Terroristen schaffen könnten, wenn sie etwa Anschläge mit B-Waffen ausführen sollten.

Experten sagen, Terroristen könnten das ohne allzu große Anstrengungen. Besonderes Know How ist dafür, folgt man den Experten, nicht erforderlich. Entschlossene Terroristen müssten zum Beispiel nur Anthrax nehmen. Das sind die Sporen eines Bazillus, der tödlichen Milzbrand erzeugt. Anthrax handhaben könne jeder, der sich auf die Einhaltung von medizinischer Reinheit versteht, wird gesagt. Anthrax kann, schon in kleinen Mengen versprüht, tausenden und nochmals tausenden Menschen das Leben kosten.

Es gibt darüberhinaus andere Faktoren, die den verständlichen Wunsch der Menschen nach Sicherheit und mehr stören, gar zerstören können. Auch sie sind alles andere als militärische Faktoren. Denn wer Gefahren für die menschliche Existenz schaffen will, muss sich nur die schon jetzt allgegenwärtige Vernetzung des öffentlichen Lebens nicht nur in einem Staat, sondern auch über die Grenzen von Staaten hinaus zunutze machen.

Da ist nicht nur das in diesem Zusammenhang immer häufiger erwähnte Internet. Vor zehn Jahren hat es im öffentlichen Leben noch keine Rolle gespielt. Heute hat es die serbische Nomenklatura um den Präsidenten Milosevic herum dazu zu nutzen versucht, am Beginn der Air-campagne der Nato im Frühjahr dieses Jahres die Kommunikations-

linien innerhalb des Bündnisses mit einer Masse von eMails geradezu zu verstopfen. Ähnliches könnten Kriminelle versuchen, um das weltweit verzweigte Netz des Geld- und Bankenverkehrs lahm zu legen.

Man muss auch die Versorgung von Wirtschaft und Bevölkerung mit Energie, Wasser, umgekehrt aber auch die Entsorgung von Abwasser und Müll erwähnen. Die immer komplizierter und immer intensiver miteinander verschränkte Vernetzung einer inzwischen global agierenden Wirtschaft, Industrie und auch des Verkehrs ist auf das nötige normale Funktionieren angewiesen. Das zeigt sich auch an der seit ungefähr einem Jahr anhaltenden Diskussion über das so genannte Y2K-Problem. Dahinter verbirgt sich die Frage, was in den unterschiedlichsten Bereichen des Lebens passiert, wenn die Computer am 31. Dezember von 1999 auf 2000 umschalten. Das Kürzel – englisch ausgesprochen – Y2K heißt *year two thousand*.

Erkennen dann die Maschinen, dass sie, wie erwartet, ganz normal weiter arbeiten, wenn die Digitaluhr von 99 auf 00 umspringt? Oder glauben sie, sie seien ins Jahr 1900 zurückversetzt? Nur ein ganz und gar harmloses Beispiel sei in diesem Kontext erwähnt: Hundert Jahre, so könnte ein computergesteuerte Monitor einer Maschine dann vielleicht meinen, hätte er versäumt, die von ihm kontrollierte Maschine mit Schmiermittel zu versorgen. Hektisch könnte er beginnen, das Ölventil zu öffnen und die Maschine mit einem maßlosen Schwall von Schmiermittel zu überschütten und sie so gar zum Stillstand zu bringen.

Wie schon erwähnt, Y2K sollte man nur als Symbol für die Anfälligkeit einer inzwischen fast total vernetzten elektronischen Welt begreifen. Je weiter sie noch miteinander technisch verschlungen wird, desto mehr steigert sich letztlich auch die Verwundbarkeit dieses Systems. Eine neue Frage von Sicherheit und Stabilität. Und sie stellt sich weitab getrennt von jenem Bereich, den wir gemeinhin mit militärischer Sicherheit umschreiben.

So tragen Informations- und Kommunikationstechnologien, welche die Träger der modernen Vernetzung geworden sind, ganz wesentlich

dazu bei, dass möglicherweise ganz neue Angriffsmöglichkeiten zur Destabilisierung der Zivilisation entstehen. Folglich muss auch über den Krieg als Begriff wie als Erscheinungsform neu nachgedacht werden. Denn künftig sind Kriege denkbar, in denen kein Schuss mehr fällt und keine Bombe mehr explodiert. Kriege werden, man wagt es sich kaum vorzustellen, mit Bakterien, Bazillen und deren Sporen geführt. Lautlos verbreiten sich Bio-Gifte in großen Städten und töten die Menschen. Kriege werden aber auch mit elektronischen Mitteln denkbar. Falsche Informationen, mit Hilfe von Computersoftware durch die Leitungs- wie Funknetze geschickt, werden Systeme zur Steuerung der Zivilisation verwirren, lahm legen, gar das Gegenteil tun lassen, was sie eigentlich sollen. Sind solche Zustände, die einer Art Chaos ähnlich, nicht das Ergebnis von Krieg? Gewiss einer anderen Erscheinungsform von Krieg, wie wir ihn uns gemeinhin denken. Dies alles gehört zu unserem Thema: Was hat sich verändert? Wie geht es weiter?

3.3 Die Neuausrichtung der Bundeswehr und politische Hemmnisse dabei

Damit will ich Sie einladen, mit mir einen großen Sprung zu machen, so dass wir jetzt von neuem Standpunkt aus unseren Blickwinkel ändern können. Wir versuchen nun einen etwas genaueren und prüfenden Blick auf unser eigenes Land zu tun.

Was hat sich in Deutschland – insbesondere im Hinblick auf unsere Streitkräfte – verändert? Ich rede nicht von der Auflösung der NVA, welche die Bundeswehr nach menschlichem Ermessen besser und für die Betroffenen weniger schmerzlich bewältigt hat, als das in anderen Bereichen der Vereinigung der „alten“ Bundesrepublik mit der DDR zu beobachten war.

Es geht mir heute mehr darum zu beleuchten, welchen Wandel die Angehörigen der Streitkräfte in ihrem Selbst- und Berufsverständnis in der vergangenen Dekade nach dem Ende des Ost-West-Gegensatzes durchlebten. Von manchen kann man sogar behaupten: durchlitten. Für viele Soldaten begann bereits in der Phase des Golfkrieges das Nachdenken

über sich selbst. Denn vorher, in der Zeit der Blockkonfrontation, in der Deutschland geteilt war, glaubte beinahe jeder Soldat genau zu wissen, dass er wohl kaum je seinen Eid hätte einlösen müssen, in dem er unter anderem schwört, „das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen“.

Selbst die 1990/1991 in Bonn in Regierungsverantwortung stehenden deutschen Politikern glaubten nicht, deutschen Soldaten eine direkte Teilnahme an der am 17. Januar 1991 beginnenden „Operation Wüstensturm“ zumuten zu dürfen. Deutsches Denken in sicherheitspolitischen Kategorien war über die Jahrzehnte des Ost-West-Konflikts verengt und beschränkt im Verteidigen an der innerdeutschen Grenze geworden. Und nicht einmal für diesen Verteidigungsfall waren die meisten Soldaten geistig gerüstet. Sie glaubten nicht daran, dass zwischen Nato und Warschauer Pakt je ein heißer Krieg ausbrechen würde. So irrational dieses auch erscheinen musste: Doch eine wesentliche Rolle bei diesem Denken spielten die Atomwaffen.

Niemand hatte eine klare Vorstellung davon, wieso und warum sie dazu beitrugen, den Krieg zu verhindern. Dennoch vertraute man der nuklearen Abschreckung, setzte auf das „Gleichgewicht des Schreckens“ und war als Soldat mit sich im Reinen, wenn man insgeheim hoffte, unter diesen Umständen niemals im Krieg zu den Waffen greifen zu müssen. Die Formel im soldatischen Eid „tapfer verteidigen“ blieb so abstrakt. Auch die Bundesregierung Kohl/Genscher wünschte sie sich lediglich als Denkfigur ohne Konsequenzen für die Soldaten der Bundeswehr. Sie scheute sich, Angehörige der Bundeswehr am „Wüstensturm“ teilnehmen zu lassen. Stattdessen war Bonn nur allzu schnell bereit, Deutschland zur logistischen Drehscheibe für den Nachschub der US-Streitkräfte machen zu lassen und sich mit einem Scheck über 17 Milliarden Mark als Zuzahlung zu den amerikanischen Kriegskosten von weiterer Verantwortung geradezu freizukaufen.

Man muss sich die Zeit nochmal in die Erinnerung zurückrufen: Einen deutschen Luftwaffenverband schickte die Bundesregierung als

Zeichen der solidarischen Unterstützung des Irak-Nachbarn Türkei nach Erhac. Im Fernsehen schämten sich deutsche Soldaten nicht der öffentlichen Offenbarung ihrer Gefühle. Ein Major ließ sich gar herbei zu gestehen, er habe Angst. 1991 begann unter den Angehörigen der Bundeswehr die Phase voller Heftigkeit, in der sie mit sich selbst, aber auch mit anderen darüber nachdachten, vor welchen neuen Aufgaben und neuen Pflichten künftig auch die Bundeswehr nach dem Ende der Blockkonfrontation steht.

Die geistige Entwicklung erhielt Marksteine: Kambodscha – erstmals waren Soldaten der Bundeswehr weit entfernt von deutschen Grenzen im Auslandseinsatz. Dann Somalia. Dort waren es nicht mehr allein Sanitäter, die im Rahmen der UN-Operation helfen sollten, ein von Hunger geschlagenes Land in Afrika stabilisieren zu helfen. Auch die Angehörigen anderer Truppengattungen gehörten zum Somalia-Kontingent. Der Einsatz ihrer Waffen allerdings blieb für sie strikt auf Selbstverteidigung beschränkt. Bosnien-Herzegowina als nächster Markstein. Abermals ein Schritt hin zu einer Vervollständigung des militärischen Berufsbildes. Deutsche Soldaten im Verein mit militärischen Einheiten aus rund dreißig anderen Nationen nicht mehr unter dem Blauhelm. Auf dem Balkan setzte für die Bundeswehr die Erkenntnis Zeichen, dass sie dieselben Aufgaben zu erfüllen hat wie Militäreinheiten aus den USA, aus Frankreich oder Großbritannien. Deutsche Soldaten wuchsen auf diese Weise zum gleichberechtigten wie gleichpflichtigen Partner heran.

Ich bin der Meinung, meine Herren, dass die Periode der Neuorientierung im Berufsverständnis der Angehörigen der Bundeswehr allmählich zum Abschluss zu kommen scheint. Ich gebe zu, meine Ansicht mag vorschnell sein. Ich stelle Ihnen anheim: Gleich in der Zeit der Diskussion können wir darüber noch mehr reden.

Im Gegensatz allerdings zum Prozess der ordentlichen beruflichen Selbstfindung des Soldaten zeigt sich, dass ein anderer Prozess in der Bundesrepublik nach meinem Verständnis der Dinge in eine völlig falsche Richtung zu laufen droht. Ich

meine die Behandlung, welche die Bundeswehr heute, aber auch schon in den jüngst vergangenen Jahren durch die Politik erfahren hat. Ihre Finanzierung ist nicht erst unter der Verantwortung der rot-grünen Bundesregierung bedrohlich vernachlässigt worden. Auch schon die christlich-liberale Koalition sah es nicht als schlimm an, wenn der Verteidigungsetat Jahr für Jahr gekürzt wurde und als eine Art Steinbruch zur Alimentierung anderer Staatsausgaben erhalten musste.

Mit dem Spardiktat des neuen SPD-Finanzministers Eichel, mit dem der Bundeswehr in den nächsten Jahren nochmals fast 20 Milliarden Mark weggenommen werden sollen, droht ihr – ich sage das in diesem Kreise ganz bewusst und ohne diplomatische Verschnörkelung – das Aus, der Bankrott.

Die Tatsache, dass Sozialdemokraten und im Verein mit ihnen Grüne in dieser Weise mit der Zukunft der Bundeswehr umgehen, hat seine Wurzeln in der Vergangenheit. Darüber habe ich im Zusammenhang mit der Diskussion über die Frage Feindbild und Wehrmachtsausstellung schon einiges gesagt. In der heute die Verantwortung für unseren Staat tragenden politischen Klasse ist das Verständnis für die Rolle von Streitkräften als wesentlicher Teil der Aktions- und Bündnisfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland auf dem Felde der Außen- und Sicherheitspolitik nur sehr marginal entwickelt. Das gilt – leider muss ich das hinzufügen – nicht nur für die derzeit die Regierungsverantwortung innehabende Gruppierung in Berlin. Nicht sehr viel „besser“ – in Anführungszeichen – erscheinen mir die politischen Parteien CDU/CSU und FDP in dieser Hinsicht.

Unter dem CDU-Verteidigungsminister Volker Rühe ist der Stillstand verfügt worden. Zwar begann unter Rühe die Restrukturierung der Bundeswehr in Krisenreaktions- und Hauptverteidigungskräfte. Dies freilich war nicht die Initiative der damaligen Bonner Regierung. Dies war die Reaktion auf neue konzeptionelle Überlegungen, wie sie generell in der Nato entwickelt worden waren. Die Bundesrepublik hätte sich isoliert, wenn sie sich geweigert hätte, neben die stark mechanisierten und damit

weniger mobilen Verbände der Landstreitkräfte ein neues Heereskontingent zu stellen, das dank seiner leichteren Ausrüstung und dank des Zugriffs auf Hubschrauber beweglicher ist und damit auch schneller verlegbar.

Über die Bildung von KRK hinaus ist unter Rühe nichts geschehen. Im Gegenteil: Dieser Verteidigungsminister geriet gar in Rage, wenn ihn in den USA hochrangige Offiziere der US-Streitkräfte höflich, aber genauso entschieden auf die gewaltigen Modernisierungsanstrengungen in ihren militärischen Strukturen hingen. Rühe wich dann geradezu barsch aus und versteifte sich auf die große Bedeutung der Pflege der Wehrpflicht in der Bundeswehr. Nur mit ihrer Hilfe sei eine Armee, so Rühe, wirklich mobilmachungs- und aufwuchsfähig. Eine Berufs- und Freiwilligenarmee wie die amerikanische könne da nicht mithalten. Der Deutsche und die Amerikaner argumentierten auf verschiedenen Ebenen. Rühe wollte oder konnte nicht würdigen, dass nur die US-Streitkräfte und sonst keine andere Armee der Welt mit geradezu unheimlich wirkender Entschlossenheit den Weg zu einer totalen Neuausrichtung eingeschlagen hat.

Diese Modernisierung, die in den USA inzwischen mit dem Programm „Joint Vision 2010“ in vollem Gange ist, ist der Bundeswehr verwehrt. Mit Eichels Sparauflagen noch nachhaltiger als vorher unter der christlich-liberalen Koalition, die freilich auch schon einige Versäumnisse in dieser Richtung zu verantworten hat.

4. Resümee

Soweit also meine Analyse der Geschehnisse bis heute. Politisch, psychologisch, aber auch unter wirtschaftlich-finanziellen Aspekten haben sie die Lage der Bundeswehr ganz entscheidend beeinflusst. Und das leider nicht zu ihren Gunsten.

Nun stellen sich die Fragen: Wie geht es weiter? Was muss sich ändern?

Die Bundesrepublik Deutschland will in der Außen- und Sicherheitspolitik nicht mehr allein handeln. Es gehört aus guten Gründen

zur deutschen Staatsräson, die Politik daraufhin auszurichten, dass Europa weltpolitisch das Gewicht erhält, das nötig ist, damit die EU, wie man inzwischen sagt, zum „global player“ aufsteigen kann. Und das nicht nur als Wirtschaftskraft und Euroland mit einer starken Währung, sondern auch als Staatenbündnis, das nötigenfalls militärische Macht auf die Wagschale internationaler Verhandlungen zu legen vermöchte. Davon aber ist die EU weit entfernt. Sie hat sich zwar inzwischen den „Mister CASP“ geleistet. Der ehemalige Nato-Generalsekretär Solana ist zum EU-Beauftragten für Außen- und Sicherheitspolitik avanciert. Damit hat Europa eine Telefonnummer, nach der der frühere amerikanische Außenminister Kissinger häufig ironisch verlangte, wenn er andeuten wollte, wie sehr er die europäische Uneinigkeit in der Außenpolitik beklagte.

Nur: Was bedeutet schon, dass die EU jetzt in der Außenpolitik mit einer Stimme spricht? Die Frage deutet in dieselbe Richtung, die hinter der rhetorischen Bemerkung steht, über wie viel Divisionen der Papst verfüge. Machen wir uns also nichts vor: Europa ist militärisch schwach. Der Kosovo-Einsatz hat das schlagend belegt. Ich erinnere an meine dazu früher gemachten Ausführungen. Hätte die deutsche Luftwaffe nicht dank weitsichtiger Rüstungsplanung die ECR-Tornados zur Unterdrückung der gegnerischen Luftverteidigung für die aircampagne der Alliierten zur Verfügung stellen können, wäre die Beteiligungsbilanz an den Lufteinsätzen aus deutscher Sicht gleich Null und damit für einen so mächtigen und großen Staat wie Deutschland geradezu beschämend.

Der Kosovo-Krieg hat es manchem erstmals bewusst gemacht: Die mit Tornado-Flugzeugen ausgerüsteten Jagdbombergeschwader der deutschen Luftwaffe verfügen lediglich über ungelenkte Eisenbomben. Das ist der Ausrüstungsstand des Zweiten Weltkriegs. Stand off-Waffen, die mit Hilfe von Laser, GPS oder anderen Lenkverfahren von der Besatzung im Cockpit aus großer und damit für sie sicherer Entfernung Richtung Ziel ausgelöst werden, gibt es bei der Luftwaffe der Bundeswehr immer noch nur auf dem Papier. Es

fehlt das Geld. Konsequenz der 16-jährigen Regierung unter Helmut Kohl als Bundeskanzler. Stattdessen sonnte sich die christlich-liberale Koalition im freundlichen Licht ihres Slogans „Frieden schaffen mit weniger Waffen“.

Auch das Volk mochte und mag solche Sprüche. Nur sind die Wahlbürger, wenn sie ehrlich sind, heute auf Politiker angewiesen, die sie nicht mit Freundlichkeiten einlullen und ihnen nicht wehtun wollen. Heute kommt es vielmehr auf eine politische Klasse an, die auch auf dem Felde der Sicherheitspolitik die Lage nüchtern analysiert und dem Volk ungeschminkt erklärt, wo neue Anstrengungen nötig sind, damit unsere Streitkräfte im Verbund mit anderen EU-Armeen (und letztlich gar auch in einer interessengeleiteten Kooperation mit den USA im Rahmen der Nato) ihr Gewicht für eine klug geleitete den Frieden sichernde oder wiederherstellende Politik behalten oder auch wiedererlangen können.

Aus meiner Sicht sind eine Reihe von Schritten erforderlich, die zu einem wirklich auch global beachteten und geachteten Gewicht Europas in der Außen- und Sicherheitspolitik führen:

1. In der Finanzierung der Bundeswehr muss es zu einer scharfen Kurskorrektur kommen. Vorerst, und das heißt, über mindestens die nächsten zehn Jahre hinweg, brauchen die Streitkräfte mehr statt weniger Geld. Ihre Umstrukturierung, die sie nicht nur kooperationsfähig mit den EU-Armeen, sondern vor allem auch

mit den US-Streitkräften machen soll, verursacht Mehrkosten, jedenfalls einen weit höheren Verteidigungsetat als ihn derzeit die Bundesregierung veranschlagt.

2. Auf dem Wege zu einer EU-Armee braucht die Europäische Union den politischen Willen zu einer koordinierten Planung und gemeinsam finanzierten Ausrüstung ihrer Streitkräfte. Ein erster unter denkbaren zahlreichen Ansätzen ist die von Minister Scharping geäußerte Idee eines europäischen Pools für den militärisch-strategischen Lufttransport. Dazu kommt – neben anderen hier aus Zeitmangel nicht erwähnten – die weitere Aufgabe, die strategische Aufklärung in Europa zu entwickeln. Denn wenn Europa als selbstständiger *global player* handlungsfähig werden will, braucht es selbst herbeigeschaffte Informationen. Unbedingte Voraussetzung dafür ist eine eigenständige Satellitenaufklärung.
3. Mit derartigen Maßnahmen kann die EU, in der die Bundesrepublik einen wesentlichen Part innehat, nicht sofort, aber in den kommenden zehn bis zwanzig Jahren zum einigermaßen gleichwertigen Partner der USA im weltweiten Maßstab sich entwickeln. Amerika wird derartige europäische Anstrengungen uneingeschränkt begrüßen. Denn schon heute ist absehbar, dass in den kommenden Dekaden China zu einer Weltmacht aufsteigen

könnte. Eine enge Zusammenarbeit „abendländisch“ geprägter weltpolitischer Mächte wie die USA und die EU kann dann – wenn durch China eine anders geprägte, nämlich asiatisch bestimmte politische Kultur auf der Weltbühne agieren will – von großer Bedeutung sein.

4. Mit meiner resümierenden Bemerkung möchte ich

nochmals einen scharf gebündelten Lichtkegel auf unsere Bundeswehr richten. Ihre Angehörigen haben in den jüngst vergangenen Jahren auf bravouröse Weise ein gutes Selbstverständnis ihrer beruflichen Aufgaben entwickelt und errungen. Sie wissen sehr wohl, dass, wenn sie die Politik vor neue Aufgaben stellt, dies auf einem zuverlässigen moralischen Fundament geschieht und das von ihnen verlangte Handeln im Rahmen politischen Krisenmanagements sittlich gerechtfertigt ist.

Der Soldat von heute weiß auch, dass *tapfer sein* bedeuten kann, das eigene Leben nötigenfalls im Sinne eines höherwertigen Ziels einsetzen zu müssen. Noch aber mag dem einen oder anderen in der Bundeswehr nicht klar sein, dass so genannte Friedenseinsätze ein viel weiter gespanntes Spektrum umfassen als allein das, was deutsche Soldaten gegenwärtig in Bosnien-Herzegowina und im Kosovo erleben. Friedenseinsatz kann auch beinhalten: Frieden schaffender Einsatz. Und das heißt, gegen einen zum Waffeneinsatz entschlossenen Gegner in den Kampf ziehen müssen und ihn letztlich mit dem Gebrauch aller erforderlichen kriegerischen Mittel niederringen.

Ob im Lichte eines derartig weitgespannten Einsatzspektrums auch die Wehrpflicht noch ihre Existenzberechtigung haben kann, wird zunehmend in Zweifel gezogen. Ich, meine Herren, sage Ihnen ohne Umschweife, dass ich mich nicht zu den Zweiflern rechnen mag. Für mich ist die allgemeine Wehrpflicht eine der Konstanten unseres demokratischen Staates. Denn, wenn sie richtig gehandhabt wird, wird sie zum sichtbaren Ausdruck des *Bürgers in Uniform*, der sich in der letztlich existentiellen Frage, ob vom eigenen Gemeinwesen der Krieg entfernt gehalten werden kann, mit seiner ganzen Person engagiert. Wie in diesem Sinne die allgemeine Wehrpflicht richtig gehandhabt werden müsste, hieße, jetzt einen neuen Vortrag beginnen. □



In Verantwortung vor Gott und den Menschen – Der Beitrag der Christen zur Entwicklung von Werten in unserer Gesellschaft an der Jahrtausendwende

PAUL M. ZULEHNER

Thesen zum Thema

1. Europa ist ein Kontinent der errungenen und zugleich gefährdeter Freiheit.

Der Kampf um mehr Freiheit im Sinn der Selbststeuerung des Lebens prägt die europäische Geschichte. Politische Freiheit hat sich in fast allen Ländern durchgesetzt. Es gibt zudem ein hohes Maß an individuellen Freiheiten: als Massenkultur seit den 68-ern. Eine Nebenwirkung dieses Ringens um Selbststeuerung des Lebens: Abbau von Institutionen, Normen und Autoritäten als Instrumente der Fremdsteuerung.

Nun aber ist die Freiheit riskant geworden: Immer mehr Menschen suchen die lästige Last der Freiheit wieder los zu werden. Die (individualisierte) Freiheitskultur wird ihre eigene Totengräberin.

Wir Christen: Nicht nur allgemeine Freiheitsrede (vgl. Religionsfreiheitsdekret des Konzils), sondern Freiheitsermutigung durch Freiheitsentlastung einerseits, und inneres Freiwerden andererseits: „Zur Freiheit seid ihr berufen“ (Gal 5,1).

2. Europa ist ein Kontinent errungener und zugleich gefährdeter Solidarität.

Freiheit, so eine alte europäische Einsicht, garantiert noch keine Gerechtigkeit (Lacordaire). Der Kampf um mehr Gerechtigkeit prägt Europas Geschichte: den Sozialismus mit seinen vielen Gesichtern, die christlichsoziale Bewegung. Gerade die modernen europäischen Länder haben (im Gegensatz zum reichen Nordamerika) einen hohen Standard organisierter Solidarität im Sozialstaat.

Heute, nach dem tragischen Ende der großen sozialen Utopien, aber auch der Schwächung der sozialen Kraft des Christentums, erleben wir die Bedrohung vieler Schwächerer durch soziale Ent-Sorgung. „Selbst in reichen Gesellschaften kann morgen jeder von uns überflüssig werden. Wohin mit ihm?“ (Hans Magnus Enzensberger.)

Wir Christen: Wir werden eine Quelle für gelebte Solidarität sein, damit Kraft gegen die Ent-Sorgung Überflüssiger, die nicht arbeiten, kaufen, erleben, wissen: die Sterbenden, die Behinderten, die Erwerbslosen, die Kinder die stören, ganze Regionen der einen Welt. Die Kraft käme uns aus Gott, der Aug' und Ohr ist für die Leidenden (Ex 3,7). Wer in Gott eintaucht, taucht neben den Armen auf.

3. Europa ist ein Kontinent von errungenem und zugleich gefährdetem Sinn.

Europa hat in einer zweitausend Jahre langen Christentumsgeschichte tragfähigen Sinn gefunden. Dieser hat Eingang gefunden in die Tiefen europäischer Kultur. Das Leben der Menschen auf Erden hat sich unter einem offenen Himmel ereignet. Dabei hat eine Tradition auf den Himmel vertröstet. Doch insgesamt haben sich Mensch und Gesellschaft unter dem offenen Himmel gut entwickelt.

Zurzeit ist dieser überkommene Sinn gefährdet. Immer mehr sehen „Das Leben als letzte Gelegenheit“ (Marianne Gronemeyer). Das führt sie in ein hastiges, anstrengendes, überfordertes, zunehmend unsolidarisches und sinnarmes Leben. Eine Vertröstung auf das Diesseits findet statt. Nicht wenige flüchten aus solchem reich-armen Leben: in Alkohol, Drogen, Kriminalität, Sekten, psychosomatische Krankheiten, Selbstmord.

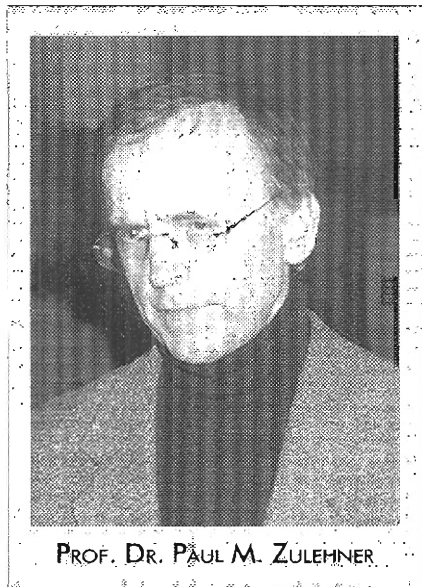
Es wächst aber auch der Aufstand gegen die Banalisierung und Funktionalisierung. Respiritualisierung ist ein Megatrend der späten Neunzigerjahre (Matthias Horx u.a.). Sie hat vielerlei Gesichter und findet statt zwischen Bedürfnis nach Wellness und religiöser Suche mit neuer Qualität.

Wir Christen: Wir könnten Kundige sein für die wachsende Zahl der religiös Suchenden. Orte für Gotteserfahrung aus erster Hand könnten wir bilden und offen halten. Der „Exodus ins Ego“ könnten sich bei uns in einen Exodus aus der Enge des Ego in die Weite Gottes wandeln. Noch mehr: Wir könnten die Nähe Gottes – vor allem die Feier der Eucharistie – wieder als Gefahr erleben, als Versammlung, in der Gott uns wandelt in Menschen, die aus innerer Freiheit ein hohes Maß an solidarischer Liebe leben können.

Würden wir so morgen Kirche in Europa sein, dann würden mehr Menschen sagen: „Wir wollen mit euch gehen, denn wir haben gehört: Gott ist mit euch!“ (Sach 8,23)

Und wir selbst könnten das der Kirche heute so fehlende Gefühl haben, dass ohne uns das Land kühler und ärmer wäre.

Drei europäischen Grundströmungen: Freiheit – Solidarität – Lebenssinn



PROF. DR. PAUL M. ZULEHNER

Sie haben mich eingeladen, zum Beitrag der Christen zur Entwicklung von Werten in unserer Gesellschaft an der Jahrtausendwende vorzutragen. Das ist natürlich ein hochdramatisches und spannendes Thema. Ich möchte drei Aspekte aus unserer Werteentwicklung herausgreifen. Und zwar jene drei Werte, von denen die europäische Geschichte in den letzten Jahrhunderten immer schon geprägt war.

- Das ist das große **Thema der Freiheit**, aber konkurrierend dazu
- das ebenso große **Thema der Solidarität**.

Der alte Philosoph Lacordair hatte im 18. Jh. schon einmal geschrieben, Freiheit garantiert noch keine Gerechtigkeit. Deswegen hat es parallel und konkurrierend sowie in großer Spannung zur liberalen Freiheitsentwicklung bis auf den heutigen Tag immer auch die starke Solidaritätstradition in Europa gegeben.

Anmerkungen der Redaktion:

Textzusammenstellung nach einem Tonbandmitschnitt, Gliederung und Zwischenüberschriften durch die Redaktion

- 1) 1830: Unruhen erzwingen Verfassungen in Sachsen, Hannover, Braunschweig und Hessen-Kassel
- 2) 1848: Märzrevolution
- 3) 1867: Verfassung mit Verordnungsrecht der Regierung nach Auflösung des Reichsrates in der Donaumonarchie

Und dann werde ich als Drittes herausgreifen,

- die **Frage nach dem Sinn**, der europäisch doch sehr stark auch an die Christentumsgeschichte gebunden ist.

So stehen wir eigentlich vor dieser Trias: Freiheit, Solidarität und Sinn. Es war auch kein Zufall, dass als sich die europäischen Bischöfe aus Ost und West nach der Wende 1992 in Prag versammelt hatten, das Thema dieses ersten Symposiums hieß: „Das Evangelium, Leben im Umkreis von Freiheit und Solidarität“. So stellen Sie sich jetzt darauf ein, dass ich erst einmal etwas zur Grundströmung sage, in der wir stehen: Freiheit, Solidarität, Sinn. Und dann zweitens immer frage, wie steht es dann mit dem Beitrag der Christen in diesen drei Bereichen.

Gefährdete Freiheit

Ich beginne also mit dem Stichwort „Freiheit“. Wenn Sie zurück schauen, dann ist Europas Geschichte seit über 200 Jahren gezeichnet von einer Freiheitsrevolution nach der anderen. Das beginnt mit dem Jahre 1789. Die Stationen sind rasch aufgezählt: 1830¹⁾, 1848²⁾, für Österreich 1867³⁾, 1918, 1945. Dann die letzte große samtlene Freiheitsrevolution des Jahres 1989 in Europa. Jetzt hat sozusagen die Freiheitsdynamik den gesamten Kontinent mehr oder minder erfasst. Ich weiß nicht ob Sie die Tragweite eigentlich dieses Zeitzeugentums abschätzen können. Zeitzeugen, die wir unverdient geworden sind, wo ein Kontinent, der gerade in der Frage der Freiheit zerrissen war, nun plötzlich zusammenwachsen konnte und sich auf einen gemeinsamen, wenn auch sehr mühsamen Freiheitswiedergewinnungsweg gemacht hat.

Was ist der Sinn dieser Freiheitsgeschichte gewesen? Ich versuche es einmal sozialwissenschaftlich, obwohl Freiheit nicht allein ein Thema der Sozialwissenschaft ist. Aber für die Annäherung lohnt es sich, einmal

zu fragen, was wollten denn die Menschen in Europa, wenn Sie gesagt haben, wachsende Freiheit für jedes einzelne Individuum. Und bedenken Sie, es gibt keinen Kontinent, der so wie der christliche Kontinent einen Respekt vor dem Individuum hat, vor der Freiheit der Person. Gehen Sie nach China und fragen sie dort, was ist mit den individuellen Rechten und es wird ihnen jeder Parteibonze sagen, das ist bei uns kein Thema. Wir haben das Thema der kollektiven Rechte, aber nicht der personalen Rechte, nicht der Menschenwürde.

Ich glaube, es ist wirklich eigentümlich und schätzen Sie auch bitte das Christentum deswegen, dass wir hier eine Tradition haben, die die Würde der Person so sehr in den Mittelpunkt gestellt hat; theologisch natürlich auch begründet, dass wir sagen, jeder ist für Gott etwas Wertvolles und Wichtiges, ein liebendes Gegenüber für Gott selbst.

Was ist Freiheit sozialwissenschaftlich zunächst? Es ist der Anspruch auf Selbststeuerung des Lebens. Ich sage das so einfach, aber, schauen sie sich selber an, was sie wünschen, wenn sie sagen, ich möchte frei sein. Dann geht es darum zu sagen, ich möchte selbst bestimmen, wer ich bin. Und ich möchte mein Leben gestalten, wie ich es für richtig erachte. Das ist übrigens in unserer Wertestudie europaweit ein Wert, den die Leute mit über 85 Prozent zustimmen. Ich möchte mein Leben so leben, wie ich es für richtig erachte.

Wir leben in einer Kultur des gewachsenen Anspruchs auf Selbststeuerung des Lebens in allen Bereichen. Was hieß das aber jetzt im Fortgang der Geschichte? Dieser Anspruch auf Selbststeuerung des Lebens war früher eine elitäre Kultur der Akademiker, der Studenten vielleicht noch. Aber erst in der 68-er-Revolution – über die man denken kann, wie man will, aber es ist Faktum – wurde dieser Anspruch auf freie Selbststeuerung des Lebens Massenkultur. Und sie beachten, dass diese 68-er-Revolution ja auch

zugleich in ökonomisch komfortable Zeiten fiel: es wurde Selbststeuerung auch finanzierbar. Frauen, die bislang sozusagen nicht aus eigenen ökonomischen Ressourcen leben konnten, haben über Bildung und eigene Erwerbsarbeit nun die Freiheit gewonnen, zu sagen, ob sie bleiben oder sich scheiden lassen. Wenn sie die Scheidungsstatistiken ansehen, dann werden Sie feststellen, 70 Prozent derer, die die Scheidung einreichen, sind z.z. Frauen. Wir haben also den Anspruch auf Selbststeuerung des Lebens in den 68-ern zur Massenkultur gemacht. Ob wir das gutheißen oder nicht. Sie werden doch zugeben müssen, wir haben eine Kultur in unserem Land haben, in der die Menschen einen ganz bestimmten und unbeugsamen Anspruch entwickeln, ihr eigenes Leben in die Hand zu nehmen. Das gilt aber für die Nebenwirkung, die als Parallelentwicklung alle großen Institutionen getroffen hat. Wir haben es hier mit einer massiven Krise aller sozialen Institutionen zu tun, die im Verdacht standen, Fremdsteuerung zu betreiben, also Gehorsamskulturen zu vertreten, Fremdsteuerungskulturen.

Ich erläutere es ihnen an einem harmlosen Beispiel: Noch vor hundert Jahren war es vollkommen unverständlich, dass wenn jemand heiratete, er sich in Liebe mit einem Menschen anderen Geschlechts verbündete, dass er das in der Institution Ehe machte. Die Institution Ehe war im Grunde genommen das gesellschaftliche Unternehmen, um die Liebe zu kultivieren. So macht man das als Mann und Frau, wenn man heiratet, wenn man Kinder haben will. Die Arbeitsteilung war mitgegeben, so war das klar. Und das war so klar, das die persönliche Wahl eines liebenden Partners keine Rolle spielt hat.

Ich traf unlängst bei einem 100-jährigen Geburtstag im Burgenland eine verheiratete Frau, deren Mann auch noch lebte. Und ich sagte also, „Das würde mich als Pastoraltheologe brennend interessieren, wie haben sie ihren Mann kennen gelernt? Wie haben sie die Zeit vor der Ehe verbracht?“ – Die Frau hat mich völlig verständnislos angeschaut und sagte: „Ich habe meinen Mann in der

Kirche zum ersten Mal gesehen.“ – Sie verstehen, was sich für dramatische Veränderungen in so kurzen Jahrzehnten abgespielt haben. Wir nennen das die Entinstitutionalisierung des Lebens.

Alle Institutionen haben es schwer. Die Gewerkschaften, die Arbeitgeberorganisationen, das Militär. Sie brauchen nur hinschauen, wohin sie wollen, Institutionen haben es in unserer Kultur schwer. Sie sind aber nicht überflüssig geworden, das wäre ein großes Missverständnis. Manche sagen auch, wir lieben die Institutionen nicht mehr. Aber die Institutionen sind wählbar geworden. Die Leute sagen, was sie davon brauchen

Heute heiratet man nicht, weil Hoch-Zeit ist, sondern weil es höchste Zeit ist – um des Kindes willen; dann wird die Liebe institutionalisiert ..., aber nicht für ein Leben lang.

können und was sie nicht brauchen können. Ich erinnere wieder an das Beispiel. Bei der Liebe, da kennen sie sich am besten aus, da können wir sehr anschaulich reden. Also, wenn junge Leute sich heute verbinden, sagen sie, für die Liebe brauche ich keine Ehe, keine Institution. Das machen Ihre Kinder auch so, die leben längst wie Paare, bevor sie dann heiraten. Und wann heiraten sie? Es ist doch erstaunlich, dass so viele noch heiraten, obwohl die Liebe absolut privatisiert ist. Sie heiraten dann, wenn das Interesse für ein Kind dazu kommt, weil die Gesellschaft ihnen dann institutionelle Sicherheiten gewährt und es Vorteile bringt. Sie heiraten also nicht, wenn Hoch-Zeit ist, sondern wenn es höchste Zeit ist. Das heißt, sie heiraten um des Kindes willen und dann institutionalisieren sie partiell ihre Liebe. Dies aber auch nicht so stabil, wie man das früher gemacht hätte, also für ein Leben lang, nein, die Leute lösen sich auch aus diesen institutionalisierten Verbänden wieder viel leichter heraus, weil die Gesellschaft ihnen das gestattet.

Das könnte man jetzt auch bei anderen Institutionen durchspielen, dann verstehen wir auch ein bisschen das Schicksal der

Gewerkschaften. Ich habe kürzlich Gewerkschaftsaustritte mit Kirchenaustritten verglichen. Dabei ist mir direkt warm ums Herz geworden. Weil ich mir gedacht habe, mein Gott, wie gut geht's uns noch im Vergleich zu den Gewerkschaften, die ja viel mehr an Mitgliedern verloren haben. Wenn Sie sich die stabilen Wähler der politischen Parteien anschauen, werden Sie sehen, dass die Mobilität hoch geworden ist, wenn die Leute sagen, ich will selber bestimmen, was ich jetzt mache, in diesem Augenblick hier und heute. Sie binden sich nicht mehr auf Dauer und auf Ewig an Vorgaben.

Dasselbe gilt auch für Normen. Das normative Gefüge ist in unserer Gesellschaft immer stärker in Auflösung begriffen. Natürlich ist man als Gast in diesem Land nicht so leichtfüßig, wenn es z.B. um einen Nebensatz zur Schwangerschaftskonfliktberatung geht. Aber ich sehe das ganz anders, als auf der Ebene des Scheines. Mich ärgert zum Beispiel, dass wir in unserer Männerstudie entdeckt haben, dass fast 45 Prozent der Leute sagen, Frauen lassen abtreiben, wenn ihnen die Männer die Rückendeckung verweigern. Also im Grunde genommen sind es die Männer, die abtreiben. Oder dass so viele Menschen, fast wieder die Hälfte in diesem reichen Land sagen, Abtreibung geschieht, weil ein weiteres Kind ein Armutsrisiko ist. Ich würde Ihnen ganz dringend empfehlen, alsbald wieder von dieser Scheindebatte wegzukommen und die eigentliche Frage zu stellen.

Was sind denn die Vorwürfe an die Kirche, die man gemacht hat? Ja man hat immer gesagt, die Kirche lasse jetzt die Frauen im Stich. Aber ich habe kein einziges Mal gehört, dass man möglicherweise dabei auch die Kinder im Stich lassen könnte. Und warum sind die Kinder kein Thema? Ich glaube wir sollten über-

Was sind denn (bzgl. der Schwangerschaftskonfliktberatung) die Vorwürfe an die Kirche? Man hat immer gesagt, die Kirche lasse jetzt die Frauen im Stich. Aber ich habe kein einziges Mal gehört, dass man möglicherweise dabei auch die Kinder im Stich lassen könnte. Warum sind die Kinder kein Thema?

haupt uns mehr um die Kinder von morgen kümmern, und nicht nur um die Erwachsenen. Sie sind das Schwächste, was es in unserer Gesellschaft gibt. Deutschland ist so wie Italien, Österreich und die Schweiz ein kinderabweisendes Land geworden. Kinder stören. Ich glaube, ein Land, das keine Kinder mehr hat, ist ein armes Land. Hartmut von Hendik hat einmal geschrieben „Ohne Kinder werden wir Barbaren“. Und wir sind auf dem besten Weg dahin ohne Kinder zu leben, ohne eigene nämlich.

Also, die Normen sind in die Krise geraten und vielleicht die Autoritäten auch. Die Tatsache, dass jemand ein Amt hat, das war früher etwas. Heute bedeutet das nichts mehr. Wenn sie heute Bischof oder Pfarrer sind, werden sie schon gefragt, ob sie auch dahinter stehen. Und wahrscheinlich ist es in ihrem Beruf als Soldat genauso. Ich denke sie werden sehr gut beobachten, ob sie Autorität sind oder nicht, oder ob sie nur ein Amt haben. Darüber kann man trauern. Das hat natürlich auch etwas Boshaftes für die Amtsregeln an sich, weil das eine unglaubliche Herausforderung ist, persönlich dahinter stehen zu lernen.

Ich glaube, dass die Zeit der Funktionäre sowohl in der Politik als auch in den Kirchen zu Ende ist. In allen Institutionen zählt eigentlich das Gewicht der persönlichen Autorität und nicht mehr der amtlichen Autorität. Also wir haben nicht das Ende der Autorität zu beklagen, nicht das Ende der Institutionen, nicht das Ende der Normen, aber wir haben das Ende festzustellen, insofern diese drei sozialen Realitäten für repressive Fremdsteuerung stehen.

Sie können sagen, das war jetzt die Sprachregelung der 68-er. Aber unsere Leute fühlen und denken auch ohne die Sprachregelung der 68-er genau in diese Richtung. Sie möchten Anspruch haben auf Selbststeuerung des Lebens, sagen, wer sie sind, was sie glauben, wie sie leben, wie sie ihre Sexualität kultivieren – und ich sage kultivieren und nicht nur leben, weil ich glaube die Leute haben einen Anspruch darauf, dass es kulturvoll geschieht und nicht nur im Stil von Mc Donalds.

Nun haben sie eine zweite Aus-

sage dazu. Wir haben uns Freiheitsansprüche errungen. Ansprüche sage ich, nicht die Fähigkeit. Wir möchten frei sein – sind wir auch Freiheitskünstler geworden? Schaffen wir das, was wir uns zugemutet haben? Und so erleben wir zurzeit eine ganz überraschende Entwicklung. Wir stellen auf Grund von Beobachtung fest, dass inmitten der Freiheitskulturen heute die Zahl jener Menschen zunimmt, welche die lästig werdende Last der Freiheit wieder loswerden will. Das ist paradox. Jahrhunderte lang haben wir um Freiheit gekämpft, und jetzt plötzlich tauchen immer mehr Menschen von der Freiheit weg, weil ihnen Freiheit zu riskant geworden ist.

Mit Jürgen Willi, einem ganz grossen Forscher aus Zürich, sage ich dazu: „Es ist die einsame Freiheit, die unentlastete Freiheit“. Die Freiheit, wo ich dem Einzelnen sage, du hast eine Chance, also nütze sie. Und Jugendliche dann fühlen, sie haben doch keine Chance, also wie sollen sie sie nützen. Ich glaube, dass die Zahl der Menschen wächst, die die Freiheitszumutung an das einzelne Individuum allmählich als zynisch empfinden, weil man ihnen Freiheit dort gibt, wo sie faktisch keine haben. Sagen sie heute einem jungen Menschen, wenn er nicht katholischer Pfarrer werden will, „Du kannst werden, was du willst“, – kann er nämlich nicht mehr. „Du kannst Arbeit kriegen als Jugendlicher, wie du willst“, – kann er nämlich nicht mehr. Auch der Akademiker hat keine Garantie mehr auf einen sicheren Arbeitsplatz. D.h. wir sagen zwar, dass wir Freiheiten hätten, aber faktisch haben wir sie nicht mehr. Und die Zahl der Menschen nimmt zu, die die lästig werdende Last der Freiheit wieder loswerden will. Nach dem Wort von Karl Marx, der Kapitalismus wird eines Tages sein eigener Totengräber sein, könnte die Freiheitskultur dabei sein, ihre eigene Totengräberin zu sein. Warum?

Diesem Augenmerk sollten wir noch mehr Zeit gönnen, weil dies das innovative, das originelle am Freiheitsthema ist. Also nicht die Ausweitung von Freiheitsmöglichkeiten, wie etwa die deutsche Kirchenvolksbewegung im Anschluss an die sehr liberal inszenierte österreichische

Kirchenvolksbewegung sagt: Gebt doch auch in der Kirche endlich mehr einsame Freiheitsgrade. Ich finde die Zeit ist vorbei. Das waren die 68-er.

Wir müssten uns eigentlich der Frage stellen, wie kommt es, dass Menschen Freiheit zugemutet wird, und dass Freiheit zu besitzen riskant ist. Dass offenbar die Freiheitskultur selber allmählich eine schlechte Prognose hat und es sein könnte, dass wir uns zurzeit im Namen der Freiheit von der Freiheit verabschieden. Wollen Sie das? Wollen wir das für Europa? Das wir gewissermaßen wieder auf unfreie Verhältnisse zugehen und zwar nicht deswegen, weil die Verfassung nicht freiheitlich ist, sondern weil wir keine Menschen haben, die die Freiheit leben können. Keine Demokratie überlebt, wenn sie nicht genug Freiheitskünstler hat. Warum diese Flucht vor der Freiheit?

Wenn man zumindest eine Spur verfolgt, stellt man fest, das Leben wird in der Tat unübersichtlicher. An dieser Feststellung ist viel Wahres dran. Wissen wir wirklich, ob wir die ökologische Krise meistern? Sind wir wirklich sicher, dass die Atomkraftwerke rund um Österreich sicher sind? Ich verstehe die Wiener. Wir liegen viel näher an Atomkraftwerken, als viele Menschen in der Ukraine an Tschernobyl gelegen sind. Was geschieht mit Wien, wenn es in seiner Nachbarschaft einen Supergau gibt? Ich will damit nur sagen, was das Volk bei uns bewegt. Wie wird es weitergehen mit der Arbeit? Werden die Menschen morgen Arbeit haben? In welchen Institutionen wird sie gesichert sein, so lang wir uns diese finanziell noch leisten können? Aber was ist übermorgen? Werden unsere Kinder Arbeit haben? Und vor allem – das halte ich für eine ganz wichtige Frage, die auch sehr viele bedrängt – werde ich morgen der psychischen Obdachlosigkeit entrinnen? Ich halte diese Fragen für ganz fundamental. Ich glaube, dass heute nichts so sehr die Menschen bedroht, als dass sie kein Dach über der Seele haben. Du kannst schnell ein Dach über den Kopf finden, aber was ist mit dir, wenn du das Dach über der Seele verlierst, also psychisch obdachlos wirst? Und so gibt es heute sehr viele Risiken, Unübersichtlichkeiten.

Vermutlich gehören Sie zu der

privilegierten Gruppe von Leuten, die sagen, es macht mir nichts, wenn es komplizierter wird. Das ist spannend, das ist herausfordernd. Aber was ist die Voraussetzung dafür, dass es einem nichts macht, wenn das Leben komplizierter wird? Die Antwort ist sehr einfach: Der Mensch kann mit der Kompliziertheit leicht leben, wenn er entsprechend seine Kompetenz mitentwickelt, wenn er für komplizierte Verhältnisse kompetenter wird. Wenn er aber nicht kompetenter wird, kommt er in des Teufels Küche, weil dann die Anforderungen steigen, gleichzeitig aber die Kompetenz sinkt, damit fertig zu werden. In der deutschen Männerstudie beispielsweise gibt es dafür viele Anhaltspunkte, wenn wir danach fragen, wie wird in diesem Land die nächste Generation groß? Auf die Frage, „bei wem wurdest du erzogen?“, geben von den deutschen Männern 70 Prozent an bei der Mutter, 15 Prozent beim Vater und 15 Prozent geben an bei Beiden.

Theoretisch wachsen viele Männer ohne Väter auf. Es gibt eine Unterväterung in unserer Kultur. Es gibt eine Übermütterung, und das ist folgeschwer. Nicht, weil die Mütter schlecht arbeiten, sondern weil sie alleine nicht zu Rande kommen. Tony Blair sagt z.B. familienpolitisch vollkommen zu Recht, Kinder, die beide Eltern haben, sind ein Leben lang sozial privilegiert. Dies ist ein unglaublicher Satz. Er meint damit Kinder, die beide Eltern in Ruf- und Reichweite haben, also mit Qualität Väter haben, nicht nur Sonntagsväter, die nur die schönen sauberen Dinge mit den Kindern tun, aber nicht die schmutzigen – schon gar nicht mit den Kindern beten. Man braucht einen Vater zum Anfassen, zum Auseinandersetzen. „Väter müssen sein wie ein Baum, an dem das Wild sich reiben kann“ (Bruno Kreisky). Schauen Sie sich um, wo sind die Väter geblieben. D.h., wir erleben eine Generation, die sozusagen im Verwöhnungsarrangements der Mütter groß wird. Noch einmal, ich weigere mich die Mütter zu belasten. Die können nichts dafür. Natürlich belaste ich auch nicht die Väter, weil sie eigentlich auch nichts dafür können.

Wir haben ein generell wirtschaftliches und gesellschaftliches Arrangement, das familienpolitisch



Das Podium zu Beginn des offenen Akademieabends mit geladenen Gästen (v.l.): Geistlicher Beirat der GKS Prälat Walter Theis, Ehrenbundesvorsitzender der GKS und Seminarleiter Oberstleutnant a.D. Paul Schulz, Bundesvorsitzender der GKS Oberst Karl-Jürgen Klein, der Referent des Abends Prof. Dr. Paul M. Zulehner und der wissenschaftliche Begleiter des Seminars Dr. Antonius Gescher, Direktor des Bonifatiushauses Fulda

strukturell rücksichtslos ist (Franz Xaver Kaufmann). Das heißt, unser ganzes gesellschaftliches Arrangement kreist um das Lebensfeld Arbeit: Die Familie ist arbeitsdienlich, aber die Arbeit nicht familiendienlich. Haben sie schon einmal gehört, dass die Straßen von Wien kinderfreundlich sind? Nein, sie sind autofreundlich, aber nicht kinderfreundlich. Nur um dieses Beispiele ganz einfacher Art Ihnen in Erinnerung zu rufen, wie die Werte verschoben sind.

Könnte es irgendwie in Prävention gelingen, gesellschaftspolitische Vereinbarungen zu treffen, dass morgen in diesem Land Kinder die Chance haben, Vater und Mutter in Ruf- und Reichweite zu haben – auch die Väter? Ich glaube das Problem sind wirklich die Väter. Wenn die Gesellschaft sich nicht heute präventiv um das Väterproblem kümmert, dann hat sie morgen das Problem einer wachsenden Zahl von Kindern, die entweder so antriebslos sind, dass sie einen Therapeuten brauchen oder so aggressiv sind, dass sie den Polizisten brauchen. D.h., wenn wir mit dem Familiensystem weiterhin so fahrlässig umgehen, laufen wir auf eine Gesellschaft zu, die nicht eine Gesellschaft von freien daseinskompetenten Bürgern sein wird, sondern eine Gesellschaft die Therapie- und Polizeistaat heißt. Dieser ist aber nicht finanzierbar, hat aber als mögliches worst-case-Szenario politisch massivste Konsequenzen.

Was sollten wir Christen in dieser Lage tun, noch dazu als katholische Christen? Die Evangelischen haben zu mindest den Ruf, dass sie von allem Anfang an freiheitsverliebt waren. Wir in der katholischen Kirche tragen eine Hypothek mit uns, dass wir mit der Freiheit ohne dies immer nur sehr skeptisch umgegangen sind. Am liebsten hätten wir sie nicht. Die katholische Kirche hatte noch im Jahre 1864 gesagt, nie und nimmer würde sich der Romanus Pontifex mit Demokratie, Pressefreiheit, Meinungsfreiheit, also mit allen großen Freiheitsrechten anfreunden.

Es ist für den Historiker schon sehr tröstlich, was 1965 das Zweite Vatikanische Konzil – allerdings in der meiner Kirche so löblichen Klugheit, also nicht aus liberalen Gründen, sondern auf Grund des Evangeliums – gesagt hat, dass es ohne Freiheit keinen Glauben gibt. Gemeint ist die Religionsfreiheit. Und meine Damen und Herren, das ist zu wenig, nur Freiheitsrhetorik zu machen, zu sagen, heute stehen alle Christen für die Freiheit. Übrigens das war die Stärke der Christen und der Kirchen in Osteuropa. Ich weiß nicht, ob Ihnen klar ist, dass jeder Totalitarismus deswegen die Religion zum Feind hat, weil die *religio* den Menschen zurück-bindet an Gott und daher ent-bindet jeglichem Zugriff von Machthabern. Es gibt nichts politisch Riskanteres für Totalitarismen, als religiöse Menschen. Diese brauchen überhaupt noch gar keine Aktivität setzen, sie brauchen nur fromm

zu sein. Nichts ist für manche Machthaber gefährlicher, als an Gott rückgebundene Menschen, weil die nicht einfach zu vereinnahmen sind, nicht verwertbar sind: weder für das Kapital, noch für die Wirtschaft, nicht für die Machthaber und auch nicht für die totalitären Systeme. Alle Totalitarismen mussten zunächst den Religionen den Kampf ansagen und haben das auch getan, weil die totalitären Systeme genau gewusst haben, wo ihr Kontrahent sitzt. Wahrscheinlich ist es schon so, dass die Leute in Osteuropa in den totalitär-kommunistischen Zeiten einen Instinkt dafür hatten, wo die Oasen der wirklichen Freiheit sind, nämlich auf dem Boden der Kirchen. Die Kirchen in Osteuropa stehen in einem faszinierenden Ruf, Orte der Freiheit gewesen zu sein. Ich wünsche auch der Kirche in Westeuropa, dass sie wieder in diesen Ruf gerät. Wie könnte das geschehen?

Ich habe da ein paar Ideen, die nicht auf die Rhetorik abzielen. Könnte es nicht sein, dass die Kirchen gut beraten wären zu fragen, was machen wir mit der Freiheitsflucht der Menschen? Wie können wir den Menschen das Risiko erleichtern, wirklich in radikaler Freiheit das Leben zu riskieren? Wollen Sie einen theologischen Klamersatz, warum für mich Freiheit so theologisch unverzichtbar ist? Für mich ist das der Ausdruck dafür, dass Gott kein größeres Risiko mit den Menschen eingehen konnte, als dass er uns ein Leben lang zu verantwortlicher Selbsterschaffung geradezu verurteilt hat. Dass er uns in Freiheit die eigene Entwicklung, Selbstentwicklung oder Selbstverwirklichung anvertraut hat.

Selbstverwirklichung ist ein Wort, das in der katholischen Tradition nicht so gern gehört wird. Man denkt sehr schnell an wild gewordene emanzipierte Frauen oder weiß Gott an was. Selbstverwirklichung ist aber als zentraler Schlüsselbegriff einer christlichen Schöpfungstheologie zu sehen: Gott traut mir zu, schöpferisch zu sein, wie er schöpferisch ist. Vielleicht sind wir deswegen Ebenbild Gottes, weil er uns zu frei verantworteter Selbsterschaffung geschaffen hat. Das ist das Spannendste, was es eigentlich im Leben gibt, und vielleicht ist die größte Sünde

eines Menschen, wenn er diese Freiheit durch Angst nicht realisiert. Die Talenterede Jesus sagt, jeder Mensch hat viele Talente. Aber schlecht kommt der weg, der gesagt hat, ich wusste, dass Gott ein gestrenger Richter ist und aus Angst lebe ich nicht. Es gibt wahrscheinlich nichts, was Gott weniger gefällt, als wenn der Mensch aus Angst sein Leben versäumt.

Ich glaube der Mensch hat gar keine andere Wahl, als die Freiheit zu riskieren. Aber wie könnte man dem Menschen das Wagnis ein bisschen erleichtern? Dazu sollten wir nachdenken über Freiheitsentlastung. Also darüber, jetzt neue Institutionen zu fördern, die den Menschen jene Weisheiten zuspiesen, welche die Freiheit risikoärmer macht. Oder den Menschen in Freiheit zumindest jene Normen zuzuspiesen, die dazu beitragen könnten, dass sich Menschen unnötiges Leid einander ersparen. Das ist eine sehr kluge Rede zu sagen, im alten Testament war der Sinn des Dekalogs (der zehn Gebote) das frei gewordene, in die Freiheit geführte Volk sollte in Freiheit leben, einander nicht die Freiheit zerstören und also die Lebenschancen des anderen nicht zerstören (die Frau, das Gut und das, was damals alles zum Arrangements eines Mannes in Israel gehört hatte). Der Dekalog gilt nur für die Männer, denn die Frauen waren ja damals nur Eigentum der Männer. Aber der Sinn war Leitprävention (und ist nicht aus einer leitpräventiven Moral, eine Beleidigungsmoral geworden?). Ich wünsche mir, dass wir den freien Menschen sagen, bedenkt doch, dass es da Spielregeln gibt, mit denen ihr einander Leid ersparen könntet. In der Liebe, im Umgang, im internationalen Umgang miteinander, in der Friedensethik, in allen Bereichen der wirtschaftlichen Ethik. Und bedenken Sie, dass das normative Gefüge nicht nur für das Schlafzimmer gilt. Das ist das kleinere Problem. Das große Problem sind die großen Fragen der Gerechtigkeit, also etwas wie Freiheitsentlastung. Aber ich möchte diesen Satz der Freiheit noch hinzufügen. Ich glaube natürlich, dass es die eigentliche Stärke des Evangeliums ist, den Menschen von jenen inneren Ängsten zu befreien, die uns von innen her unfrei machen.

„Zur Freiheit seid ihr berufen“, heißt es im Galaterebrief und ich halte das für einen der stärksten Sätze, die das Evangelium uns zur Verfügung hält.

Gefährdete Solidarität

Solidarität ist die ganz große Parallelströmung in dem einwandernden Europa. Freiheit garantiert noch keine Gerechtigkeit. Daher prägt der Kampf um mehr Gerechtigkeit Europas Geschichte: die christlich soziale Bewegung, die sozialdemokratischen, sozialistischen und marxistischen Bewegungen. Es gab sehr viele Strömungen, deren zentrales Anliegen mehr Gerechtigkeit war. Noch einmal, es ist immer eine Spannung zwischen mehr Freiheit und mehr Gerechtigkeit. Und wer nur auf ein Pferd setzt, ist schon verloren. Es gibt Systeme wie das marxistische, die nur auf Gerechtigkeit gesetzt haben, und freiheitsverachtend waren. Es gibt aber auch Freiheitssysteme, die ebenso nur auf eine Seite gesetzt haben und dabei zynisch geworden sind, was die Gerechtigkeit gegenüber den Schwächeren betrifft.

Papst Johannes Paul II. sagt bezüglich der Gerechtigkeit seien wir z.z. eher in Gefahr, dass im Zuge einer nur auf Finanz- und Geldwirtschaft konzentrierten neoliberalen Wirtschaftsentwicklung immer mehr Menschen unter die Räder kämen. Der Papst ist m.E. der letzte Sozialist in der Welt. Er ist der Letzte, der sich schützend vor die Schwächeren stellt und zwar nicht nur in der Schwangerschaftskonfliktberatung, sondern genau so in den Fragen der sozialen Gerechtigkeit. Er ist einer der ganz großen Anwälte derer, die sich im Prozess dieser riesig schnellen Modernisierung vor die Modernisierungsverlierer stellt.

Ich möchte Ihnen das Thema der Solidarität mit einem Zitat von Hans Magnus Enzensberger zugänglich machen, der in seinem Essay „Die große Wanderung“ schreibt, „selbst in reichen Gesellschaften kann morgen jeder von uns überflüssig werden. Wohin mit ihm?“ Ein wichtiger Satz, eine sehr gute Brille, um untergründige Entwicklungen gegen die Solidarität in unserer Kultur wahrzunehmen. Es ist schnell gesagt, wer

Disput zwischen Kirchenführer und Wissenschaftler; am Rande des Empfangs gab es viele Gelegenheiten zum intensiven Gespräch wie hier zwischen Erzbischof Dyba und Prof. Zulehner



überflüssig wird: Wer nicht arbeitet, wer nicht kauft, wer nicht erlebt, wer zu wenig weiß. Sie können zu jedem der vier Stichworte jetzt große sozialwissenschaftliche Entwürfe unserer modernen Gesellschaft hinzufügen: Arbeitsgesellschaft, Konsumgesellschaft, Erlebnisgesellschaft, Informations- und Wissensgesellschaft sind die prägenden Dimensionen. Wer da nicht hinein passt, fällt raus.

Es werden doch die Fragen gestellt, wie das mit den Menschen ist, die alt werden in unserem sündhaft teuren, kapitalintensiven Gesundheitssystem, das wir uns alsbald nicht mehr leisten können. Dann antworten die Ärzte, es gebe heute schon Druck zu fragen, „wer kehrt noch in den Produktionsprozess zurück?“. Man kann sich morgen diese hochteuren Systeme nicht mehr bis ans Ende des Lebens für alle leisten. Ich habe diese Tage mit Gerontologen zu tun gehabt, die sagen, die große gerontologische Diskussion – also über die alten Menschen – bestehe darin, was wir mit dem ganz teuren letzten Lebensjahr machen. Oder ein Mann der österreichischen Sozialversicherung meint, 43 Prozent dessen, was einer während eines langen Erwerbslebens in die Krankenkasse einzahle, werde im Durchschnitt in den letzten sechs Lebenswochen konsumiert. So wird diese System überlastet. Was ist da einfacher als zu denken, die Entlastung wäre doch gemacht, wenn wir die Lebenswochen am Schluss etwas kürzer hätten. Das klingt jetzt zwar zynisch, aber ich glaube das, überlegen wir zurzeit. Nicht so direkt wie vor 60 Jahren mit dem Programm der Euthanasie mit bestimmte Personengruppen. Aber wir sagen, könnten wir nicht zur Liberalisierung der Euthanasie ein Grundklima schaffen, damit die betroffenen Sterbenden vielleicht selbst darum ersuchen. Dazu gibt es natürlich unglaublich viel Beiträge.

Dann fragt unsere Heide Schmitt – die jetzt nicht mehr im österreichischen Parlament ist, und mit der Politik verstehe ich das auch – zum Beispiel: „Müsste es nicht der Inbegriff der menschlichen Freiheit sein, sich selbst den Tod dann zu geben, wann ich es für richtig erachte?“ Ihr sekundiert gleich – und das ist natürlich charakteristisch – der von vielen so hoch gerühmte liberale Theologe Hans Küng (der den FDP-Friedenspreis bekommen hat, damit man weiß, wo er hingehört; der gehört nicht auf die Seiten der Schwachen, sondern auf die Seite der Gefährdeten). Dann sagt Küng, ob es nicht theologisch gesprochen der Inbegriff menschlicher Freiheit sei, dann das Leben Gott zurückzugeben, wenn ich das wünsche. Da stelle ich mir vor, dass jemand laut Kübler-Ross im Prozess des Sterbens auf dem Sterbelager liegt und dann steht der von der Krankenversicherung dabei und sagt, „Du kommst uns zu teuer, du 43 Prozent-Fall“. Und auch Hans Küng steht dort und sagt in einem frommen Gespräch, „Der liebe Gott hat dir die Möglichkeit gegeben, rechtzeitig das Leben, jetzt nämlich abzugeben“. Hinten stehen die Politiker dabei und sagen, „Wie können wir sanieren?“ Und dann stehen die Erben selbstverständlich auch noch dort und sind auch glücklich. Die Sache ist natürlich höchst bedrohlich für die Betroffenen, die nun im Tal der Depression sind. Alle muten ihnen zu, in der Depression frei über das Ende ihrer Lebens zu entschei-

den. Das ist die Euthanasiedebatte heute.

Der Wiener Sigmund Freud hat es einmal so ausgedrückt: „Töten aus Mitleid nützt allein den Angehörigen“. Euthanasie ist ein gesellschaftliches Projekt, aber es ist kein menschenfreundliches Projekt, sondern ein Entsorgungsprojekt. Wir entsorgen überflüssige Sterbende. Ent-Sorgen, schreiben sie es auseinander, dann ist der Ausdruck noch ein wenig freundlicher. Ent-Sorgen, d.h., wir entziehen ihnen die Sorge. Natürlich gibt es parallel dazu eine herausragende Hospizbewegung, das ist schon klar. Ich bin kein Kulturpessimist, ich möchte dazu nur sagen: Die negativen Strömungen so beschwören, dass wir sie wahrnehmen und ihnen auch als Christen gegensteuern. Ich glaube das Raffinierteste an der inhumanen Entwicklung, die z.z. untergründig läuft, ist, dass sie nicht bemerkt wird. Darum ist das Benennen dieser Entwicklungen einer Entsorgung von Sterbenden, Alten und Pflegebedürftigen so wichtig.

Sie erinnern sich noch an den Zynismus der verflorenen DDR. Mich hat es immer geärgert, dass man mit 65 reiseunfähig geworden war. Das genau war die Entsorgung der Überflüssigen. Wer unproduktiv geworden war, konnte gehen. Nichts anderes sagen wir heute den Sterbenden: Ihr seid unproduktiv geworden, ihr kommt uns zu teuer, ihr könnt gehen. Das sagen wir Menschen, die vielleicht ein ganzes Le-

ben lang autonom gelebt haben und nun in jeder Lebens- und Sterbensäußerung von der Pflege überlasteter Angehöriger abhängig sind. Verstehen Sie, was wir hier mit einem unglaublichen Zynismus eigentlich machen?

Ich finde es hervorragend, wenn Kardinal Martini oder auch die österreichischen Bischöfe in einem Sozialschreiben sagen, wir brauchen einen neuen Generationenvertrag. So wie die Eltern die Kinder zur Welt bringen, müssen künftig die Kinder die Eltern aus der Welt begleiten können. Das heißt z.B. Pflegekarenz. Ich meine nicht nur Pflegegeld, sondern ich meine Pflegekarenz, d.h. nämlich denen, die dann daheim Sterbende pflegen, den Arbeitsplatz zu sichern. So wie man Müttern und Vätern den Arbeitsplatz am Beginn des Lebens sichert, ist es ein Höchstmaß an Humanisierung des Sterbens, wenn wir den Menschen das ermöglichen, was wir in allen Umfragen wünschen, nämlich daheim zu sterben. Beachten sie den Begriff als nicht zu Hause. Nicht unbedingt in den vier Wänden. Aber im Kreis derer, mit denen man das Leben vollbracht hat. In Liebe vielleicht sogar. Das ist die humanste Form des Sterbens, wenn man statt Arzneien – ich sehe jetzt von der schmerzlinde-dernden Praxis ab, die unbedingt dazugehört – das Einzige was man als Sterbender noch brauchen kann, nämlich Liebe und Zuwendung bekommt. Das ist im Grunde genommen die Solidarität, das ist der solidarische Weg der Hospizarbeit der Sissi Lesaunders.

Das andere wäre, der Weg in eine Entsorgungskultur. Ich habe das Beispiel der Sterbenden ausgeführt, füge aber noch weitere hinzu, um Sie nachdenklich zu machen. Zum Beispiel planen wir z.z. wieder die Entsorgung der Behinderten. So schreibt Peter Singer, Wissenschaftler, hochkarätiger Bioethiker aus Australien, wenn jemand mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit in einer pränatalen Diagnostik erfahre, es könne ein Kind behindert sein, dann solle man ihn kriminalisieren, wenn er es wage, der Gesellschaft dieses lebensunwerte Kind aufzulasten. Es müsse nach Singers Ansicht daher strafrechtlich frei sein, dieses Kind auch noch bis ans Ende des ersten Lebensjahres zu töten. In der zweiten Auflage ist er humaner geworden. Da hat er geschrieben, nur bis zum Ende des ersten Lebensmonates.

Es gibt übrigens auch im deutschen Strafrecht keine Begrenzung der Tötung Behinderter während der Schwangerschaft. Ist Ihnen klar ist, dass Deutschland hier schon längst Ausnahmen in die völlig falsche Richtung macht? Ich verstehe nicht, warum mein fünf Jahre älterer behinderter Bruder, der mit Mühe und Not der nationalsozialistischen Entsorgung entgangen ist, kein menschenwertes Leben geführt haben soll. Der hat seinen Charme, anders als ich, anders als wir hier, die wir meinen, wir würden so besonders unbehindert sein. Der hat uns Solidarität beigebracht. Verstehen Sie was der geleistet hat? Weil wir uns immer geweigert haben, ihn zu hospitalisieren. Wir haben gesagt, wenn's sein

muss ziehen wir von Wien weg und leben dort, wo er mit uns leben kann. Verstehen Sie was Umgang mit Behinderten ist? In den Schulen, an den Arbeitsplätzen, im öffentlichen Leben. Wie behindertengerecht sind die Städte, in denen wir leben? Verstehen Sie, das sind Fragen.

Entweder sind wir mit Behinderten solidarisch oder wir werden eine neodarwinistische Kultur, in der Schwache entweder präventiv eugenisch schon beseitigt werden oder am Schluss nur noch Nobelpreisträger besamt werden. Ziemlich zynisch finde ich. Die Rache der Natur ist, dass es eben nicht hinhaut, weil ja immer noch eine zweite Hälfte dazu kommt, die dann meistens versagt.

Nehmen Sie als drittes Beispiel, die Entsorgung von 20 Millionen arbeitsfähigen, arbeitswilligen Menschen. Wir planen liberal, wie wir sind, wenn wir sagen, irgendwie müssen wir sie ruhig stellen, damit sie nicht sozial und politisch auffällig werden. Also geben wir ihnen ein Grundeinkommen ohne Arbeit, d.h. ohne Erwerbsarbeit. Unsere Beamten in Wien nannten das eine Ruhigstellung durch Armutslohn. Auch eine Art Entsorgung.

Oder noch ein viertes Beispiel. Ich glaube, dass wir dabei sind, störende Kinder zu entsorgen. Es spielt alsbald keine Rolle mehr, ob sie geboren sind oder ungeboren. Ich möchte Ihren Blickwinkel weiten und sagen, schaut nicht nur auf die ungeborenen, die verdienen auch unsere Aufmerksamkeit. Mich stört genauso die Entsorgung der Kinder, die zur Welt gebracht worden sind. Diese werden entsorgt von Tama-gochis, von Game Boys, dem Internet, den außerfamiliären Einrichtungen. Dieser Tage erzählte mir eine Kindergärtnerin, die Eltern brächten ihre Kinder möglichst früh und hol-

Der (neue) Oberbürgermeister von Fulda, Dr. Alois Rhiel (Bildmitte) versprach, die von seinem Vorgänger begonnene Tradition des Begrüßungsempfangs für die Akademie am ersten Seminartag fortzuführen. In diesem Jahr war der Empfang wegen der Teilnahme am Hochamt im Dom zum Allerheiligenfest ausgefallen. Der Diözesanrat Fulda war durch seinen Vorsitzenden Dr. Tobias Angert (r.) vertreten



ten sie möglichst spät ab. Nun, ich muss sie alle wieder in Schutz nehmen, weil die Dinge, über die jetzt so einfach spreche, viel komplizierter sind. Oft müssen Beide arbeiten gehen, weil wir natürlich eine Gesellschaft sind, die dem lebensdienlichen keinen Wert gibt. Wenn Sie Mikrochips produzieren, bekommen Sie mit Sicherheit mehr bezahlt, als wenn Sie ein Kind zur Welt bringen, großziehen, als Tagesmutter betreuen, in einer Kinderkrippe oder in der Grundschule arbeiten, wenn sie Alte pflegen, wenn sie in der Hospizarbeit sind, wenn sie Sterbebegleitung machen. Das sind alles unterbezahlte Berufe, meistens Frauenberufe, weswegen die Frauen ja weniger verdienen, nicht weil sie schlechter arbeiten, sondern weil sie immer noch die lebensdienlichen Arbeiten machen.

Wir haben in der europäischen Wertestudie die Frage gestellt, „Was darf auf keinen Fall sein?“ Ich erschrecke dann schon, wenn ich diese Zahl sehe, weil ganz oben in der moralischen Verbotsliste steht, ein parkendes Auto zu beschädigen. Aber ganz unten steht Abtreibung. Verstehen Sie, so einen saloppen Satz, aber er geht dann ins Ohr und er bleibt Ihnen. Sie müssten heute eigentlich das Glück haben, als Auto zur Welt zu kommen. Dann wären Sie wirklich moralisch geschützt.

Ich sage jetzt nicht, dass natürlich ein Auto etwas viel unkomplizierteres ist, als eine alleingelassene Frau in einer extremen Notsituation, weil der Mann abhaut und die Gesellschaft zu wenig zahlt. Sie können dafür viele Gründe anführen, dass dies natürlich nicht vergleichbar ist, aber müssen wir nicht doch sagen, wir sollten doch endlich darüber nachdenken, dass uns das Leben mehr wert sein könnte, als die toten Dinge. Irgendwann bevor wir zu früh zu Ende sind. Denn wir haben eine Kultur der toten Güter, aber nicht eine Kultur des Lebens, des Lebendigen, des Lebensdienlichen.

Natürlich können Sie wieder über den Papst, über unseren Papst denken, wie sie wollen, aber Sie kommen nicht darum, dass er sagt, eine der große Gefährdungen reifer Kulturen ist, dass sie eine Zivilisation des Todes sind. Damit meine ich nicht nur das Thema Abtreibung,

sondern ich meine das viel breiter. Weil diese Verweigerung des Lebensdienlichen sich durch alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens durchzieht und nicht nur am Anfang des Lebens zu sehen ist, sondern auch am Ende des Lebens und zwischendurch genau so. Ich sage, wir sollten hier eine kulturelle Revolution riskieren.

Mir ist schon klar, was ich meiner Kirche abverlange. Das wir eine klare Stellung zu Gunsten der Überflüssigen beziehen.

Wenn die lateinamerikanische Kirche sagt, wir haben eine Option für die Armen, dann sage ich, bei uns sollte es eine Option für die Überflüssigen geben, also für die Sterbenden, also für die Behinderten, also für die Erwerbslosen, also für die Kinder, die stören, auch für die Regionen, die wir entsorgen, wie Balkan, Äthiopien, Ruanda, Burundi, ganz Afrika. Das sind alles die gro-

Wir brauchen eine klare Option der Kirchen – aber auch der Gesellschaft – für die Überflüssigen, also für die Sterbenden, für die Behinderten, für die Erwerbslosen, für die Kinder und für die Regionen, die wir entsorgen.

ßen Regionen, die wir längst aus dem Katalog unserer prospektiven Entwicklungsarbeit herausgenommen haben. Die bringen uns nicht so viel, als wir uns ursprünglich erhofft hatten. Uns interessieren vor allem jene Regionen, die uns auch was bringen, zum Beispiel Öl und andere Dinge. Ich denke wir sollten hier über das Thema Solidarität sehr besorgt sein. Wir brauchen eine klare Option der Kirche – aber auch der Gesellschaft. Wir sollten fragen, was wir Christen für Solidarität tun sollten und über die Fähigkeiten der Menschen zur Solidarität nachdenken.

Ich möchte Ihnen nur eines sagen, aber sie bringen es nicht zusammen. Das ist das Aufregende an unserer Moralität, das wir schon wüssten, was gut wäre, aber wir schaffen es nicht. Wir möchten solidarisch sein, aber wenn es darauf ankommt, können wir es nicht. Es ist nicht unmoralisch, das wir unsolidarisch sind, sondern es ist Unvermögen. Vielleicht auch ein Satz, den

man zu Ihrer Erheiterung sagen kann, obwohl er tief ernst ist. Ich glaube die Leute sind nicht so unmoralisch, wie wir Katholiken sie manchmal gerne hätten. Die Leute sind nicht unmoralisch, sondern sie sind in all diesen moralischen Fragen wie gelähmt. Die Frauen wissen, dass eine Abtreibung kein geeignetes Mittel ist, um die Geburtenzahlen zu steuern. Aber sie sind so in Bedrängnis, dass sie es alleingelassen oft nicht anders hinkriegen.

Sehen Sie, das sind die eigentlichen Probleme, weswegen ich bei der Frage so ratlos bin, ob man nicht doch beraten sollte. Mit oder ohne Schein, ich finde die Scheinfrage ist so zynisch oberflächlich. Bei der Beratung geht es um die Solidarität mit den Kindern und mit den Frauen in einem. Und ich weiß oft nicht, wie der Weg aussieht. Wenn die Kirche das zugeben würde, dass sie oft nicht weiß, was sie tun soll, wäre dies viel klüger, als wenn wir so genau wissen, was das Richtige ist. Beide Wege haben etwas Gutes für sich und jeder hat auch was Nachteiliges. Es gibt in dieser Weltzeit leider noch nicht das himmlische Paradies, wo alles klar ist.

Es sind die Ängste, welche die Menschen entsolidarisieren. Einem angstbesetzten Menschen kann man nicht mit moralischen Appellen die Angst nehmen. Wenn ein Mensch – und das ist die größte Angst die wir haben, und das ist gleich der Sprung ins dritte Teilmoment – wenn ein Mensch Angst hat, zu kurz zu kommen mit seinem Wunsch nach dem perfekten Glück auf dieser Erde, dann hat es die Solidarität unendlich schwer.

Wir haben entdeckt – das ist das unglaubliche in dieser Solidaritätsstudie –, dass die Landkarte belastbarer Solidarität in Österreich deckungsgleich ist mit der Landkarte religiöser Netzwerke. Sehen Sie, manchmal haben unsere Katholiken nicht einmal ein gutes Gefühl über die Kirche. Ich bin stolz auf meine Kirche. Ich glaube, dass das Land ohne uns Christen ärmer ist. Ich sage das ganz trocken und zwar empirisch gesichert, wenn ich in Österreich suche, wo die bosnischen Flüchtlinge untergebracht sind, dann finden Sie sie nicht bei der sozialistischen Jugend, bei den Bergsteigern, Alpen-

vereinen, auch nicht bei der ÖVP und nirgendwo. Sie gehen in die Unterkirchen. Bei uns in der Kirchengemeinde, in der ich wohne, haben wir immer noch acht bosnische Flüchtlingsfamilien, denen wir zu Zeiten, als es noch kriminell war, Arbeit verschafft haben. Verstehen Sie, das ist Kirche. Das sind die Christen.

Überlegen Sie einmal, was aus dem Land wird, wenn die Ausblutung der Kirche so weiter geht. Wer freut sich darüber überhaupt noch, dass es mit den Zahlen so abwärts geht?

Oder ein anderes Beispiel, das mich bewegt. Beunruhigt Sie nicht das Sterben der Orden in Ihrem Land? Was werden Sie erst schauen, wenn es die ordensgeführten Krankenhäuser, die Kindergärten, die Schulen nicht gibt. Auf meine Frage, „Geht Ihr lieber nach Leins oder in das Sankt Josef Krankenhaus?“ (Lainz, das war die Schwester mit den 50 Toten), antworten die Leute, „Irgendwie habe ich das Gefühl, es ist vielleicht doch besser, sich in einer zugespitzten Lage vertrauensvoll in ein kirchliches Haus zu begeben. Weil vielleicht auch die menschliche Seite dort ein wenig mehr Chancen hat und ich nicht nur ein Fall bin.“

Ich sag damit nicht, dass man in einem öffentlichen Haus immer nur ein Fall ist. Was sich die Menschen heute erhoffen ist, dass dort wo Insti-

tutionen sind, ihnen auch ein menschliches Gesicht begegnet. Jemand, der nicht nur eine Funktion erfüllt, sondern den Menschen noch sieht, der dort hineinkommt, als kranker Mensch, als behinderter Mensch, als pflegebedürftiger Mensch. Das ist Qualität der Kirche bisher gewesen. Und vor allen der Ordensleute, die da ihr ganzes Leben investiert haben. Schauen Sie sich um bei ihren Kindern. Haben Sie noch welche darunter, die ihr ganzes Leben auf diese Karte setzen? So verrückt zu sein, obwohl ich glaube, dass die Jugend so verlangweilt ist, dass sie nur mehr die eine Chance hat, morgen mehr zu riskieren, weil sie schon begriffen habt, no risk, no fun. Das physische Band Bungeejumping, so wie es der Herr Haider vorführt, ist auch nur ein Zwischenspiel. Ich denke, das spirituelle Bungeejumping wird wieder interessant, da es gilt etwas zu riskieren.

Machen Sie eine Meditation, wenn Sie die Zeit haben. Gehen Sie hier in Fulda in die Michaelskirche hinüber, dann wissen Sie was Evangelium ist. Dort haben sie nämlich unten die Säulen und oben ein Achteck: Die achteckige Provokation der Bergpredigt. Das ist das Evangelium. Nur wenn wir als Christen das Risiko der Bergpredigt, der Endfeindungs- und Stehens zur Gerechtigkeit, des Stehens zur Wahrheit

wieder hinkriegen, ist das ein Segen für das Land. Aber wenn wir eine verbürgerlichte, satte, verlangweilte, ausgedünnte „Church light“ sind, so ist das für das Land vollkommen uninteressant.

Jesus hat gesagt, dann werden die Leute dieses schalgewordene Salz hinauswerfen und mit den Füßen zertreten. Irgendwie habe ich das Gefühl, sie haben damit schon angefangen, das schalgewordene Salz mit ein bisschen Spott zu zertreten.

Der gefährdete Sinn

Kommen wir zum letzten Punkt. Den Sinn haben wir im Laufe einer zweitausendjährigen Christentumsgeschichte natürlich unentwegt christlich definiert. Ich kann Ihnen nur raten, fahren Sie nach Rom. Es lohnt sich dorthin zu fahren, um zu erfahren, was bedeuten eigentlich 2000 Jahre Christentumsgeschichte? Philipp Aries ein französischer Historiker sagte einmal, heute leben wir zwar länger, aber insgesamt kürzer, denn früher lebten die Leute dreißig plus ewig und wir heute nur noch neunzig. Das ist insofern richtig, als alle europäischen Studien sagen, wenn man die Leute fragt, was ist der Sinn des Lebens, dann sagen sie, der Sinn des Lebens besteht darin, das Beste aus dem Leben heraus zu holen. Also wir haben ein Doppelspiel, das wir spielen. Wir möchten maximales Glück in knapper Zeit. Wie geht das denn eigentlich, in Liebe, Arbeit und Amusement Glück zu maximieren, noch dazu mit dem Anspruch, leidfreies Glück zu maximieren, was ja noch eine doppelte Kunst ist. Einem Konzept dem ich übrigens tief misstrauere. Alleine schon deswegen, weil man zu einem Menschen, den man liebt, sagt, ich kann dich leiden. Was ist, wenn man nicht mehr leiden kann? Kann man dann auch nicht mehr lieben? Deswegen stellen wir in der Männerstudie fest, die mangelnde Leidenskompetenz der Männer ist natürlich auch eine mangelnde Liebeskompetenz. „Männer lassen lieben“, sie delegieren die Liebe an die Frauen.

Also, was ist das für ein Projekt, optimal leidfreies Glück in 90 Jahren, wenn es hoch kommt? In erster Konsequenz heißt das, du musst im-



In der Fuldaer Michaelskapelle feierte Kaplan Schäfer, Sekretär des Fuldaer Bischofs, mit den Seminarteilnehmern am Allerseelentag die Hl. Messe. In seiner Homilie ging er auf die Symbolik der Totenkapelle aus ottonischer Zeit ein: In der Krypta die Säule, die an Christus erinnere, der die Kirche trägt; darüber in der Rotunde acht Säulen, die die acht Seligpreisungen symbolisieren. Das Rund stelle den Kreis der Kirche dar, in den sowohl die Verstorbenen gehören, als auch die Fernstehenden, die noch auf dem Weg zur Kirche als dem Ziel seien. Jeder solle ein Stein in dieser Kirche sein, die von der Säule Christus getragen und von ihm als Schluss-Stein zusammengehalten werde, ließ der Kaplan die Kirche selbst predigen.

mer schneller machen. Die Zeit ist knapp. Also bedeutet Zeitknappheit, das Leben ist in allen Bereichen immer schneller geworden.

Manche Moraltheologen sagen, die Leute sind so unmoralisch. Sie halten es mit einem Liebespartner ein Leben lang nicht mehr aus. Ich sage wiederum, es ist nicht Unmoral. Es wäre viel zu einfach, wenn das nur Unmoral wäre. Das wäre kontrollierbar. Das wäre veränderbar. Aber das sitzt nämlich viel tiefer. Es ist die Angst, in der Liebe zu kurz zu kommen. Sie haben jemanden, mit dem sie acht, neun Jahre verbunden waren und dann wird aus der Hochzeit die unkultivierte Langeweile. In dieser Situation offeriert dann jemand eine neue Hochzeit der Liebe. Ich habe in vielen Beratungsgesprächen in den letzten Jahren versucht Leuten beizubringen, dass es sich lohnen würde, über Beratung noch etwas aus der vergehenden Liebe zu machen. Ich habe aber fast niemanden mehr aufhalten können, in die andere Beziehung überzusiedeln.

Ich mag das auch verstehen. Wie kann man, wenn man unter dem Diktat der Glückmaximierung lebt, Chancen vergehen lassen. Wie machen Sie das? Das ist die klare Logik, dieses Lebens als letzte Gelegenheit. Sie müssen das wirklich konsequent nehmen.

Wir leben in unserem katholischen Denken immer noch mit einer Bevölkerung, die die Kraft hat, über den Tod hinaus zu hoffen. Das hat sie nicht – die Ostdeutschen schon gar nicht. Diese leben in einer atheistischen, rein brutalen, diesseitigen Kultur. Früher haben wir die Leute theologisch aufs Jenseits vertröstet, heute vertrösten wir die Menschen, was noch viel ärger ist, auf das Diesseits allein.

Es ist nicht die Unmoral, sondern die innere Logik dieses Lebens als letzte Gelegenheit. Ich rate Ihnen sehr, wenn Sie spirituell nicht ein Selbsthasser sind, schauen Sie sich das gut an, weil Sie alle Opfer sind, so wie ich auch. Wir leben genau in dieser Kultur des optimal leidfreien Glücks für nur kurze Zeit. Oder sagen sie es mit der Jugendkultur: „Ich will alles, und zwar subito“. Das ist die klare Regel. Sie können ei-

gentlich nichts mehr aufschieben, was sie wünschen, und sie wünschen immer über das hinaus, was stattfindet. So ist der moderne Mensch. Ich halte das für die Schlüsselstelle der modernen Wertelandschaft, der eigentlichen kritischen Stelle unserer Kultur. Und da sie immer schneller machen, raten ihnen die Therapeuten zur Langsamkeit, zur Entschleunigung (nicht der Bestseller „Das Lob der Langsamkeit“, den haben mir meine Assistenten auch schon geschenkt). Diese nächste Folge ist, wie der Buchtitel aus dem therapeutischen Bereich „Wir arbeiten uns noch zu Tode“, „Wir amüsieren uns noch zu Tode“. Ich kann Ihnen die Buchtitel alle dazu nennen. Jürgen Willy sagt, „Die Liebe stirbt an Überforderung“.

Vielleicht ist das eine Nebenwirkung dieses Lebens als letzte Gelegenheit, dass es zunehmend erbarungslos wird. Miteinander gegen sich selber. Nicht, dieser unglaubliche Anspruch optimal leidfreies Glück in knapper Zeit. Sie können da auch nicht mehr solidarisch sein. Wie wollen Sie denn in einer Partnerschaft noch auf den anderen schauen, auf die Kinder schauen. Sie können auch rundum schauen auf die Sterbenden und auf die Pflegebedürftigen. Wie können Sie noch Arbeit teilen, wenn Sie sagen, es geht um mein Glück und ich habe nicht die Zeit dafür. Ich lebe aus der tiefen Angst, in einer kurzen Zeit zu kurz zu kommen. Es gibt einen französischen Theoretiker, der sagt, moderne Gesellschaften mögen ja Arbeitsgesellschaften, Konsumgesellschaften, Erlebnisgesellschaften und Wissensgesellschaften sein. Aber sie mutieren unbemerkt immer mehr zu Angstgesellschaften. D.h., das was in der Gesellschaft ständig steigt, ist das Grundwasser diffuser Angste. Das halte ich für die Schlüsselstelle. Das hat etwas damit zu tun, dass wir uns in die Enge der Diesseitigkeit

hineinmanövriert haben. Und Enge heißt lateinisch *angustia* und deutsch Angst.

Es ist ganz einfach zu fragen, was könnten wir Kirchen da tun? Es ist schon klar, dass wir an sich geborene Gegenkräfte sind, weil die Kirche ja ein Ort ist, wo der Himmel offen und nicht verschlossen ist. Die moderne Kultur aber ein Leben unter dem verschlossenen Himmel erleidet. Aufgabe der Kirche wäre es, den Menschen den Himmel offen zu halten. Also nicht primär nur soziale Aktivitäten zu setzen. Das sind zwar alles wichtige Dinge, aber die zentrale Frage heißt, den Menschen wieder heraus zu befreien aus diesem Gefängnis der Diesseitigkeit, aus der Endlichkeit, aus der Angst zu kurz zu kommen.

So gesehen ist die Kirche natürlich eine zutiefst therapeutische Gesellschaft. Ein *Heil-Land* im Namen des Heilandes. Wir haben z.z. an meinem Institut ein Forschungsprojekt für Missio Aachen. Dabei geht es in diesem Projekt um die Frage, wie therapeutisch sind christliche Gemeinden für den Menschen? Also, wie heilsam sind sie? Das Forschungsprojekt heißt: „Die Kirche oder die Gemeinde als Heil-Land“. Das wäre doch ein Traum. Da kommst du hinein in diese Kirche und deine Welt wird weit. Mit meinem Gott überspringe ich Mauern. Das heißt dann zumindest Risse bekommt dieses hermetisch abgeschlossene Leben unter dem verschlossenen Himmel. Der Himmel könnte sich auf tun. Das wäre die Kirche.

Aber was heißt das dann? Ich glaube, unsere Kernschwäche liegt darin, dass wir selber als Kirchen dauernd nur noch mit dem Diesseits beschäftigt sind. Wo haben Sie schon mal eine gute Predigt über das Fegefeuer, den Himmel, das ewige Leben gehört, über die Hölle vielleicht auch als das, was der Mensch ausreift, wenn Gott ihn davor nicht rettet? Auschwitz, Kosovo, Srebreniza, Bihać, Ruanda und Burundi, das steckt im Menschen drinnen. Wer macht uns frei von diesen ethnischen, terroristischen Konflikten. Das geht nur, wenn Gott den Menschen an der Seele

Moderne Gesellschaften mögen ja Arbeitsgesellschaften, Konsumgesellschaften, Erlebnisgesellschaften und Wissensgesellschaften sein. Aber sie mutieren unbemerkt immer mehr zu Angstgesellschaften. Das heißt, das was in der Gesellschaft ständig steigt, ist das Grundwasser diffuser Angste.

frei macht, also ihn an der Wurzel der Seele heilt. Das ist die Kernaufgabe der Kirche, den Menschen und die Welt so hineinzubringen in das heilende Kraftfeld Gottes, dass der Mensch heil werden kann und die Schöpfung heil wird. Also buchstäblich, dass die Kirche so etwas ist, wie die Nachfolge des Heilands, ein Heil-Land. Das also müsste dann die Hauptaufgabe sein, dass wir Orte der Gotteserfahrung aus erster Hand sind.

Ich kenne viele Leute, die auf der Suche nach Gott sind und an der Kirche verzweifeln, weil sie das nicht finden, was sie suchen. Sie finden eine Liturgie mit einem unglaublichen pädagogischen Gerede, aber keine Räume der Erfahrung für die Gegenwart Gottes mitten unter uns. Schauen Sie sich an, wie die Liturgie abläuft, wie wir mit dem Wort umgehen, welche Ausstrahlung die Liturgen haben. Wir sagen zu Recht, ein Priester sollte wieder ein geistlicher Mensch sein, also ein Mann Gottes, der etwas durchlässt von der Gegenwart Gottes mitten unter uns, aber nicht nur die Priester, sondern das ganze Volk, das sich hier versammelt. Mich berührt das sehr, wenn unser Caritasdirektor und frühere Generalvikar, Helmut Schüller, im Blick auf viele Pfarrgemeinden in Wien gefragt hat, was sie denn seien, wenn sie sich am Sonntag versammeln. In seiner Verzeiwung dann sagt, „religiös verschönte sonntägliche Konditoreibesuche“. Ist es das, wozu wir uns versammeln? Oder müssten wir nicht auch wünschen, dass, wenn wir uns am Sonntag versammeln, diese Feier der Eucharistie

so etwas wird wie eine Art „ich begebe mich in Gottesgefahr“. Folgen Sie diesen Gedanken weiter. Wenn mich Jugendliche fragen, „Muss ich in die Kirche gehen“, sage ich, „Nein, nein, überleg es dir lieber, ob du dich dieser Gefahr aussetzt“. Fragen sie sofort nach, „Was meinst du damit? Meinst du damit den Gottesdienst bei uns, da in der Pfarrgemeinde?“ Da ist natürlich nichts Gefährliches dran. Aber von der Idee her, schauen Sie sich die ganz einfache Inszenierung einer Eucharistiefeier an. Wir sagen Brot und Wein, aber wir sagen ja doch gleich dazu, das sind wir selber. Wir sind die Gaben unser Leben, unsere Arbeit so leibhaftig, wie wir da sind, von Gott zusammengefügt.

Dieser Tage hat ein Dompfropst dann wieder am Schluss des Gottesdienstes den Leuten gedankt, dass sie zum Gottesdienst gekommen sind. Ich halte das für häretisch. Es hat uns Gott versammelt und nicht der Pfarrer. Nicht die Kirche sagt, ihr müsst in die Kirche gehen. Es ist irreführend, wenn wir sagen, ein Kirchengebot ist das. Das ist irreführend. Wenn ich glaube, dass ich die Kirche nicht mehr als Autorität annehmen muss, dann brauche ich nicht mehr zu gehen. Dann sage ich, „das ist überhaupt nicht die Frage. Die Frage ist, ob du noch auf Gott hin horchst und ob du dich beanspruchen lässt, dass er dich da in eine Eucharistiefeier hineinsetzt.“ Was hat er denn im Schilde? Wir rufen Gottes heiligen Geist herab auf diese sozialzerklüftete Gemeinschaft von Frauen und Männern, von Reichen und Armen, von Gesunden und

ländern und Inländern. Und dann wird durch Wandlung ein Leib hingegeben. Verstehen Sie was da passiert? Eine Gemeinschaft von freien Menschen – ein Leib. Lesen Sie die paulinischen Texte. Welch unglaubliche Qualität diese Gemeinschaft hat an Freiheit, an Verbindlichkeit, an Solidarität, an Wertschätzung, an gleicher Würde aller. Und welche dienende Kraft sie hat. Der von mir sehr geschätzte Bischof Gaillot schrieb ein kleines Büchlein: „Eine Kirche die nicht dient, dient zu nichts“.

Vielleicht ist es richtig zu sagen, dass wer wirklich in Gott eintaucht, neben den Armen auftaucht, und gar nicht anders kann, wenn er in Gott eintaucht. Wer natürlich nur *religiöse Wellness* sucht, dem wird gar nichts passieren. Dann wird er unverändert weggehen und es wird alles beim Alten bleiben. Es wird keine Wandlung geschehen. Sie verstehen, warum ich in meiner Pastoraltheologie auch ein bisschen in Absetzung von anderen meine, die Schlüsselfrage der Kirche, wo sie sich erneuern wird, sind nicht die Resolutionen, die wir unterschreiben. Statt Resolutionen zu verabschieden, sollten wir uns von Resolutionen verabschieden.

Die Schlüsselfrage ist die, ob wir Gott wandeln lassen. Verstehen Sie, dann wird das eigentlich gefährlich. Dann habe ich das Gefühl, ich muss mir schon gut überlegen, ob ich da wirklich hinein gehe. Gestatte ich es Gott, mich zu verwandeln, in Leib hingegeben. Nur ob es nicht die große oder vielleicht die größte Schwäche unserer bürgerlichen, satten, reichen Kirchen hierzulande ist, dass wir eigentlich am Schluss sagen, „Gott verwandele die Gaben, aber uns lass in Ruhe“.

Zum Weiterlesen:

- Zulehner, Paul M., Kirchenenttäuschungen. Ein Plädoyer für Freiheit, Solidarität und einen offenen Himmel, Wien 1997.
- Zulehner, Paul M.: Für KirchenliebhaberInnen. Und solche die es werden wollen. Ostbüden 1999.
- Zulehner, Paul M./Denz, Hermann/Talás, Emerich/Pelinka, Anton: Solidarität. Option für die Modernisierungsverlierer, Innsbruck 1997.
- Zulehner, Paul M./Denz, Hermann/Pelinka, Anton/Zuba, Reinhard: Wege zu einer solidarischen Politik. Innsbruck 1999.



Der gut gefüllte Vortragssaal des Bonifatiushauses während Prof. Zulehners Vortrag (Fotografische Nachweise: GKS S. 44, 47, 54; F. Brockmeier S. 49, 50)

Kranken, ja, von verschiedenen Rassen, auch Aus-

Eingeschoben: Als Christen in diesem Staat engagieren

HEINZ. W. BROCKMANN

In God we trust“, so steht es in Marmor gehauen an der Stirnseite des amerikanischen Repräsentantenhauses. Immer, wenn ein neuer Sitzungstag beginnt, betet ein Priester des Kongresses mit den Mitgliedern dieser Kammer der USA. Wenn aber Schulkinder an staatlichen Schulen beten wollen, verbietet es ihnen das höchste Gericht der Vereinigten Staaten unter Berufung auf die in der Verfassung festgelegte grundsätzliche Trennung von Kirche und Staat. In England werden die Bischöfe der anglikanischen Staatskirche von der Königin ernannt, und zurzeit gehören sie noch alle dem Oberhaus an, wo sie in der Vergangenheit kräftig in der Politik mitgemischt haben. In Frankreich ist der Laizismus noch heute nach einem Gesetz von 1905 eine „religion“ und prägt vor allem die staatlichen Schulen mit z.T. deutlich antikirchlichen Affekten.

Solche Regelungen des Verhältnisses von Kirche und Staat muten uns heute überholt an. Auch in Deutschland haben wir in der Geschichte erst lernen müssen, wie Staat und Kirche am besten zueinander stehen. Es war ein langer Weg vom Kniefall des Deutschen Kaisers vor dem Papst im Jahr 1077 in Canossa, dem ständigen Dreinreden des Staates in Fragen der Religion zur Zeit der Reformation, dem fanatischen, schrecklichen Krieg zwischen „katholischen und protestantischen Mächten“ zwischen 1618 und 1648 bis hin zu den Regelungen des Staatskirchenrechts in den Verfassungen von Weimar und Bonn. Erst in diesem Jahrhundert war bei uns die Zeit reif für ein klar geregeltes Miteinander von Staat und Kirche. Kirche und Staat sind zu Partnern geworden, wo sie sich um dieselben Menschen kümmern, etwa im Religionsunterricht an staatlichen Schulen, den theologischen Fakultäten, der Militärseelsorge. Hier haben sie ihr Verhältnis genau gesetzlich geregelt. Zugleich haben sie sich gegenseitig ihre Unabhängigkeit garantiert, die Trennung voneinander, so

dass keiner den anderen bevormunden kann. Staat und Kirche rechtlich voneinander trennen, aber ihre Zusammenarbeit zum Wohl der betroffenen Menschen genau regeln – dieser deutsche Weg ist vielleicht nicht der schlechteste.

Grundsätzlich braucht es der Staat, dass Kirchen und andere weltanschaulich geprägte Gruppen sich in seinem Bereich nicht nur praktisch engagieren, dass sie vor allem versuchen, das Denken und die Einstellungen der Menschen, der Gesellschaft und des Staates nach ihren Vorstellungen zu beeinflussen. Der moderne Staat hat selbst keine feste Weltanschauung für alle Bürgerinnen und Bürger, sonst würde er die Freiheit des Denkens beschneiden. Er will den fairen Wettbewerb von Ideen, Einstellungen und Weltanschauungen aller Gruppen, die solche besitzen. Das sichert Freiheit des Geistes und inneren Frieden. Von hier erhält der moderne Staat seine Ideen, seine Werte und Richtungen für seine Politik.

Diese Offenheit von Staat und Gesellschaft haben katholische Laien in Deutschland seit mehr als einem Jahrhundert als Einladung verstanden, gemäß ihren Überzeugungen bei der Gestaltung von Staat und Politik mitzutun. Sie tun das in der Form des organisierten Laienkatholizismus, weil solches Mitreden und Mitgestalten klug organisiert und nach innen demokratisch abgestimmt sein muss.

Das Verhältnis von Kirche und Staat ist in Deutschland nicht unumstritten, doch scheint es immer noch von breiter Zustimmung sowohl bei Wählerinnen und Wählern als auch in der Politik getragen. Die Versuche, z.B. der Jungdemokraten 1973 mit berühmt gewordenen Thesen eine ganz strikte Trennung von Staat und Kirche durchzusetzen und jede Zusammenarbeit auszuschließen, konnten sich ebenso wenig durchsetzen wie ähnliche Vorstellungen, die immer wieder mal auftauchen. Die meisten Politiker verstehen, dass of-

fene und dialogfähige Kirchen nicht nur für politische Diskussionen wertvoll sind, dass solche Kirchen auch am besten geschützt sind vor jeder Form von Sektenmentalität, in der sie sich abschotten und nur noch um sich selbst bemüht sind. An Kirchen mit solcher Mentalität kann auch der moderne Staat kein Interesse haben.

Auch die meisten Christen wünschen sich ein überzeugendes gesellschaftliches Engagement der Kirchen. Niemand ist nur Christ, jeder von uns ist auch Staatsbürgerin und Staatsbürger. Gerade wer sich als Christ in dieser Zeit versteht, setzt sich dafür ein, dass Staat und Gesellschaft etwas von der verbindenden Kraft von Nächstenliebe, von der Würde eines jeden Menschen, ganz gleich welcher Rasse und Herkunft, von dem Grundwert der Gerechtigkeit verstehen, weil diese ursprünglich christlichen Ideale immer noch die besten Garanten für eine friedliche Gesellschaft sind. Wer es ernst meint mit seinem Christentum, kann nicht gleichgültig sein gegenüber Politik und Fragen der Gesellschaft.

Die Regeln für solches Engagement legen der Staat und die ganze Gesellschaft fest. Zu diesen Regeln gehört zuerst die Pluralität, die Vielfältigkeit der Weltanschauungen innerhalb des Staates. Wenn solche Vielfalt von Glauben und Weltanschauungen in jedem Staat selbstverständlich ist, folgt daraus, dass keiner sich im Besitz letzter Wahrheiten befinden kann. Solche letzten Wahrheiten, die nur einer hat, gibt es ja auch für uns Christen nicht in Fragen der Politik und Gesellschaftsordnung. Darum können wir als Christen unsere Meinungen auch nur anbieten und dafür werben, möglichst geschickt und überzeugend versteht sich, denn in dieser Gesellschaft werden die Menschen mit vielen Meinungen und vielen Versuchen konfrontiert, sie zu beeinflussen.

Ich fürchte, wir Katholiken sind gerade dabei, diese Grundsätze zu vergessen. Aus manchen Verlautbarungen in jüngster Zeit, nicht zuletzt solchen aus Rom, lese ich eine

grundsätzliche Verweigerung eines solchen gesellschaftlichen Engagements der Christen und ein Infragestellen des Kirche-Staat-Verhältnisses, wie es sich bei uns in Deutschland in langen Jahren entwickelt hat. Das macht manche Diskussionen so schwer, weil wir von ganz unterschiedlichen Herausforderungen an uns ausgehen. Zwei Beispiele dazu, zunächst der Fall Schwangerschaftsberatung.

Abtreibung ist fast überall auf der Welt ein Problem, und es ist eines, das uns Christen ganz entschieden herausfordern muss. Wir stehen hier grundsätzlich auf der Seite des Lebens, und in wenigen Fragen sind wir uns im Grundsatz so sehr einig. In Deutschland sind wir uns auch einig, dass wir die gesetzlichen Regelungen in unserem Land nicht für ausreichend halten, um wirksam ungeborenes Leben zu schützen. Doch wie wir mit dieser Situation umgehen, darüber trennen sich unsere Wege.

Wenn wir die Regelungen des Strafgesetzbuches nicht für richtig halten, können wir sie nur ändern, indem wir dafür eine Mehrheit suchen. Finden wir sie nicht, und nichts deutet darauf hin, dass der Bundestag diese Gesetze in unserem Sinn ändern will, können wir nur geschickt und überzeugend auf die Probleme hinweisen, die wir sehen und für unsere Überzeugung eintreten. Wenn wir aber protestierend uns ganz abwenden, in diesem Fall die Beratung von Frauen im Konflikt, wie der Staat sie vorschreibt, ganz verlassen, dann geben wir Staat und Gesellschaft und vor allem die Betroffenen gewissermaßen als unrettbar auf, und wir verlassen die festgelegten Spielregeln des demokratischen Gemeinwesens. Diese verlangen: Gesetze ändert man durch Mehrheiten, Mehrheiten gewinnt man durch Überzeugungsarbeit, aber man darf niemals klagend darauf bestehen, dass man selbst eine ewige Wahrheit zu verkünden habe, diese Zeit und Gesellschaft das nur nicht begreife, weil sie zu blind oder zu hedonistisch sei.

Abgesehen davon, dass wir alles nur schlechter machen, wenn wir die staatliche Beratung von Schwan-

geren verlassen, weil dann andere mit anderen Überzeugungen sehr schnell an unsere Stelle treten, zerstören wir durch eine solche grundsätzliche Verweigerung unsere eigene Einflussmöglichkeit auch in Zukunft. Und in der Zukunft wird es noch viel mehr um die Frage gehen, ob und wie unsere Gesellschaft Leben schützt. Eine offene, demokratische Gesellschaft kann über grundsätzliche Verweigerung nur hinweggehen, sie kann die Pluralität von Anschauungen und Überzeugungen nicht in Frage stellen, und sie kann immer nur darauf warten, welche Meinungen sich durchsetzen.

Ein anderes Beispiel: Wenn aus Rom neuerdings Vorbehalte zu hören sind gegenüber den theologischen Fakultäten an den staatlichen Universitäten, weil man hier die reine Lehre eher gefährdet sieht und wenn darum die Eingliederung der Kirchlichen Hochschule Erfurt in die dortige neue Universität blockiert wird, dann ist dies dieselbe Verweigerung. In einer pluralistischen Gesellschaft kann es nur dieselbe Organisation von Universitäten geben, ist der Dialog unter den Wissenschaften bei der Ausbildung junger Leute ein zentrales Element. In den Windschatten sollte sich nur zurückziehen, wer darin auch bleiben will. Und genau das ist der Streit, um den es in vielen Bereichen unserer Kirche heute geht.

Woher mag diese neuerliche Distanz mancher Kirchenkreise kommen? Hängt das vielleicht damit zusammen, dass es neuerdings eine tiefere Skepsis mancher Katholiken gegenüber der Einstellung und dem Denken der Menschen in diesem Jahrhundert gibt? Kardinal Ratzinger hat vor einigen Jahren in einem Interview mit einer italienischen Zeitschrift diese Klage gegen den Zeitgeist vehement geführt. Könnte es sein, dass viele von uns Christen Dienst an der Welt und ihren Menschen nur unter dem Vorbehalt meinen, dass diese Welt dann auch unsere Überzeugungen annehmen müsse?

In Europa und in anderen Ländern der Welt werden wir Christen immer mehr zur Minderheit. Die Kirchen verlieren zugleich immer mehr besondere Stellungen oder bevorzug-

te Aufmerksamkeit. Das aber bedeutet, dass wir Christen uns Achtung und Einfluss, die Chance in Staat und Gesellschaft das Denken der Menschen und der Politiker prägen zu können, mühsam und klug erringen müssen. Wir können wie andere gesellschaftliche Gruppen nur überzeugen, wenn wir überzeugend sind. Weder durch Druck auf bestimmte Parteien oder Politiker noch dadurch, dass wir als Kirche eine besondere Stellung in Anspruch nehmen, noch durch totale Verweigerung, können wir nachhaltig in der Öffentlichkeit in unserem Sinn etwas bewirken.

Das Christentum ist von seinem Gründer her wesentlich eine Religion der freien und selbstbestimmten Entscheidungen. Diese Freiheit aber müssen die Menschen auch für sich in Anspruch nehmen und verwirklichen. Sie dürfen sich auch in moralischen Fragen nicht bevormunden lassen, müssen über ihren Glauben und die Form ihn zu leben selbst bestimmen, und dürfen vor allem gegen ihr Gewissen nicht zum Gehorsam gezwungen werden. In dieser Ausrichtung auf Freiheit und Selbstbestimmung treffen wir die Sehnsucht der Menschen in diesem Jahrhundert. Zu dieser Sehnsucht der Menschen müssen wir stehen, denn sie gründet auf der Befreiung durch Jesus Christus.

Nicht nur in Deutschland ringen wir Christen um die Frage, wie wir wirklich zu unserer Zeit und zu ihren Menschen stehen. Wir alle sind Kinder unserer Zeit, und die meisten von uns wollen es wirklich sein. Der Staat, in dem wir leben, ist unser Staat, und die meisten von uns wollen keinen andern. Das heißt nicht, dass wir allem zustimmen, was um uns geschieht. Aber es heißt, dass wir als Christen uns in dieser Gesellschaft und diesem Staat engagieren, nach den Regeln, die sie vorgeben und mit dem Ziel, auf Dauer Einfluss ausüben zu können. Das bedeutet, dass wir einen geschickt und engagiert auftretenden Laienkatholizismus bei uns in Deutschland ebenso wollen, wie das Verhältnis von Staat und Kirche, das uns gerade diese Chancen eröffnet. Doch darum werden wir in unserer Kirche streiten müssen. □

EXKURSION „BLICK ÜBER DEN ZAUN“ INS FRANKENLAND

Anselm Grün OSB: „Menschen führen – Leben wecken“

PAUL SCHULZ

Münsterschwarzach

Bei der diesjährigen Exkursion diente der Blick über den Zaun dazu benediktinische Lebensentwürfe kennen zu lernen. Zunächst führte der Weg zur Benediktiner-Abtei Münsterschwarzach, einem der ältesten Klöster Frankens, westlich von Würzburg zwischen Volkach und Kitzingen gelegen. Das Kloster wurde bereits 816 gegründet. Nach wechselvoller Geschichte wurde die Abtei, wie viele Klöster in Deutschland, 1803 aufgehoben. Das klösterliche Leben erlosch, und die Gebäude verfielen fast vollständig. 1913 wurde Münsterschwarzach durch die Missionsbenediktiner von St. Ottilien (Obb.) wiederbegründet. Heute zählt die Abtei 200 Mönche, von denen ca. 60 im direkten Missionsersatz stehen.

Der Cellerar (wirtschaftlicher Leiter) des Klosters, Pater Anselm Grün, nahm das Seminar in Empfang und führte im Rahmen der Gesamthematik „In Verantwortung vor Gott und den Menschen“ in die benediktinische Sicht der „Menschenführung“ ein. In seinen Ausführungen „Menschen führen – Leben wecken“ brachte er die Grundsätze der „Inneren Führung auf einen plausiblen Punkt. Das, was in weltlichen Organisationen zu wenig berücksichtigt wird, stellte er als unverzichtbare Prämisse seiner Führungslehre voran: „Bevor wir führen, müssen wir nachforschen, welche Verletzungen wir selbst erfahren haben, die wir nicht an andere weitergeben dürfen.“ Damit meinte er Wunden, die jedem Menschen in seiner Biographie zugefügt wurden. So hörten die Untergebenen nicht nur die Stimme des Vorgesetzten, sondern alle Stimmen ihrer eigenen Lebensgeschichte und dabei die Verletzungen, die sie in ihrem Leben erlitten haben, meinte der Pater. Deshalb komme es darauf an, sich mit diesen Verletzungen auseinander zu setzen und zu versöhnen, sonst führe das dazu, dass man nun andere verletze. „Führung darf nicht



verletzen, kränken und schaden. Führung darf auch nicht zur Selbstverletzung führen, denn auch dies schädigt die anderen. Wenn wir Probleme haben“, so Pater Anselm, „bellen wir unzufrieden andere an.“ Anhand einfacher praktischer Beispiele zeigte er auf, wie persönliche Verletzungen zu Führungsfehlern und Fehlverhalten führen.

Bei der Frage, was eigentlich Führen ist, wies der Pater auf den lateinischen Ursprung des Wortes Autorität hin (augere = vermehren, fördern). Wer führt, müsse also bei anderen die Fähigkeiten mehren, dürfe andere nicht benutzen, um sich selbst zu beweisen, um Erfolge zu haben und Karriere zu machen. So beschrieb er den Führer als einen Menschen, der sich frage, ob er gewinne, ohne dass ein anderer dabei verliere, der mit Kreativität und Phantasie Lösungen finde und Menschen so aufschließe, dass diese ihre Kräfte zur Entfaltung bringen können. Für Anselm Grün hat Recht verstandene Menschenführung auch eine sozial-therapeutische Wirkung:

Pater Anselm Grün OSB
(Foto: F. Brockmeier)

Umgangston und Umgangsstil wirken sich nach außen aus, Führen im Sinne von Leben wecken richte Menschen auf, mache sie gesund. „Denn wenn ich jemanden ansehe, gebe ich ihm Ansehen.“

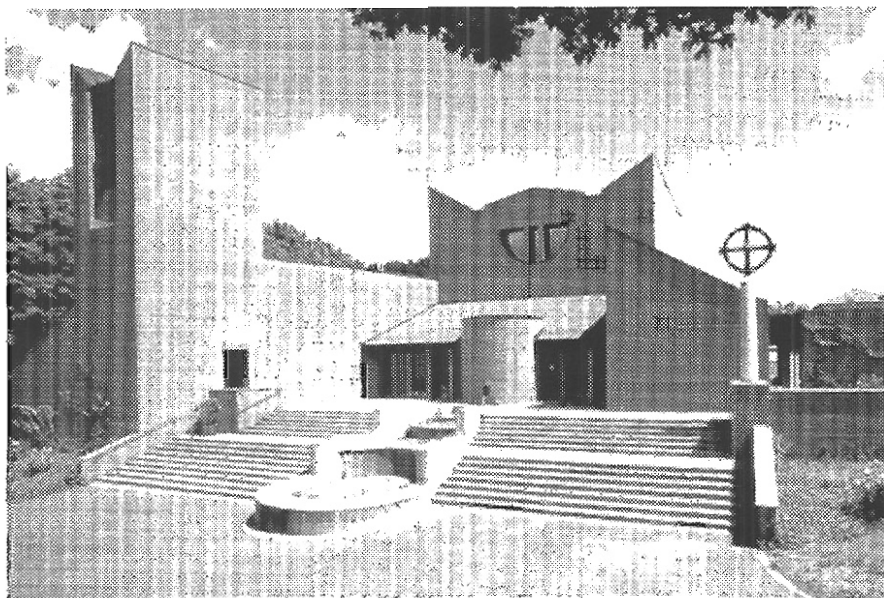
So ist für Anselm Grün „Führen eine Kunst, die vom Menschen zwar viel verlangt, aber auch eine Kunst, die viel Freude bringen kann. Denn es gibt doch nichts Schöneres, als dem Leben zu dienen und in den Menschen Leben hervorzulocken“, schloss der Pater seinen spannenden Vortrag.

Die Teilnahme an der Mittagskore der Mönche in der Abteikirche und ein gut gestalteter Film über das heutige Klosterleben und das Wirtschaftsunternehmen Kloster beschlossen den Besuch in Münsterschwarzach.

Schwanberg

Am Nachmittag führte der Weg das Seminar auf den nahe gelegenen Schwanberg, der seit altersher eine Fliehbürg, Kulturzentrum und heiliger Berg der Region ist. Heute ist





„Kirche ist kein Gebäude. Kirche besteht aus Menschen.

Auf dem Schwanberg wurde Kirche gelebt, lange bevor man an einen Kirchenbau dachte. Er war und ist lebendige Kirche in ökumenischer Weite.“ Abt Fidelis Ruppert von Münsterschwarzach bei der Einweihung der Kirche St. Michael auf dem Schwanberg

(Foto aus Prospekt der Communität)

Geistlichen ein vor Jahren gegebenes Versprechen ein.

Prälat Köster hatte ins 1996 fertig gestellte, an der Stelle des baufälligen Rathauses von Theilheim errichteten Pfarrheims zu einer deftigen fränkischen Brotzeit eingeladen. Und da man sich ja inmitten des fränkischen Weinanbaugebietes befand wurde das Essen mit einer Weinprobe verbunden, durch die der örtliche Bio-Weinbauer Edgar Wallrapp führte. Unterstützt wurde der Gastgeber durch Damen der Frauengemeinschaft der Pfarrei. Als besondere Überraschung spielte die Theilheimer Blaskapelle in fränkischer Tracht gekleidet den Soldaten auf dem Platz zwischen Pfarrheim und Kirche ein Ständchen. Abschließend überreichte der Ortschronist Siegfried Faulhaber den Besuchern eine Broschüre über die Theilheimer Pfarrkirche, die die Soldaten wegen der späten Ankunft nicht mehr hatten besichtigen können.

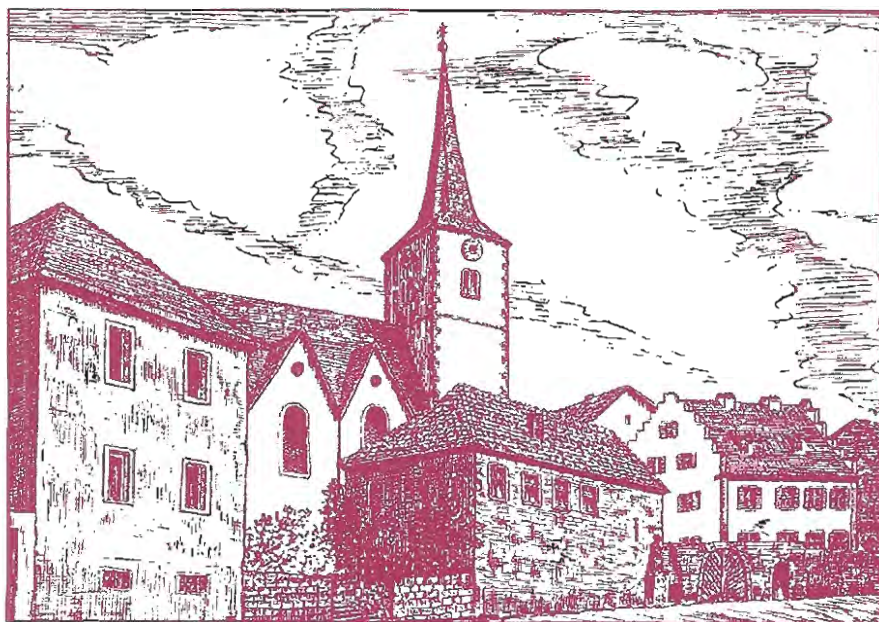
der Schwanberg Hauptsitz der evangelisch-lutherischen Ordensgemeinschaft Communität Casteller Ring. 30 Schwestern wohnen hier in einer nach benediktinischer Regel gestalteten Lebens- Arbeits- und Gebetsgemeinschaft.

Schwester Hildegard führte die Gruppe durch die 1987 eingeweihte St. Michaelskirche und stellte die Communität vor. Diese war aus geheimen Treffen in den vierziger Jahren aus der Pfadfinderarbeit und dem Wunsch nach gemeinsamem Gebet entstanden. Durch die Verbindung zur nahen Abtei Münsterschwarzach waren die Damen mit den benediktinischen Ordensregeln vertraut, schlossen sich nach dem Krieg zu einer zunächst geheim gehaltenen Gemeinschaft zusammen, die sich 1957 gegenüber der Kirchenleitung offen legte. Die Schwestern, die den Profess (d.h. Ordensgelübde mündiger Gehorsam, Gütergemeinschaft und Ehelosigkeit) ablegen, wählen für sechs Jahre eine Priorin, die ihrerseits Schwestern in Leitungsaufgaben (Vertreterin, Cellerarin, Betreuerin für junge Schwestern) beruft. Die Priorin gibt der Gemeinschaft die geistigen Impulse. Ihr zur Seite steht ein von der Landeskirche freigestellter Pfarrer. Dreimal wöchentlich feiert die Gemeinschaft einen Abendmahls-gottesdienst. Viermal am Tag laden die Schwestern zum Stundengebet ein. Viele Gäste kommen jährlich gezielt auf den Schwanberg, um hier in einer spirituellen und familiären Atmosphäre geistliche Orientierung,

seelsorgliche Begleitung und heilende Gemeinschaft zu erfahren.

Theilheim

Den Abschluss des Exkursionstages bildete der Besuch beim früheren Militärdekan Werner Köster. Der Prälat war vor Dekan Walter Theis Geistlicher Beirat der GKS und im Katholischen Militärbischofsamt Referatsleiter Personal und Stellvertreter des Militärgeneralvikars. Heute ist er Pfarrer der katholischen Pfarrei St. Johannes der Täufer in Theilheim bei Würzburg. Mit diesem Besuch löste die GKS gegenüber ihrem früheren



Die St. Johannes-Kirche in Theilheim mit Pfarrheim (v.l.) und Pfarrhaus (r.) nach einer Zeichnung von Siegfried Faulhaber



Eindrücke vom fränkischen Abend im Theilheimer Pfarrheim: die Theilheimer Blaskapelle spielt auf (l.), Prälat Werner Köster erinnerte sich unter den Soldaten gern an seine Zeit als Militärdekan und fühlte sich als Gastgeber von 76 Soldaten aller Dienstgrade vom Unteroffizier bis zum Oberst sichtlich wohl (r.).

Abschließend bedankten sich die Soldaten artig bei den aufmerksamen Damen der Frauengemeinschaft der Pfarrgemeinde für die gastfreundliche Bewirtung

(Fotos: GKS u. F. Brockmeier)



KURZ NOTIERT

GKS Bundesvorstand

Auf Antrag der GKS wurde die Gemeinschaft am 7. Nov. 1999 durch einstimmigen Beschluss der Mitgliederversammlung der Katholischen Akademikerarbeit Deutschlands (KAD) als neues Mitglied in diesen Dachverband aufgenommen.

Militärseelsorge: Ökumen. Gottesdienst zum Jahr 2000

Mit einem Gottesdienst am 7. Dezember haben die kath. und ev. Militärseelsorge im Bundesverteidigungsministerium in Bonn das neue Kirchenjahr und damit den Übergang ins Jahr 2000 begangen. Für die Christen sei mit dem Advent das neue Jahrtausend schon gekommen, sagte Militärgeneraldekan Erhard Knauer. Militärgeneralvikar Jürgen Nabbefeld rief die Christen dazu auf, ihren Glauben sichtbar zu machen. Der ev. Theologe Christian Grethlein würdigte die Militärseelsorge. Sie könne Räume für Gemeinschaften auf Zeit zur Verfügung stellen, in denen über religiöse Fragen sachkundig nachgedacht und Erfahrungen gemacht werden, die zum christlichen Glauben führten. (KNA)

VOR 125 JAHREN:

Retter der Demokratie: Winston Churchill

ECKARD STUFF

Winston Spencer Churchill, der im 20. Jahrhundert zum Retter der Demokratie in Europa wurde, erblickte am 30. November 1874 das Licht der Welt. Genauer gesagt war es das Licht der Damengarderobe von Schloss Blenheim, bis zum Schlafzimmer hatte es seine Mutter, eine lebenslustige junge Frau amerikanischer Herkunft, die auf Teilnahme an einem Ball bestand, nicht mehr geschafft. Die englische Oberklasse jener Zeit fand an der Erziehung ihrer Kinder wenig Interesse, das mussten andere übernehmen. Familienleben war zweitrangig. So wechselte Winston von der Kinderfrau ins Internat. Sein Vater, Lord Randolph, verstarb – nach kurzer steiler politischer Karriere und jähem Absturz früh in geistiger Umnachtung. Winston verehrte den Vater, den er so wenig gekannt hatte, ein Leben lang.

Die bleibende historische Bedeutung Winston Churchills liegt in dem Zweikampf, den er mit Hitler vom Mai 1940 bis zum Juni 1941 ausgefochten hat. In dieser Zeit, nach dem schnellen Zusammenbruch Frankreichs, stand nur er einem Sieg Hitlers im Weg. In dieser Zeit zimmerte er das Bündnis mit Roosevelt. Bevor Churchill in der Stunde der größten Gefahr für die zivilisierte Welt im Jahre 1940 Premierminister wurde, diente er seinem Land in vielen hohen Funktionen: Schon mit 32 Jahren wurde er Unterstaatssekretär für die Kolonien, danach Wirtschaftsminister, Innenminister, Erster Lord der Admiralität, Rüstungsminister, Kriegs- und Luftfahrtminister, Kolonialminister, Schatzkanzler. Über sechs Jahrzehnte hinweg, beginnend mit seiner Wahl ins Unterhaus im Jahre 1900, war Winston Churchill leidenschaftlicher Parlamentarier. Er war ein begabter Maler und vor allem ein bedeutender Schriftsteller: Churchill, der Politiker, wird 1953 mit dem Nobelpreis für Literatur ausgezeichnet. Ein gewaltiges, für heutige Verhältnisse kaum vorstellbares Lebens-

werk also. Wenn jedoch die Geschichtsbücher späterer Jahrhunderte den Namen Winston Spencer Churchill nicht auslassen dürfen, so liegt die Ursache dafür insbesondere in seinem Wirken in den dreißiger Jahren, als Churchill als fast vereinsamerter Hinterbänkler, verspottet und bei vielen verhasst, früher als andere die Zeichen der Zeit, die tödliche Gefahr des Nationalsozialismus erkannte, und sie fortan ausdauernd und leidenschaftlich bekämpfte. So schwamm er jahrelang gegen den Strom, bis schließlich auf tragische Weise deutlich wurde, wie berechtigt seine Warnungen und die daraus resultierenden Forderungen an die Politik waren. Geradezu selbstverständlich wurde er dadurch in der Stunde der größten Gefahr zum Retter seines Landes, ja wahrscheinlich der ganzen zivilisierten Welt.

Als im Jahre 1932 die Weimarer Republik dahinsiecht und die Nationalsozialisten in Deutschland zur stärksten Partei werden, ist Churchill 58 Jahre alt und hat bereits eine glänzende Karriere hinter sich, in der er – wie gesagt – mit Ausnahme der Posten des Premierministers und des Außenministers jedes wichtige Amt im Kabinett bekleidet hat. Da er in Grundsatzfragen keine Kompromisse schließt, hat Churchill – wieder einmal einen Bruch in seinem Leben vollzogen. Solche Brüche gibt es mehrere: 1904 der Wechsel von der konservativen zur liberalen Partei, 20 Jahre später die Rückkehr zur konservativen Partei, und vor allem seine Entlassung als erster Lord der Admiralität im Jahre 1915, nach der er schließlich für einige Zeit aus der Politik an die Front floh und dort als Batallionskommandeur in Flandern diente. Diesmal war es die Kolonialpolitik, die zum Bruch führte. Anfang 1930 (die Konservativen waren gerade kurzzeitig in der Opposition) trat Churchill wegen der Nachgiebigkeit seiner eigenen Partei gegenüber Indien aus dem konservativen Schattenkabinett aus. Danach hielt er jahrelang bissige Reden für die Beibe-

haltung der alten Kolonialpolitik gemäß dem Grundsatz von Queen Victoria „Ich halte es für unklug, aufzugeben, was wir im Besitz haben“. Damit kämpfte er auch gegen die eigene Parteiführung. Die Folge war, dass er nach der Regierungsübernahme durch die Konservativen im Jahre 1931 kein Regierungsamt mehr angeboten bekam. 1932 war Winston ein politischer Außenseiter. Als ernst zu nehmender Politiker schien er erledigt.

„Zu den von den Alliierten 1945 im Büro des deutschen Außenministers Joachim von Ribbentrop in der Wilhelmstraße beschlagnahmten Geheimdokumenten gehörte auch eine Denkschrift mit dem Aktenzeichen „K567878-A283“. Es war der von einem deutschen Botschaftsrat von der deutschen Botschaft in London am 18. Oktober 1930 verfasste Bericht, in dem er meldete, er sei während der letzten beiden Tage auf einer Wochenendparty mit Mister Winston Churchill zusammengetroffen. Churchill habe seine Meinung über den Nationalsozialismus mit schneidender Stimme dargelegt und gesagt, er habe zu einer wesentlichen Schwächung der außenpolitischen Situation Deutschlands beigetragen. Dabei habe er sich besonders mit Hitler beschäftigt und gesagt, er hielt ihn für einen geborenen Lügner und obwohl Hitler erklärt habe, dass er nicht beabsichtige, einen Angriffskrieg zu führen, sei Churchill überzeugt, dass Hitler oder seine Anhänger die erste Gelegenheit nutzen würden, um zu den Waffen zu greifen.“

Diese Erkenntnis Churchills aus dem Jahr 1930 (!!) beschreibt William Manchester in seinem Buch „Allein gegen Hitler 1932-1940“. Die Beschäftigung mit Hitler und dem Nationalsozialismus und den daraus entstehenden Gefahren wurde fortan zur zentralen Aufgabe in Churchills politischem Wirken. Sebastian Haffner sieht die beiden großen Gegenspieler dieses Jahrhunderts in einem beinahe mystischen Zusammenwirken. „Ohne Churchill hätte Hitler

Churchill, Truman und Stalin in Potsdam (Juli–August 1945).

Potsdamer Abkommen: Das deutsche Volk muss überzeugt werden, dass es eine totale Niederlage erlitten hat und dass es sich nicht der Verantwortung entziehen kann für das, was es selbst durch den totalen Krieg auf sich geladen hat. Die Siegermächte setzen zur Verwaltung Deutschlands einen Alliierten Kontrollrat ein und verlegen die Westgrenze Polens an die Oder-Neiße-Linie. Der eigentliche Zweck der Potsdamer Konferenz, die Friedensregelung vorzubereiten, wurde einem Außenministerrat überantwortet.

Churchill, der dem Stalin-Konzept zur Aufteilung Europas in eine sowjetische und eine amerikanische Einflusszone immer heftig widersprochen hatte, wurde während der Potsdamer Konferenz gestürzt.

Nach einem geflügelten Wort hatten die Alliierten zwar den Krieg gewonnen, aber den Frieden verloren. (PS/Archivfoto)



triumphiert, und ohne Hitler wäre Churchill als brillanter Versager und Anachronismus verstorben. Die beiden Männer, die einander nie im Fleische erblickt haben, marschierten, ohne es zu wissen, seit Jahren aufeinander zu und fechten dann ein tödliches Duell miteinander aus.“

Nach dem Kriegseintritt der Vereinigten Staaten verschoben sich die Gewichte in der Allianz allmählich. Vom politischen und militärischen Gewicht konnte sich England nicht mit den Vereinigten Staaten und Russland messen. Churchill wurde mehr und mehr zum Juniorpartner. Er wollte die Invasion auf den europäischen Kontinent vom Süden her mit ganzer Kraft, nicht über Frankreich, wollte so den Russen den Zugriff auf weite Teile Mitteleuropas versperren. Aber Roosevelt und Stalin einigten sich über ihn hinweg. Churchill fürchtete, dass dadurch der nächste Krieg in Europa, gegen Russland, vorprogrammiert sei. Durchsetzen konnte er sich nicht mehr. Er wusste auch, was er damit beispielsweise den Polen antat und litt darunter fürchterlich. Aber welche Alternative hatte er schon?

Im Sommer 1945 verlor er die Unterhauswahlen. Aber das politische Urgestein konnte nicht von der Politik lassen, und so gelang ihm 1951 ein Comeback als Premierminister. Als Achtzigjähriger gab er schließlich 1955 das Amt auf, als Neunzigjähriger verstarb er zehn Jahre danach.

Zeit lebens stand Winston Churchill dafür ein, dass Frieden nicht ohne Freiheit möglich ist und man bereit sein müsse, für die Freiheit gegebenenfalls auch zu kämpfen. Dieser Wille zum Kampf isolierte Churchill zu Beginn der dreißiger Jahre.

Oxford und Cambridge, die führenden Universitäten, waren damals treibende Kräfte des Pazifismus in England. Ihre Weigerung, „unter keinen Umständen für König und Vaterland zu kämpfen“, hat Churchill zornig gemacht und seinen Ekel erregt. Vehement wandte er sich gegen die Erklärung der Oxford Union, was seine politische Vereinsamung damals allerdings noch vergrößerte. Denn die Führung der Konservativen

Partei war bereit, um der Machterhaltung willen, pazifistischen Grundströmungen entgegen zu kommen. Die Geschichte hat Winston Churchill schließlich auf brutale Weise Recht gegeben. Sein Wille zum Kampf machte ihn 1940 zum Mann der Stunde, sein Sieg zum Mann des Jahrhunderts. □

Korrumpierte Elite – Dienen und Verdienen

ECKHARD STUFF

Eine bisher weit gehend unbeleuchtete Dimension des Dritten Reiches erhellen Gerd Ueberschär und Winfried Vogel in ihrem Buch „Dienen und Verdienen. Hitlers Geschenke an seine Eliten“. Das Autorengespann, Militärgeschichtler am Militärgeschichtlichen Forschungsamt und ehemaliger Brigadegeneral, deckt eine weitere schmutzige Seite der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland auf: die Herrschaft durch Korruption. Gewiss, das Phänomen ist weder neu noch vergänglich, aber bisher in diesem Umfang für das Dritte Reich noch nicht aufgezeigt worden. Es geht um große Ländereien, stattliche Rittergüter und gewaltige Geldbeträge. Und betroffen waren prominente Persönlichkeiten des Reiches aus Verwaltung, Militär und Kulturleben. Bis in die letzte Phase des Krieges sind führende Offiziere der Wehrmacht und SS-Führer in besonderem Maße von Hitler persönlich bedacht

worden. Für die diskrete Abwicklung war der Chef der Reichskanzlei, Reichsminister Lammers, zuständig.

Ueberschär und Vogel definieren ihr Erkenntnisinteresse wie folgt: „Dieses Buch soll die Frage beantworten, wer in welcher Form und in welchem Ausmaß aus dem Kreis von Hitlers politischer und militärischer Elite eine Zuwendung des Diktators erhalten hat; zugleich vermittelt es einen Eindruck, wie weit die Verstrickung und Abhängigkeit materieller Art von Angehörigen der politischen und militärischen Führungsschicht im NS-Regime gegangen ist.“

Und es gibt eine aktuell-politische Erkenntnis, die den Leser ebenso berühren könnte: Es gab nach 1949 keine spezielle gesetzliche Regelung zur Rückgabe der gezahlten Dotationen. Lediglich in einigen Fällen, in denen die alliierte Militärregierung tätig wurde, konnte es zur Rückführung des Dotationsvermögens kommen. Für die Mehr-

zahl gilt: das Schmiergeld blieb in den führertreuen Händen.

Hitler vergab die Dotationen ohne Regel und willkürlich, aber mit der Absicht, Wohlverhalten zu erzeugen. Zumindest in Bezug auf die Militärelite des Dritten Reiches lässt sich konstatieren, dass diese Rechnung aufging. Nur wenige Generale wagten die Kritik an Hitler, der Widerstand war schließlich wesentlich von jüngeren Offizieren getragen. Ihrem Ruf von Ehrlichkeit und Anständigkeit wurde die Generalität in ihrer Gesamtheit nicht gerecht. Und: „Überraschend ist die Beobachtung, dass die Beschenkten keinerlei Gespür für die Rechtmäßigkeit oder Zulässigkeit des Dotationsvorgangs und für die Korruption durch den ‘Führer’ entwickelten. Die Dotationsempfänger werteten es nicht als Bestechung durch Hitler, wenn dieser ihnen zum Geburtstag ein riesiges Vermögen, wie z.B. 250.000 Reichsmark, schenkte. Es ist anzunehmen,

dass ein Teil der Dotation staatlich und insbesondere im parteipolitischen Bereich diese Zuwendung durch Hitler als gerechten Ausgleich für in der „Kampfzeit“ erlittene materielle Nachteile ansah.“

Erst angesichts der Niederlage gingen einigen die Augen auf. Nur wenige haben es allerdings so auf den Punkt gebracht wie General Wilhelm Burgdorf, Chef des Heerespersonalamtes, der in den letzten Kriegstagen im Streit mit Martin Bormann und dem letzten Chef des Generalstabs des Heeres, General Krebs, erklärte: „Im Glauben an die gute Sache ist die Jugend eines 80-Millionen-Volkes auf den Schlachtfeldern Europa verblutet, sind Millionen unschuldiger Menschen geopfert worden, während ihr, die Führer der Partei, euch am Volksvermögen bereichert habt. Geprast habt ihr, ungeheure Reichtümer zusammengekratzt, Rittergüter gestohlen, Schlösser gebaut, im Überfluss geschwelgt, das

Volk betrogen und unterdrückt. Unsere Ideale, unsere Moral, unseren Glauben, unsere Seele habt ihr in den Schmutz getreten. Der Mensch war für euch nur noch das Werkzeug eurer unersättlichen Machtgier. Unsere Jahrhunderte alte Kultur, das deutsche Volk habt ihr vernichtet. Das ist eure furchtbare Schuld!“

Es war auch seine Schuld. Was der früher stets hitlertreue Burgdorf wohl auch so sah und sich nach Hitlers Tod das Leben nahm.

Andere Heerführer verschwiegen die Dotationen noch in ihren Lebenserinnerungen. Dabei hätten sie Hitler stoppen, sich wenigstens ihm entgegenstellen können. Doch die Elite der Wehrmacht tat es nicht. Ueberschär und Vogel zeigen einen wichtigen Grund, warum sie es nicht taten.

Gerd R. Ueberschär/Winfried Vogel: Dienen und Verdienen. Hitlers Geschenke an seine Eliten. S. Fischer Verlag, Frankfurt/Main 1999, 302 S.

PLÄDOYER FÜR EINE IDEOLOGIEFREIE UND GERECHTE BEWERTUNG DER SOLDATEN DER WEHRMACHT

Die Wehrmacht im Spiegel von Publikationen

HELMUT FETTWEIS

Die Wehrmacht als homogenes Gebilde hat es nie gegeben. Die Wehrmacht war eine Großorganisation, die bereits in Friedenszeiten sehr unterschiedliche Ausprägungen umfasste. Der größte Bereich war das Heer. Die Marine bildete ein in sich geschlossenes Gemeinwesen mit unterschiedlichen Strukturen (U-Boote, Kampfschiffe, Küstenartillerie, Fliegerverbände usw.). Die Luftwaffe, unter Göring als nationalsozialistisch ausgerichteter Wehrmachtsteil geplant, hatte ebenfalls sehr unterschiedliche Strukturen (Flak, Jagdflieger, Kampfgeschwader, Transporteinheiten usw.). Ein besonderer Unterschied, Göring untersagte der Luftwaffe eine eigene Militärseelsorge. Im Frieden fiel das weniger auf, weil die Standortpfarrer ihre Aufgabe ohne Rücksicht auf die Art der Teilstreitkräfte wahrnahmen.

Das Heer war ein besonders „bunt“ zusammengefügtes Gebilde. Die ehemaligen Einheiten der Reichswehr bildeten den Kern. Hier

gab es viele Offiziere, die ihren Beruf nach ethischen Maximen ausübten: Ritterlichkeit, christliche Verantwortung, Recht und Gerechtigkeit. Die Erfahrungen des 1. Weltkrieges spielten für diese Generation – meist ab Stabsoffizier aufwärts – eine prägende Rolle. Nicht mehr das Herrenprinzip, sondern die Verbundenheit zum Kameraden in gleicher Aufgabe und Not – bei aller Wahrung des persönlichen Abstandes – waren ein „Gütezeichen“. Da gab es keinen „Kadavergehorsam“. Mit dem Ausbau der Wehrmacht zur Wehrpflichtarmee (ab 1935) wurden Offiziere und Unteroffiziere aus anderen militärähnlichen Einrichtungen abgeworben. Aus den kasernierten Polizeieinheiten, aber auch aus dem Kreis ehemaliger Reserveoffiziere und Unteroffiziere wurden Führungskräfte gesucht. Fast unerheblich war zum damaligen Zeitpunkt der Zustrom aus der normalen Polizei oder aus SA- und SS-Kreisen.

Eine besondere Gruppe, vorwiegend unter Offizieren, bildeten ehe-

malige Angehörige von Jugendverbänden. Hier spielte, neben einer patriotischen Einstellung, der Gedanke der edlen und reinen Männergemeinschaft eine Rolle. Die blaue Blume bündischer Romantik war in den 30er-Jahren eine elitäre Vorstellung und umfasste sowohl katholische, evangelische als auch freie Jugendverbände. Diese ideal gesinnten Männer – um die 20 Jahre – waren überzeugt davon, dass es in der Wehrmacht die Möglichkeit gebe „rein zu bleiben und reif zu werden“. Ich habe Vorgesetzte und Kameraden aus diesen Jugendverbänden erlebt und verneige mich auch heute noch vor dem Idealismus dieser Jahrgangskameraden, die zum großen Teil – in Stellungen als Zugführer oder Kompanie-Chef – in Polen und Frankreich gefallen sind.

Man kann also – die Beispiele ließen sich bis in die Endphase des Krieges fortsetzen (u.a. Mölders, Graf Stauffenberg und andere gehören dazu) – nicht einfach eine ganze Ge-

neration von Kriegsteilnehmern pauschal verurteilen, wie es zu tun die Wehrmachtsausstellung bemüht ist.

Veröffentlichungen in Focus, FAZ u.a. zeigen, was hier versucht wurde. Man hat mit großem finanziellen Aufwand (Reemtsma, Vater war Zigarettenzentrallieferant der Offizierscasinos der Wehrmacht, „R6“) versucht darzustellen, dass die Wehrmacht ein verbrecherischer Haufen in Hitlers verbrecherischen Plänen war.

In dieser Zeitschrift AUFTRAG wurde auf gravierende Fehler durch deutsche und andere Autoren hingewiesen. Aber bevor die letzten Zeitzeugen ihr Wissen in die Tiefe des ewigen Lebens mitnehmen, muss der junge Generation und auch den Enkeln verdeutlicht werden, was in den schrecklichen Jahren 1933-1945, – aber auch 1945-1990 in der DDR – wirklich geschehen ist.

Für die Gedanken an ein ideales Leben in einer Gemeinschaft der Völker steht das Buch: *„Reiten für Russland“ Gespräche im Sattel, von Heinrich Jordis von Lobhausen, Leopold Stocker Verlag, Graz 1998.* Der Autor schildert Gespräche einiger junger Offiziere, auf dem Vormarsch in Russland in der Zeit vom 15.07.1942 bis zum 21.07.1942. Man mag diese Gespräche für weltfremd halten. Ich habe jedoch solche Menschen kennen gelernt und muss auch 1999 noch ihre Gedanken ernst nehmen. Es ist heute nicht leicht, den Gedankengängen zu folgen. Dennoch sind sie wichtig, weil sie zu einer sachlichen Bewertung der damaligen Zeit unentbehrlich sind. Es ergibt sich sogar eine Frage an die jüngste Generation: müsste nicht öfter so intensiv nachgedacht werden, wie von den „Vätern und Großvätern im Sattel“, den Reiter von 1942 – von denen keiner die Heimat wieder sehen durfte.

Von anderem Zuschnitt ist das Buch *„Unternehmen Barbarossa“, der Marsch nach Russland, Paul Carell, Lizenzausgabe für Weltbild Verlag GmbH, Augsburg 1999.* Der Autor hat in einer sorgfältigen Arbeit, die umfangreichen Dokumente, Studien, Kriegstagebücher, Erlebnis-schilderungen, Memoiren und Verlautbarungen zu einer für den Leser nachvollziehbaren Information zusammengedrückt. Mit der genauen Durchsicht dieses Werkes ist es mög-

lich, die historischen Abläufe, aber auch das dramatische Geschehen nachzuerleben. Mit dieser wissenschaftlichen Grundlage ist es möglich, die Geschehnisse ab 20.06.1941 in das Gesamtbild einzuordnen.

Weitgehend unbekannt war – das muss man der damaligen Aufklärung als Versagen anrechnen –, was Stalin für den Fall eines Krieges sorgfältig vorbereitet hatte: den Partisanenkrieg. Hierzu ist ein Buch besonders hilfreich: *„Partisanen“, Strategie und Taktik des Guerillakrieges, Brigadier C. Ahrey Dixon, O.B.E. und Otto Heilbrunn, Verlag für Wehrwesen, Bernard und Graefe, Frankfurt, 1956.* Der Autor geht zunächst von der Überraschung aus, die englische Truppen in Malaya und Burma durch Partisanenverbände erleben mussten. Er geht dann auf die Entstehung der Partisanenbewegung ein, die 1937 durch den damals unbekannten Mao-tse-Tung entworfen und von Stalin übernommen wurde. Die Autoren verweisen aber auch darauf, dass bereits Marx und Lenin den Partisanenkrieg bewusst entwickelt haben. Durch geschickte Überfälle sollte der militärische Gegner so gereizt werden, dass er einmal viele Truppen für die Sicherung des Hinterlandes aufbringen musste und zum andern durch seine harten Gegenmaßnahmen, die schwankende Zivilbevölkerung gegen sich aufbringen sollte. Opfer unter der Zivilbevölkerung wurden dabei „kalt“ mit einkalkuliert. Diese Art einer Kampfführung widersprach den „ritterlichen“ Gepflogenheiten der damaligen Zeit und war daher nicht eingeübt. Aus dieser Perspektive sind daher manche Bilder der Ausstellung zu bewerten. Nach Art. 43 der Haager Landkriegsordnung waren damals entsprechende Gegenmaßnahmen völkerrechtlich gedeckt.

In einem weiteren Buch: *„Partisanenkampf“, Erfahrungen und Lehren, Hellmuth Rentsch, Verlag Bernard und Graefe, Frankfurt, 1961,* wird verdeutlicht, wie sehr Partisanenbewegungen das Kriegsgeschehen im vergangenen Jahrhundert beeinflusst haben. Wenn der Autor auch zu der Meinung kommt, dass der Gipfel dieser Art Kriegsführung überschritten sei, so ist doch die Darstellung der verschiedenen Entwicklungsstufen für die Beurteilung der Vergangenheit von großem Gewicht.

Hier werden nicht nur die geistigen Hintergründe der Strategien, sondern auch ihre geologischen und geopolitischen Gegebenheiten beleuchtet. Die aufgeführten Formen der Abwehr erhellen gewisse Entwicklungen in der Partisanenbekämpfung.

Deutlich wird diese Entwicklung vor dem Hintergrund der Geschichte des Sozialismus. *„Stalin“, Triumph und Tragödie, Dimitri Wolkegonow, Econ-Verlag, Düsseldorf, 1996.* Der Autor (Jg. 1928) war Generaloberst der sowjetischen Armee, Philosophieprofessor an der Militärakademie „Lenin“ und Leiter des Instituts für Militärgeschichte im russischen Verteidigungsministerium. Für ihn war Stalin ein „grausamer Despot“. Aber er führt die Ursache dieser Entwicklung eines Diktators auf die Grundlage des „marxistisch/leninistischen“ Gedankengebäudes zurück. Ein zweifellos begabter Mensch hat es verstanden, den Persönlichkeitskult für seine verbrecherische Kriegsführung zu entwickeln, Partisanen, Grausamkeiten gegen die eigene, aber auch andere Völker einzusetzen. Die Amoralität des Diktators hat auch auf die Kriegsführung abgefärbt.

Die ganze Perfidie eines als Befreiungskampf deklarierten Krieges lässt sich – nahtlos zu vorbesprochenen Buch – aus dem Werk: *„Stalins fremde Heere“, Schicksal der nicht-sowjetischen Truppen im Rahmen der Roten Armee, 1941-1945, Peter Gosztory, Bernard und Graefe Verlag, Bonn 1991,* erkennen. Der Autor ist schweizerischer Zeitgeschichtler und Militärhistoriker. Er leitet die schweizerische Osteuropa-Bibliothek. Gosztory weist nach, mit welcher zielstrebigem Grausamkeit Stalin und sein Zentralkomitee polnische, tschechische, rumänische, bulgarische, ungarische und jugoslawische Patrioten für seine Zwecke eingesetzt hat. Sie wurden gezwungen für ein sozialistisches Ziel in Europa zu kämpfen. Dabei wurden ihnen Kampfmethoden auferlegt, die aus ihrer nationalen Geschichte und Ethik nicht zu erklären sind. Auch hier ist erkennbar warum der Krieg im Osten ein brutaleres Antlitz trug, als viele Kriege vorher.

Man wird das Phänomen der Gewalt nicht erklären können, wenn man nicht auch

Werke hinzuzieht, die sich mit dem Prinzip des Terrors, wie er von Kommunisten ausgeübt wird, beschäftigt. Hilfreich ist hierbei das Buch: „*Staatsterrorismus*“, *Theorie und Praxis kommunistischer Herrschaft*, Martin Pabst, Leopold Stocker Verlag, Stuttgart, 1997. Der Autor hat aus veröffentlichten Bildern und Darstellungen in deutscher und englischer Sprache in Europa, Asien, Amerika und Afrika zusammengestellt, was unter dem marxistisch-leninistischen Staatsterrorismus an Leid über die Menschheit gebracht wurde. Er weist ausdrücklich darauf hin, dass es auch andere „Diktatoren“ mit nicht zu verzeihenden Blutspuren (u.a. Hitler) gegeben hat. Aber Stalin hat eine Weltanschauung Marxismus/Leninismus zu einem Unterdrückungsinstrument unvorstellbaren Ausmaßes entwickelt. Diese Spur der Grausamkeit zieht sich auch durch die Kriegsführung ab 1941.

Verdeutlicht wird diese Grausamkeit der Kriegsführung auch in dem Buch: „*Der Kampf um Berlin 1945*“, von den Seelower Höhen zur Reichskanzlei, Tony H. Tissier, Bechtermünz Verlag, 1998. Der britische Militärhistoriker hat unter sorgfältiger Ausschöpfung aller Quellen diesen Endkampf um Berlin geschildert. M. Wolffsohn schreibt in seinem Vorwort, dass hier die Rote Armee dem braunen Terrorregime den Todesstoß versetzt hat. Den Menschen damals war klar, dass der Teufel Hitler mit dem Beelzebub Stalin ausgetrieben wurde. Die Blutspur der Roten Armee von Ostpreußen bis Berlin ist nach dem Verständnis ritterlicher Kampfführung alter Vorstellung, eine Barbarei. Sie ist aber – außer persönlichen Untaten – den einzelnen Soldaten der russischen Armee ebenso wenig anzulasten, wie den deutschen. Der Autor weist anhand eines Weltüberblicks nach, dass die Grausamkeit auf dem Schlachtfeld – auch gegenüber der russischen Truppe – ein Element des sozialistischen Systems war.

Nimmt man das Buch: „*Das Ende der Illusion*“, *der Kommunismus im 20. Jahrhundert*, Francois Furet, Piper Verlag, München, 1996, hinzu, wird deutlich, dass mit dem sowjetischen Herrschaftssystem eine politische Macht von der Weltbühne abgetreten ist, die für eine unendliche Fülle von grausamen Werken verantwortlich ist.

Der Autor, lange Jahre Direktor der „Ecole des hautes études en sciences sociales“ in Paris, hat in sehr subtiler Weise den Weg des Sozialismus aufgezeigt und zugleich den Grundfehler dieser Ideologie verdeutlicht: Die Verachtung des einzelnen Menschen als Geschöpf Gottes. Wenn auch mit dem Untergang des sowjetischen Systems der Kommunismus als Idee untergegangen ist, so ist zu erwarten, dass Epigonen aus der alten Glaubensmasse noch neue Ideen herausfiltern möchten. Dazu dient dann auch, dass man „alte Gegner“ in Form des Antifaschismus als Popanz aufwerten will.

Zieht man das Fazit aus einer Fülle von geschichtlichem Material, dann erkennt man, dass es heute Interessenten gibt, die, um von der eigenen Blutspur (des Kommunismus) abzulenken eine Generation von deutschen Soldaten verteufeln will.

Wie also sah es damals aus?

Das Buch: „*Verbrechen an der Wehrmacht*“, *Kriegsgreuel der Roten Armee 1941/1942*, Franz W. Seidler (Hrsg.), Pour le Mérite-Verlag für Militärgeschichte, 1997, Selent, weist nach, in welcher ungeheurer Weise Verbrechen an Soldaten der Wehrmacht verübt worden sind. Der Autor ist Professor für Neuere Geschichte an der Universität der Bundeswehr in München.

In diesem Buch werden 300 sowjetische Kriegsverbrechen in der Zeit von 1941/42 aufgelistet mit Protokollen und Bildern belegt. Sie lassen erkennen, dass in dieser Zeit die Grausamkeit der Kriegsführung – unbeachtet, dass der Überfall der UdSSR durch Hitler ein Angriffskrieg war – von russischer Seite vorgegeben war.

Liest man dazu die Aufrufe eines Ilja Ehrenburg wird deutlich, dass ein menschenverachtendes Regime – noch brutaler als mancher Faschist – Menschenunwürdigkeit in den Krieg getragen hat. Dieses Buch ist ein Werk, dass Aufschluss gibt über die menschlichen Abgründe, die -ismen (Sozialismus – Faschismus) aufreißern können.

Sieht man vor diesem Hintergrund die Wehrmachtsausstellung, dann muss man erschüttert sein vor der dilettantischen Art, mit der eine „wissenschaftliche Ausstellung“ ge-

macht wurde. Oder aber, das ist die unumgängliche Rückfrage, wollte man eine eigene Ideologie verteidigen?

Damit soll auf ein Buch hingewiesen werden, das sich mit dieser Frage besonders beschäftigt. „*Die Wahrheit über die Wehrmacht*“, *Reemtsmas Fälschungen widerlegt*, Prof. Dr. Dr. Klaus Sojka (Hrsg.), FZ-Verlag GmbH, München, 1998. Dieses Buch zeigt, welche enge Verflechtungen zwischen dem Vater des Finanziers der Ausstellung und den Größen der Nazi-Ära bestanden haben. Der Hauptverantwortliche für diese Ausstellung, Hannes Heer, war aktiv in diversen linksextremen und kommunistischen Gruppierungen mit dem Ziel tätig, die parlamentarische Demokratie und den Rechtsstaat in Deutschland zu beseitigen.

Nun kann man in unserem freien Land alle möglichen Gedanken postulieren. Aber man muss dabei wahrheitsgemäß verfahren. Wenn also, wie in dieser Ausstellung gezeigt, etliche Bilder gar nicht der Wehrmacht zuzuschreiben sind, (andere Uniform), wenn die Texte nicht stimmen, wenn Bilder einfach mehrfach kopiert wurden oder gar nicht im Zusammenhang mit NS-Verbrechen zu bringen sind, dann sinkt der Wert einer Anklage unter „Null“.

Bedauerlich ist, dass viele vernünftige Zeitgenossen auf die massive Ankündigung hereingefallen sind. Noch schwerer aber wiegt, dass auch Politiker zum Besuch aufgerufen haben. Es wollte der Bundesregierung aber gut anstehen, solche unwissenschaftlichen Propagandaergüsse nicht noch zu fördern.

Die Rücknahme der Ausstellung durch den Initiator Reemtsma zeigt, dass die Kritik der ausländischen Wissenschaftler begründet ist. Bedauerlicherweise muss vermerkt werden, dass die deutschen Wissenschaftler, die um die Sachlage schon lange Bescheid wussten, nicht lauter protestiert haben. Beklagenswert ist, dass viele Politiker trotz Warnung die Ausstellung finanziell gefördert und durch Werbemaßnahmen an den Schulen unterstützt haben. Ob von diesen einer an Entschuldigung oder Rücktritt gedacht hat? Der Leiter der Ausstellung, H. Heer, wurde inzwischen entlassen. □

Eine ungehaltene Rede

Nachdenkliches und Fragwürdiges zu den Luftschlägen der NATO gegen die Bundesrepublik Jugoslawien, zur Unfähigkeit des UN-Sicherheitsrates, den Einsatz zu mandatieren und zu einigen anderen sicherheitspolitischen Problemen

Helmut Jermer

Die hier vorgestellte kritische Auseinandersetzung mit dem Balkan-Konflikt ist Ergebnis der subjektiven Meinungsbildung aufgrund „konsumierter Information“ nach dem Zufallsprinzip; es handelt sich also nicht um eine wissenschaftlich recherchierte Auswertung. Dem Verfasser geht es nicht um Besserwisserei wie den „Konjunktiv-Intellektuellen“ (Ulrich von den Steinen), die mit ihrem „man hätte schon viel früher ...“ genauso daneben liegen, wie jene, die mit ihrem „Warum hat man nicht noch ...“ mit moralisierend erhobenen Zeigefinger auf andere zeigen. Die folgenden Gedanken machen aber deutlich, dass das „Ob“ der NATO-Luftschläge eine Sache, das „Wie“ jedoch nicht unbeobachtet und unkommentiert bleiben darf. Und noch etwas soll hier klargestellt werden: Weg- oder gar Zusehen häuft Schuld an, und Pazifismus kann sehr schnell zum Sadopazifismus pervertieren!

Nie wieder Krieg

Die Parole: „Nie wieder Krieg“ geht, wie sich wiederholt erwiesen hat, solange an der eigentlichen Problematik vorbei, wie brutale Diktatoren Menschenrechte mit Füßen treten und sich einen Teufel um das Völkerrecht scheren. Tyrannen scheuen sich nicht, ihre Interessen mit allen Mitteln durchzusetzen: mit Terror und Mord, mit Gräueltaten wie Folter, Vergewaltigung und Vertreibung. Nicht einmal vor dem Genozid, der gezielten Ausrottung ethnischer Minderheiten, schrecken sie zurück. Dabei nehmen sie in Kauf, dass die Existenzgrundlagen „ihres“ Volkes zerstört werden, wenn die internationale Staatengemeinschaft militärisch interveniert. Und nicht nur das: die regierungsamtlichen Verbrecher nehmen ihr Volk als Geisel, um der im Namen des Völkerrechts intervenierenden Staatengemeinschaft ein schlechtes Gewissen zu machen, damit sie durch Skrupel gepeinigt, von den militärischen Aktionen ablassen...

Kriminelle Machthaber lassen sich eben nicht durch fromme Parolen, heruntergerufen vom Hochsitz der Moral, von ihrem schändlichen Treiben abhalten. Sie entlarven sich nicht erst durch von ihnen angezettelte Kriege; lange vorher kennt man Programm und Psychogramm durch ihr enttäuschendes, eigentlich bere-

chenbares – man will es nicht glauben – allerdings unverantwortliches politisches Handeln: Lenin und Stalin, Hitler und Hussein, Pol Pot und Pinochet, Mao und Marcos, Aidid und Idi Amin, Milosevic und Karadzic ... lang ist die Nomenklatur der Massenmörder mit Regierungsgewalt in diesem Jahrhundert. Sie und viele andere haben Geschichte mit Blut geschrieben. Das schlimme ist, sie zählen manch' einen aus früheren Zeiten, dessen Namen das Prädikat „der Große“ zierte, zu ihren „Vorbildern“.

Nie wieder Diktatur

... ist eine Forderung, die der Absage an den Krieg vorangestellt werden muss. Dies ist eine Lehre aus den (Angriffs-)Kriegen in diesem Jahrhundert, die meist von „intelligenten“ chauvinistisch, rassistisch, sozialistisch geprägten staatlich „geschützten“ Terroristen entfacht wurden und bis zum bitteren Ende „ausgekämpft“ wurden. Dass der „Bösevic Milosewitsch“ am Ende auch der Dumme ist, wird sich – hoffentlich – bald ausweisen. Er hat in diesem Jahrzehnt gegen alle Vernunft vier Kriege angezettelt – und jeden verloren. Diese Kriege haben wie alle anderen unsägliches Leid und Elend, Not und Tod über Menschen gebracht. Zwar ist der serbische Despot der Hauptverursacher

des Übels, jedoch haben auch andere in politischer Verantwortung Schuld auf sich geladen, indem sie den Tyrannen zu lange gewähren ließen. Durch ihr Wegsehen haben sie jene Werte aufs Spiel gesetzt, auf die sie sich – leider erst sehr spät – berufen haben, um die not-wendige Humanitäre Intervention zu begründen, Werte, auf welchen die christlich-abendländische Kultur gründet.

Schuldig durch Unterlassen

Als wegen der gescheiterten Rambouillet-Verhandlungen Ende März die Zeit für ein militärisches Eingreifen reif war, haben Russland und China durch ein angedrohtes Veto im UN-Sicherheitsrat verhindert, dass im Sinne des Völkerrechts konsequent gehandelt werden konnte. Die Motive dürften in deren eigener Politik zu suchen sein: Zurzeit führt Russland in Tschetschenien und Dagestan einen verbrecherischen Krieg gegen die dort lebenden Völker. Und weil es diese Ethnien zu Russen erklärt hat (wie die Türken die Kurden als Bergtürken bezeichnen), bekämpft Russland eigentlich sich selbst – welcher Schwachsinn. Hat Russland wirklich nichts Besseres zu tun? Liegt nicht die Wirtschaft darnieder, blüht nicht die Korruption, herrscht nicht eine organisierte Kriminalität, die der Mafia in nichts nachsteht? Wie hoch waren eigentlich die Kredite des IWF? Muss man nicht den Glauben an die Vernunft des Völkerrechts verlieren? – Vor zehn Jahren hat die kommunistische Diktatur Chinas den „Platz des Himmlischen Friedens“ (Tiananmen) entweiht, indem es protestierende Studenten niederkartätscht hat. In dem Riesenreich mit mehr als einer Milliarde Menschen wird täglich gefoltert, werden Menschen um ihrer Überzeugung willen verfolgt, werden unliebsame Kritiker in den Kerker geworfen, wird die freie Presse unterdrückt ...

Vermutlich befürchten beide politisch unfreie bzw. unreife – man achte auch die Buchstabendreher – Staaten, dass man ihnen den Spiegel der Selbsterkenntnis vorhält ... Oder befürchten sie, dass die UNO die Beachtung der universell geltenden Menschenrechte in ihrem Herrschafts- nein: Unterdrückungsreich anmahnt oder gar erzwingt? Wen fürchten sie, der den ersten Stein werfen wollte? Aber einen Sitz im Weltsicherheitsrat beanspruchen! Verkommt dieses Gremium nicht zu einem Un-Sicherheitsrat?

Nibelungentreue und Kurzsichtigkeit – und die schlimmen Folgen

Die Zahl der Opfer wäre (da drängt er sich doch auf, der Konjunktiv) – nicht nur in den Balkankriegen der 90er-Jahre – geringer gewesen, wenn die Völkergemeinschaft den verbrecherischen Exzessen früh genug und nachhaltig entgegengetreten wäre. Diese konjunktivische Logik macht den Staaten der europäischen Union (aber nicht nur ihnen), die ein trauriges Bild in diesem Konflikt abgegeben haben, ein schlechtes Gewissen.

Aus divergierenden politischen Interessen, und politischer Kurzsichtigkeit haben sie sich lange Zeit nicht zu einem einvernehmlichen und entschiedenen Vorgehen gegen den serbischen Despoten Milosevic durchringen können. So konnte er unter den Augen eines uneinigen (West-)Europa seine von nationalem Fanatismus genährte Politik der ethnischen Säuberung gegen alle Nicht-Serben mit großer Dreistigkeit und Menschenverachtung realisieren, bis ihm endlich die NATO mit ihrem „Hannemann-geh‘-du-voran“, den U.S.A., sein schändliches Handwerk gelegt hat. Serbophile Staaten übten sich an der Schwelle zum dritten Jahrtausend in Nibelungentreue ...

Lehren aus der Vergangenheit – ein politischer Bußprozess

Europa sollte endlich die Lehren aus seiner immer wieder von Kriegen gebeutelten Geschichte ziehen. Jeder europäische Staat muss sich mit seiner Geschichte auseinander setzen. Gerade die Nationen, die ein

„Grande“ oder „Great“ vor ihrem Namen führen, haben es besonders nötig, über Kolonialismus und Imperialismus und die verheerenden Folgen, die bis heute nachwirken, nachzudenken. (Ob sie glaubwürdige Anwälte der Völkergemeinschaft im UN-Sicherheitsrat sind, darf vor diesem Hintergrund bezweifelt werden.) Falls sie einen politisch-historischen Bußprozess zulassen und fördern, werden sie neue Einsichten gewinnen und sich als „Unrechts-Nachfolger“ hoffentlich dazu bewegen, ihre Politik künftig zu ändern. Nicht in der Unterstützung korrupter und autoritärer Regime liegt die Zukunft, nicht in der vermeintlich klugen Taktik: „Der Feind meines Feindes ist mein Freund.“, auch nicht in einer „Feuerpatschen-Politik“, wie sie die Vereinigten Staaten in Mittel- und Lateinamerika nach dem 2. Weltkrieg geführt haben, sondern in einer langfristig angelegten und wirtschaftlich angesetzten humanitären Intervention mit langem Atem ...

Wenigstens ansatzweise sollten wir versuchen, wieder gut zu machen, was durch ausbeuterische und unterdrückende Einmischung in Afrika, Lateinamerika und weiten Teilen Asiens die „natürliche“ Entwicklung nachhaltig gestört hat. Die Entschuldung ist das billigste, zu was wir uns moralisch genötigt sehen müssten. Eigentlich sollte kein zivilisierter Staat mit solchen und ähnlichen Hypothesen die Millenniumsschwelle überschreiten. Deutschland ist sich seiner perversen und sadistischen Nazi-Periode in der ersten Hälfte des Jahrhunderts durchaus bewusst. Nach 50 Jahren in Sack und Asche darf es im Glashaus der Geschichte sitzen, sollte jedoch die Steine draußen lassen ...

Werte verpflichten

Es ist höchste Zeit für eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Europa muss sich ernsthaft weiter bemühen, seine Ideale in die politische Wirklichkeit umzusetzen. Die Verträge von Maastricht und Amsterdam sind unterzeichnet: Europa hat, wenn es endlich zu sich gekommen ist, eine vielversprechende Zukunft. Aus Antike, Mittelalter, Neuzeit, Gegenwart ... das Christliche Abendland blickt auf eine Geis-

tesgeschichte zurück, die Zukunft hat! Menschenwürde und Völkerrecht wurzeln in der klassischen Philosophie, im christlichen Menschenbild und in einer aufgeklärten Weltanschauung. Vor 50 Jahren haben sich freie Staaten zusammengefunden, um das *Wert-volle*, das sie errungen haben, zu kultivieren und zu sichern. Die Nordatlantische Verteidigungsgemeinschaft blickt in der ihr eigenen Bescheidenheit auf eine glückliche Zeit zurück: eine Zeit, in der sie von Totalitarismus, Sozialismus und Kommunismus herausgefordert wurde – und bestanden hat. Ob religiöser Fundamentalismus und nationaler Fanatismus als ein Zweikomponenten-Übel eine Zukunft haben werden, hängt vom entschiedenen Widerstand gegen diese menschenverachtenden Ideologien ab.

Und die Bundesrepublik? Es mag überheblich klingen, wenn wir – inzwischen – selbstbewusst sagen: Wir Deutschen haben – bis auf einige baseballschlägerschwingende Glatzen auf der „rechten“ und einige geistig zurückgebliebene Nostalgie-Sozialisten auf der „linken“ Seite – die von den Westalliierten verordnete Demokratie internalisiert und uns – hoffentlich – ihrer würdig erwiesen. So blicken die Westdeutschen auf 50 Jahre Frieden in Freiheit zurück, in Dankbarkeit vor Gott – und den Menschen, wohl auch und gerade deshalb, weil sie in Verantwortung vor Gott und den Menschen diese glückliche Zeit mitgestaltet haben. Die Verpflichtung bleibt: dem Frieden in der Welt zu dienen!

Konsequenz als neue Tugend

Wer mit gutem Beispiel vorangeht, hat wohl das moralische Recht, auf die Werte und Lösungswege hinzuweisen, die eine „gute Geschichte“ schreiben lassen. Denn nur eine menschenwürdige Politik wird zu einer traditionswürdigen Geschichte gerinnen. Die vornehmste Aufgabe, der sich jede Regierung, jeder politisch Verantwortliche stellen muss, heißt: Wohlfahrt für das Volk verwirklichen, die Freiheit der Menschen schützen und den Frieden nach innen und nach außen fördern. Wer das begriffen hat, wird Gemeinwohl nicht reduzieren: weder auf

„gemein“ noch auf „mein Wohl“. Wenn man weiß, wofür man steht, ergibt sich von alleine die Antwort auf die Frage, was (gemein-) gefährlich werden könnte: alles Menschenverachtende, alles Lebensfeindliche und die Schöpfung Zerstörende. Konkret heißt das: jedes Verbrechen an der Menschlichkeit, jeder Verstoß gegen das Völkerrecht muss künftig sofort geahndet werden. Jeder Urheber hat strafrechtlich verfolgt, vor den internationalen Gerichtshof gestellt und abgeurteilt zu werden.

Das ist der Fluch der bösen Tat

Ist es nicht pervers, wenn, wie im Fall Tschetscheniens, die OSCE gehindert wird, vor Ort die Lage zu inspizieren, um zur Konfliktbewältigung beizutragen? ... und das, obwohl Russland Mitglied dieser Organisation ist? Ist es nicht pervers, wenn die Hilfsorganisation CARE darauf pocht, dass ihre Mitarbeiter in das Krisengebiet gelassen werden. Ist es nicht pervers, wenn durch den Beistand von Außen versucht wird, Leid zu mindern, während die Verursacher fröhlich weiterbomben?

Der staatlich geschützte Völkermord löst Flüchtlingsströme aus; ein (kaukasischer) Teufelskreis aus Vertreibung, Elend, Not, Leid, Tränen, Hass ... so befriedet man keine Region. In Indonesien, aber nicht nur dort, läuft die Sache nicht viel anders ... Und der Rest der Welt übt leise Kritik und schiebt Floskel um Floskel in diplomatische Kanäle nach Moskau, das sich selbst in die Tasche lügt. Ein Jelzin-Sprecher gestand jetzt ein, die Armee habe tragische Irrtümer begangen. Die Regierung sei aber leider (welcher Hohn, der Verf.) gezwungen, zur „Bekämpfung des Terrorismus“ Gewalt anzuwenden. (so nachzulesen in DIE WELT vom 12.11.1999)

So häufen „tapfere“ russische Soldaten Ruhm an, indem sie mit Luftangriffen und Bombardements aus sicherer Entfernung Städte und Dörfer beschießen (Grosny, Perwomaskoje – schon vergessen? –, Bamut, Gudermes – die hier stellvertretend genannt seien), ohne Rücksicht auf die dort lebende zivile Bevölkerung: eine Verletzung des völkerrechtlichen Gebots zur Diskrimination, der Unterscheidung zwischen

Kombattanten und am Konflikt Unbeteiligten, von einer Orientierung am Prinzip der „Verhältnismäßigkeit der Mittel“ ganz zu schweigen. So führt Russland im ausgehenden 20. Jahrhundert seinen Krieg: politisch dumm geblieben, militärisch nichts dazugelernt!

Es geht auch anders

Der Schlüsselbegriff heißt „Konsequenz“ als Voraussetzung für Fortschritte im Sinne der Menschenrechte. Das destruktive Gegenteil „Laissez faire“ (die Dinge laufen lassen) frisst jede Glaubwürdigkeit auf, ist ein Zeichen von Schwäche und Dekadenz und schädigt, gleichsam als Fluch der bösen Un-Tat (in diesem Fall des Unterlassens), das Image Europas. In dieser Hinsicht kann Europa von den U.S.A. lernen. – Die Festnahme Pol Pots und Pinochets, der Haftbefehl gegen Milosevic und seine Helfershelfer, allen voran Karadzic und Mladic, lassen hoffen, dass die UNO ihre beschädigte Glaubwürdigkeit zurückgewinnen kann. Kofi Annan arbeitet daran.

Wer „nach Europa“ will, muss eine Eintrittskarte lösen, die quasi als „TÜV-Plakette“ gilt, dass Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Friedfertigkeit systemimmanent sind oder verbindlich realisiert werden. Manches Mitglied der EU muss nachsitzen, mancher Beitrittskandidat sich auf die „Aufnahmeproofung“ vorbereiten: die Türkei darf die Kurden nicht länger unterdrücken, Frankreich muss lernen, mit den Korsen einvernehmlich zusammenzuleben, für Spanien und die Basken stellt sich, wie für die Briten und die Iren eine ähnliche Herausforderung. Die Märsche der Traditionalisten des Oranje-Ordens sind eine unerträgliche Provokation, denkt man an das „Verursacherprinzip“. Und setzte sich die EU nicht eine Laus in den Pelz, wenn sie das geteilte Zypern mit seinen ungelösten Problemen in die Union aufnähme?

Von der Verantwortung der Auftraggeber und der Durchführenden

Die NATO als Gemeinschaft von 19 Demokratien hat sich für Völkerrecht und Menschenwürde in Pflicht

nehmen lassen. Die von ihr geführten Truppen haben einen Krieg geführt, der politisch Notwendig – im Sinne des Wortes – und moralisch gerechtfertigt war. Einige Ungereimtheiten bleiben. War es notwendig, volkswirtschaftliche Werte, die Existenzgrundlage der serbischen Bevölkerung in diesem Ausmaß zu zerstören? Wurden bei dem Bombardement aus großer Höhe und der damit in Kauf genommenen Unschärfe der Ziele – war es nicht so? – nicht Opfer unter der Zivilbevölkerung in Kauf genommen, die bei einer gewissenhafteren Zielplanung hätten vermieden werden können. (In diesem Zusammenhang lasse ich mich, den Fragenden, um der Opfer willen gerne als „Konjunktiv-Intellektuellen“ loben.) Wer verantwortet die „Kollateralschäden“ an Menschen und dem, was sie zum Leben brauchen? Ist es die Schuld der politischen Verantwortlichen, welche die Zielkategorien vorgegeben haben oder die der militärischen Planer, die in den Grauzonen vielleicht zu „grobe Maschen gestrickt“ haben? Und schließt politische Verantwortung nicht auch die Sorge um die eigenen Truppen mit ein. Waren sich die politischen Auftraggeber darüber im Klaren, zu welchen Bedingungen sie den Einsatz beenden, wie sie „ihre“ Truppen wieder herausbekommen (Exit-Strategie)?

Und noch eine Anmerkung: Es war (und bleibt) politisch dumm, von vornherein zu verkünden, welche Optionen man ausschließt. Selbst wenn es in Demo(skopien)kratien politisch äußerst schwer zu vermitteln ist, einen Krieg mit aller Konsequenz zu führen, so sollte man die – verständliche – Absicht, keine Bodentruppen einsetzen zu wollen, doch für sich behalten. Oder erklärt der Schachspieler zum Auftakt etwa, dass er die Dame des Gegners schon? Man sollte – will man erfolgreich sein – grundsätzlich jede Option offen halten.

Der Zweck heiligt weder jedes Mittel noch jede Methode

Echte Pazifisten – als solche bezeichne ich jene, die wirklich Frieden sichern und fördern, auch wenn sie ihn militärisch erzwingen müssen, weil es die Menschlichkeit ge-

bietet – wissen, dass der Zweck nicht jedes Mittel heiligt. Deswegen war die Absicht, nur militärisch bedeutsame Ziele anzugreifen, aus ethischen Gründen geboten. Präzisionswaffen ermöglichen punktgenaue Treffer. Dass es aufgrund technischer Unzulänglichkeiten auch zu sogenannten Kollateralschäden kam, muss um des größeren Ziels willen hingenommen werden. Bei künftigen kriegesischen Auseinandersetzungen ist peinlich darauf zu achten, dass die Prinzipien der Diskrimination (Unterscheiden von zivilen und militärischen Zielen) sowie der Proportionalität (angemessener Einsatz militärischer Mittel, nicht blindwütiges Zerstören) mit noch größerer Disziplin und Klarheit eingehalten werden.

Dem Völkerrecht verpflichtete Soldaten sind in gewissem Sinne Überzeugungstäter, die vor ihrem Gewissen bestehen können. (Sie unterscheiden sich von Söldnern und Abenteurern, von Tschetniks und Snipers, die sich einen Teufel ums Kriegsvölkerrecht scheren.) Die innere Einstellung und mentale Ausrichtung bindet den Soldaten als Bürger in Uniform an das Menschenbild der Verfassung seines Landes: er gehorcht, aber nicht bedingungslos. Sein Gehorsam kultiviert Werte, welche das Grundgesetz durchziehen. Dies gilt für Bundeswehrsoldaten und sollte für alle Soldaten aus dem christlich-abendländischen Kulturkreis gelten – und nicht nur für sie.

Der Soldat will – einem Feuerwehrmann gleich – Schaden vermeiden (durch Abschreckung/ Vorbeugen) oder Schaden begrenzen (durch schnelle(!) Reaktion mit dem Ziel der Kriegsbeendigung). Das ist soldatische Ethik in humanen Gesellschaften.

Fragen, die auf eine Antwort drängen

Die durch die Medien vermittelten Nachrichten (waren sie manipuliert bzw. zensiert?) wiesen allerdings mehr als einmal auf zerstörte Ziele hin, deren militärische Bedeutung sich dem kritischen Beobachter nicht erschloss. Hier stehen die „Zielplaner“ auch nach dem Krieg im Begründungszwang – ob sie jemand zwingt? Wem nutzt es, wenn

man „den Sack prügelt, jedoch den Esel meint“. Oder: was hat die Zerstörung von volkswirtschaftlichen Gütern, die den Krieg nicht(!) nähren, mit dem Bekämpfen militärischer Ziele zu tun?

Noch etwas anderes nagt an der Glaubwürdigkeit der Allianz. Stimmt es, dass einige NATO- und EU-Mitgliedsstaaten noch während des Bombardements gegen das bereits vor(!) dem Krieg verhängte Embargo verstoßen haben? NATO-Bomber haben Ö Raffinerien und Depots zerstört, während über Pipelines Öl an den Kriegstreiber gepumpt wurde. Zehn Wochen Krieg mit Auflagen, die beim interessierten Beobachter manche Frage aufwarfen: Zehn Wochen Bombardement aus großer Höhe, Einsatz von HighTec-Waffensystemen, ein hohes Maß an Zerstörung. (Wer kommt eigentlich für den Schaden auf?) Aber den Kriegstreiber Milosevic hat man geschont, obwohl mitten im Krieg ein Haftbefehl gegen ihn ausgestellt wurde. Solche Gelassenheit mutet merkwürdig an. Warum wurde er geschont, obwohl er die Ursache des Übels ist? – weil es gegen geltendes Völkerrecht wäre? (Wie war das noch mit der Mandatierung?) Noch einmal: Dem Völkerrecht musste Achtung verschafft werden. Das „Ob“ der NATO-Luftschläge kann nur der bezweifeln, dem das Völkerrecht gleichgültig ist. Über das „Wie“ sollte man nachsitzen und nachdenken!

Sind wir „aufgeklärt“?

Wie vertrauensvoll geht man in der NATO miteinander um? Werden Aufklärungsergebnisse als Information zur Entscheidungsfindung an alle(!) Krieg führenden Mitgliedsstaaten weitergegeben (oder wird gefiltert, also manipuliert)? Wie wäre, wenn dem nicht so ist, eine gewissenhafte Entscheidung möglich? Wird es nicht höchste Zeit, dass sich die europäische Seite, wenn sie denn nicht alle Informationen erhält, eigene Aufklärungsmittel verschafft? – Auf keinen Fall darf der Eindruck entstehen, dass nach „Wild-West-Manier“ vorgegangen wird: „Wie soll ich wissen, was ich bekämpfe, bevor ich sehe, was ich zerstört habe.“ – Gewiss, saubere Kriege gibt es nicht. Aber gerade die NATO

muss peinlich darauf achten, dass sie Kollateralschäden minimiert: im Zweifel lieber beidrehen ... Übrigens: Es kam tatsächlich vor, dass verantwortungsbewusste Piloten die ihnen vorgegebenen Ziele aus diesem Grunde nicht bekämpft haben!

Ethik als treibende Kraft – Moral muss Recht werden

Der NATO wird vorgeworfen, sie habe sich angemaßt, ohne Mandat Luftschläge gegen die Bundesrepublik Jugoslawien geführt zu haben. Daran hat sie gut getan! Sie hätte sich im Falle des Unterlassens um ihren Kredit gebracht und damit um ihre Zukunft. In diesem Zusammenhang muss die Frage gestellt werden, ob die knapp 200 Mitgliedstaaten der UNO, von deren Repräsentanten bzw. Regierungen etliche kriminell, korrupt oder einfach nur dekadent sind: Die Türken quälen die Kurden, der Sudan seine Christen, Indonesien terrorisiert Minderheiten, China gängelt und verfolgt Andersdenkende, einige(?) osteuropäische, orientalische, arabische, afrikanische und lateinamerikanische Staaten werden von korrupten Chefs und skrupellosen Cliquen geführt, manche finanzieren ihren Luxus durch Sklaverei und Rauschgifthandel. Indien als größter Empfänger deutscher Entwicklungshilfe bastelt eine Atomombe (sind wir mit dem Klammerbeutel gepudert?), Pakistan will „mitspielen“ – indisch-kindisch ...

Damit ist nicht gesagt, dass in europäischen und nordamerikanischen Staaten alles Glänzende Gold sei; in Rechtsstaaten allerdings wird Kriminalität von Staats wegen strafrechtlich verfolgt ... Und die UNO? Sie kommt nicht nach. Wie könnte sie auch. Sollte das Ganze besser sein, als die Teile? Die Völkergemeinschaft muss sich fragen lassen, ob ihr UN-Sicherheitsrat nicht durch überkommene Veto-Rechts-Ränke-spielen zu einem Unsicherheitsrat verkommen ist. Was immer die Gründe für das erwartete Veto von China und Russland war, beide Staaten sind in ihrem Versagen mitschuldig an den Opfern des Krieges; sie sind ihrer Verantwortung für den Weltfrieden bisher nicht gewachsen ... Mitunter wird dem Kritiker solcher Missstände vorgeworfen, sie er-

höben – anmaßend-arrogant – abendländische Maßstäbe zur Weltmoral. Was wäre denn aber die Alternative zur Kultur der Menschenrechte im Sinne der UN-Charta? Was wäre eine Weltordnung wert, wenn die Menschenwürde im „mare pacificum“ ersäuft würde. Wie wäre es um die Menschheit bestellt, wenn es nicht um die Freiheit des Einzelnen und um die Solidarität der Starken mit den Schwachen ginge? Ex occidente eben nicht nur Luxus, nein, auch lux ... Im Übrigen: der Theologe Hans Küng zeigt in seinem Buch „Weltethos“ Wege zu einem friedlichen Zusammenleben der Kulturen auf.

Das Völkerrecht erneuern

Das Völkerrecht hinkt hinter der brutalen Wirklichkeit her. Es ist von raffinierten, skrupellosen und kriminellen Despoten unterlaufen worden. Noch tragen die größten Tyrannen

die staatliche Souveränität wie eine Fahne vor sich her und verhöhnen den Rest der zivilisierten Menschheit, indem sie die Floskel von der „Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten“ gebetsmühlenartig herunterleiern. Ab sofort müsste dem letzten Tyrannen unter Androhung von schmerzhaften Sanktionen klar gemacht werden, dass flagrante Menschenrechtsverletzungen durch „Humanitäre Intervention(en)“ unterbunden, dass sie verfolgt und für ihre Gräueltaten zur Rechenschaft gezogen werden. Die Alternative: Die UNO macht sich überflüssig (was eigentlich niemand ernsthaft erwägt) oder sie entlastet sich dadurch, dass sie sicherheitspolitische Problemlösungen an regionale überstaatliche Organisationen delegiert (eine realistische Option?), da diese näher am „Tatort“ und dadurch in höherem Maße betroffen und informiert sind. Daher ist eine Fortschreibung des Völkerrechts dringend geboten! Und

die Moral – welche? – ist die treibende Kraft, die das Völkerrecht voranbringt, ihm Geltung verschafft, indem sie die Menschenwürde schützt und Wohlfahrt verwirklicht! Die Vereinten Nationen können zwar den Weltfrieden überwachen, jedoch nicht garantieren, solange nicht jede Regierung vorrangig(!) nach Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Friedfertigkeit strebt nach dem Motto: „Ein jeder kehre vor seiner Tür, und rein ist jedes Stadtrevier!“

Mit einer völkerrechtlich umstrittenen Humanitären Intervention hat die NATO am Ende des 20. Jahrhunderts den Genozid auf dem Balkan und die damit verbundenen Gräueltaten entschieden bekämpft – wofür ihr eigentlich der Rest der Welt danken müsste ... Jedenfalls nachträglich zum 50. Geburtstag alles Gute und für das 21. Jahrhundert – zuständigkeitshalber – die Kraft und die Entschlossenheit, den Frieden in Freiheit zu sichern! □

KURZ NOTIERT

Papstreife in den Irak abgesagt – Bagdad begründet Ausladung mit dem Embargo

Bis zum letzten Moment hatte Papst Johannes Paul II. auf grünes Licht für einen Besuch im Irak gehofft. Anlässlich des Heiligen Jahres wollte er Ende Januar 2000 eine Pilgerfahrt auf den Spuren der biblischen Verheißung unternehmen und neben Bethlehem, Jerusalem und dem Sinai auch Abrahams Geburtsort Ur in Chaldäa, rund 400 Kilometer südwestlich von Bagdad, aufsuchen. Monatelang waren der Vatikan und die irakischen Behörden miteinander im Gespräch. Am 10. Dezember kam die Absage: Die Regierung in Bagdad habe das vatikanische Staatssekretariat wissen lassen, dass angesichts der „anormalen Situation“, angesichts von Embargo und Flugverbotszone, ein Papstbesuch in Ur nicht angemessen organisiert werden könnte, heißt es in einem Kommuniqué von Vatikansprecher Joaquin Navarro-Valls.

Schon länger hatten Gerüchte auf ein bevorstehendes Aus für die Reisepläne in den Irak hingedeutet. Schwierigkeiten und Probleme gab es viele: Die USA und Israel hielten nichts von einer Aufwertung für Staatschef Saddam Hussein durch Papst und das vatikanische Protokoll. Und dass der Irak aus dem vom Vatikan als „rein religiös“ deklarierten Pilgerbesuch auch diplomatisches Kapital schlagen wollte, darauf deutete das langwierige Ringen um Programm und Reiseroute hin. Der vatikanische Reise-Marschall Jesuiten-Pater Roberto Tucci verhandelte Mitte November mehrere Tage in Bagdad über Details,

konnte aber nicht einmal einen Abstecher nach Ur machen – weil dort gerade die Vorbereitungen für den Papstbesuch im Gang seien, erläuterte pikanterweise das mit Rom unierte chaldäische Kirchenoberhaupt Patriarch Bidawid den staatlichen Affront. Allerdings wertete man den Vorgang im Vatikan noch als Teil eines orientalischen Pokers; die Reiseplaner sollten demnächst erneut nach Bagdad reisen und ihre Verhandlungen fortsetzen, hieß es.

Daraus wird nun zunächst nichts. Was freilich überrascht, ist die Begründung der Absage. Denn dass über Teilen des Landes ein Flugverbot liegt, war bekannt. Und der Schlüssel für dessen eventuelle Aussetzung dafür liegt nicht in Bagdad, sondern in Washington oder London. Auch der Hinweis auf das Embargo gegen den Irak als Grund für die Ausladung klingt merkwürdig. Bagdad hatte sich vom Besuch des Papstes, der seit Jahren einer der entschiedensten Gegner dieses Embargos ist, eine Lockerung der Sanktionen versprochen. Dass nun Bagdad dieses Argument aus der Hand gibt, wirkt wenig überzeugend.

Manches deutet darauf hin, dass das Projekt letztlich an zu hohen Erwartungen von irakischer Seite gescheitert ist, weil Bagdad das Kirchenoberhaupt in ein Programm einbinden wollte, zu dem der Vatikan nicht bereit war. Für das Scheitern macht Bagdad nun die aktuelle Lage verantwortlich – mit einer Attacke gegen Embargo und Flugverbot.

(Johannes Schidelko, KNA-Korr., 11.12.1999)

ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN BUNDESWEHR UND NGO's/GO's

Nicht verdrängen, sondern komplementär ergänzen

KLAUS LIEBETANZ

In Koblenz fand beim Heeresführungskommando am 6. Oktober 1999 die zweite G5/CIMIC-NGO/GO-Tagung statt. Als Ziel der Veranstaltung formulierte Oberst i.G. Rainer Kobe, Abteilungsleiter G5/CIMIC, eine weitere vertiefte und komplementäre Zusammenarbeit zwischen deutschen NGO's/GO's und der Bundeswehr bei Peace-Supporting-Operations und hier speziell bei der Zusammenarbeit im Kosovo. Bei allen Unterschieden in Arbeitsweise und "Philosophie" sollte das gemeinsame Ziel nicht aus den Augen verloren werden, den betroffenen Menschen vor Ort zu helfen. Die Tagung sollte ferner dazu dienen, Missstimmungen zur Sprache zu bringen und Abhilfe zu schaffen. Im Folgenden werden die wesentlichen Aussagen der anwesenden NGO's/GO's und von G5/CIMIC wiedergegeben.

Neuer CIMIC-Chef für Prizren vorgestellt

Zu Beginn der Veranstaltung wurde Oberst Peter Kratschmer, der zukünftige Chef CIMIC-Kompanie in Prizren, den Teilnehmern vorgestellt. Oberst Kratschmer wurde zu dieser Tagung eingeladen, damit er noch vor Beginn seiner Kosovo-Mission die wichtigsten Leiter der deutschen humanitären Hilfe im Kosovo persönlich kennenlernen und sich mit der Problematik der Zusammenarbeit vertraut machen könne.

„Deutscher Sektor“ ungleich besser gestellt

Der Leiter der Auslandsabteilung des Deutschen Roten Kreuzes, Thomas Klemp, informierte darüber, dass Mitarbeiter des DRK im Rahmen des Internationalen Roten Kreuzes (IKRK) im italienischen Bereich im Raum PEC eingesetzt seien. Das IKRK sei in Krisengebieten stets die Lead Agency der Rotkreuzbewegung. Sitz des Head of Delegation sei Pristina. Im Kosovo seien insgesamt 14 nationale Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften beteiligt mit 80 externen und ca. 400 lokalen Mitarbeitern. Der finanzielle Gesamtansatz beziehe sich auf 150 Mio Sfr. Hauptaufgaben vor Ort seien: Suchdienstarbeit (Familienzusammenführung), Besuche bei Inhaftierten, Minenaufklärung der Bevölkerung, Verbreitung der Kenntnisse über das

humane Völkerrecht, Blutspendendienst, Hygienemaßnahmen und Volksküchen. Das DRK betreibe zurzeit ein Volksküchenprogramm in Pec und Umgebung für ca. 8.000 Begünstigte, Bauhöfe zum Wiederaufbau und ein Programm zur Wassergewinnung. Als größeres langfristiges Projekt plane das DRK den Aufbau eines psychiatrischen Krankenhauses. Insgesamt gehe das DRK von einem Gesamtvolumen von ca. 90 Mio. DM aus, das sich aus Spenden, Mitteln des AA und von ECHO zusammensetzt. Was die sporadische Erfahrung in Zusammenarbeit mit der Bundeswehr angehe, so befürchte Herr Klemp, dass der „deutsche Bereich“ des KOSOVO ungleich besser gestellt werde als die übrigen Regionen.

Empfehlungen für die Bundeswehr

Im Einzelnen nannte Thomas Klemp folgende drei Punkte:

1. Das Kontinuum der Humanitären Hilfe sei zu beachten. Die Bundeswehr müsse wissen, wer ein Projekt weiterführt, wenn sie die Arbeit verlässt.
2. Daher ist die enge Beziehung zu örtlichen Partnern von größter Wichtigkeit, um die Nachhaltigkeit der Projekte sicherzustellen.
3. Koordinierung werde von einigen Mitarbeitern des Stabes KOLBOW als „Aufgabenverteilung“ verstanden. Die humanitären Hilfs-

organisationen seien jedoch keine „Befehlsempfänger“. Im Gegensatz dazu stellten die italienischen Streitkräfte ihre militärischen Mittel im Rahmen freier Kapazitäten den Hilfsorganisationen ohne Vorbedingungen zur Verfügung.

Auf der Mannschaftsebene stoßen die DRK-Helfer gelegentlich auf ein ziemlich unverschämtes Verhalten. Sie werden von den Posten angeschrien, wenn sie z.B. ihren Ausweis nicht gleich zur Hand haben, oder wenn sie nicht alles sofort erklären können. Dieses Verhalten ließe ihn fragen, ob dahinter nur die Unsicherheit des Postens oder ein Mangel an Vorbereitung auf seine Aufgaben stehe. Ferner habe er den Eindruck, dass die Bundeswehr globale Zuweisungen für ihre humanitären Projekte erhalte, und nur die Hilfsorganisationen einen detaillierten Projektantrag stellen müssten.

Die Ausbildung für den Umgang mit NGO's/GO's steht noch am Anfang

Brigadegeneral Wolfgang Korte, Chef des Stabes HfÜKdo, der aus terminlichen Gründen nur während der Vorträge der NGO's/GO's an der Veranstaltung teilnahm, bedankte sich für die Gelegenheit, unmittelbar durch die Akteure über die zivil-militärische Zusammenarbeit informiert zu werden. In den zurückliegenden Auslandseinsätzen der Bundeswehr sei klar geworden, dass die Streitkräfte ihren Auftrag nur in enger Zusammenarbeit mit den NGO's/GO's bewältigen könnten. Es käme darauf an, Fehler der Vergangenheit nicht zu wiederholen, Missverständnisse und Eifersüchteleien zu vermeiden. Er gab zu bedenken, dass die Bundeswehr häufig nicht in der glücklichen Lage der Hilfsorganisationen sei, die nach gründlicher Überlegung und Prüfung auch einmal von einem neuen Projekt Ab-

stand nehmen könnten. Die Bundeswehr stehe unter ziemlichem Erfolgsdruck, weil die Aufträge bereits öffentlichkeitswirksam bekannt gegeben würden. Was die Ausbildung der Soldaten und Offiziere in der Zusammenarbeit mit den NGO's/GO's angehe, so stehe man erst am Anfang. Diese Ausbildung müsste intensiviert werden. Besondere Schwierigkeiten gingen auf die Tatsache zurück, dass der Einsatz der Streitkräfte in einem de facto rechtsfreien Raum erfolge. Dem seien junge Soldaten nicht immer gewachsen. Das Problem sei erkannt und werde von der Truppe in Zusammenarbeit mit der Schule für Innere Führung aufgearbeitet.

Bundeswehr hat keine Sonderrolle

Oberst i.G. Rainer Kobe stellte klar, dass auch die Bundeswehr keine globalen Zuweisungen erhalte, sondern detaillierte Projektanträge stellen müsse, wenn sie Geld von der Bundesregierung oder von ECHO erhalte. Das Gleiche gelte auch für die Abrechnung.

Keine allzu enge Anbindung

Gernot Krauß, Regionalbeauftragter Balkan der Caritas, wies darauf hin, dass auch der Deutsche Caritasverband (DCV) einem internationalen Netzwerk (Caritas International) angehöre, und damit auch Rücksicht auf ungehinderte humanitäre Hilfslieferungen nach Serbien genommen werden müsse. Eine allzu enge Anbindung an den Arbeitsstab KOLBOW wäre in diesem Zusammenhang hinderlich. Damit wolle der DCV aber nicht hinter das im 1. Protokoll über die Zusammenarbeit mit der Bundeswehr gesagte zurückfallen. Der DCV lege großen Wert darauf, dass das Koordinierungsbüro des AA in Prizren weiterarbeite, weil es eine relativ freie und gleichrangige Mitarbeit der NGO garantiere. Zu den Schwerpunkten des DCV im Kosovo gehöre ein Wiederaufbauselbsthilfeprogramm zusammen mit dem THW in der Nähe von Prizren, eine Einrichtungshilfe, z.B. Öfen, ein Mine Awareness-Programm und technische Hilfe bei Sozialeinrich-



Zusammenarbeit von Bundeswehr und Arbeiter-Samariter-Bund beim „Winterfestmachen“ von Häusern in Lugishda/Kosovo (Foto: ASB)

tungen. In Gorenica arbeite der DCV zusammen mit der GTZ. In Pristina erstelle der DCV in Zusammenarbeit mit dem Diakonischen Hilfswerk eine Datenbank, die auch als Infostelle für Rückkehrer dienen sollte.

Humanitäre Materialschlachten vermeiden

Ingo Radtke, Leiter des Auslandsreferats der Malteser, erläuterte, dass auch der Malteserauslandsdienst im internationalen Verbund arbeite, nämlich im Emergency Corps of the Order of Malta (ECOM). Der MHD versuche mit seinen Hilfsprojekten eine gewisse Nachhaltigkeit zu erreichen und wiche damit vom militärischen Grundsatz „Nicht kleckern sondern klotzen!“ ab, um Reserven für eine längerfristige Aktivität zu haben. Das Büro der Malteser läge in unmittelbarer Nähe des deutschen Hauptquartiers in Prizren. Man informiere sich auch im CIMIC-CENTER; aber auf Grund der Eigenart der MHD-Projekte gäbe es keine direkte Zusammenarbeit mit der Bundeswehr. Der MHD betreibe ein Workshop-Programm für Schreinerwerkstätten auf Kleinkreditbasis. So könnten dringend benötigte Fenster und Türen produziert werden. Die Kredite würden durch eine 50%-tige Abgabe von Produkten an bedürftige Familien zurückgezahlt. Außerdem

müssten Jugendliche im Schreiner-gewerbe ausgebildet werden. Ein weiteres Programm werde in Verbindung mit dem UNHCR durchgeführt. Es handele sich um ein „Women Initiative Programme“, in dem Frauengruppen Kleinkredite für einkommensschaffende Maßnahmen erhalten, wie z.B. den Aufbau einer Kleintierzucht oder einer Bäckerei. Ferner seien Partnerschaften aus den deutschen Diözesen geplant, die sich in notwendigen kleineren Projekten vor Ort einbringen und die erfahrungsgemäß jahrelang andauern können und durch persönliche Begegnungen zur Völkerfreundschaft beitragen. Desweiteren betreue der MHD ein Rückführprogramm von Kosovaren aus Deutschland. Die Rückkehrer würden in der Bundesrepublik und im Kosovo sozialarbeiterisch begleitet. Als Kritik führte Ingo Radtke an, dass die Bundeswehr teilweise humanitäre Materialschlachten führe, welche sich die Hilfsorganisationen nicht leisten könnten. Projekte, die die Bundeswehr begonnen hätte, könnten nicht auf dem gleichen Niveau weitergeführt werden. Dies führe unter den Betroffenen zu Enttäuschung, z.B. wer kann schon für ca. 40.000 Personen täglich eine warme Mahlzeiten zubereiten, wie in den Lagern Cegrane und Neprosteno durch die Bundeswehr geschehen.

Bundeswehr verhinderte größere Flüchtlingskatastrophe

Dirk-H. Hoppe, der Regionalbeauftragter der GTZ für Europa, Kaukasus und Zentralasien, erläuterte, dass die GTZ seit 1989 in Albanien gearbeitet und dort relativ feste Strukturen aufgebaut hätte. Als sich zu Beginn der Flüchtlingskatastrophe im Kosovo herausgestellt hätte, dass der UNHCR seiner Aufgabe nicht gewachsen wäre, hätte die GTZ ihre laufenden Projekte in Albanien gestoppt und mit Man Power und finanziellen Mitteln die Flüchtlingsprobleme zu lösen versucht. Die Zusammenarbeit mit der Bundeswehr sei hervorragend gewesen. Ohne die Transportleistung und die Arbeit des Pionierbataillons der Bundeswehr hätte die GTZ ihre Aufgaben nicht in dem erforderlichen Umfang erledigen können. Was die Mittelzuweisung des BMZ an CIMIC-Projekte der Bundeswehr angehe, so liefe diese indirekt über die GTZ. Im Kosovo unterhalte die GTZ ein Infrastrukturbüro in Pristina (German Organization for Reconstruction and Development, GORAD), das sich mit dem Aufbau der Zivilgesellschaft befasse und eng mit der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG) zusammenarbeite. Büroleiter sei Herr Trojanow (vormals Büroleiter in Sarajewo). Hier werden u.a. Feasibility-Studien als Grundlage für den zivilen Wiederaufbau erstellt. Zurzeit betreibe die GTZ im Auftrag des BMZ ein größeres Projekt zur Abfallbeseitigung und zur Müllentsorgung im Rahmen von UNMIK. Ferner wies Dirk-H. Hoppe daraufhin, dass Deutschland sich in den Jahren 2000-2003 mit ca. 1,2 Mrd DM am Balkan-Stabilitätspakt beteiligen werde. Im nächsten Jahr seien für diesen Zweck 300 Mio DM vorgesehen. Desweiteren gab er zu bedenken, dass im Kosovo mit seinen ca. 10.000 km² ca. 250 größere internationale Hilfsorganisationen im Einsatz seien, während es in anderen Teilen des Balkans schlimme Entwicklungen infolge des Kosovo-Konflikts gäbe, wo ganze Wirtschaftszweige zusammenbrächen, wie z.B. in Bulgarien und Rumänien.

Problemlose Zusammenarbeit mit der Bundeswehr

Dr. Horst Schöttler (JUH) führte aus, dass die Johanniter-Unfall-Hilfe ca. 21 Mio. DM auf Projekte im Kosovo verwende. Das seien u.a. ein Orthopädieprogramm für die Versorgung von Minenopfern, ein Minenräumprogramm zusammen mit HELP und ein mobiles Sprechstunden- und Behandlungsprogramm mit insgesamt fünf mobilen Einrichtungen. Auch die Johanniter seien international organisiert (Johanniter International, JOIN). In den JOIN-Projekten im KOSOVO arbeiteten Österreicher, Niederländer und Finnen. Die Arbeit der Bundeswehr werde von den Johannitern positiv beurteilt. In ihren Reihen gäbe es viele Reserveoffiziere und ehemalige Aktive, so dass die Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe vor Ort problemlos sei, weil man die gleiche Sprache spreche.

„Code of Conduct“ zwischen NGO's/GO's und den Streitkräften geplant

Desweiteren erwähnte Dr. Horst Schöttler folgende Fortsetzungsaktivität des Deutschen IDNDR-Komitees. Er habe erneut den Vorsitz im Operativen Beirat übernommen und werde zum 8. Dezember 99 die GO/NGO-Mitglieder einladen, um unter Mitwirkung des HFüKdo ein „General Agreement“ im Bereich der humanitären Auslandshilfe zu erarbeiten: „Wie könnten wir im Verbundsystem zurecht kommen, nicht gegeneinander, nicht nebeneinander sondern miteinander“. Die Krisen nähmen stetig zu und die Ressourcen und finanziellen Mittel dagegen gingen immer mehr zurück. Im nächsten halben Jahr sollten Arbeitsgruppen gebildet werden, um einen Katalog zu erarbeiten, der einen „Code of Conduct“ beinhalten könnte, wie NCO's/GO's und Streitkräfte in der humanitären Hilfe miteinander umgehen sollten.

Zusammenarbeit mit der Bundeswehr gewünscht

Frau Jansen (ASB) führte aus, dass man beim Arbeiter-Samariter-

Bund sehr froh gewesen wäre, dass die Bundeswehr zu Beginn der enormen Flüchtlingsströme „geklotzt“ hätte, weil die Hilfsorganisationen allein die Arbeit nicht hätten bewältigen können. Die Hilfe des Büro KOLBOW hätte man gern angenommen, um die ersten Spenden an den richtigen Platz zu bringen. Zurzeit betreibe der ASB ein Wiederaufbauprogramm in einer Bergregion westlich von Prizren. Desweiteren führe man ein Nahrungsmittelprogramm in Verbindung mit der orthodoxen Kirche im „deutschen Bereich“ durch.

Partner fühlen sich von der Bundeswehr an den Rand gedrängt

Ralph Tiesler, der Leiter des THW-Auslandsreferat, bezeichnete die allgemeine Zusammenarbeit mit der Bundeswehr als gut und unkompliziert. Man erhalte Diesel von der Bundeswehr und unterstütze die Bundeswehr mit der eigenen THW-Werkstatt. Bei den meisten Mitspielern am Tisch gäbe es jedoch ein Unbehagen, von der Bundeswehr in die Ecke gedrängt zu werden. Aus den Presseveröffentlichungen der Bundeswehr gewinne man den Eindruck, als gäbe es niemand draußen im Feld im Kosovo außer der Bundeswehr. Ferner verdichte sich die Einschätzung, dass die Bundeswehr einen Alleinvertretungsanspruch im Rahmen der humanitären Hilfe geltend mache durch Koordinierungsversuche oder gar einen Führungsanspruch. Dies stehe in einem gewissen Gegensatz zu dem, was bei der letzten Sitzung besprochen wurde. Herr Tiesler begrüße daher die Initiative des IDNDR-Komitees, im Umgang miteinander zu gemeinsamen Spielregeln zu kommen. Diese seine Kritik an der Außendarstellung der Bundeswehr tue jedoch dem Respekt an der Leistung der Bundeswehr zu Beginn des Flüchtlingsstromes in Mazedonien keinen Abbruch. Dies hätten in der Tat die Hilfsorganisationen so schnell nicht leisten können. Zur Arbeit des THW im Kosovo führte Herr Tiesler aus, dass das THW bereits seit 1998 zusammen mit einem französischem Partner (Action Humanitaire France) in Orahovac gearbeitet hätte. Nach Ende der

NATO-Luftschläge sei man wieder zurückgekehrt und betreibe mit Mitteln der UN, der EU und der Landesregierung Bayern in Zusammenarbeit mit der Caritas und der GTZ im Großraum Orahovac einen Bauhof. Dabei werde die siebenjährige Erfahrung des THW mit Bauhöfen auf dem Balken genutzt. Neben der Rehabilitation von Häusern führe man auch ein Ausstattungsprogramm für kommunale Einrichtungen, z.B. in der Wasser- und Stromversorgung und in der Abfallbeseitigung durch. Darüberhinaus werden Feuerwehrestationen rehabilitiert.

NGO's/GO's in die Außendarstellung der Bundeswehr miteinbeziehen

Oberst i.G. Rainer Kobe ging direkt auf den Beitrag von Herrn Tiesler ein. An der Tatsache, dass die Bundeswehr spätestens seit dem Einsatz in Bosnien ein Player auf dem Gebiet der humanitären Hilfe sei, wird man nicht vorbeikommen. Er habe jedoch im Vorfeld der Tagung die kritischen Bemerkungen des THW in Bezug auf die Außendarstellung der Bundeswehr im Kosovo aufgenommen und Oberst Kratschmer, den zukünftigen Kommandeur des CIMIC-Truppenteils kurzfristig zur Tagung eingeladen, damit es zwischen den Auffassungen des HFÜKdo in Koblenz und den CIMIC-Truppenteilen im Kosovo keine gravierenden Unterschiede

gäbe. Desweiteren plane er das Protokoll der Tagung auch an die beiden Einsatzstäbe vor Ort weiterzuleiten, verbunden mit dem Wunsch, dass bei der Darstellung der Bundeswehr gegenüber Parlamentariern und auch dem eigenen Minister gegenüber die Leistungen der NGO's/GO's ausdrücklich erwähnt werden, wenn sie an gemeinsamen Projekten mitgearbeitet hätten. Ferner solle den Hilfsorganisationen Raum zur Selbstdarstellung gegeben werden. Auf die externe Medienberichterstattung hätte jedoch die Bundeswehr keinen Einfluss. Er befürchte für die Hilfsorganisationen, dass die Bundeswehr weiterhin im Mittelpunkt stehen werde.

„Lessons Learned“: Aufbau und Betreiben von Flüchtlingslagern

Im Rückblick auf den Aufbau und das Betreiben von Flüchtlingslagern wurde von Seiten einzelner NGO's/GO's Defizite eingeräumt. Dabei ging es im Wesentlichen um die Tatsache, dass sich die dt. NGO's nicht in der Lage sahen, von der Bundeswehr aufgebaute Flüchtlingslager als „Lead Agency“ zu übernehmen. Dies lag hauptsächlich an den folgenden Gründen:

1. Die Sicherheitssituation in den Lagern war explosiv (Albaner-Mazedonier).
2. Die Finanzierung des gesamten Lagerbetriebs (z.B. CEGRANE

mit 40.000 Personen) war unsicher. Bei einer längeren Verweildauer in den Lagern hätten leicht Kosten in Höhe von mehreren 10 Mio. DM entstehen können.

3. Den dt. NGO's fehlte die Erfahrung, größere Lager verantwortlich zu führen.

Auf Vorschlag von Gernot Krauß (DCV) wurde vereinbart, dieses Thema auf eine der nächsten Sitzungen des „Koordinierungsausschuss humanitäre Hilfe“ beim Auswärtigen Amt zu behandeln, weil dort noch andere NGO's beteiligt seien. Ggf. sollte dort eine Arbeitsgruppe eingerichtet werden, die sich mit der o.a. Problematik befassen und Lösungsvorschläge vorlegen solle (ggf. in Kooperation mehrerer GO's/NGO's).

Ressortübergreifende Lösungsansätze

Oberslt i.G. Peter Braunstein (BMVg) hielt als Vertreter des Referats für Zivil-Militärische-Zusammenarbeit einen Kurzvortrag über zukünftige ressortübergreifende Lösungsansätze zu dem o.a. Thema.

Abschließende Übereinkunft und Schlusswort

Alle Teilnehmer sprachen sich dafür aus, dass im nächsten Frühjahr eine weitere NGO/GO – G5/CIMIC-Tagung beim HFÜKdo durchgeführt werden solle. Oberst i.G. Rainer Kobe bedankte sich bei den Teilnehmern für die offene und freundschaftliche Atmosphäre und versprach bei seiner anstehenden Dienstreise in den Kosovo die erhaltenen Anregungen zu berücksichtigen. □

Oberst Peter Kratschmer, zukünftiger Chef CIMIC-Kompanie in Prizren, im Gespräch mit dem Balkanbeauftragten des Deutschen Caritasverbandes Gernot Krauß (M.) und dem Referatsleiter Ingo Radtke (r.) des Malteser Auslandsdienstes (Foto: K. Liebetanz)



Die letzten Tage von Srebrenica

Ein Augenzeugenbericht von Christine Schmitz (Ärzte ohne Grenzen)

KLAUS LIEBETANZ

Am 24. Juni 1995 wurde der letzte Teamwechsel von „Ärzte ohne Grenzen“ in der belagerten Enklave Srebrenica durchgeführt. Die bosnischen Serben ließen nur noch die deutsche Krankenschwester Christine Schmitz und den australischen Arzt Daniel O'Brien einreisen. Am 11. Juli 1995 fiel Srebrenica in die Hände der bosnischen Serben, obwohl es von den Vereinten Nationen zur UN-Schutzzone erklärt worden war. Im Folgenden soll der Bericht von Christine Schmitz möglichst wortgetreu wiedergegeben werden, den sie auf dem Ärztekongress des Auslandsbüro der Ärztekammer Berlin am 16. Oktober 1999 gehalten hat.

Zur Situation vor dem Fall von Srebrenica

Im Frühjahr 1993 stand die Stadt Srebrenica kurz vor dem militärischen Zusammenbruch unter der Belagerung von bosnisch-serbischen Truppen. Nachdem die Serben ihren Belagerungsring immer enger um die Stadt gezogen hatten, flüchteten Tausende von muslimischen Zivilisten aus den Dörfern in die Stadt. Bis Mitte März befanden sich in der Stadt und in ihrem nahen Umland ca. 60.000 Menschen. Ursprünglich gab es nur 6.000 Einwohner in Srebrenica. Die Internationale Gemeinschaft konnte sich zu keiner Lösung durchringen. Der französische UN-Befehlshaber, General Philippe Morillon, wurde bei einem Besuch 1993 in Srebrenica quasi von der Bevölkerung gezwungen, Unterstützung zuzusagen. „Sie sind ab jetzt unter dem Schutz der Vereinten Nationen“. Dieses waren seine Worte, die ihn später seine Stellung und Tausende von Menschen ihr Leben gekostet haben, weil sie den Vereinten Nationen geglaubt hatten. Resolution 819 des Sicherheitsrats beinhaltete die Gründung der ersten UN-Sicherheitszone im ehemaligen Jugoslawien. Das Mandat der dort eingesetzten Blauhelme betraf aber nur die Überwachung der humanitären Situation. Durch die Einteilung der Schutzzonen wurden indirekt die ethnischen Säuberungen gefördert. Denn automatisch kam die bosnische Zivilbevölkerung aus den unsicheren Gebieten in die vermeintlich sicheren Schutzzonen.

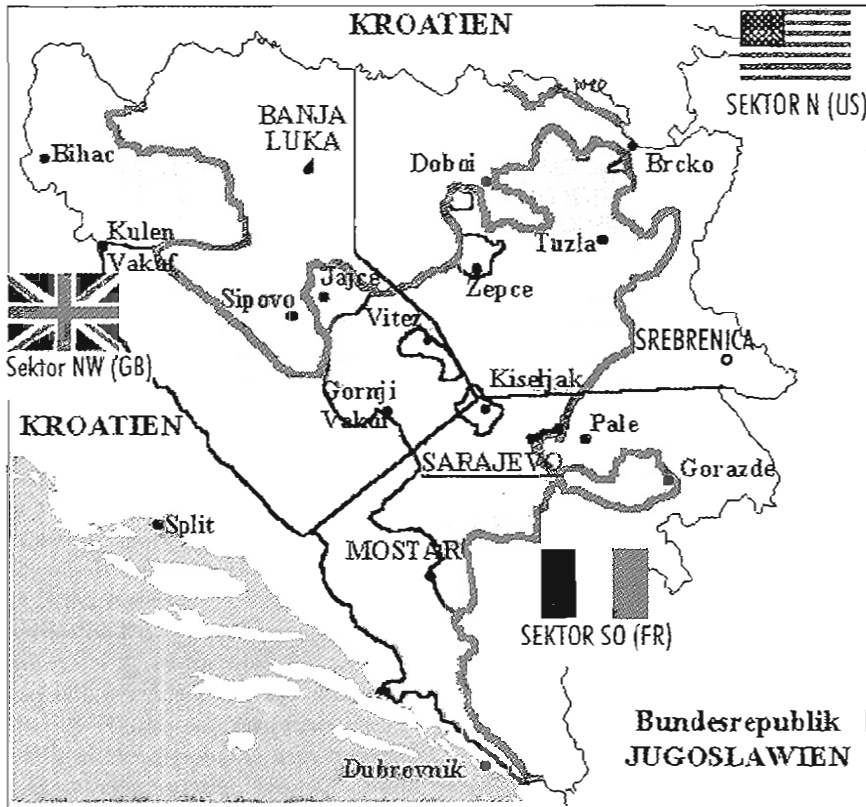
Nothilfe in Srebrenica

Wir (Ärzte ohne Grenzen) hatten uns seit Gründung der Schutzzone in Srebrenica medizinisch engagiert. Unsere Verantwortung war, die gesamte medizinische Unterstützung für die Bevölkerung, für ca. 60.000 Menschen. Dazu gehört ein Gesundheitsprogramm im Umland, Impfkampagnen, Verteilung von Medikamenten. Wir halfen einem Altenheim. Besonders wichtig war die technische Unterstützung in dem einzigen Krankenhaus der Stadt. Die Situation war vor der Einnahme der Enklave schon sehr schwierig. Die Menschen fühlten sich wie in einer Art „Freiluft-Gefängnis“. Sie waren vollkommen abhängig von internationaler Hilfe. Es gab keine Aussicht auf Änderung und Lösung. Die Enklavensituation war ja nicht die Lösung, sondern nur ein Kompromiss. Anfang 1995 verschlimmerte sich dann die Situation. Lebensmittel wurden reduziert. Man sprach bereits von Unterernährung bei Erwachsenen. Medikamente wurden nicht mehr durchgelassen und vor allem – für uns ganz schwierig – die Erlaubnis für einen Teamwechsel wurde über Monate verzögert. Am 24. Juni 1995 ließ man (die Serben) mich nach langem Warten, gemeinsam mit dem australischen Allgemeinmediziner Daniel O'Brien in die Enklave einreisen. Dies war ein Kompromiss anstelle der schon geplanten notwendigen anderen Mitarbeiter. Die Gynäkologin, der Logistiker, der Chirurg, mussten zurück-

bleiben. Wir dachten einfach, sie werden später einreisen. Unser wichtigstes Ziel war, erst einmal das erschöpfte Team auszuwechseln. Das hat genau zwei Stunden gedauert. Dann waren wir auf uns gestellt. Wir haben dann genau zwölf Tage Zeit gehabt, um die Umgebung kennen zu lernen, die lokalen Kollegen, Kontakte zu schließen, das Programm zu evaluieren und neue Programme zu planen.

Sicherheit der internationalen und nationalen Mitarbeiter

Einige Worte zur Sicherheit der internationalen und nationalen Mitarbeiter. Wie in jedem Projekt von „Ärzte ohne Grenzen“ hatte auch in Srebrenica die Sicherheit der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen Priorität. Es gab Sicherheitsrichtlinien, einen Evakuierungsplan, der jeden Tag während der kritischen Phase an die jeweilige Situation angepasst wurde. Es gab ständigen Kontakt mit unseren Kollegen in Belgrad und Pale mittels Funkgerät und Telex. Der Keller neben unserem Haus, unter dem Krankenhaus, war unsere Unterkunft während der Bombardierungen. Wir trugen Helme und kugelsichere Westen. Bosnien war wirklich eine der seltenen Situationen, wo wir dies als notwendig angesehen haben. Der ständige Kontakt zwischen den serbischen Behörden in Pale und unseren Kollegen in Belgrad und Pale stellte sicher, dass mindestens die Anwesenheit internationaler Mitarbeiter in Srebrenica bekannt war. Auch wurde die Organisation (Ärzte ohne Grenzen) in Srebrenica nie persönlich angegriffen, was eine Arbeit unmöglich gemacht hätte. Selbst die nationalen Mitarbeiter, darunter sieben junge Männer, durften später, nachdem die Enklave gefallen war, gemeinsam mit den Vereinten Nationen und uns nach Zagreb evakuieren. Ein lokaler



Logistiker von uns, der allerdings entschieden hatte, bei seiner Familie und nicht mit uns zusammen zu bleiben, ist später ermordet in einem Massengrab aufgefunden worden.

Beschwichtigung durch die Blauhelme

Ich erinnere mich sehr gut, als ich den holländischen General Karemans (*Oberstleutnant; Anm. der Red.*), der die holländischen Blauhelme in Srebrenica anführte, gefragt habe, und es war wirklich eine rhetorische Frage: „Na, was denken Sie, was ist die Zukunft für die Enklave? Wird die Enklave vielleicht sogar weiterhin angegriffen werden? Wir hatten alle Gorazde vor Augen, das täglich bombardiert wurde. Wie ist Ihre Einschätzung der Situation?“ Er sagte zu mir: „Kein Problem, das bosnisch-serbische Militär ist nicht so stark, um diese Enklave einzunehmen. Machen Sie sich keine Sorgen.“

Unterlassene medizinische Hilfeleistung der Blauhelme

In dem Zeitraum vom 6. bis zum 11. Juli 1995 wird die Enklave dann massiv bombardiert. Es gibt zahlreiche Verletzte und Tote. Der lokale

Chirurg war vollkommen überfordert. Wir hatten nicht mehr genug Betten in dem Krankenhaus. Die Blauhelme lehnten die Aufnahme von zwei Patienten ab. Ich hatte ihnen ein Telex geschickt, und es kam prompt ein Telex zurück. Wir können sie nicht aufnehmen. Obwohl sie genügend medizinisches Personal hatten, zwei Fachärzte für Chirurgie und auch eine Krankenhausstruktur, so wie wir sie hier in der Charité vorfinden würden. Ich schloss daraus: Wenn Verwundete im eigenen Bereich der Blauhelme zu erwarten sind, dann habe die zivile Bevölkerung kein Anrecht auf medizinische Unterstützung.

Wie die Mediziner unter den Blauhelmen das mit sich ausmachten, konnte ich nicht nachvollziehen. Es gab keine Genehmigung für weitere medizinische Unterstützung, auch nicht für Medikamente.

Die Lage in Srebrenica spitzt sich zu

Die Bevölkerung war vollkommen gelähmt, es gab nicht genügend Bunker, um Schutz zu suchen vor diesen ständigen Bombeneinschlägen. Sie waren fatalistisch und wussten nicht wohin. Die Kinder hatten

bei diesen Bombardierungen auf den Straßen gespielt. Und wieder fliehen die Menschen aus den umliegenden Dörfern in die Stadt. Wir bringen sie in den Schulen unter, in irgendwelchen Amtsräumen. Die Blauhelmsoldaten zogen sich in diesen Tagen von ihren Beobachtungsposten zurück. Es gab davon 13 Stück. Sie waren an der etwa 50 km langen Grenze, um die Enklave rundherum postiert, um die Situation zu beobachten. Da das bosnisch-serbische Militär weiter vorrückte zogen sich die Blauhelmsoldaten nach Srebrenica zurück. Dieses wurde von den bosnischen Kämpfern in der Enklave nicht akzeptiert, d.h. sie versuchten, die Blauhelmsoldaten in Richtung serbisches Militär zu schicken. Dabei wurde sogar ein Blauhelmsoldat von den bosnischen Kämpfern getötet. Während des Vorrückens des bosnisch-serbischen Militärs nehmen sie 55 Geiseln unter den Blauhelmen, eine schon bekannte Strategie von vorher, welche die Vereinten Nationen in Srebrenica ziemlich ohnmächtig gemacht hatte. Am 10. Juli spitzte sich die Situation zu. Das Gebiet des Krankenhaus wurde bombardiert. Ein Teil der Bevölkerung floh nach Norden bis Potocari. Dieses war ca. 5 km vom Krankenhaus entfernt und beinhaltete das Hauptquartier der Blauhelme. Panik breitete sich aus. Mein Kollege Daniel, angesteckt durch die Panik der lokalen Kollegen, wollte die Enklave verlassen. Er fürchtete sich vor den Massakern, die ihm angekündigt wurden. – Es ist ein grundsätzliches Recht der Mitarbeiter von „Ärzte ohne Grenzen“ zu sagen: Ich halte es hier nicht mehr aus. Die Sicherheit ist mir zu schlecht.

Wir hatten versucht Daniel herauszubringen; aber es ging nicht mehr. Einen Tag später, am 11. Juli morgens, war es relativ ruhig und die lokalen Ärzte trafen sich mit uns und wollten die Evakuierung der Patienten aus dem Krankenhaus nach Potocari zu den Blauhelmen organisieren. Wir sind nicht besonders glücklich darüber, da für mich die Basis der Blauhelme ein Angriffsziel war. Aber die lokalen Ärzte fürchteten die Wiederholung der brutalen Morde in Vukovar (Ostslavonien), wo alle Patienten im Krankenhaus umgebracht wurden und organisierten

dann tatsächlich die Evakuierung der Patienten.

Srebrenica fällt in serbische Hand

Die Blauhelme fordern Luftangriffe an, die ihnen aber verweigert werden. Ein Teil der Bevölkerung, vor allem die Männer und die Autoritäten, flohen durch die Wälder nach Tusla. Zehntausende Menschen suchten Schutz in Potocari, der Basis der Blauhelme, während langsam die bosnisch-serbischen Truppen die Enklave besetzten. Wir waren gezwungen, der Bevölkerung zu folgen, denn Srebrenica war jetzt eine leere Stadt, es gab keine Patienten mehr, keine Zivilbevölkerung. Obwohl wir wussten, dass das Leben unter dem Dach der Blauhelme unsere Neutralität und damit natürlich auch wahrscheinlich unsere Sicherheit gefährden würde, gab es keine Alternative.

Zahllose schwer bewaffnete, siegestrunkene Soldaten, manchmal mit Schäferhunden, manche betrunken, organisierten die Deportation der gesamten vertriebenen Bevölkerung von Srebrenica. Die Menschen waren verzweifelt und wollten unbedingt diesen Ort verlassen. Vollkommen panikartig verließen sie sogar das Wenige, das sie mitgebracht hatten, ihre Plastiktüten und wurden in Busse und LKW's geschoben. Die Deportation war wohl organisiert. Ein Bus nach dem anderen wurde in Richtung Tusla gebracht. Und während dieses „Abkarrens“ wurden die Männer von ihren Familien getrennt. Man ließ mich nicht Zeugin sein. Ich habe es nicht konkret gesehen, aber wir hörten abends viele Schüsse an einem Ort in der Nähe der Gebäude der Vereinten Nationen. Es fiel einer nach dem anderen, und wir konnten leider ahnen, was das bedeutete.

Aussonderung der Männer

Während Daniel sich an diesem Tag gemeinsam mit dem medizinischen Personal der Blauhelme um die Patienten in dem Gebäude der UN kümmerte, transportierte ich alte und kranke Menschen, die sich unter den Vertriebenen befanden, in ein improvisiertes Krankenhaus. Bei Schwangeren traten die Wehen verfrüht ein.

Es werden sieben Kinder an diesem Tag geboren. Die serbischen Soldaten einschließlich ihres Befehlshabers General Mladic, der anwesend war, und mit dem ich zweimal zu sprechen versuchte, nahmen mich scheinbar nicht ernst und ließen mich tun, was ich wollte. Dieses bedeutete für mich, dass ich mich mindestens frei bewegen konnte. Leichen wurden gefunden. Ein Blauhelmsoldat bat mich, diese anzuschauen. Ich entschied mich dann dagegen, da ich es für mich zu gefährlich einstufte. Am 13. Juli ging die Deportation weiter, morgens um sieben Uhr.

An diesem Tag geschah etwas, was für mich die ganze Grausamkeit symbolisierte. Ein junger moslemischer Vater kam auf mich zu. Er weinte und hinter ihm ging ein serbischer Soldat mit Schäferhund, abwartend. Der Vater hatte seine einjährige Tochter auf dem Arm. Ich verstehe erst gar nicht, was er will, und reagiere dann. Auch dieser Mann sollte von seiner Familie getrennt werden, er wollte mir sein Kind überlassen, weil er hoffte, dass es bei mir sicher sei. Die Mutter war umgekommen. Er übergab mir dieses Kind und ich hörte später, dass auch er in einem Massengrab wieder gefunden wurde, identifiziert wurde. Für mich war dies das Furchtbarste, was ich je in meinem Leben erlebt habe. Die Trennung eines Kindes von seinem Vater – und letztendlich spiele ich eine Rolle dabei. Am späten Nachmittag mussten auch die Menschen, die sich in dem UN-Gebäude befanden, ihre Heimat verlassen. Da wir bei der überstürzten Flucht Patienten in dem Krankenhaus zurücklassen mussten, bitte ich einen der Generäle der serbischen Armee um eine Eskorte und fuhr gemeinsam mit einem Beobachter der Vereinten Nationen nach Srebrenica zurück ins Krankenhaus. Dort lagen drei alte Menschen im Flur, genau wie wir sie verlassen hatten. Wir luden sie ein und fanden auch noch drei Schwerstbehinderte in dem Altenheim. Wir fuhren dann zurück, und auf dem Weg sah ich, wie die Stadt geplündert wurde. Überall Autos mit Serben. Fernseher, Waschmaschinen wurden aufgeladen. Das Vieh wurde zusammengetrieben. Die gesamte Stadt wurde geplündert.

Übergabe der verwundeten Bosniaken

Abends war die ethnische Säuberung in Srebrenica beendet. Es waren nur noch etwa 300 Blauhelme, 59 Patienten, das lokale Personal und wir in Potocari. Jetzt wurden zynischerweise Konvois mit Lebensmitteln, Treibstoff und Medikamenten zugelassen, wo sie nicht mehr benötigt wurden. Erst vier Tage später sollten die Patienten vom Internationalen Roten Kreuz abgeholt werden, um nach Tusla gebracht zu werden. Auch jetzt vollzog sich wieder die bekannte Strategie. Bevor das Internationale Rote Kreuz diese Patienten mitnehmen durfte, kontrollierte einer der serbischen Offiziere die Patienten, sprach mit ihnen und entschied dann, ob die jungen Männer Kriegsverbrecher seien und in serbische Gewalt übergeben werden müssten. Auch dabei fühlte ich mich unendlich ohnmächtig. Wir hatten diese Männer gepflegt. Wir hatten die Verantwortung als medizinische Nothilfeorganisation übernommen, um sie dann letztendlich in die Hände ihrer Angreifer zu übergeben.

Ich weiß nicht, ob sie umgekommen sind. Ich weiß nicht, was mit ihnen dann geschehen ist. Aber auf jeden Fall hatte ich kein gutes Gefühl, sie den serbischen Soldaten zu übergeben. Im August 1996 hatte das Internationale Komitee vom Roten Kreuz 6.546 Suchanträge aus dem Raum in und um Srebrenica, davon 6.513 nach bosnisch-muslimischen Männern.

Ausreise und abschließende Gedanken von Christine Schmitz

In den folgenden Tagen begannen die mühsamen Verhandlungen mit dem bosnisch-serbischen Militär über unsere eigene Ausreise. Und irgendwann am 20. Juli wurde die Enklave Srepa, ebenso ohne große Aufmerksamkeit vom bosnisch-serbischen Militär eingenommen. Erst dann durften wir die Enklave gemeinsam mit den Vereinten Nationen, gemeinsam mit unserem lokalen Personal verlassen.

Fazit: Es stellt sich in Srebrenica wie auch in anderen Kontexten die Frage, welche paradoxen Funktionen kann humanitäre Hilfe eigentlich haben? Ich habe die verletzten Männer genannt, die wir dann übergeben mussten. Es scheint eigentlich nicht so, als ob die Anwesenheit einer neutralen Nothilfeorganisation während einer solch schrecklicher Situation die Vorgänge dezimiert hat. Die letztendliche Schuld trifft natürlich die serbischen Politiker und Militärs. Aber, ich möchte auch etwas zur internationalen Gemeinschaft und zu unseren Politikern sagen. Humanitäre Hilfe hätte diese Massaker und die Deportation nicht stoppen können. Und eigentlich kann man sich die Frage stellen, ob dieses ein Versagen war oder ob es ein abgekartetes Spiel war. Hatte man den Fall der beiden Enklaven akzeptiert und die Konsequenzen der Bevölkerung, weil dieses die ethnische Teilung der Region besiegelt hat? Ich wiederhole noch einmal den Satz von General Morrillon: „Sie sind jetzt unter dem Schutz der Vereinten Nationen“. Dieses war ein leeres Versprechen, und ich schäme mich. Ich schäme mich so tief wie ich mich nur schämen kann. Dies ganze geschah alles unter unseren Augen, 50 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg.

Hier endet der Bericht von Christine Schmitz.

Selbstkritik der Vereinten Nationen

Viereinhalb Jahre nach dem Massaker von Srebrenica, bei dem Tausende bosnischer Muslime von den Serben umgebracht worden waren, hat der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Kofi Annan, am 16. Nov. 1999 bislang beispiellose Selbstkritik für die Weltorganisation geübt. In einem in New York vorgelegten Bericht, der die Ereignisse in dem von den UN damals zu einer „sicheren Zone“ erklärten Srebrenica im Juli 1995 nachzeichnet, schreibt Annan: „durch Irrtum, Fehleinschätzung und die Unfähigkeit, den Umfang des Bösen, mit dem wir konfrontiert waren, zu erkennen, haben wir es unterlassen, unseren Teil zu tun, um die Bevölkerung von Srebrenica vor der serbischen

Massenmordkampagne zu retten.“ (Vgl. FAZ vom 17.11.99)

Die innere Wandlung des General Morrillon

General Morrillon hat nach seinem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst zusammen mit jungen Katholiken in Paris-Mitte eine christliche Lebensschule mit diakonischer Ausrichtung gegründet. Der ehemalige Vier-Sterne-General, der auch auf allen Gefechtsständen immer einen persönlichen Koch mit sich führte, kümmert sich in Paris-Mitte persönlich um Obdachlose und Chlochards.

Folgerungen und Konsequenzen

1. Nach dem Bericht von Christine Schmitz sollte das Vorurteil über das angebliche „schwache Geschlecht“ endgültig ad acta gelegt werden. Christine Schmitz war in einer männlichen Umgebung offensichtlich die einzige Person gewesen, die Nerven und Mut nicht verloren hatte, um sich menschlich zu verhalten. Im Beispiel von Christine Schmitz leuchtet etwas von der beispielhaften humanitären Handlungsweise auf, welche die „Ärzte ohne Grenzen“, besser bekannt unter ihrer internationalen Bezeichnung „Médecins Sans Frontières“ (MsF), seit ca. zwanzig Jahren auszeichnet. MsF hat verdienstermaßen am Ende unseres Jahrhunderts den diesjährigen Friedensnobelpreis erlangt.
2. Die Vereinten Nationen sollten nie wieder schwach bewaffnete Blauhelme (nach Kapitel VI der UN-Charta) zur Konfliktregelung bei brutalen und kriminellen Parteien einsetzen. Die Empfehlung des vormaligen UN-Generalsekretär Boutros Ghali zur Einsetzung von schwer bewaffneten Truppen nach Kapitel VII der UN-Charta (peace-enforcement units) in der „Agenda for Peace“ (Ziffer 44) vom Juni 1992 sollte von der Staatengemeinschaft beherzigt werden. Die „robuste“ Friedensstreitmacht der Vereinten Nationen in Osttimor (United Nations Mission in East Timor, UNAMET) geht in die richtige Richtung. Die NATO hat auf dem Balkan aus den Erfahrungen von Srebrenica gelernt.
3. Die Hilfsorganisationen sollten ihr Verhältnis zu den Streitkräften im Auftrag der Vereinten Nationen klären. Sie können sich nicht einerseits über die unterlassene Hilfeleistung der Streitkräfte in humanitären Notlagen beklagen und andererseits sich über deren aktive humanitäre Hilfe als Einmischung in die Angelegenheiten der Hilfsorganisationen beschweren. Es ist an der Zeit, dass sich die „roten Blutkörper“ (zivile humanitäre Helfer) und die „weißen Blutkörper“ (Soldaten im Auftrag der VN) zum Aufbau einer friedlichen und humaneren Welt die Hände reichen und komplementär zusammenarbeiten und sich nicht gegenseitig zu verdrängen versuchen. □

KURZ NOTIERT: Gottschalk: Kirche hat zu wenig Entertainer

In den christlichen Kirchen gibt es nach Meinung des TV-Moderators Thomas Gottschalk „zu wenig Entertainer“. Bischöfen und Würdenträgern fehle oft die Fähigkeit, sich im Fernsehen menschlich und unterhaltsam zu präsentieren, sagte Gottschalk am 9. Dezember in München vor katholischen und evangelischen Vertretern in deutschen Rundfunkgremien. Die Kirche könne viel von Fernsehshows lernen. Sie müsse ihre Botschaft fröhlicher und nicht so düster unter die Leute bringen.

Gottschalk wünscht sich Papst Johannes Paul II. als Gast seiner Sendung „Wetten dass...“. Der Papst könne dort 15 Millionen Deutsche besser erreichen als mit Enzykliken. In einer Samstagabend-Show dürfe Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) nicht über Politik oder Bischof Karl Lehmann nicht über den Paragraphen 218 sprechen. Sie hätten dort aber die Gelegenheit, einen persönlichen Eindruck für die Zuschauer zu hinterlassen, so dass ihre Botschaften im Alltag von den Menschen besser eingeordnet werden könnten. Kirchenvertretern riet der Entertainer, sich auf Späße im Fernsehen einzulassen. „Man muss in der Sendung bei einem Bischof auch einmal die lila Knopflöcher an der Soutane zählen dürfen“, so Gottschalk. (KNA)

Das Alte Testament vermittelt ganz konkrete Vorstellungen von „Männer-Gestalten“. Ihre Beschreibung lässt vor dem inneren Auge der Zuhörer Bilder entstehen, welche Aspekte der männlichen Existenz, der männlichen Sozialisation und der männlichen Spiritualität beleuchten. Diese Begegnung mit männlichen Vor-Bildern des Alten Testaments (die Visualisierung von Männer-Gestalten bzw. von Aspekten des Mann-Seins) bietet die Möglichkeit der Bearbeitung des eigenen Männer-Bildes.

Möge der Leser dieser Beschreibungen die Begegnung mit Abraham (Heft 234), Jakob (Heft 235), Josef (Heft 237), Moses (Heft 238), Salomon (Heft 239), Elija (Heft 240) und Jeremia (Heft 241) konstruktiv nutzen und aus dieser Begegnung Konsequenzen für sein Mann-Sein ziehen.

Die Männerbilder sind mit freundlicher Genehmigung des Verlags dem Buch entnommen: „Müssen Männer Helden sein? Neue Wege der Selbstentwicklung“ / Paul M. Zulehner (Hrsg) mit Beiträgen von Walter Hollstein, Johannes Kaup, Michael Overmann und Christian Reichart. Tyrolia-Verlag Innsbruck 1998; ISBN 3-7022-2097-6.

Moses

Mit List und Lust gegen Frist und Frust

MICHAEL OVERMANN SDS

Die erhabenste Gestalt des Alten Testaments ist wohl Moses, Befreier der Hebräer und Gesetzgeber des Volkes Israel. Die lange Geschichte des Moses schildert viele Momente aus dem Leben dieses biblischen Helden. Mit der Beschreibung seiner Persönlichkeit in den Erzählungen über den Auszug und die Wüstenwanderung stellt das Alte Testament zwei weitere Urformen männlicher Spiritualität vor: Moses repräsentiert den Mut des Kriegers und die Empathie des Magiers.

MOSES und das neue Gottesbild

Es gibt gute Gründe für die Annahme, dass die biblische Gestalt namens Moshe tatsächlich existierte, wie sehr die Geschichten über ihn auch von Legenden, Mythen und Volkserzählungen umrankt sein mögen. Jedes der ersten fünf Bücher des Alten Testaments erzählt seine Geschichte; die Propheten, die historische Literatur und die Überlieferung

beziehen sich auf ihn und die zwei Ereignisse, die mit Moses zusammenhängen – der Auszug und die Wüstenwanderung – sind von zentraler Bedeutung für die Geschichte der Juden. Zudem sind die biblischen Geschehnisse historisch plausibel: Man weiß, dass in der späten Bronzezeit ägyptische Truppen regelmäßig in die kanaanitische Kolonie einfielen, Scharen von Gefangenen als Sklaven nach Ägypten brachten und an staatlichen Bauprojekten arbeiten ließen. Durchaus denkbar, dass Moses Anführer eines Sklavenaufstandes in Ägypten war, dass die Schar in die Wüste Sinai entkam und schließlich ihren Weg in die hebräischen Dörfer der Berge von Kanaan zurückfand. Ebenfalls wahrscheinlich, dass Moses den Hebräern in Kanaan den Kult des Kriegsgottes Jahwe vermittelte, einer Gottheit, die man damals im Sinai und in der Wüste von Midian verehrte, nachdem sich Moses selber, mitgefangen in den ägyptischen Arbeitslagern oder unterwegs durch die Wüste Sinai, zur Jahwe-Religion bekehrt hatte. Was ist dieser Jahwe für ein Gott?

In den frühesten Mythen wird

Gliederung

**MOSES und
das neue Gottesbild**

**MOSES – der Krieger
Der Krieger in uns**

MOSES – der Magier

Die Kunst der Täuschung

Die Mobilisierung persönlicher Ressourcen

Die Erfahrung unverdienter Gnade

MOSES und du

Bist du deinem inneren Krieger schon begegnet?

Hast du den Nutzen deines inneren Magiers schon erfahren?

**Betrachtungswerte
Schriftstellen**

Jahwe als ein Gott des Krieges und des Sturmes beschrieben. In Ex 15,3 heißt es: „Der Herr ist ein Krieger; Jahwe ist sein Name!“ Außerdem kümmert sich dieser Jahwe um die „kleinen Leute“; er setzt sich ein für die Armen, Benachteiligten und Erniedrigten und erwartet dafür nur zwei Dinge von seinem Volk: Erstens besteht er eifersüchtig darauf, der einzige Gott dieses Volkes zu sein (vgl.: Ex 20,2). Zweitens verlangt er Gerechtigkeit unter den Menschen. Dies weist auf den Versuch hin, miteinander in einer Gemeinschaft zu leben, die radikal anders war als die ägyptische oder irgendeine andere Gesellschaft der damaligen Zeit:

- keinen König (1 Sam 22,24)
- keinen Kapitalismus (Dtn 23,20)
- keine Ausbeutung der Armen (Ex 22,24)
- kein Töten, Begehren und Stehlen (Ex 20,13-17)

Jahwe will, dass sein Volk alles miteinander teilt und in Gleichheit und Gerechtigkeit zusammenlebt. Neben diesen Erwartungen erstaunt der Wunsch dieses Kriegsgottes, sein

Volk möge auf seine, auf Jahwes militärische Fähigkeiten bauen, nicht auf die eigenen. Das Volk sollte folglich seinen Gott für sich kämpfen lassen (Dtn 7,17-24).

Das ist eine knappe Skizze des Gottes, den Moses verehren lernte und in dessen Namen er seine Mitklaven um sich versammelte und aus Ägypten entkam; das ist die Religion, die seine Anhänger unter den Hebräern im kanaanitischen Bergland verbreiteten. Die Prediger verkündeten den dortigen armen und unterdrückten Menschen eine Art „Frohbotschaft der späten Bronzezeit“: Jahwe ist der Herr, der für uns kämpft und uns befreit!

MOSES – der Krieger

Die ausgeklügelten Pläne großer und kleiner Herrscher werden oft durchkreuzt von den Machenschaften ihrer Untergebenen. So schildert die Geschichte der Errettung des neugeborenen Moses eine Art barmherziger Verschwörung hebräischer und ägyptischer Frauen. Zunächst ausgesetzt, dann gerettet, wächst Moses als Ägypter auf; die Geschichte erzählt uns jedoch nichts über seine Erziehung. Als erwachsener Mann hat er zwar das Mitgefühl eines Sklaven, aber auch das Benehmen eines Pharao. Wenn wir bedenken, dass die Hebräer bis zu diesem Zeitpunkt ihrer Geschichte eine kleine Volksgruppe und praktisch ohne Kampf- und Kriegserfahrung waren, liegt die Vermutung nahe, dass auch Moses noch kein Krieger ist. Er braucht eine Weile, um das Kriegshandwerk zu erlernen und Jahwe selber wird sein Lehrer sein. Auslöser für diese neue Entwicklungsphase ist folgendes Ereignis: Als Moses sieht, wie ein Vorarbeiter einen Hebräer misshandelt, rastet er aus und erschlägt den Mann (Ex 2,11-15). Es ist das erste und letzte Mal, dass er jemanden tötet; als die Tat ans Licht kommt, flieht er in die Wüste, in das Land Midian.

Das Exil eignet sich hervorragend als Ort, wo ein Mann seinen inneren Krieger entdecken kann; einige der größten Befreier der Geschichte lernten im Exil, dem Gefängnis oder der Wüste, den härte-

sten Kampf zu bestehen, den Kampf, der in der Seele tobt (Jesus, Mohammed, Gandhi, Mandela). Kalendergelenkte und mediengesättigte Männer können sich die unsichtbaren Kämpfe kaum vorstellen, die in den Gefängniszellen und Wüsteneien wüten. Erst, als Moses die Angst vor den seelischen Abgründen und Schluchten seiner selbst überwunden hat, kann ihm Jahwe erscheinen. Dieser nimmt sich viel Zeit und fordert viel Geduld, bis er sich zeigt. Auf dem Berg Horeb hört er das Klagen der Hebräer, das unter der ägyptischen Geißel ächzt. Das bedeutet nichts anderes, als dass Moses zu guter Letzt und nicht einen Tag früher bereit ist, mit Hilfe dieses Kriegsgottes seinen inneren Krieger gegen die Versklavung seines Volkes zu aktivieren.

Moses Begegnung mit Jahwe im brennenden Dornbusch (Ex 3) ist reich an spiritueller Bedeutung: Jahwes Erscheinen stellt einen Aufruf zum „heiligen Krieg“ dar. Das Stichwort „heilige Krieg“ erfüllt uns wohl zunächst mit Grauen, weil die Geschichte der Menschen voller Wunden ist, die ihr von Armeen zugefügt worden sind, die ihre Sache „heilig“ nannten. Die Unterscheidung des heiligen Widerstandes gegen jegliche Unterdrückung von Menschen von der selbstherrlichen Gewalt zur Durchsetzung einer Ideologie ist entscheidend; klammern wir diese Negativerscheinungen aus, ist der Krieg vor allem das männlich psychologische Muster für den Widerstand gegen jedes Übel. Auf dem Berg Horeb erlaubt Jahwe Moses keine militärischen Eroberungszüge oder rachsüchtigen Vergeltungsschläge; vielmehr wendet sich Jahwes glühender Zorn gegen die Unterdrückung seines Volkes; sein Mitleid strebt dessen Befreiung an. Der göttliche Befehl im Sinai ist die einzige Rechtfertigung für einen Krieg, der „heilig“ genannt werden darf, weil er zur Befreiung aus der Unterdrückung führt. Der Glaube an diesen aktiv beteiligten Gott findet mit dem inneren Krieger seinen Platz in der männlichen Spiritualität.

Wenden wir uns nun den hebräischen Sklaven zu, so erstaunt, dass die Volksgruppe der Israeliten mit zunehmender Unterdrückung stär-

ker, widerstandsfähiger, zahlreicher und damit bedrohlicher wird. Arme Menschen haben eine phantastische Begabung, durchzuhalten und sich erfindungsreich durchzusetzen, z.B. durch eine zahlreiche Nachkommenschaft. Dies wahrnehmend, befiehlt der Pharao die Tötung der männlichen, hebräischen Neugeborenen. Ein bemerkenswertes Detail der Geschichte: Unterdrücker interessieren sich immer für die Untergrabung der Männlichkeit der Unterdrückten. Nichts paßt dem Unterdrücker besser als Sklaven, die ihre Männlichkeit nicht ausleben und die Energie des Kriegers nicht entfalten. In ihrer Verzweiflung waren die Israeliten also ideale Adressaten für die Botschaft des Moses von einem Kriegsgott, der ihre Befreiung will. Die Lage des Opfers lässt eine moralische Überlegenheit, die auf der eigenen Unschuld basiert, heranreifen und um Hilfe rufen. Diese passiv-aggressive Strategie beendet das moralinsaure Selbstmitleid und bewirkt die notwendige Aktivierung des inneren Kriegers und die notwendige Offenheit der Volksgruppe für die Kunde von einem Gott des Krieges.

Der Krieger in uns

Die Urform des Kriegers hat eine tiefe Bedeutung für das Leben des einzelnen Mannes. Seine Bedeutung für die männliche Psyche erstreckt sich mindestens auf drei Ebenen:

- **Der Krieger im Mann weiß, sich zu verteidigen**
Es ist der Krieger, der in den seltenen Augenblicken auftaucht, wenn unser Leben und unsere Sicherheit unmittelbar bedroht sind, und sich dann mutig und selbstbewusst verteidigt.
- **Der Krieger im Mann weiß, sich zu begrenzen**
Es ist der Krieger, der sein Schwert zieht, um klarzustellen, wo persönliche Grenzen sind, und der sich verwahrt gegen die alltäglichen Einmischungen in unsere Intimsphäre und die Missachtung unserer Persönlichkeitsrechte.
- **Der Krieger im Mann weiß, sich zu mobilisieren**
Es ist der Krieger, der uns mobi-

lisiert zur Lebensbewältigung und der uns auf dem Weg zum Ziel mit Entschlossenheit, Durchhaltevermögen, Geschicklichkeit und Kompetenz ausrustet.

Diese Urform männlicher Spiritualität birgt aber auch Gefahren. Jeder, der sich auf einen Kampf eingelassen hat, weiß, dass der Schaden, den die Gegner sich zufügen können, problematisch ist. Der Krieger muss somit seine Stärken, aber auch seine Grenzen und Schwächen gut kennen. Persönliche Unsicherheiten sind in der Geschichte nicht selten Grund für die Perversion dieser Form von Männlichkeit gewesen, was zur Desavouierung des Kriegers im Mann geführt hat; in manchen Teilen der Gesellschaft steht der Krieger heute ausschließlich für gefährliche und zerstörerische männliche Eigenschaften. Angesichts des Leidens und der Ungerechtigkeit in der Welt ist die psychische Alternative zum Krieger aber nicht der Persönlichkeitstyp des Friedensstifters, sondern der des Opfers, welches seine Lage bejammert und beklagt. Allein das gesunde Selbstbewusstsein eines Mannes bietet folglich die Voraussetzungen zur Entwicklung der edlen Eigenschaften des Kriegers, der zum aktiven Widerstand gegen das menschliche Unrecht bereit und fähig ist.

MOSES – der Magier

Die einzige „Waffe“, die Moses in seinem Kampf mit dem Pharao und darüber hinaus einsetzt, ist sein Stab, Symbol für die Urform des Magiers. Das Vorbild des Magiers und seines Zauberstabes ist uralt und be-



(Bleistiftzeichnung von Rudolf Hensch)

legt, dass der Einsatz gegen jede Unterdrückung von Menschen nicht nur mit Kraft und Mut, sondern auch mit List und Strategie zu tun hat.

Die Kunst der Täuschung

In der Volkskultur ist der Magier zunächst ein Unterhalter, der uns

durch die Kunst der Täuschung ausdrückt. Unterdrückte und benachteiligte Menschen verfügen nicht selten über ein enormes Potential der List; das Spiel mit gezinkten Karten wird für sie zur Überlebensstrategie. Für einen Mann ist die Fähigkeit, die Illusionen des inneren Magiers heraufzubeschwören, eine wichtige Über-

lebenstechnik und ein Hinweis darauf, dass er jener Naivität entwachsen ist, die die Welt für aufrichtig und gut hält. Sogar Jesus empfahl seinen Jüngern, klug wie die Schlangen zu sein (Mt 10,16). Mit anderen Worten: Sich preiszugeben, indem man Feinden oder Lügner die ganze Wahrheit erzählt, ist selten weise. Situationsbedingt ist es wohl besser, die Illusion der Stärke aufrechtzuerhalten, als die eigene Schwäche zuzugeben.

Die Mobilisierung persönlicher Ressourcen

Auf der zweiten Ebene ist der Magier die Möglichkeit des Mannes, die Ressourcen des Selbstbewusstseins zu mobilisieren. Bedau-

ernswerterweise fehlt vielen Männern von Heute das Gefühl für dieses große und doch ungenutzte Potenzial. Erzogen zu einer schablonenhaft-materialistischen Weltansicht, bestehen sie darauf, dass die Dinge sind, was sie zu sein scheinen, dass man bekommt, was man sieht, und dass jeder andere Standpunkt Aberglaube

sei. Andere Männer hingegen, die ein inneres Gebets- und Meditationsleben entwickeln, entdecken die Möglichkeiten männlicher Intuition. Intuition ist eine Funktion ähnlich dem Denken; sie muss geschätzt, entwickelt und geübt werden. Männer, die Zugang zum inneren Magier finden, berichten von einer gesteigerten Fähigkeit, Eingebungen zu folgen, die im Alltag fruchten, Gemütsveränderungen anderer zu bemerken, auf die sie sich dann einstellen können, und Zufälle als Chancen positiv zu nutzen.

Die Erfahrung unverdienter Gnade

Auf der tiefsten Ebene ist der Magier die Urform männlicher Spiritualität, die uns mit der allgegenwärtigen Kraft des Universums und dem Motor des Evolutionsprozesses verbindet. Wir Christen nennen diese Magie „Gnade“, was soviel wie „unverdientes Geschenk“ bedeutet. Die Gnade Gottes ist unerwartete und vorbehaltlose Hilfe, die blinden und unbewussten Menschen als Glücksfall anmutet. Gnade ist die Magie Gottes, die Krankheiten heilt, Streitende versöhnt, Niederlagen in Siege verwandelt und Sünden tilgt. Gnade ist eine „überflüssige“ und „überfließende“ Kraft, die uns nicht zur Verfügung steht, die aber da ist, wenn wir uns ihr öffnen. Mit Hilfe Jahwes fand Moses sich in Einklang mit dieser Kraft; ihr gehorchend vollbrachte er Magisches. Die grundlegende Berechtigung der Sehnsucht des Volkes nach Freiheit drängt Moses zur mutigen und strategischen Tat und scheint eine harmonische Saite in der Natur erklingen zu lassen: Himmel und Erde vereinigen sich in der Forderung des Moses: „Lass mein Volk ziehen!“ (Ex 5,1) Die Erzählung von den zehn Plagen und vom Durchzug durch das Rote Meer zeigen, wie Moses mit seinem Stab das Orchester der Natur dirigiert.

Die Förderung des inneren Magiers birgt aber wiederum eine Gefahr, denn er kann von einem Menschen Besitz nehmen. Seine Einflussmöglichkeiten führen zu einer Aufblähung des Ich und zum Stolz.

Der Apostel Paulus beschreibt den Prozess sehr gut, durch den Gott seine Magier daran hindert, sich in Hexer zu verwandeln. Nach einem spektakulären Ereignis berichtet Paulus von einem geheimnisvollen „Stachel für das Fleisch“; als er betete, dass diese Schwäche von ihm genommen werde, weigerte sich Gott und antwortete: „Meine Gnade genügt dir; denn sie erweist ihre Kraft in der Schwachheit. - Viel lieber also will ich mich meiner Schwachheit rühmen, damit die Kraft Christi auf mich herabkommt.“ (2 Kor 12,6-9)

MOSES und du

Würden wir versuchen, die Geschichte des Moses nachzuerzählen, würden wir sehr bald feststellen, dass es sich bei den ersten Büchern des Alten Testaments nicht um chronologische Geschichtsschreibung in unserem Sinne handelt. Das hat zwar Konsequenzen für die historische, aber wohl weniger für die Bedeutung der biblischen Gestalt des Moses. Die Darstellung des Moses durch die Verfasser der biblischen Texte hatte und hat seinen Einfluss auf die Entwicklung des Gottesbildes, auf das Selbstverständnis des Volkes und auf das Selbstbild des Mannes. Für gestern und für heute ist Moses ein Vorbild als Krieger und Magier. Auch diese beiden Urformen der männlichen Spiritualität regen dich und mich an, nachzudenken:

Bist du deinem inneren Krieger schon begegnet?

- Fühlst du dich in der Entwicklung einer offensiven Männlichkeit zur Bewältigung des Lebens durch die Familie bzw. die Gesellschaft gebremst oder gefördert?
- Lassen dich das Leid und die Ungerechtigkeit dieser Welt kalt, solange du nicht selber davon betroffen bist, oder setzt du dich für den Schutz der Rechte und der Würde des Menschen ein?
- Akzeptierst du die Unterordnung persönlicher und sozialer Bedürfnisse unter die Interessen von Politik und Wirtschaft oder

wendest du dich entsprechend deiner Möglichkeiten gegen die verschiedenen Formen von Unterdrückung?

- Lehnst du jene, die in deinem Land eine neue Heimat suchen als Fremde ab oder hilfst du ihnen bei der Erschließung eines neuen Lebensraumes?
- Nimmst du das Anliegen Gottes wahr, dass alle Menschen in Gerechtigkeit und Gleichheit leben und alles miteinander teilen mögen und wirst du in diesem Sinne in deinem sozialen Umfeld aktiv?

Hast du den Nutzen deines inneren Magiers schon erfahren?

- Verdrängst du deine Fehler, Grenzen und Schwächen oder hast du gelernt, sie in einem gesunden Verhältnis zu deinen Fähigkeiten, Möglichkeiten und Stärken zu sehen?
- Setzt du deine Anliegen und Interessen mit Gewalt durch oder könntest du in deinem Leben eine Vielzahl von Einflussmöglichkeiten entfalten?
- Nimmst du die Vielschichtigkeit der Probleme der Gesellschaft, der Mitmenschen und der Schöpfung wahr und hilfst dir dein männliches Einfühlungsvermögen auf dem Weg zur Problemlösung?

Betrachtenswerte Schriftstellen

- Ex 2,1-10: Geburt des Moses
- Ex 2,11-22: Flucht des Moses nach Midian
- Ex 2,23-3,15: Berufung und Sendung des Moses
- Ex 6,2-13; 6,28-7,7: Auftrag Jahwes an Moses
- Ex 7,8-13: Der Stab des Moses
- Ex 7,14-11,10 und 12,29-36: Die zehn Plagen
- Ex 12,1-14: Das Pascha
- Ex 14,1-31: Durchzug durch das Schilfmeer
- Ex 19-20,21: Der Bund Jahwes mit Israel und der Dekalog

Neue Aufträge der Bundeswehr

Erfahrungen seelsorglicher Begleitung

Anfragen zum Kosovo-Konflikt

MARCO SCHAUFF

In diesem Jahr trafen sich rund 120 Militärseelsorger sowie zahlreiche Gäste vom 8. bis 12. November 1999 in Bingen zur 44. Gesamtkonferenz der Katholischen Militärseelsorge, während knapp dreitausend deutsche Soldaten in Bosnien (SFOR), ca. 4 500 Soldaten aus Deutschland im Kosovo (KFOR) und annähernd 1.000 deutsche Soldaten in Mazedonien für den Frieden im Einsatz sind. Dies ist Anlass genug, dass die hauptamtlichen Militärgeistlichen und Pastoralreferenten sich bei dieser zentralen Fortbildungsveranstaltung mit den Themen „NEUE AUFTRÄGE DER BUNDESWEHR – ERFAHRUNGEN SEELSORGLICHER BEGLEITUNG“ sowie „VÖLKERRECHTLICHE UND ETHISCHE ANFRAGEN ZUM KOSOVO-KONFLIKT“ auseinander setzten.

Am Abend des 8. Novembers 1999 eröffnete Militärgeneralvikar Prälat Jürgen Nabbefeld in Vertretung des Militärbischofs DDr. Johannes Dyba, der wegen des zeitgleichen Ad-Limina-Besuchs deutscher Bischöfe in Rom nicht unter den Anwesenden sein konnte, die Konferenz.

Unter den zahlreichen Gästen begrüßte Prälat Nabbefeld besonders den Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz und Bischof von Mainz Dr. Karl Lehmann, Staatssekretär im BMVg Dr. Peter Wichert, die Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages Claire Marienfeld, den Generalinspekteur der Bundeswehr General Hans-Peter von Kirchbach, den Militärbischof von Ungarn Dr. Gáspár Ladocsi und den Kanzler des Bischöflichen Ordinariates von Prizren Dr. Don Shan Zefi. Prälat Nabbefeld überreichte der Wehrbeauftragten Marienfeld die ihr vom Katholischen Militärbischof verliehene Ehrenmedaille der Katholischen Militärseelsorge als Anerkennung ihrer Verdienste um die Katholische Militärseelsorge und als Dank für ihr großes Interesse an der Arbeit der Militärseelsorger.

Mit dem „Bericht zur Lage der Katholischen Militärseelsorge“ (Auszug s.S. 85) mit dem Militärgeneralvikar Nabbefeld aus militärgeistlicher Sicht ein erstes Fazit über den Kosovo-Konflikt – „der neue Ernstfall der Bundeswehr“ (Zitat Nabbefeld) – und zur Arbeit der Militärgeistlichen im Einsatz zog, begann eine Reihe von Vorträgen und Diskussionen zum o.a. Themen.

Dass die Bundeswehr, bei der Vermittlung christlicher Werte, auf die Hilfe der Militärseelsorge angewiesen ist betonte Brigadegeneral Jörg Sohst (Stabsabteilungsleiter Führungstab Streitkräfte I) in seinem Vortrag über „Die Streitkräfte auf dem Weg in die Zukunft“: „Wir brauchen Ihre Hilfe, um die christlichen Werte zu vermitteln, die ein wesentliches Fundament unseres Berufes darstellt. ... Sie haben die Aufgabe, unter Wahrung der

freiwilligen Entscheidung des Einzelnen das religiöse Leben zu wecken, zu festigen und zu vertiefen. Sie fördern zugleich charakterliche und sittliche Werte und helfen die Verantwortung tragen, vor die der Soldat als Vorgesetzter und als Waffenträger gestellt ist. Dies gilt insbesondere auch für die besonderen Belastungssituationen bei Auslandseinsätzen.“ Unterstrichen wurde das Anliegen des Generals mit folgenden Zahlen: An der Marineschule in Mürwik sind derzeit 40% der Offizieranwärter konfessionslos, 25% evangelisch und 35% katholisch. Auch betonte er die Wichtigkeit der Militärseelsorge besonders in Friedenseinsätzen, was auch dazu führen wird, dass Militärseelsorger im Jahr 2000 erstmalig am Didaktiklehrgang an der Führungsakademie der Bundeswehr teilnehmen werden.

„Wo unsere Soldaten waren, waren auch die Seelsorger, und zwar ohne Wenn und Aber“, stellt Staatssekretär Peter Wichert vom Bundesministerium der Verteidigung mit Genugtuung fest. Beim Gästeabend 44. Gesamtkonferenz sagte Wichert: „Weit über den Kreis der katholischen Gläubigen in den Streitkräften hinaus sorgen unsere Militärgeistlichen für Vertrauen und Geborgenheit. Sowohl von den Soldaten als auch von den Militärgeistlichen höre ich immer wieder, wie wichtig der Beitrag der Militärseelsorge ist“. Dies sieht man an den „Einsatzzahlen“ der Militärgeistlichen: Mehr als hundert katholische Militärgeistliche waren bisher zur seelsorglichen Begleitung bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr tätig.

In diesem Sinne äußerte sich auch der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz und Bischof von Mainz, Dr. Karl Lehmann, am Gästeabend der Konferenz. Die Militärgeistlichen und Pastoralreferenten zeigten durch ihren Einsatz, was Seelsorge bedeute: „Menschen in alle Situationen hinein zu begleiten, sie nicht zu verlassen, wenn es einsam wird“. Ihre Aufgabe bestehe darin, das konkrete Leben der Soldaten und ihrer Angehörigen zu teilen. Das Leben in den Diözesen und den Gemeinden dürfe nicht von der Militärseelsorge abgeschnürt werden, bekräftigte Lehmann. Es brauche vielmehr einen lebendigen Austausch. In Bezug auf den zehnten Jahrestag des Mauerfalls, betonte Lehmann die notwendige Arbeit von NATO und Bundeswehr, die u.a. die „erfolgreiche, stille, unblutige Revolution“ über mehrere Jahre eingeleitet habe.

Die Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages Claire Marienfeld hob in Ihren Begrüßungsworten die Unverzichtbarkeit der Militärseelsorge hervor (s.S. 94).

Der Generalinspekteur der Bundeswehr, General Hans-Peter von Kirchbach, wies in seiner Rede anlässlich des Gästeabends (s.S. 95) auf das Konzept der Inneren Führung hin, das den Auftrag des Soldaten mit den Wer-

ten des Grundgesetzes verknüpfe. Eine Orientierung an diesen Werten entspreche zutiefst christlichem Gedankengut. „Nur mit dieser Bindung an Werte lassen sich die Spannungen ausgleichen und ertragen, die sich aus der moralischen Verpflichtung einerseits und den militärischen Pflichten andererseits ergeben“, trug von Kirchbach vor. Mit Blick auf den 10. Jahrestag des Mauerfalls wies er auf die Leistungen der „Armee der Einheit“ hin, die u.a. die Menschen in Ost und West zusammenbrachte, worauf die Bundeswehr – die Militärseelsorge eingeschlossen – stolz sein könne.

Über „Die politischen Hintergründe und Kontexte“ (Professor Dr. August Pradelto, Universität der Bundeswehr Hamburg), die „Völkerrechtlichen und ethischen Anfragen“ (Professor Dr. Gerhard Zimmer, Universität der Bundeswehr Hamburg) sowie die „Geschichte“ (TV-Bericht) des Kosovo-Konflikts wurden am dritten Tag der

Konferenz referiert und diskutiert. Hierbei wurden auch die Positionen der Kirchen dargestellt. Den Abschluss der Fortbildungstagung bildeten die Berichte über die „Erfahrungen seelsorglicher Begleitung im Kontext SFOR/KFOR“.

Militärseelsorge geschieht im kirchlichen Auftrag und ist ein vom Staat gewünschter Beitrag zur Sicherung der religiösen Betätigung in den Streitkräften. Militärseelsorge – das ist Kirche unter den Soldaten und ihren Familien. Wie wichtig christliche Wertevermittlung gerade heutzutage ist, in denen die Zahl der Konfessionslosen immer mehr zunimmt, haben die Redebeiträge der hochrangigen Gäste der 44. Gesamtkonferenz gezeigt.

In diesem Sinne sollte die Militärseelsorge weiterhin gute Arbeit in den Streitkräften leisten, so wird auch bald der Rest der Gesellschaft wieder mehr von der Notwendigkeit „christlicher Tugenden“ überzeugt werden! □

Bericht zur Lage der Katholischen Militärseelsorge

MILITÄRGENERALVIKAR PRÄLAT JÜRGEN NABBefeld

Mit der diesjährigen Gesamtkonferenz in Bingen am Rhein wollen wir – ein letztes Mal von Bonn aus – dem deutschen Westen unsere Referenz erweisen. Im Sinne einer katholisch-kirchlichen Geographie befinden wir uns hier im Herzen Deutschlands. Wenn man so will, lässt sich sagen: das katholische Herz schlägt im Westen und im Süden unserer deutschen Heimat. Von hier aus hat das Christentum auch seinen Weg nach Osten und Norden genommen, schon in römischer Zeit. Zeugnisse des Glaubens aus vielen Jahrhunderten begegnen uns hier; sie geben uns zugleich den alten Auftrag in neuer Weise, unseren katholischen Glauben, in ökumenischer Gesinnung, in alle Gebiete unseres wieder vereinigten Deutschland zu tragen.

Millenium – Zeitenwende: Im Gegensatz zu unseren Vorfahren vor tausend Jahren gehen wir in kein christliches Niemandsland. Ihre Anwesenheit, die Sie, aus allen deutschen Diözesen kommend, ihren Dienst in der Militärseelsorge leisten, zeigt ja, dass unser Glauben im ganzen deutschen Vaterland, ja in ganz Europa Heimatrecht hat. Das ist einer der wesentlichen Gründe, warum wir dem Auftrag unseres Bischofs frohgemut folgen, seine Kurie im kommenden Jahr in der Bundes-

hauptstadt Berlin zu beziehen. Die Entwicklung der modernen Kultur zeigt ja gerade, dass es nicht vorrangig auf die Gleichförmigkeit der Vielen ankommt, sondern auf die „Farbigkeit“ derjenigen Elemente, durch die Strukturen und damit die Lebensweise der Menschen geprägt werden. So verstehen wir unseren Auftrag, Deutschland und Europa neu zu evangelisieren, indem wir den umfassenden Glauben in die Lebenswelt der Menschen hineinragen. In einer Schlussbemerkung möchte ich in diesem Bericht dazu noch einige Aspekte ausleuchten.

Das Hauptthema unserer Konferenz bildet der Kosovo-Konflikt in seiner besonderen Zuspitzung der vergangenen beiden Jahre. Es kann uns nicht darum gehen, die Abläufe und Ereignisse sozusagen „nachzukarten“, einer politischen Wertung zu unterziehen oder einer wissenschaftlichen Analyse zuzuführen. Dieser Konflikt in seiner Eskalation stellt vielmehr den neuen „Ernstfall“ der Bundeswehr dar, er kann als Paradigma betrachtet werden, an dem die Grundlinien der Sicherheitspolitik unseres Landes, wichtige ethische Fragen der Sicherheitspolitik sowie des soldatischen Ethos und auch die Fragen der seelsorglichen Begleitung unserer Soldaten und ihrer Familien bearbeitet werden kön-



nen. Hierzu wollen wir bei unserer diesjährigen Konferenz einen ersten, ersten, möglichst umfassenden, nicht jedoch definitiven Versuch unternehmen.

1. Grundlinien der Sicherheitspolitik und Bundeswehr

Als die NATO ihren fünfzigsten Gründungstag im Mai dieses Jahres vorbereitete, hat kaum jemand damit gerechnet, dass die Gipfelkonferenz in Washington in die Zeit des ersten Kriegseinsatzes von NATO-Verbänden fallen würde. Das hier verabschiedete neue Strategische Konzept thematisiert also sicherheitspolitische Problemfelder und -entwicklungen, die schon vor seiner förmlichen Verabschiedung nach der ein-

hellen Überzeugung der NATO-Staaten einen militärischen Einsatz unverzichtbar erscheinen ließen. Ich nenne nur einige Schlagworte, die in der öffentlichen sicherheitspolitischen Debatte unseres Landes und darüber hinaus in Europa und in der gesamten NATO unstrittig erscheinen. Nach dem Ende der Ost-West-Blockkonfrontation zum Beginn des Jahrzehnts hat sich, nicht wie manche meinten, ein großes Feld politischer Entspannung ergeben, sondern neue bzw. lange überdeckte Krisenherde entstanden neu oder kamen gar zur gewalttätigen Eruption. Die Entwicklung im ehemaligen Jugoslawien ist dafür ein hervorragendes Beispiel. Unser Land und mit ihm das Bündnis ist vielfältigen neuen Risiken und Instabilitäten ausgesetzt, die von außen auf das Bündnis einwirken. Im Gegensatz zur klassischen Landesverteidigung, der einen relativ einfachen Begriff der Sicherheit hervorgebracht hatte, wird jetzt ein erweiterter Sicherheitsbegriff erforderlich, dem ein funktionales, nicht ein primär geographisches Verständnis von Sicherheit unterliegt. Details der Gefährdungen, von Potentialen und Konfliktregionen brauche ich hier nicht anzuführen. In der politischen Debatte ist jedenfalls unstrittig, dass Deutschland in der Verfolgung seiner langfristig angelegten Außen- und Sicherheitspolitik nur durch politische und militärische Integration in die Europäische Union und das NATO-Bündnis die eigenen Interessen adäquat verwirklichen kann. Das hat allerdings Konsequenzen. Es bedeutet, dass Deutschland sich nicht nur politisch, sondern auch mit militärischen Beiträgen an der Umsetzung der gemeinsamen Politik in Europa und NATO beteiligen muss. Bundesminister Scharping hat das vor wenigen Wochen in seiner vielbeachteten Rede in der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg so ausgedrückt: „Der Einfluss eines Staates auf die Gestaltung der gemeinsamen Sicherheitspolitik eines Bündnisses wird vor allem durch seinen Beitrag bestimmt, den er zur praktischen Umsetzung dieser Politik leistet“. Im Weiteren wies er darauf hin, dass Deutschland aufgrund seiner geostrategischen Lage in der Mitte Europas, seiner Größe und seiner Wirtschaft eine Schlüs-

selrolle für die Gestaltung europäischer Sicherheitspolitik zufalle.

Wenn sich also die NATO verstärkt der Konfliktverhütung und der Krisenbewältigung auch am Rande bzw. außerhalb des Bündnisgebietes zuwendet, so hat dies gravierende Auswirkungen auf die Zukunft der Aufträge, die unseren Soldaten erteilt werden. Dazu gehört, wie die Entwicklung des Kosovo-Konfliktes gezeigt hat, nach einer gescheiterten Krisenprävention auch die aktive Teilnahme an der dann unvermeidlichen Krisenreaktion, auch im militärischen Einsatz unserer Streitkräfte innerhalb des Bündnisses.

Hier ergeben sich eine Reihe von Fragen, die noch vertiefter Beantwortung bedürfen. Dabei ist immer zu bedenken, dass sich die langfristige Entwicklung politischer Zielsetzungen und ihre Verwirklichung nicht quasi am Reißbrett entwerfen lässt. Das Zweite Vatikanische Konzil hat darauf hingewiesen, dass „die Regierenden und alle, die Verantwortung für den Staat tragen, verpflichtet (sind), das Wohl der ihnen anvertrauten Völker zu schützen, und sie sollen diese ernste Sache ernst nehmen“ (GS Nr. 79). Dieser nachdrücklichen Mahnung muss eine innere Haltung der Bürger und auch der Öffentlichkeit entsprechen, dem verantwortlichen Handeln der Politiker mit Respekt zu begegnen. Das entbindet jedoch nicht davon, die guten und wichtigen Argumente für die Richtigkeit einer Politik im Gespräch untereinander – auch unter den Soldaten der Bundeswehr – und in der Öffentlichkeit auszutauschen und zur Geltung zu bringen. Ausdrücklich sage ich: Auch innerhalb der Bundeswehr. Dabei bin ich mir durchaus des Problems bewusst, dass ein durch den Primat der Politik erteilter militärischer Auftrag nicht der Beliebigkeit schlichter Meinungsäußerungen ausgesetzt werden darf. Andererseits kommt Fragen von Krieg und Frieden ein anderes ethisches Gewicht zu, als etwa solchen einer Strukturreform der Streitkräfte oder etwa von Besoldungsregelungen. Wie innerhalb unserer deutschen Streitkräfte verantwortlich über politische, militärische und ethische Gründe zum Einsatz militärischer Potentiale gesprochen wird oder werden kann, ist für mich ein Indiz da-

für, ob die Grundkonzeption eines neuartigen inneren Gefüges, mit der unsere Bundeswehr vor Jahrzehnten aufgestellt wurde, sich auch im Zeitalter der neuartigen Herausforderung bewährt.

Wir Militärseelsorger können zu dieser geistigen Kultur sicherheitspolitischer Debatte in der Bundeswehr weder Programme noch Antworten geben, sehr wohl aber Beiträge leisten, an welchen ethischen Eckpunkten sich eine derartige Vergewisserung des erteilten Auftrages orientieren und mit welchen Methoden sie geführt werden kann, ohne dass Grunderfordernisse von Befehl und Gehorsam in Frage gestellt würden. Unsere diesjährige Gesamtkonferenz will auch in diesem Sinne als Versuch betrachtet werden, einen derartigen Beitrag zu leisten.

Die Vermittlung ethischer Orientierung ist für uns unverzichtbarer Bestandteil der Seelsorge. Nicht weniger bedeutend ist jedoch die pastorale Begleitung der Menschen, die in ihrem Leben und ihrem Dienst den neuen Herausforderungen gerecht werden müssen. Dass unsere Militärgeistlichen dort sind, wo die Soldaten ihren Dienst tun, um ihnen nahe zu sein, ihnen als verlässliche geistliche Begleiter beizustehen und auch in den Krisengebieten den priesterlichen Friedensdienst zu verrichten, ist selbstverständlich. Nicht minder jedoch auch die Zuwendung zu den Daheimgebliebenen: Kameraden, vor allem aber Ehegatten, Partnern und Familien, die auf ihre Weise den Dienst unserer Soldatinnen und Soldaten ermöglichen. Der grundgesetzliche Schutz von Ehe und Familie gebietet hier nicht nur neues Denken, sondern wohl auch neue Maßnahmen, damit der Soldat auch beim Auslandseinsatz in der Wahrung und Wahrnehmung seiner Grundrechte nicht unzuträglich eingeschränkt wird.

2. Berlin-Umzug

...

3. Neuordnung der Gremien der Mitverantwortung

Die Neuordnung der Laienmitverantwortung auf Ebene der Seelsorgebezirke ist nach langem Be-

ratungsprozess zu ihrem Abschluss gekommen und steht nun vor ihrer Umsetzung.

Der Katholische Militärbischof hat am 27. Juli 1999 die neue Ordnung für die Gremien der Mitverantwortung der Laien auf Ebene des Seelsorgebezirkes mit Wirkung vom 1. Januar 2000 ad experimentum in Kraft gesetzt (*Anm. der Red.: s.a. AUFTRAG Nr. 237, S. 80 ff.*) Damit trägt der Militärbischof den besonderen pastoralen Gegebenheiten seines Jurisdiktionsbereiches Rechnung. Er berücksichtigt dabei die Möglichkeit, die die Gemeinsame Synode der Bistümer in der BRD in ihrem Beschluss „Räte und Verbände“ vorgesehen hat: „Für nicht territoriale Gemeinden sind Gremien der Mitverantwortung in sinngemäßer Anwendung der für den PCR geltenden Richtlinien zu bilden“ (1.16.11).

Diese Ordnung tritt an die Stelle der bisherigen „Ordnung für den Pfarrgemeinderat in den Seelsorgebezirken der Katholischen Militärseelsorge“. Der Inkraftsetzung vorausgegangen waren Beratungen in der Zentralen Dienstbesprechung mit den dienstaufsichtsführenden Militärgeistlichen sowie die empfehlenden Voten der beiden bischöflichen Beratungsgremien: des Priesterrates und der Zentralen Versammlung der katholischen Soldaten.

Diese neue Ordnung ist Frucht eines langen Beratungsprozesses, an dem sich viele Angehörige aus dem Jurisdiktionsbereich beteiligt hatten. Allen, besonders den Mitgliedern der Arbeitsgruppe, möchte ich für ihr Engagement herzlich danken.

Wir wollen mit der Ordnung perspektivisch nach vorne schauen. Sie soll die neuen Gegebenheiten, denen sich die Katholische Militärseelsorge zunehmend konfrontiert sieht, berücksichtigen. Sie stellt eine Offenheit auf der unteren Ebene „Seelsorgebezirk“ dar, dass alle, die in der Militärseelsorge mitarbeiten wollen, auch mitarbeiten können, und zwar relativ formlos und trotzdem in eine Form gebunden. Ziel ist und bleibt eine organisierte Mitwirkung und Mitverantwortung der Laien auf Ebene des Seelsorgebezirkes. Sie ist nicht in die Beliebigkeit des Militärgeistlichen gestellt.

Ich möchte nachhaltig bitten, schon jetzt mit der Umsetzung dieser

Ordnung zu beginnen unter Berücksichtigung der jeweiligen Gegebenheiten ihres Seelsorgebezirkes.

Eine Arbeitshilfe soll die Umsetzung erleichtern.

4. Veranstaltungen in Vorbereitung

Die 40. Woche der Begegnung wird in der Zeit vom 1. Mai bis 6. Mai 2000 in der Kolpingfamilienferienstätte Salem am Kummerower See stattfinden. Mit dem Leitgedanken „DER ZUKUNFT HOFFUNG GEBEN – MIT CHRISTUS FÜR GERECHTIGKEIT UND FRIEDEN“ soll ein positiver, dynamischer Impuls für die Arbeit des organisierten Laienapostolates an der Jahrtausendwende gesetzt werden.

Schon jetzt soll auf den 94. Deutschen Katholikentag in Hamburg vom 31. Mai bis 04. Juni 2000 hingewiesen werden, der unter dem Leitgedanken steht: „SEIN IST DIE ZEIT. CHRISTEN AUF DEM WEG IN EIN NEUES JAHRTAUSEND“. Der Katholikentag wird das zentrale kirchliche Ereignis in Deutschland im Heiligen Jahr 2000 sein. Der Katholikentag lädt ein, in der Gemeinschaft über Kennzeichen und Herausforderungen unserer Zeit nachzudenken. Menschen sollen hier im offenen Dialog ihre Ideen und Meinungen, Pläne und Anregungen austauschen und ein glaubwürdiges Zeugnis ihrer Hoffnung in dieser Zeit geben. Hervorzuheben ist, dass dieser Katholikentag eine starke ökumenische Dimension aufweisen wird.

Die Katholische Militärseelsorge wird mit dem Konzept „MILITÄRSEELSORGE – EINE KIRCHLICHE ANTWORT AUF DIE HERAUSFORDERUNGEN DER ZEIT“ auf dem Katholikentag präsent sein. Geplant sind insbesondere ein Informationsstand im Hamburger Messegelände mit entsprechender Präsentation der Arbeit der Militärseelsorge und Gesprächsangeboten, des weiteren ein feierlicher Gottesdienst mit anschließender Stunde der Begegnung sowie eine über die Dauer des Katholikentages von KMBA und Wehrbereichsdekan I durchgeführte Zentrale Werkwoche für 200 Soldaten. Nähere Informationen gehen zeitgerecht zu.

Mit der Ausrufung des Großen

Jubeljahres 2000 feiern wir Christen die zweitausendste Wiederkehr der Geburt unseres Herrn und Erlösers. Der Heilige Vater hat aus diesem Anlass die Gläubigen eingeladen, die bedeutenden Stätten des Christentums zu besuchen und sich dabei als Pilger auf den Weg zu machen. In Rom, der Stadt der Heiligen Petrus und Paulus, sind das ganze Jahr über Feierlichkeiten für besondere Gruppen und Stände geplant. So sind im November auch die Soldaten und die Angehörigen der Polizei und des Bundesgrenzschutzes zu einer internationalen Begegnung eingeladen.

Die Katholische Militärseelsorge veranstaltet deshalb unter dem Leitgedanken „MIT CHRISTUS GERECHTIGKEIT UND FRIEDEN BEWAHREN“ in der Zeit vom 15. bis 22. November 2000 eine Internationale Soldatenwallfahrt nach Rom. Im Pilgerzug werden auch Soldaten aus Österreich, den Niederlanden, Belgien, Schweden und Norwegen mitreisen. Neben der Teilnahme an den offiziellen Feierlichkeiten bietet ein umfangreiches Rahmenprogramm die Gelegenheit zum Besuch der wichtigsten römischen Kirchen und Sehenswürdigkeiten. Nähere Informationen enthält der Einladungsprospekt, der mit Verteiler C allen Dienststellen zugegangen ist. Unser Militärbischof wünscht allen Teilnehmern den Mut und die Kraft, das Gnadengebot des Heiligen Jahres besonders zu nutzen.

5. Partnerschaften mit Militäreinrichtungen in MOE- und SOE-Staaten

(1) Ungarn

Vom 12.-16. Mai 1999 reiste unter Leitung von Militärdekan Theis und des GKS-Vorsitzenden Oberst Karl-Jürgen Klein eine Delegation nach Budapest, in der auch der Wehrbereich III und Vertreter des GKS-Sachausschusses „Sicherheit und Frieden“ der GKS vertreten waren.

Da die ungarische Militärseelsorge für die Arbeit mit den Soldaten auf deren Freizeit angewiesen ist, konnten die Gastgeber nicht zu einer dienstlichen Veranstaltung der Militärseelsorge mit Soldaten einladen. Sie bemühten sich aber, dort einen Einblick in die ungarischen Streit-

kräfte zu geben, wo ein katholischer Vorgesetzter sich dazu bereit erklärt hatte.

Diese Problematik war schon durch den für die Militärseelsorge zuständigen Staatssekretär im ungarischen Verteidigungsministerium angesprochen worden. Bei einem Höflichkeitsbesuch der deutschen Delegation wies er auf die schwierigen und langfristigen Veränderungsprozesse hin, die Ungarn zu bewältigen habe, ohne dass wie bei der Umgestaltung Ostdeutschlands ein „großer Bruder“ hilfreich zur Seite stehe.

Die Reise war ein mutiges, aber erfolgreiches Experiment. ... Die Offenheit der ungarischen Gastgeber ermöglichte es, sich so gut kennen zu lernen, dass beide Seiten weiteren Begegnungen mit Freude entgegensehen. Auf dieser Grundlage müsste es zukünftig auch möglich sein, eine auf Dauer angelegte und selbst schwierige Fragen nicht ausklammernde Kooperation aufzubauen. Dabei werden klare Zielvorstellungen, Geduld und Beharrlichkeit erforderlich sein.

Für die weitere Entwicklung dieser Beziehung wird der Wehrbereich III die Federführung übernehmen.

(2) Kroatien

Der Katholische Wehrbereichsdekan II; Militärdekan Miebach, und Militärdekan Darpel, vertraten das Katholische Militärseelsorgeamt bei der Nationalen Kroatischen Militärwallfahrt nach Maria Bistrica im Oktober 1999 in Zagreb.

Der Besuch wurde benutzt, um eine zukünftige Zusammenarbeit der kroatischen und deutschen Katholischen Militärseelsorge in Form einer Partnerschaft zu beginnen. Das Interesse an einer solchen Partnerschaft wird kroatischerseits geteilt. Vereinbart wurde, dass im kommenden Jahr eine kroatische Delegation bestehend aus Geistlichen und Soldaten an einer Dienstbesprechung im Wehrbereich II in Hildesheim teilnimmt. Damit wird ein Besuch bei der Expo verbunden.

(3) Peru

Der Militärbischof der peruanischen Streitkräfte, Bischof Miguel Cabrejos Vidarte, wurde vom Hl. Vater zum Erzbischof von Trujillo/Peru ernannt. Er behält bis auf weiteres das

Amt des peruanischen Militärbischofs bei. Langjährige Freundschaft und gegenseitige Unterstützung kennzeichnen das Verhältnis zwischen der peruanischen Militärseelsorge und der deutschen Katholischen Militärseelsorge. Aus diesem Anlass nahm Militärgeneralvikar Jürgen Nabbefeld in Begleitung von Militärdekan Walter Theis an der Amtseinführung des neuen Erzbischofs in Trujillo im November 1999 teil.

(4) Natoerweiterung

Die Natoerweiterung auf Polen, Tschechien und Ungarn hatten für die Bundeswehr und damit auch für die Militärseelsorge erste Konsequenzen. Am 15. Sept. 1999 wurde das Multinationale Korps Nordost, bestehend aus Soldaten aus Dänemark, Deutschland und Polen, in Stettin/P feierlich in Dienst gestellt.

Ein gemeinsamer Gottesdienst wurde von den Militärgeistlichen der beteiligten Nationen Deutschland, Polen und Dänemark gestaltet; Vertreter der christlichen Konfessionen leiteten ihn gemeinsam mit einem jüdischen Geistlichen.

Deutscherseits wurden organisatorisch und administrativ die Dienststellen des Deutschen Katholischen Militärgeistlichen Stettin/P und des Deutschen Evangelischen Militärgeistlichen Stettin/P eingerichtet. Diese Dienststellen werden im Bereich Ausland geführt. Der Katholische Standortpfarrer Eggesin wird die deutschen katholischen Soldaten im Korpsstab seelsorglich begleiten.

6. Wie geht es mit der Kirche weiter?

Schauen wir zunächst in die Bibel. Der Weg des wandernden Gottesvolkes führt hinaus aus Ägypten, einem Land, das für die Fleischtöpfe steht, nach denen sich das Volk sehnt: Geborgenheit und Wohlstand. – Es ist aber auch das Land der Unterdrückung.

Bei all' unseren gegenwärtigen Problemen habe ich oft den Eindruck, dass viele von uns meinen: das verheißene Land liegt kurz um die Ecke. Es ist aber anders: In Wirklichkeit kommt zuerst die Wüste. Es dauerte 40 Jahre, bis Israel in das Land der Verheißung kommt. Die Generation des Auszugs erlebt

die Ankunft im Gelobten Land nicht mehr. Ihre Erwartungen müssen sterben bevor die Wüste zu Ende ist. Die Zeit der Visionen, Hoffnungen und Utopien ist vorbei; Frustration, Unzufriedenheit, Bitterkeit, Aggression, gegenseitige Schuldzuweisung sind an der Tagesordnung. Gewissermaßen ist die moderne offene Gesellschaft, in der nichts mehr unseren Glauben trägt, unsere Wüste. Christlicher Glaube ist heute schutzlos geworden.

Die Wüste ist in der christlichen Glaubensgeschichte aber auch der zentrale Ort der Begegnung mit Gott. Der Pilgerweg unseres Lebens ist der Ort der Erneuerung und des Glaubens. Unser Gott zeigt sich auch in der Hoffnungslosigkeit, in der Erfolglosigkeit, im Tod: letztlich im Kreuz Jesu.

Was aber heißt dann Glauben inmitten der Wüste vor allem für uns? Es heißt für mich einmal realistische und gelassene Annahme dieser Situation, Abstand nehmen von den üblichen Reaktionen, Anklagen, Schuldzuweisungen, die letzten Endes Ausweichmanöver vor dem Ernst des Glaubens sind.

Es heißt aber auch die eigene Ratlosigkeit eingestehen, dass wir auch oft keine Lösungen haben; jedenfalls keine leichten, und dies auch im Wissen: Die Zukunft des Glaubens hängt nicht daran, dass wir sie heute und jetzt finden. Die Zukunft des Glaubens und der Kirche hängt auch nicht daran, dass wir die richtigen Strategien, pastoralen Methoden oder sonstigen Antworten finden: Denn auch durch Fehler hindurch bleibt Gott seiner Kirche treu.

Das heißt für mich z.B., dass ein Zurück zum Geist des Aufbruchs der Konzilsjahre keine Lösung ist, wenn darunter die relativ optimistische, noch unbeschwerte, auch innerkirchliche von Fortschrittserwartungen und Zukunftshoffnungen erfüllte Stimmung der 60er-Jahre verstanden wird.

Wir haben die Wüste anzunehmen und uns weder nostalgisch nach Ägypten noch zu der ersten hoffnungsvollen Zeit des Aufbruchs zurückzusehen. Gerade wenn wir unser Harmoniebedürfnis mit dem Frieden des Evangeliums und der Bergpredigt verwechseln, treffen uns die harten Worte Jesu, dass er nicht

gekommen ist, den Frieden zu bringen, sondern das Schwert, dass zwei in einem Haus gegen drei stehen werden.

Unser Harmoniebedürfnis, unsere menschliche Konfliktscheu darf nicht mit dem Frieden des Evangeliums verwechselt werden – und darum auch nicht mit dem Dialog und dem Dienst der Kirche an der Welt, von dem das 2. Vatikanum spricht.

Es gehört gerade zur Erfahrung der Wüste hinzu, immer wieder diese Erfahrung der Fremde, der Heimatlosigkeit zu machen. Dazu gehört dann auch die schmerzliche Erfahrung, etwas zu haben bzw. an etwas zu glauben, was es meist nicht mehr gelingt, ändern zu vermitteln; was oft nicht mehr verstanden wird; was beim besten Willen nicht mehr ankommt. Denn es ist ja nicht so, dass die zentralen Fragen unseres Glaubens deshalb kein Thema sind, weil unsere kirchlichen Querelen über Zölibat, Sexualmoral, Priestertum der Frau ..., sie in den Hintergrund drängen. Sondern die Öffentlichkeit interessiert sich nur für diese peripheren Probleme, weil der Sensus für die Glaubensfragen immer mehr schwindet.

Daraus nun gerade nicht die Folgerung zu ziehen: Also geben wir es auf, weil es nicht mehr ankommt – unter diesem Kontrast zu leiden, und dies ohne falsche Selbstgerechtigkeit, dies gehört zu der Spannung, die uns als Christen und erst recht als Verkünder der Frohen Botschaft aufgetragen ist. Es gehört zu der Fremde und Heimatlosigkeit, die irgendwie in allen Zeiten, wenn auch in sehr wechselnden Formen, christliche Erfahrung ausmacht.

Der Dialog mit der Welt, den das 2. Vatikanum meint, heißt weder, dass alle Welt uns zustimmt, noch dass wir uns aller Welt angleichen. Wir müssen wieder mehr lernen, dass es etwas mit dem Kreuz zu tun hat: Nüchtern sehen, dass unsere Botschaft oft nicht gefragt ist oder sogar abgelehnt wird – und dennoch nicht unsererseits mit innerlicher Verschließung und Ressentiments antworten, uns nicht in einen Schmollwinkel zurückziehen, gesprächsbereit und offen bleiben, auch wo wir keinen Erfolg haben.

Wir müssen akzeptieren, dass wir kleiner werden; Kirche und

kirchliche Bindungen werden quantitativ weiter abnehmen. Dazu ist es sicher äußerst wichtig, den Blick zu weiten, nicht die Zukunft der deutschen Kirche mit der der Weltkirche zu verwechseln; sich zu informieren über das, was in anderen Weltgegenden los ist; sich gerade in unseren Wehrbereichen um entsprechende Kontakte zu bemühen (der Kontakt des Wehrbereichs III mit der Militärseelsorge in Ungarn ist ein guter Anfang). Dadurch gewinnen wir einen gewissen Abstand, kreisen nicht nur um unsere eigenen Probleme, beurteilen die Kirche nicht nur aus unserem deutschen Horizont (der oft sehr klein ist), sondern sehen auch die Kehrseite bestimmter Forderungen und Reformen.

Dieser Blick über den eigenen Zaun ist immer wichtig. Dennoch kann uns das nicht über die Realität des Schrumpfungsprozesses bei uns hinwegtrösten. Wie lange er dauern wird, wann vielleicht auch äußerlich eine Wende kommt, vermag niemand zu sagen.

Dazu gehört sicher auch folgendes in Ehrlichkeit festzustellen: Das flächendeckende System pastoraler Betreuung gibt es – wenigstens zur Zeit – bei uns nicht mehr. Wir werden den Erwartungen vieler Soldaten und Soldatenfamilien nicht mehr gerecht. Die Seelsorgebezirke sind zu groß; die Vakanzen – auch durch die geistliche Begleitung bei den Auslandseinsätzen: es bleiben ja auch viele Soldaten im Seelsorgebezirk zurück und alle Soldatenfamilien – sind zu viele. Bei einer Neustrukturierung der Bundeswehr werde ich natürlich um Behebung dieser Probleme kämpfen. Und trotzdem sehe ich die eigentliche Zukunft der Kirche in Folgendem:

Es gibt bestimmte Zentren, in denen Menschen geistliche Atmosphäre, persönliche seelsorgliche Hilfe erfahren, wo für all dies noch Zeit ist.

Dies mögen Klöster sein, geistliche Gemeinschaften, vielleicht auch eine gute Pfarrgemeinde. Es werden vorzugsweise solche Orte sein, wo nicht im Ein-Mann-Betrieb eine Riesenarbeit bewältigt wird, sondern wo so etwas wie eine Gemeinschaft ist, die ausstrahlt und um die Menschen sich scharen.

Die Kirche und damit auch die Militärseelsorge wird in Zukunft vor

allem aus solchen Oasen leben. Und es wird in Zukunft für uns alle wichtig sein, hier weder Kosten noch Zeitaufwand zu scheuen. Denn hier ist die Frage, wie lebenswichtig für uns das Wort Gottes und seine Sakramente sind. Das ist für mich weder ein Luxus noch ein theologisch fragwürdiger Trend zu Wahlgemeinden oder -gemeinschaften hin, sondern eine Frage des geistlichen Überlebens.

Innere Reform und Regeneration in der Kirche ist in der Geschichte nie aus der Breite gekommen. Sie hat immer angesetzt bei kleinen Gemeinschaften, in erster Linie bei alten und neuen Orden, die von sich aus versucht haben, die Nachfolge Christi zu leben und Seinem Ruf zu folgen. Dies sind im einzelnen sehr unterschiedliche Gruppen, meist von Priestern und Laien, Verheirateten und Unverheirateten, die unter sich versuchen, das Evangelium zu leben. Was wesentlich zu diesen geistlichen Gemeinschaften gehört, ist, dass in ihnen Glaube nicht als abstrakte Lehre und Forderung erfahren wird, sondern als persönliche Erfahrung, als etwas, was nicht beziehungslos zur persönlichen Biographie, zu den eigenen Fragen, Nöten, Sehnsüchten und Problemen steht, sondern was darauf antwortet – durchaus nicht nur bestätigend, sodass alles gut ist, sondern durchaus auch richtend und korrigierend.

Wo Glaube nur abstrakt und nicht als Weg zur Freiheit und als Antwort auf die eigenen tiefsten Fragen verstanden wird, bleibt er im Grunde fremd.

Diese Erfahrung kann normalerweise nur in kleinen Gruppen gemacht werden, in denen das Glaubensgespräch über Glaubensfragen seinen Platz hat. Aber auf solche Gruppen wird es auch für uns in der Militärseelsorge in Zukunft immer mehr ankommen. Vielleicht liegt der Grund für manche Misere auch darin, dass solche Gruppen und Gemeinschaften bisher bei uns nur sehr sporadisch, weniger als etwa in Italien und Frankreich, existieren. Die neue Ordnung für die Gremien der Mitverantwortung der Laien in unserem Bereich lässt dafür einen großen Raum.

Wie geht es mit der Kirche weiter? Kommt vielleicht doch irgendwie auch äußerlich eine Wende?

Bei dieser Frage sind wir in einer ähnlichen Situation wie die Jünger vor der Himmelfahrt, welche nach der Apostelgeschichte Jesus fragen: Stellst du in dieser Zeit das Reich Israel wieder her? Sie denken auch wie wir oft denken: Irgendwann muss ja doch auch äußerlich die große Wende kommen; muss Jesus als Auferstandener auch seinen Gegnern machtvoll erscheinen; muss er uns die Last abnehmen, gegen den Hohn und Spott der Welt ihn, den Gekreuzigten, als den Lebenden zu verkünden.

Die Antwort Jesu lautet: Euch kommt es nicht zu, Tag und Stunde zu wissen ... – aber ihr werdet die Kraft des Heiligen Geistes empfangen und werdet meine Zeugen sein, in Jerusalem, in Judäa und Samaria bis an die Grenzen der Erde. Dies ist auch die Antwort an uns! Unsere Frage, wie es weitergeht, wann vielleicht einmal eine Wende kommt, wird nicht beantwortet. Hier müssen wir in der Ungewissheit weiterleben.

Aber er schenkt uns, dass wir seine Zeugen sind; er gibt uns Kraft

zum Zeugnis in Treue zu seinem Evangelium, wie auch immer, vielleicht anders als wir gedacht haben. Er erwartet von uns nicht Erfolg – sondern Treue und Zeugnis, und dies ist immer das Zeugnis vom Gekreuzigten, vom nach den Maßstäben des irdischen Erfolges Gescheiterten. Aber es ist das Zeugnis aus seinem Geist, im Vertrauen auf den, der auch in unserer Schwachheit und in der menschlichen Schwachheit seiner Kirche fortlebt und bei uns bleibt. □

ANLAGE BERICHT ZUR LAGE DER KATHOLISCHEN MILITÄRSEELSORGE

Berichte aus den Arbeitsbereichen des KMBA (Auszug)

„Bereich „Personal/Organisation“

(1) Kooperation von Priestern und Pastoralreferenten

Seit Mitte der 80er Jahre arbeiten Pastoralreferenten in der Katholischen Militärseelsorge. Damit verbunden war und ist ein ständiger Prozess des Suchens und Fragens, wie dieser Laiendienst so an die zunächst vorkonziliaren Strukturen der Katholischen Militärseelsorge angepasst werden kann, dass der nachkonziliaren Entwicklung der deutschen Kirche Rechnung getragen wird und die Besonderheiten des Berufsbildes des Pastoralreferenten nicht verdunkelt werden. Erschwerend kommt hinzu, dass die diesbezüglichen Klärungsprozesse in den deutschen Diözesen unterschiedlich und zum Teil widersprüchlich verlaufen sind. Die römische Instruktion „Zu einigen Fragen über die Mitarbeit der Laien am Dienst der Priester“ vom 15. August 1997 war für das Katholische Militärbischofsamt Anlass, die eigene Situation neu zu überdenken und nach Wegen in die Zukunft zu suchen. Deshalb wurden alle Pastoralreferenten der Katholischen Militärseelsorge zu einer Klausurtagung im März 1999 eingeladen, um die bisherigen Erfahrungen aus Sicht der Pastoralreferenten und aus Sicht des Amtes zu reflektieren und daran Konzeptionen zu entwickeln, die einerseits von allen getragen werden, andererseits der kirchlichen Ordnung entsprechen.

Ein wesentlicher Pfeiler ist die Kooperation von Pfarrer und Pastoralreferent. Ziel ist, die Zusammenarbeit so zu gestalten, dass die jeweilige Eigenart zur Geltung kommt. Besonders gute Erfahrungen wurden bisher mit der Tätigkeit von Pastoralreferenten an Schulen der Bundeswehr gemacht, und es darf immer wieder mit Dankbarkeit festgestellt werden, dass sie gerade dort auch hohes Ansehen bei der Truppe genießen, weil sie nicht als Fachlehrer arbeiten, sondern als Seelsorger diesen lehrenden Dienst ausüben.

Deshalb sollen zukünftig an ausgesuchten Standorten, wo enge Kooperation auch durch räumliche Nähe ermöglicht wird, Pastoralreferenten mit dem Schwerpunkt (d.h. nicht ausschließlich) Unterricht eingesetzt werden. Priester und Pastoralreferenten sollen so zusammenarbeiten, dass mit den Pfarrhelfer/innen ein echtes Team entsteht und nicht – wie bisher – oft nach dem Motto „Mein Standort – dein Standort“ die Arbeit aufgeteilt wird. Vielmehr sollen die beiden Seelsorgebezirke als Einheit gesehen werden, in der Aufgaben und Kompetenzfelder in gemeinsamen Absprachen abgesteckt werden. Kriterien sind dabei die Spezifika des jeweiligen Dienstes und die persönlichen Charismen der Beteiligten.

Das stellt hohe Anforderungen, weil das bisherige pastorale Revierverhalten, auch Kirchturmdenken, überwunden und die Kooperation als

lohnendes Ziel manchmal erst entdeckt werden muss.

(2) ...

(3) ...

Bereich „Grundsatzfragen, Aus-, Fort- und Weiterbildung“

(1) Zusammenarbeit und Ökumene in der Militärseelsorge

Im Rahmen der seit vielen Jahren gepflegten, engen Zusammenarbeit der Katholischen und Evangelischen Militärseelsorge auf allen Ebenen fanden regelmäßige gemeinsame Dienstbesprechungen der jeweiligen Referatsleiter-Gruppen des Katholischen Militärbischofsamtes und des Evangelischen Kirchenamtes ebenso statt, wie Begegnungen auf Wehrbereichsebene. Praktische Fragen, insbesondere im Bereich der Organisation und Kommunikation, werden gemeinsam gegenüber dem Bundesministerium der Verteidigung sowie anderen Bundeswehrdienststellen erfolgreich verfolgt. Bewährt hat sich auch ein gemeinsam mit dem Zentrum Innere Führung der Bundeswehr in Koblenz durchgeführter Einführungs-Kurs für neu eingestellte Militärseelsorger beider Kirchen. Dabei stellt sich immer wieder die Erfahrung ein, dass gerade in der Feier gemeinsamer Gottesdienste, die im Vollzug ihren konfessionellen Charakter behalten, nicht vermittelbare Erwartungen an den jeweils anderen auftreten.

Im Blick auf die feierliche Ratifizierung der „Gemeinsamen Erklärung zur Rechtfertigungslehre“ zwischen katholischer Kirche und lutherischer Weltbund am 31. Oktober 1999 in Augsburg ergab sich die nachdrückliche Anfrage an die je-

weils andere Kirche, welche praktische Konsequenzen sich aus diesem Akt des gemeinsamen Bekenntnisses des Evangeliums ergeben können. Gerade aufgrund der besonderen strukturellen Einbindung der Militärseelsorge-Organisation beider Kirchen in die Bundeswehr werden hier von den Soldaten und ihren Vorgesetzten Antworten erwartet, die dann unglaublich würden, wenn sie dem Inhalt nach nicht übereinstimmen.

(2) Pastorale Anfragen aus dem Kosovo-Konflikt

Aufgrund verschiedener Anstöße aus dem Bereich engagierter katholischer Soldaten befassten sich die Zentralen Dienstbesprechungen und der Priesterrat mit den ethischen und pastoralen Aspekten, die sich aus der Zuspitzung des Kosovo-Konfliktes und seiner militärischen Lösungsstrategie ergaben. Dabei zeigte sich, dass das Meinungsbild innerhalb der Bundeswehr bzw. unter ihren Soldaten sich durchaus ambivalent darstellte. Militärseelsorger berichteten nicht selten, dass Anfragen, insbesondere nach der völkerrechtlichen Legitimation des Militäreinsatzes, von nicht wenigen Soldaten als unzureichend beantwortet angesehen wurden. Andererseits ist offenbar, dass die Friedenslehre der katholischen Kirche in ihrer ausformulierten Systematik noch eine politisch-militärstrategische Gesamtlage unterstellt, die sich seit Auflösung des Ost-West-Gegensatzes nicht mehr ergibt.

Der Katholische Militärbischof gab durch eine eigene Erklärung und durch verschiedene Presse-Interviews Orientierungspunkte zur ethischen Wertung der Entwicklung. Unter seiner maßgeblichen Beteiligung äußerten sich sowohl der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz als auch der Ständige Rat der Diözesanbischöfe differenziert zur politischen Gesamtlage wie auch zu den militärischen Operationen. Soweit die technischen Möglichkeiten gegeben waren, wurden in den Tagen besonderer politischer oder militärischer Intensität nicht zuletzt auch Dokumente des Heiligen Stuhls sowie aus dem Bereich der katholischen Kirche in Deutschland, aber auch aus dem der Evangelischen

Landeskirchen und aus der Orthodoxie, elektronisch (E-mail) an die Militärseelsorger weitergeleitet. Die provisorisch eingerichtete Web-Site „<http://www.kmba.de>“ bot darüber hinaus „links“ zu verschiedenen Quellen, solchen der offiziellen politischen Institutionen (Bundesregierung, NATO, Vereinte Nationen etc.) sowie auch solchen der serbisch-jugoslawischen Seite und kosovo-albanischen Stellen. Durch mehrere umfangreiche gedruckte Dokumentationen wurden wichtige Texte allen Militärseelsorgern zugänglich gemacht. Ethische Aspekte und Fragen der Pastoral wurden auf einer gemeinsamen Klausurtagung mit dem Evangelischen Kirchenamt für die Bundeswehr erörtert.

(3) ...

„Arbeitsbereich Pastoral“

(1) Pastoralkonzept

Im Herbst des letzten Jahres wurden die Papiere zu den 14 Themenfeldern des Pastoralkonzeptes auf der Basis der erbetenen Rückmeldungen aus Sicht der Militärseelsorger, der Pfarrgemeinderäte, der GKS-Kreise, der aktion kaserne, der KAS u.a. noch einmal umgearbeitet.

Im September 1998 wurden die Texte in der Arbeitsgruppe „Pastoralkonzept“ erneut diskutiert und verändert. Einige Papiere konnten zur Endredaktion weitergegeben werden, andere mussten noch einmal gründlich überarbeitet werden.

Im März 1999 fand das vierte Treffen der Arbeitsgruppe statt, um die erste Fassung einer vorläufigen Endredaktion zu diskutieren. Die Mehrheit des Gremiums war mit dem vorgelegten Bearbeitungsstand nicht zufrieden und forderte eine weitere grundlegende Überarbeitung aller Texte. Diese wird zur Zeit von einer kleinen Redaktionsgruppe im KMBA vorgenommen und soll bis Ende des Jahres abgeschlossen sein.

(2) Neues Soldatengesangbuch

Die Arbeitsgruppe aus Militärpfarrern, Pastoralreferenten und Pfarrhelfern hat Ende Juni 1999 ihre Arbeit an der Neukonzeption eines katholischen Soldatengesang- und -gesangbuches abgeschlossen. Parallel dazu wurde von einer Agentur ein

zeitgerechtes und optisch ansprechendes Layout entwickelt, das verschiedene Farben für Lied- und Textteile sowie eine Reihe von graphischen Gestaltungselementen vorsieht.

Die ca. 200 Lieder und Gesänge werden in drei getrennten Kapiteln erscheinen (Kirchenjahr; Messfeier; verschiedene Anlässe). Der Wortteil ist, jeweils im Wechsel mit den Liedern, gegliedert nach: Gebete; Psalmen und Psalmdichtungen; Andachtselemente und Wortgottesdienste; Feier der Eucharistie; Gebote und Sakramente.

Die einführenden und erklärenden Texte, vor allem im letztgenannten Teil, sind von Mitgliedern der Arbeitsgruppe selber verfasst worden.

Derzeit läuft die Ausschreibung; die Drucklegung des Buches ist für die erste Hälfte des Jahres 2000 zu erwarten.

(3) Lebenskundlicher Unterricht

Im Jahr 1999 wurde über die (Wehr-)Bereichsdekane in allen Seelsorgebezirken eine „Soll-Ist-Ermittlung“ durchgeführt. Das Ziel war zum einen, die ungefähre Zahl der nach ZDv 66/2, Abschnitt B. 11. in den Streitkräften insgesamt anfallenden Unterrichtsstunden zu erhalten („In jedem Monat sind zwei in der Regel zusammenhängende Stunden für die einzelnen Unterrichtsgruppen vorzusehen...“). Zum anderen sollte erhoben werden, wie viele Stunden für welche Einheiten derzeit tatsächlich gehalten werden.

Als dritter Schritt war mit dem (Wehr-)Bereichsdekan für jeden Seelsorgebezirk eine Regelung dahingehend zu treffen, welcher Umfang an LKU angesichts der Gegebenheiten an den Standorten jetzt und auf absehbare Zeit verbindlich durchgeführt werden kann. Dabei sollte garantiert sein, dass die vereinbarte Lösung, die auch sachlich begründete Ausnahmen und Kompromisse im Hinblick auf das ZDv-Soll einschließen kann, mit allen Betroffenen und Beteiligten (z.B. auch dem evangelischen Standortpfarrer) abgesprochen ist und auch längerfristig durchgehalten werden kann.

Die im KMBA vorgenommene Schätzung aller nach ZDv 66/2 anfallenden LKU-Stunden anhand einer Liste aller Einheiten und Dienststellen der Bundeswehr sowie die Addi-

tion der in den (Wehr-)Bereichen mit dem selben Ziel ermittelten Sollstunden des LKU haben unabhängig voneinander ein monatliches Quantum von ca. 6.000 Stunden ergeben. Die Rückmeldungen aus den (Wehr-)Bereichen lassen erkennen, dass davon derzeit zwischen 40% und 50% tatsächlich gehalten werden.

Die Größe der Seelsorgebezirke, häufige und langdauernde Vakanzen, die Auslandseinsätze, die vielfach wechselnden militärischen Gegebenheiten und die davon abhängige Verfügbarkeit der Truppe vor Ort sowie die Beanspruchung der Seelsorger durch die zahlreichen anderen Tätigkeiten neben dem LKU machen es einsichtig, dass unter den gegebenen Umständen das 100%-Soll nicht erreicht werden kann, vermutlich auch in früheren Zeiten niemals erreicht wurde.

Entscheidend ist, und dies ist auch machbar, dass im Seelsorgebezirk eine klare Regelung getroffen wird, die eine Regelmäßigkeit des LKU und der Arbeitsgemeinschaften mit einer entsprechenden Frequenz sicherstellt.

(4) Veranstaltungskatalog

Eine Neufassung des Veranstaltungskataloges ist in Vorbereitung. Sie berücksichtigt die in den letzten Jahren vorgenommenen Änderungen und versucht, durch eine neue Gliederung eine bessere Übersichtlichkeit zu erreichen. Die Veranstaltungsarten werden im wesentlichen beibehalten. Grundsätzlich will der Veranstaltungskatalog Anregungen und Hinweise zur Durchführung der pastoralen Intensivveranstaltungen geben. Der Gestaltungsspielraum für den Seelsorger ist und bleibt hierbei sehr groß.

Die notwendigen Rahmenrichtlinien des Kataloges dienen dabei dem Ziel, die einschlägigen Bestimmungen des Bundes und die kirchlichen Haushaltsrichtlinien aufzuführen, eine Vergleichbarkeit bei den organisatorischen Voraussetzungen herzustellen sowie auch eine gerechte und sinnvolle Verteilung der finanziellen Mittel vornehmen zu können.

(5) Familienferien

Im Jahr 1999 haben ca. 250 Familien (ca. 770 Personen) das Angebot genutzt, durch Vermittlung der

Katholischen Militärseelsorge in 13 verschiedenen Familienferienstätten kirchlicher Trägerschaft Urlaub zu machen. Die Anmeldungen und auch die Rückmeldungen der Teilnehmer zeigen, dass die Maßnahme auf dem richtigen Weg ist. Denn es nehmen fast ausschließlich Familien mit Kindern teil; über 50 Familien waren 1999 Erstteilnehmer. Vielfach bieten die einzelnen Häuser während des Ferienaufenthaltes von sich aus eine Reihe von Freizeit- und Betreuungsmaßnahmen an.

Der jährliche Zuschussbetrag aus kirchlichen Mitteln (1998: DM 257.000) für die Familienferien in 13 Häusern ist nur ein geringer Anteil dessen, was für Unterhalt und Betrieb eigener Bildungshäuser aufzubringen wäre.

...

„Arbeitsbereich Laienapostolat – seelsorgliche Begleitung bei SFOR/KFOR – Militärseelsorge in bi- und multinationalen Verbänden – Kontakte zur Militärseelsorge anderer Länder“
[s.a.S. 85-86, Nr. 5(1)-(4)]

(1) Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS)

Die Arbeit der GKS im Jahr 1999 verlief wie geplant und erfolgreich; das gilt besonders für die Veranstaltungen und Aktivitäten an der Basis, also in den Kreisen und bei den Ansprechpartnern; es gilt auch für die (Wehr-)Bereichsebene und sicher auch für den Bundesvorstand.

Nach wie vor wird die Arbeit von den Sachausschüssen angeregt und weitgehend getragen. Einige junge Soldaten konnten für diese Form der Verbandsarbeit gewonnen werden. Es bleibt allerdings das Problem, für die Arbeit auf der Kreisebene junge Soldaten zu interessieren.

Der Förderkreis der GKS (FGKS) hatte seit seiner Gründung einen schwierigen Anfang – und er hat immer noch nicht genügend Mitglieder, nämlich derzeit rund 180. Der FGKS ist nicht nur ein Kreis für Pensionäre und Ehemalige. Vielmehr sollte jedes Mitglied der GKS Interesse daran haben und es als Ehre empfinden, Mitglied im FGKS zu sein. Es geht ja darum, auf diese Weise die Arbeit der GKS zu unter-

stützen, durch den Jahresbeitrag auch materiell.

(2) Erwähnenswerte Aktivitäten im Berichtszeitraum

Die 39. Woche der Begegnung fand in der Zeit vom 26.04. bis 01.05.1999 im Bischof-Benno-Haus in Schmochtitz statt. Mit der Thematik „VATER UNSER IM HIMMEL UND AUF ERDEN?“ wurde wiederum das Anliegen des Heiligen Vaters zur Vorbereitung auf die Feier des Heiligen Jahres 2000 aufgegriffen, der das Jahr 1999 unter das Thema „Gott der Vater“ gestellt hatte.

Zum ersten Mal tagten die Delegierten der Zentralen Versammlung und der Bundeskonferenz der Gemeinschaft Katholischer Soldaten in den neuen Bundesländern. Bewusst wollten die katholischen Soldaten mit ihrer Präsenz ein Zeichen in einem säkularen Umfeld setzen. Unser Militärbischof feierte im Rahmen der Woche der Begegnung ein Pontifikalamt im Dom zu Bautzen. Dieser Gottesdienst und der sich anschließende Empfang fanden eine überraschend große Resonanz in der Öffentlichkeit, was durch die Anwesenheit vieler hochrangiger Repräsentanten aus dem gesellschaftlichen, politischen und kirchlichen Bereich unterstrichen wurde.

An der diesjährigen Soldatenwallfahrt nach Santiago de Compostela nahmen, obwohl es hierfür keinen Sonderurlaub gibt, vom 27. Mai bis 8. Juni 1999 rund 30 Mitglieder der GKS teil.

Die „Seminare zur Bewältigung der dritten Lebensphase“ für vor der Pensionierung stehende Soldaten und ihre Frauen haben auch 1998 und 1999 dreimal stattgefunden, mit großem Anklang, und werden 1999 und 2000 je dreimal fortgesetzt, in Nürnberg und in Cloppenburg. Dafür sollte nicht nur in den Kreisen der GKS, sondern auch im dienstlichen Umfeld diese Seminare gewonnen werden.

Internationale Zusammenarbeit ist ein wichtiger Bereich, den die GKS weiter pflegen will. Deshalb nahm die GKS auch in diesem Jahr – wie seit 34 Jahren – an der Arbeit des Apostolat Militaire International (AMI) und an der Generalversammlung vom 18. bis 24. September 1999 in Reichenau/Rax/Öster-

reich teil. Inhaltlich wurden zwei Themenbereiche bearbeitet:

- „Realisierung des Dekretes des II. Vatikanischen Konzils über das Laienapostolat (Apostolicam actuositatem) in den Streitkräften – Aufgaben des AMI in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft“
- „Der katholische Soldat im Jahr 2000: Selbstverständnis – Selbstdarstellung – Akzeptanz in der Gesellschaft“

Turnusgemäß fanden im Rahmen dieser Generalversammlung Neuwahlen zum Exekutivkomitee statt, das aus dem Präsidium, dem Generalsekretariat und dem Geistlichen Beirat besteht. Das Präsidium stellt Österreich, das Generalsekretariat Deutschland und den Geistlichen Beirat Spanien.

Mit dem Thema „HUMANITÄRE INTERVENTION“, das sich ja konkret auf den Einsatz der Bundeswehr im Kosovo bezieht, hat sich die GKS unter rechtlichen und ethischen Aspekten befasst. Die beschlossene Erklärung wurde dem Bundeskanzler, dem Außen- und dem Verteidigungsminister angesichts der bevorstehenden Kabinettsentscheidung vor der Veröffentlichung am 1. Oktober 1998 übersandt. Eine sehr ausführliche Stellungnahme erhielt die GKS im Mai 1999 von Staatssekretär Dr. Stützel. Der Sachausschuss „Sicherheit und Frieden“ der GKS arbeitet in diesem Zusammenhang weiter am Thema „Fortentwicklung des Völkerrechts“.

Unter dem Leitgedanken: „IN VERANTWORTUNG VOR GOTT UND DEN MENSCHEN, SINN – IDENTITÄT – ETHIK“ veranstaltete die GKS in Fulda vom 01. bis 05. November in Zusammenarbeit mit dem Bonifatiushaus zum 7. Mal die Akademie Oberst Helmut Korn. Ziel dieser Veranstaltung ist es, vor allem jüngeren Offizieren und Unteroffizieren Wege durch das Spannungsfeld zwischen Beruf und Ethik, Führungsverantwortung und Individualisierung aufzuweisen.

(3) Seelsorge in den deutschen Auslandsstandorten

- Die sechs Auslandsstandorte der Bundeswehr, die zugleich Dienstsitz von katholischen Militärgeistlichen sind (Fort Bliss/TX,

Holloman AFB/NM, Budel/NL, Brunssum/NL, SHAPE/B, Decimomannu-Sardinien/I), werden von vier Militärgeistlichen und einem Pastoralreferenten seelsorglich begleitet.

- Mit der organisatorischen/administrativen Errichtung einer 7. Auslandsdienststelle: „Der Deutsche Katholische Militärgeistliche Stettin/P, die weder personell noch materiell ausgestattet wird, wurde der Errichtung des Multinationalen Korps Nordost (das aus Soldaten aus Dänemark, Deutschland und Polen besteht) Rechnung getragen.
- Die Umorganisation der Nato-Commandos im europäischen Bereich wird auch in absehbarer Zeit seitens der Katholischen Militärseelsorge zu berücksichtigen sein, insofern als dass bei weiterem personellen Anwachsen neuer Standorte mit der Verlegung der Dienstsitze katholischer Militärgeistlicher zu reagieren ist.
- Für die beiden Standorten in den USA war der Besuch des Weihbischofs Otto Georgens aus Speyer, der unseren Militärbischof bei der Spendung der Firmung an deutschen Soldatenkindern vertrat, ein besonderes Highlight. Bei diesem Besuch konnte sich ein Mitglied der Deutschen Bischofskonferenz vor Ort über die Arbeit der katholischen Militärgeistlichen/Pastoralreferenten im Ausland informieren

(4) Seelsorgliche Begleitung bei Internationalen Friedenseinsätzen der Bundeswehr

- Im Berichtszeitraum haben sich die Anforderungen an Militärgeistliche der Bundeswehr hinsichtlich der Einsatzanforderung im Ausland sowohl quantitativ als auch qualitativ erweitert. Mit dem Kosovo-Konflikt verlegten deutsche Soldaten im Rahmen der sog. Extraction Force (Befreiung von OSZE-Personal aus dem Kosovo) und später im Rahmen der sog. KVM (Kosovo Verification Mission) nach Tetovo, Ohrid und Strumica. Je zwei katholische und zwei evangelische Militärgeistliche begleiteten diese

Soldaten seit Dezember 1998 ständig

Mit dem Beginn der NATO-Luftangriffe änderte sich die Qualität des Einsatzes. Zum ersten Mal in der Geschichte befand sich die Bundeswehr als Bündnispartner im kriegerischen Einsatz. Das betraf zunächst und unmittelbar die Luftwaffe, die von Piacenza aus operierte. Militärgeistliche, die in dieser Zeit dort eingesetzt waren, trugen unmittelbar vor Ort die Belastungen der Soldaten in einem bisher nicht gekannten Ausmaß mit.

Mittelbar betraf es auch die in Rajlovac und Butmir sowie die in Tetovo, Ohrid und Strumica eingesetzten Soldaten und Militärgeistlichen. Letztere mussten teilweise, nach Ende der Luftangriffe im Kosovo und nach der gefundenen Regelung, eine Verlagerung von den Standorten in Mazedonien in das Kosovo vornehmen. Hier wurden sie im Rahmen von KFOR (Kosovo Forces) mit allen Scheußlichkeiten ethnischen Hasses und der Kriegsfolgen konfrontiert. Unter den Kriegsfolgen im Kosovo hatten auch die Soldaten und Militärgeistlichen in Rajlovac und Butmir erheblich zu leiden. Die bosnischen Serben bedrohten in nicht erheblichem Maß das Kontingent von SFOR (L) (Stabilisation Forces). Während des Berichtszeitraums begleiteten im Rahmen von SFOR (A) regelmäßig Militärgeistliche Soldaten in Piacenza. Im Rahmen von SFOR (L) waren katholische Militärgeistliche in Butmir und Rajlovac (der Standort Mostar wurde im Laufe des Jahres aufgegeben) stationiert.

Im Rahmen von KFOR (KVM) begleiten katholische Militärgeistliche derzeit in Tetovo (MAZ), in Prizren (KOS) und in Suva Reka (KOS) deutsche Soldaten.

16 Militärgeistliche sind damit im letzten Jahr im Auslandseinsatz tätig gewesen.

- Vom 04.-07.10.1999 konnte sich unser Militärbischof bei einem persönlichen Besuch der deutschen Soldaten in Mazedonien und im Kosovo, in dessen Verlauf

er auch dem Generalinspekteur der Bundeswehr begegnete, sich von der Motivation und der Leistungsfähigkeit der deutschen Soldaten und der Militärgeistlichen überzeugen und ihnen seinen Dank abstaten.

Die Besprechung mit dem katholischen Bischof in Prizren und Vertretern der moslemischen Führung vertieften seine Einsicht in die Probleme einerseits und die sich bietenden Chancen für die Zukunft andererseits.

Zur Vorbereitung der Errichtung eines Betreuungsgebäudes der KAS in Form einer „OASE“ auch für die deutschen Soldaten im Kosovo begleitete der Geschäftsführer der KAS den Militärbischof.

- Aus diesem Anlass kam es am 15. Oktober 1999 in Limburg zu einer Begegnung zwischen dem Bischof von Limburg als Vorsitzenden der Kommission „Weltkirche“ der Deutschen Bischofskonferenz, einen Vertreter des Deutschen Caritasverbandes und Vertretern der Militärseelsorge. Absicht war die gegenseitige Information und die Erörterung möglicher gemeinsamer Kooperation im Kosovo, um Hilfe zu bündeln und durch gegenseitige Unterstützung Zukunft und Hoffnung für die Menschen in diesem Land deutlich zu verbessern.

Die im Jahr 1998 vom BMVg, KMBA und EKA erarbeiteten Grundlagen für eine Beteiligung der Militärgeistlichen an Evakuierungsoperationen der Bundeswehr konnten durch konkrete Absprachen mit dem zuständigen Kommando Luftbeweglicher Kräfte in Regensburg, der Leitung der Katholischen und Evangelischen Militärseelsorge und den betroffenen Militärgeistlichen vorangebracht werden. Eine Einweisung beim KLK / 4. Division in Regensburg am 22. und 23. Juni 1999 setzte den ersten Schritt in ein neues Aufgabengebiet der Militärseelsorge.

(5) Internationale Konferenzen

- Die IV. Internationale Zusammenkunft der Militärordinariate fand am 07./08.05.1999 in Rom statt. Unter der Gesamt-

thematik: „DER SOLDAT – EIN ZUR VOLLKOMMENEN LIEBE BERUFENER“ wurde unter der Leitung vom Präfekten der Kongregation für die Bischöfe, Lucas Kardinal Moreira Neves, die verschiedenen Aspekte des Leitwortes in Vorträgen und Aussprachen erörtert. Besondere Bedeutung erhielt das Bischofstreffen dadurch, dass die Notwendigkeit intensiver Zusammenarbeit zwischen den Militärordinariaten zur Sprache gebracht werden konnte. Der Militärbischof der USA, Erzbischof Edwin O'Brien, und unser Militärbischof nahmen die Gelegenheit wahr, das Partnerschaftsprojekt „Christopher“, das von den USA und Deutschland getragen ist und vor allem die Militärseelsorge der Länder hinter dem ehemaligen „Eisernen Vorhang“ unterstützen will, vorzustellen. Die Bischofskongregation zeigte sich geneigt, ihrerseits dieses Projekt zu begleiten.

- Seit dem Fall der Mauer bemühen sich die Amerikaner darum, alle Staaten des ehemaligen Ostblocks zur Errichtung einer Militärseelsorge zu ermuntern. Neben der Gewährung finanzieller Hilfe und Ausbildungsangeboten in den USA sind sie die Initiatoren der sog. „Europäisch-Nordamerikanischen Konferenz Leitender Militärgeistlicher“, die in diesem Jahr vom 01. bis zum 05. Februar 1999 in Baden/Österreich zum zehnten Mal stattfand. „AUF DER SUCHE NACH WEGEN ZUR WERTEVERMITTLUNG, ETHIK, HOFFNUNG UND GLAUBE FÜR SOLDATEN ALLER DIENSTGRADGRUPPEN“ als Rahmenthema, haben die einzelnen Vertreter der Länder die Chance, ihre Erfahrungen einzubringen, um den Ländern, die sich um ihren Weg der Errichtung einer Militärseelsorge bemühen, Anregungen und Hilfe zu geben. An dieser Konferenz nahmen Vertreter aus 35 Ländern teil. □

Grußwort der Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages Claire Marienfeld

Sehr geehrter Herr Militärgeneralvikar Nabbefeld, sehr geehrter Herr Bischof Professor Dr. Lehmann, meine Damen und Herren, ich danke Ihnen ganz herzlich, dass Sie mich auch in diesem Jahr zu dem Pontifikalamt, das wir gemeinsam gefeiert haben, und zu Ihrem Gästeabend anlässlich der 44. Gesamtkonferenz der Katholischen Militärseelsorge eingeladen haben.

Ich möchte auch hier in Bingen erneut betonen, dass ich gerne bei Ihnen bin. Der gute Kontakt zur Militärseelsorge ist ein wichtiges Element meiner Arbeit. Denn ich halte Ihren Einsatz für den Menschen in Uniform, der in vielen und schwierigen Spannungsfeldern steht, für unverzichtbar.

Und so danke ich Ihnen, den Katholischen Militärgeistlichen und den Pastoralreferenten, auch heute aufrichtig dafür, dass Sie die Soldatinnen und Soldaten in ihrer Aufgabe begleiten und ihnen einen Raum der Orientierung und der Geborgenheit

schaffen. Im Interesse unserer Soldaten wie ihrer Familien wünsche ich mir, dass die Militärseelsorge auch in Zukunft ohne Einschränkungen und erfolgreich weiter arbeiten kann.

...

Thema Ihrer diesjährigen Konferenz ist der Einsatz unserer Soldaten im Kosovo. Die Auslandseinsätze der Bundeswehr haben, beginnend in Phnom Penh, über Somalia und Bosnien bis hin zum Kosovo jeweils eine neue Qualität erhalten. Vom reinen humanitären Einsatz bis zum gezielt bewaffneten Einsatz. In diesen Tagen leisten zudem deutsche Soldaten humanitäre Hilfe in Ost-Timor, weit entfernt von der Heimat, nahezu auf der anderen Seite unserer Erde.

Jeder von uns hat im Frühjahr dieses Jahres mit Sorge den ersten Kampfeinsatz der NATO unter Beteiligung deutscher Soldaten verfolgt. Nach Beendigung dieses Einsatzes kontrollieren unsere Soldaten nunmehr einen Teil des Kosovo. Mit dem Einrücken der NATO in das verwü-

stete Land endete das Massenmorden und die Vertreibung der albanischen Bevölkerung.

Jetzt geht es darum, das Verhältnis zwischen den Volksgruppen zu entspannen, Gewalttätigkeiten zu beenden, der Bevölkerung ein sicheres Umfeld zu verschaffen, sich um die Versorgung der Menschen zu kümmern. Auch dieser Einsatz ist risikoreich und in hohem Maße belastend.

Unsere Soldaten stehen zwischen Fronten offenen Hasses. Die Gefahr, dass dieser mit Waffen ausgetragen wird, ist allgegenwärtig. Die Soldaten müssen sich aber auch schrecklichen Bildern stellen, wenn sie auf Spuren vorhergegangenen grausamen Mordens stoßen.

Einstellung, Motivation, Leistungsbereitschaft und Verantwortungsbewusstsein unserer im ehemaligen Jugoslawien eingesetzten Soldaten sind angesichts dieser Belastungen beeindruckend. Ihnen gebührt uneingeschränkt Dank. Gleicher Dank gilt auch den Soldatenfamilien, die angespannt den Einsatz der Frauen und Männer verfolgen.

Der Anblick von Tod und Verwundung, von Leiden, von materieller Not der Menschen, die eigene Angst, die Gedanken an die Familie in der Heimat lassen Fragen und Zweifel aufkommen. In meinen Gesprächen erfahre ich immer wieder, dass die Militärseelsorge unseren Soldaten im Kosovo und ihren Familien zu Hause wichtige Orientierungshilfen für grundlegende Fragen aus dem Einsatz gibt.

Im Blick habe ich dabei auch die Fragestellung nach Notwendigkeit und Rechtmäßigkeit des Kosovo-Einsatzes, die in der Öffentlichkeit – teilweise kontrovers – diskutiert wurde. In dieser Auseinandersetzung mit dem Gebot und dem Rahmen der Friedenssicherung und der Friedensförderung hilft die Militärseelsorge Soldaten, zu einer für sie ethisch vertretbaren Entscheidung zu kommen.

Dabei werden Sinn und Notwendigkeit des Lebenskundlichen Unterrichts durch die Militärseelsorger erneut deutlich. Er gibt dem Soldaten durch die Vermittlung von Wertvorstellungen Hilfe für sein tägliches Leben. Und er fördert so die sittli-

Fortsetzung auf Seite 96,
Spalte 2 u. 3 unten



Die Ehrenmedaille der Katholischen Militärseelsorge hat Militärbischof Johannes Dyba der Wehrbeauftragten Claire Marienfeld verliehen. Militärgeneralvikar Prälat Jürgen Nabbefeld übergab Frau Marienfeld die Plakette und die Urkunde im Rahmen des Gästeabends während der 44. Gesamtkonferenz der hauptamtlichen katholischen Militärseelsorge am 9. November in Bingen. In seiner Laudatio anerkannte der Militärgeneralvikar die Verdienste der Wehrbeauftragten um die Militärseelsorge und dankte ihr im Namen des Militärbischofs, der im Rahmen des Ad-limina-Besuchs der deutschen Bischöfe in Rom weilte, für ihr großes Interesse an der Arbeit der Militargeistlichen, nicht zuletzt bei der Auslandsbegleitung.

Unter den Gratulanten befand sich der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz Prof. Dr. Karl Lehmann, der als Bischof des Gastbistums Mainz in der Binger Basilika St. Martin zuvor den Festgottesdienst mit den Militargeistlichen und Gästen gefeiert hatte. Die Bundeswehr zeige nach den Worten von Bischof Lehmann durch ihre Einsätze „ein Gesicht der Hilfe“ in aller Welt. Dafür sei der Bundeswehr zu danken. Lehmann erinnerte daran, dass wenn Jesus Feindesliebe fordere, man nicht zusehen dürfe, wenn Menschen Gewalt angetan werde. Mit Blick auf den zehnten Jahrestag des Mauerfalls sagte er, die damalige „erfolgreiche, stille, unblutige Revolution“ sei nur möglich gewesen, weil die Bundesrepublik durch Bundeswehr und NATO fähig war, Stärke zu zeigen, ohne sie anwenden zu müssen. (Foto: M. Beyel, KMBA)

Grußwort des Generalinspektors der Bundeswehr General Hans Peter von Kirchbach

Herzlichen Dank für Ihre Einladung zum Pontifikalamt und zum Gästeabend. Ich habe sie gern angenommen, denn sie gibt mir einerseits die Gelegenheit die Bedeutung der Militärseelsorge und meine Verbundenheit mit der Militärseelsorge zu unterstreichen. Andererseits gestattet sie mir, einige Gedanken begleitend zu Ihrer Tagung zum Ausdruck zu bringen.

Sie haben sich für Ihre Gesamtkonferenz die Auseinandersetzung mit dem Kosovo-Konflikt in Verbindung mit ethischen und völkerrechtlichen Fragen vorgenommen. Dieses Thema berührt den Geistlichen ebenso wie den Soldaten und verant-

wortungsbewussten Staatsbürger.

Die Notwendigkeit, kriegerische Auseinandersetzung zu verbieten, leuchtet ohne weiteres ein. Es ist jedoch offensichtlich, dass die Umsetzung dieses Verbots nur in Ansätzen geglückt ist. Weltweit werden Kriege geführt, Gewalt, Mord und Vertreibung als Mittel der innerstaatlichen Auseinandersetzung haben wir gerade in der jüngsten Zeit auch in Europa schmerzvoll erfahren müssen.

Die Welt in der wir als Christen und als Staatsbürger leben, können wir uns nicht aussuchen. Wir müssen Konflikte aushalten. Schuldlos zu bleiben, scheint nicht möglich zu

sein. Es gibt auf die Frage nach Gut oder Böse oft keine einfache Antwort. Verantwortlich zu leben und zu handeln, verlangt offensichtlich im Konflikt zwischen widerstrebenden Werten die relativ bessere Lösung der relativ schlechteren vorzuziehen, wo es eine klare Unterscheidung nicht gibt, wie z.B. bei den Luftangriffen im Kosovo.

Derartige Entscheidungen, also wie im Falle des Kosovo, zur Ultima Ratio greifen zu müssen, also militärische Gewalt anzuwenden, um eine schlimmere humanitäre Katastrophe zu vermeiden, verlangen Werte zur Orientierung.

Den Soldaten der Bundeswehr wird hierzu mit dem Soldatengesetz der rechtliche Rahmen vorgegeben, gleichzeitig wird ihre Eigenverantwortung gestärkt. Das Konzept der Inneren Führung verknüpft für sie den Auftrag mit den Werten unseres Grundgesetzes. Nur mit dieser Bindung an Werte lassen sich die Spannungen ausgleichen und ertragen, die sich aus den moralischen Verpflichtungen einerseits und den militärischen Pflichten andererseits ergeben.

Die Orientierung an Werten unseres Grundgesetzes entspricht zutiefst christlichem Gedankengut, bei dem sich ein Soldat versteht als Verteidiger des Lebens, als Garant der Menschen- und Freiheitsrechte, als Baumeister des Friedens sowie als Diener für Sicherheit und Freiheit. Dies gestattet, das Dilemma der Werteabwägung aufzulösen.

Die Orientierung an den Werten unseres Grundgesetzes bietet einen umfassenden Wertemaßstab. Er genügt nicht nur Rechtsnormen, sondern bietet im besten Sinne christlicher Tugenden Unterstützung für das Handeln im Alltag, nicht spannungsfrei und glatt, sondern in der persönlichen Auseinandersetzung und Entscheidung in der Freiheit des Christen und Staatsbürgers.

Gestatten Sie mir noch einen Blick auf den heutigen Tag: Wir feiern heute den zehnten Jahrestag der Maueröffnung, den Jahrestag eines Ereignisses, das wie kaum ein anderes die jüngere Geschichte unseres Volkes geprägt hat. Seitdem hat sich vieles verändert. In der Wahrnehmung der Bürger spiegeln sich positive wie auch negative Erfahrungen.

In den zurückliegenden zehn Jahren wurde viel erreicht. Darauf können wir dankbar zurückblicken. Dennoch dürfen wir uns nicht zurücklehnen, nach wie vor besteht die Notwendigkeit, etwas zu tun. Dies gilt – auch wenn das persönliche Empfinden unserer Mitbürger in den neuen Bundesländern besser ist als die dortige öffentliche Meinung – ebenso für die Angleichung der wirtschaftlichen Verhältnisse wie auch für die Herstellung der inneren Einheit, die Verankerung der Einheit in den Köpfen aller Deutschen. Es bedarf weiterhin der Solidarität, wir dürfen in unseren Anstrengungen nicht nachlassen.

Unsere Bundeswehr darf einen

großen Beitrag an den Positiva der Bilanz für sich verbuchen. Auch Sie, die Militärggeistlichen und Pastoralreferenten, haben ihren Teil beigetragen, sei es unmittelbar vor Ort oder aber auch mittelbar durch die Übernahme der Aufgaben derer, die in den neuen Ländern unterstützen. Es wurden auch bei der Bundeswehr Fehler gemacht, aber die wichtigste Leistung der „Armee der Einheit“ war, die Menschen in Ost und West zusammenzubringen. Die Bundeswehr – Sie eingeschlossen – darf zu Recht darauf stolz sein.

Lassen Sie mich mit den besten Wünschen für ein gutes Gelingen Ihrer Gesamtkonferenz abschließen. Herzlichen Dank. □



General von Kirchbach – hier im Gespräch mit dem evangelischen Militärgeneraldekan Erhard Knauer – meinte unter Hinweis auf die NATO-Lufteinsätze im Kosovo-Krieg, auf die Frage nach Gut und Böse gebe es keine einfachen Antworten. Verantwortlich zu handeln, verlange im Konflikt zwischen oft widerstrebenden Werten die relativ bessere Lösung der relativ schlechteren vorzuziehen. „Nur mit der Bindung an Werte lassen sich Spannungen ausgleichen und ertragen, die sich aus der moralischen Verpflichtung einerseits und den militärischen Pflichten andererseits ergeben“, sagte der Generalinspekteur.

Fortsetzung von Seite 95 „Grußwort der Wehrbeauftragten ...“

chen, geistigen und seelischen Kräfte des Soldaten, die „mehr noch als fachliches Können den Wert des Soldaten bestimmen“. Ich zitiere hier sehr bewusst aus der ZDv 66/2 „Lebenskundlicher Unterricht“.

Vorgesetzte sollen sehr genau abwägen, ob in der konkreten Situation dienstliche Aufträge und Vorhaben wirklich so zwingend sind, dass

sie der Durchführung des Lebenskundlichen Unterrichts entgegenstehen.

Nun wünsche ich Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, einen guten und insbesondere erfolgreichen Verlauf dieser 44. Gesamtkonferenz. Ich freue mich auf das Beieinandersein auf diesem Abend mit Ihnen. □

WB II: ARBEITS- UND WEHRBEREICHSKONFERENZ

„Seid wachsam“

Unter dem Motto „Seid wachsam“ stand die Arbeits- und Wehrbereichskonferenz vom 19.-21. November im Niels-Stensenhaus in Worphausen. Mit 70 Teilnehmern war die Kapazität des Hauses fast erschöpft. Die Tagung begann mit einer geistlichen Einstimmung über das Licht. Der Moderator im Wehrbereich II begrüßte neben Wehrbereichsdekan Prälat Heinz-Peter Miebach und Militärdekan Her-

mann Darpel auch Delegierte aus dem WB I „Küste“ und WB VII. Weiterhin wies der Moderator die Delegierten in die „Ordnung der Gremien der Laienmitverantwortung auf Ebene der Seelsorgebezirksräte“ ein.

Am Sonnabend Vormittag referierte WBD Miebach über das Thema „Seid wachsam!“ Mit viel Hintergrundwissen machte er die Zuhörer u.a. für die Themen „Sterbehilfe“ – „Kosovo“ – „Sonntagsarbeit“ – „Schwangerschaftskonfliktberatung“ sensibel. Er zeigte den Anwesenden bei aller kritischen Betrachtung auch Wege auf, die wir als Christen gehen können.

Der Nachmittag war ausgefüllt mit einem Lichtbildervortrag „Soldaten

im SFOR-Einsatz“. Ein Mitarbeiter der Feldzeitung „DER KEILER“ berichtete von seinen beiden Einsätzen in Bosnien-Herzegowina. Er beleuchtete besonders die Arbeit der Militärseelsorger. Aus eigenem Erleben kam er zu dem Ergebnis, dass die Soldaten die Militärpfarrer als Gesprächsteilnehmer suchen und annehmen. Probleme zu Hause und vor Ort, die durch die lange Abwesenheit entstehen, und die Angst der Angehörigen, die auftreten, wenn die Presse aus dem Einsatzland berichtet, wurden angesprochen. Wohl tuend sei die Kameradschaft im Einsatzland gewesen und die Gewissheit, dass die ärztliche Versorgung hervorragend ist.

Natürlich kam das gesellige Beisammensein nicht zu kurz. Es blieb während der Pausen und am Abend im Heuerhaus genügend Zeit zum Gespräch. Damit die Eltern in Ruhe zuhören konnten, waren die Kinder in den guten Händen der Kinderbetreuerinnen. Nach der Heiligen Messe am Sonntag endeten zwei schöne Tage im Worphausener Niels-Stensen-Haus. (Hans Jürgen Lang)



WB III – GKS-KREIS AACHEN: Abschied vom Geistlichen Beirat Militärpfarrer Michael Hennen

Nach einem feierlichen Standortgottesdienst am Hochfest der ohne Erbsünde empfangenen Jungfrau und Gottesmutter Maria wurde Militärpfarrer Michael Hennen bei einem Empfang im Offizierscasino Gut Neuhaus herzlich verabschiedet.

In Anwesenheit von Wehrbereichsdekan III Prälat Rainer Schadt, Schulkommandeur Brigadegeneral Dipl.-Ing. Rolf Bernd, Dompropst Dr. Johannes Müllejans und zahlreicher Gäste hob der Vorsitzende des GKS-Kreises Aachen, Geilenkirchen und Eschweiler, OTL Dipl.-Ing. Jürgen Werner, Kommandeur des Unterstützungsbereiches der Technischen Schule des Heeres und Fachschule des Heeres für Technik sowie Mitglied im GKS-Sachausschuß „Innere Führung“, das außerordentliche Engagement von MilPfr Hennen, der als StOPfr auch geistlicher Beirat des GKS-Kreises war, hervor.

Für seine Verdienste um die Gemeinschaft wurde Pfarrer Hennen

vom Vorsitzenden des GKS-Kreises mit dem Kreuz der GKS auf einer Kachel und vom Vorsitzenden der GKS im Wehrbereich III, Stabsfeldwebel Johann-A. Schacherl, mit der großen Medaille der GKS ausgezeichnet.



Ein „kleines Geschenk“, vermittelt über Militärbischof Erzbischof Dr. Johannes Dyba, das an Lourdes und Rom erinnert und Grundlage einer Gebetsgemeinschaft ist, sowie eine Flasche köstlichen Rebensafts waren weitere Geschenke, die – so der GKS-Vorsitzende, OTL Jürgen Werner – „die Lebensgeister weiter beflügeln und wachhalten“ mögen. „Alles Gute und Gottes Segen für Ihre weitere Zukunft, StOPfr Michael Hennen!“

Wehrbereichsdekan Prälat Rainer Schadt kündigte bei dieser Gelegenheit an, dass der Nachfolger, MilPfr Albert Forst, den Diest als Standortpfarrer am 1. Februar 2000 übernimmt.

(Hans-Philipp Mertens)

OTL Dipl.-Ing. Jürgen Werner (i.) dankt StOPfr Michael Hennen, für seine Verdienste als geistlicher Beirat des GKS-Kreises Aachen, Geilenkirchen und Eschweiler. Rechts im Bild HG UA d.R. Hans-Philipp Mertens, der zusammen mit Pfarrer Hennen in Bonn Theologie studierte.

(Foto: M. Mertens)

„Unser Glaube“ und „Gefahren für Körper und Seele“

Zur Familienwerkwoche der GKS im Wehrbereich III vom 3. bis 10. Oktober 1999 begrüßte Stabsfeldwebel Johann-A. Schacherl (Vorsitzender der GKS im WB III) am Abend des 3. Oktober 1999 insgesamt 10 Familien und Prälat Johann Grabmeier aus Regensburg.

Da die Katholischen Militärgeistlichen im Wehrbereich III alle dienstlich verhindert waren, begleitete der ehemalige Regensburger Domvikar die Werkwoche. Zu Beginn trug er zum Thema „Wunder im Glauben“ konkretisiert am Beispiel „Lourdes“ vor. Anschaulich erklärte er die Verfahrensweise, die in der Katholischen Kirche zur Prüfung angewandt wird, wenn Gläubige der Auffassung sind, dass sich ein Wunder ereignet habe. Er berichtete, dass es nach erfolgter positiver Prüfung der Kirche den Gläubigen freigestellt ist, an ein solches Wunder zu glauben. Keinesfalls handele es sich um ein Dogma, welches die Katholiken bindet. Am Beispiel von Medjugorje in Bosnien-Herzegowina zeigte er, wie intensiv und lange die Kirche solche Erscheinungen prüft, bevor sie entscheidet. So ist auch in diesem Fall noch keine offizielle Meinung bekannt gegeben worden.

Im zweiten Teil der Woche referierte Prälat Grabmeier zur Zukunft der Kirche im Jahr 2000 und darüber hinaus. Dabei ging er mehrfach erklärend auf die „geheime“ Offenbarung des hl. Johannes ein, die zwar auf die Apokalypse eingeht, aber keine Voraussage der Ereignisse im Sinne der Theorien des Nostradamus ist.

Damit sich die Eltern jüngerer Teilnehmer keine Sorgen um das Wohl ihrer Jüngsten machen mussten, hatten Uta Heinen und Petra Köhler während der Arbeitszeiten der Erwachsenen die Betreuung der Kinder übernommen.

Peter Schmidtke, Ernährungsberater mit Spezialgebiet „Diabetes“, trug zur Wochenmitte zu allen Problemen seines Faches vor. Auch wenn er vor einem nicht betroffenen Zuhörerkreis referierte, konnten alle aus seinen Gedanken zur gesunden Ernährung mit den Unterthemen



WB-Vorsitzender Schacherl dankt dem Regensburger Domvikar Prälat Johann Grabmeier für die Impulse bei der Familienwerkwoche

„Diabetes“ und „Cholesterin“ lernen. Ein kleiner Höhepunkt waren vor Ort durchgeführte Messungen des Blutzucker- und Cholesterinwertes – natürlich auf freiwilliger Basis.

Ging es bis dahin um Gefahren für den Körper, so folgte Ende der Woche ein Referat über Gefahren für die Seele. Diplom-Kaufmann Johann Bauer berichtete über Gefahren aus dem Internet. Die persönliche Betroffenheit der Teilnehmer war schnell hergestellt, als er die ersten Folien auslegte.

In seiner Einführung betonte Herr Bauer, dass er das Internet keinesfalls verdamme. 90%, vermutlich sogar 95% des Internetangebotes seien seriös und oft sehr hilfreich, weil ein gepflegtes Informationsangebot des Internets nicht an Aktualität zu überbieten ist. Anschließend wies er im Vortrag präzise auf die Gefahren hin, die das Internetangebot leider auch beinhaltet. Da das Internet nicht kontrollierbar ist, muss man sich mit diesen Gefahren, insbesondere mit gewaltverherrlichenden, extremistischen, pornographischen oder blasphemischen Inhalten auseinander setzen, um sie zu kennen und angemessen reagieren zu können.

Besonders in Haushalten mit Kindern oder Jugendlichen in der Pubertät kann der unkontrollierte Zugang dieser Gruppen zum Internet zu Entwicklungen führen, die ab einer bestimmten Schwelle nicht mehr rückgängig zu machen sind. So berichtete Bauer von zwei Jugendli-

chen in Deutschland, die sich sehr lange ungehindert mit gewaltverherrlichenden „Spielen“ im Internet beschäftigt hatten. Sie fassten den Entschluss, die erlebte so genannte „virtuelle Realität“, in die sie ja – im Gegensatz z.B. zum passiven Videokonsum – aktiv eingreifen mussten, in die Wirklichkeit umzusetzen, um zu sehen, ob es auch funktioniere: Sie schossen aus dem fahrenden Auto mit einer Handfeuerwaffe auf ein anderes Auto und verletzten dessen Insassen. Natürlich ist dieser Einzelfall nicht allgemein zu setzen, aber der ständige Konsum äußerst negativer Sequenzen aus dem Internet, gleich welcher Art, lässt eine „Normalität“ entstehen, die mit der Wirklichkeit nichts mehr zu tun hat und besonders bei Jugendlichen zu seelischen Schäden führen kann. Moralische Wertmaßstäbe unserer Gesellschaft können ausgeschaltet werden.

Neben eingeschränkten technischen Möglichkeiten zur Verhinderung eines unkontrollierten Zugangs zum Internet, appellierte der Referent an die ganz besondere Verantwortung der Eltern, ihrer besonderen Pflicht nachzukommen und ihre Kinder vor diesen Gefahren zu schützen. Die Teilnehmer hatten die Möglichkeit an einem PC die genannten Gefahren in der Praxis zu „erfahren“.

Die Familienwerkwoche endete mit einem Familiengottesdienst. Stabsfeldwebel Schacherl, erhielt als Dank für die Durchführung der Familienwerkwoche am Ende des Gottesdienstes ein kleines Geschenk von allen Teilnehmer.

Der Vorstand der GKS im Wehrbereich III, der bereits jetzt mit den Planungen der Familienwerkwoche Anfang Oktober 2000 beschäftigt ist, empfiehlt den Familien im Wehrbereich III, sich nach Eintreffen der Einladungen schnell anzumelden, weil auch im Jahr 2000 die Plätze begrenzt sind.

(Christa Schacherl)

WB III – GKS-KREIS MECHERNICH:

„Der Engel des Herrn brachte Maria die Botschaft“

Zu einem interessanten, erholsamen und gut organisierten GKS-Familienwochenende kamen im Kloster Maria Engelport im Flaumbachtal in der Nähe von Treis-Karden an der Mosel 22 Erwachsene und 15 Kinder im Alter von 3 bis 18 Jahren zusammen. Die Familien kamen aus dem Standorten Cochem, Darmstadt, Daun und Frankfurt im Wehrbereich IV und Mechernich im Wehrbereich III, um in dem bekannten Kloster der „Oblaten der makellosen Jungfrau Maria (OMI)“ Erholung vom Alltagsstress und geistige Auffrischung für die kommende Zeit zu finden.

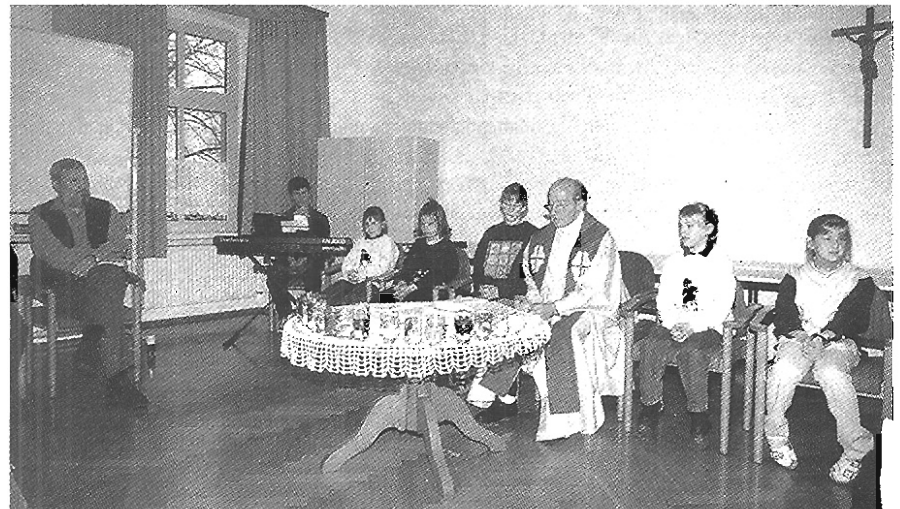
Nach einem gemütlichen Abend in der Kellerklausur stand am Samstagvormittag zunächst eine Wanderung für die Erwachsenen auf dem „Eselspfad“ in Richtung Brüttig-Fankel auf dem Programm. Bei Dauerregen und kühlen Temperaturen kam da ein Glühwein an einer Schutzhütte im Wald auf der Hälfte des Weges sehr gelegen. Die Kinder fertigten derweil Fensterbilder und bereiteten einen Familiengottesdienst vor. Der Nachmittag begann mit einem gemeinsamen Besuch des Mosel-Erlebnissbades in Cochem, wo sehr zur Freude der Kinder auch der Heilige Nikolaus einen kurzen Besuch abstattete. Mit gemeinsamen Singen von weihnachtlichen Liedern, einem Referat von Oberfähnrich Andreas Geisbüsch über die Strukturen, Aufgaben, Gliederungen und Ziele der GKS und einem DLA-Vor-

trag über die Soldatenwallfahrt nach Lourdes wurde dieser Tag abgerundet.

Der Sonntag begann mit einem Familiengottesdienst, der vom Superior der Engelporter Oblaten, Pater Vitus, zelebriert wurde. Musikalisch gestaltet von Sebastian Völkel an der Orgel und untermalt mit einem eindrucksvollen vorweihnachtlichen Rollenspiel der Kinder ging Pater Vitus in seiner Predigt besonders auf das Kapitel des Lukas-Evangelium zur Verheißung der Geburt Jesu ein und verband diesen Text eindrucksvoll mit dem Gebet des Angelus: „Der Engel des Herrn brachte Maria die Botschaft ...“.

Die Kollekte dieses Gottesdien-

stes in Höhe von 121 Mark und ein Teil der den Familien zustehenden Fahrtkosten wurde der Soldaten-tumorhilfe beim Bundeswehrzentral-krankenhaus Koblenz, ein weiterer Teil der Fahrtkosten dem Förderkreis der GKS zur Verfügung gestellt. Die Organisation inklusive Kinderbetreuung dieses wehrbereichsübergreifenden Familienwochenendes der GKS wurde ausgezeichnet von Hauptmann Matthias Völkel und seiner Familie übernommen. Auch den Engelporter Oblaten galt der Dank der GKS-Familien für eine außerordentlich gute Betreuung, Unterbringung und Verpflegung, aber auch für viele und gute Gespräche während dieser Veranstaltung. (Wilfried Puh)



Der Superior des Oblatenklosters Maria Engelporten, Pater Vitus, feierte unter starker Beteiligung der Kinder und Jugendlichen einen wohltuend besinnlichen Familiengottesdienst

WB IV – GKS-KREIS BAD NEUENAH- AHRWEILER:

Oktoberfest

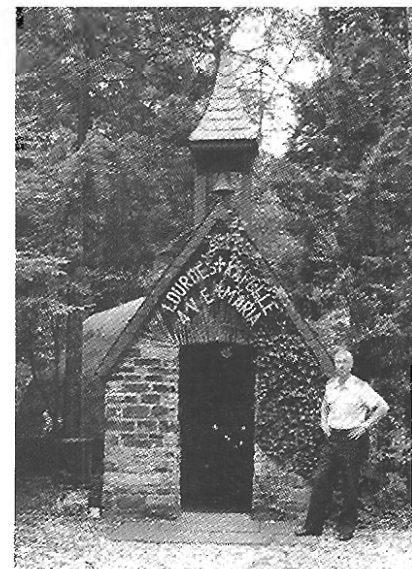
Die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) feierte im Bachemer Tal ihr traditionelles Oktoberfest. Dazu hatten sich viele aktive und ehemalige Soldaten mit ihren Familien eingefunden. Gemeinsam wanderte man vom Treffpunkt Pius-Kirche zur Lourdes-Kapelle (Foto). Hier wurde Gottesdienst gefeiert, zelebriert durch Dekan Molzberger und musikalisch unterstützt von Kindern und Eltern.

Im nahegelegenen Sängerkloster stand dann eine deftige bayrische Brotzeit bereit. Die Kinder konnten sich beim Volleyball mit überdimensionalen Luftballons, Dosenwurf und Fußballspiel austoben. Das Wetter

lud zum Spaziergang im Grünen mit vielen Gesprächen ein. Ein reichhaltiges Kuchenbuffet (viele „GKS“-Frauen hatten vorzüglich gebacken) wurde mit Appetit „gestürmt“. Der Höhepunkt des Nachmittags aber war der Dreh mit dem Glücksrad. Erwin Bäuml meisterte mit seinem bayrischem Humor und Stehvermögen den Ansturm der kleinen wie „großen“ Kindern und verteilte viele von hiesigen Banken bereitgestellte Gewinne.

Die Wanderung zurück zur Pius-Kirche beschloss einen ereignisreichen Tag mit vielen Höhepunkten.

(Michael Wilke)



WB IV – GKS-KREIS BAD NEUENHR-AHRWEILER:

Advents- und Nikolausfeier

Rund 60 Mitglieder und Freunde der GKS aus Bad Neuenahr-Ahrweiler folgten am 11. Dezember der Einladung zu einem besinnlichem Advents- und Nikolausfeier zum festlich geschmückten Weinhaus Schäfer nach Ahrweiler.

Nach einem kurzem Jahresrückblick, vorgetragen durch den Vorsitzenden der GKS, wurde die Adventsfeier mit einer religiösen Besinnung durch den Dekan Molzberger, eingeleitet. Die Zeit flieht, oder besser gesagt verfliegt. Der Umstand der rasend dahingehenden, fliehenden Zeit wird uns oft besonders zum Jahresende in der vorweihnachtlichen Zeit bewusst. Gemeinsam versuchten die GKS'ler die Zeit für einige Stunden anzuhalten, um

Atem zu holen und sich in Ruhe und Besinnung mit festlicher Musik unter Leitung von Frau Müller aus Gelsdorf auf die Advents- und Weihnachtszeit einzustimmen.

Für Kaffee und Kuchen war bestens gesorgt. Eine Gruppe von Kindern spielte, auf Flöten und Akkordeon Weihnachtslieder, die zum Mitsingen anregten. Eine spannende Weihnachtsgeschichte, vorgetragen von Josef Müller, versetzte nicht nur die Kleinen ins Staunen. Auch der Nikolaus war gekommen und hatte für die Kinder tolle Überraschungen mitgebracht. Sehr erfreut war der Nikolaus, als er aus zahlreichen Kinderkehlen, Weihnachtsgedichte und Lieder hören konnte. Eine gelungene Advents- und Nikolausfeier der GKS. (Hans-Joachim Oster)

WB VI – GKS-KREIS INGOLSTADT: 1. INGOLSTÄDTER KATHOLIKENTAG

Zeiten(w)ende – Miteinander in die Zukunft

Der liebe Gott hat seine schützende Hand über die Ingolstädter Katholiken gehalten. Während aus den umliegenden Städten am 9. und 10. Oktober 1999 Regenfälle vermeldet wurden, hielten die tiefhängenden Wolken über Ingolstadt ihre Schleusen dicht.

Am Samstag wurde die Fußgängerzone Ingolstadts zu einer riesigen Stätte der Begegnung. Alle 18 Ingolstädter Pfarreien konnten sich in interessanten Programmpunkten auf dem Paradeplatz vor- und darstellen. In der Hauptstraße der Fußgängerzone, der Ludwigstraße, die als Kirchenmeile deklariert wurde, stellten sich über 40 Organisationen der katholischen Kirche vor. Zwischen Caritas, KAB, Kolping und vielen anderen Verbänden und Einrichtungen waren auch GKS und Militärseelsorge

mit einem Stand, geschmückt mit der Fahne der GKS, vertreten (Fotos l.). Neben einer Ausstellung auf Stellwänden mit Fotos, die Ingolstädter Soldaten bei ihren vielfältigen Aktivitäten zeigten, fanden das Informationsmaterial über die „Kirche unter Soldaten“ und Gesangbücher der Militärseelsorge reißenden Absatz.

Das Motto des Katholikentages, „MITEINANDER REDEN, BETEN, SINGEN, FEIERN UND SPIELEN – EINFACH GEMEINSCHAFT ERFAHREN“ war überall spürbar. Auch der Stand der GKS / Militärseelsorge war sehr stark frequentiert. So konnte man neben Bischof Dr. Walter Mixa von Eichstätt und dem Oberbürgermeister der Stadt Ingolstadt Peter Schnell zahlreiche kirchliche und weltliche Würdenträger am Stand begrüßen. Die Standbetreiber, angeführt von Militärfarrer Hans Meyer, dem GKS-Vorsitzenden Norbert Rödl und dem Pfarrgemeinderatsvorsitzenden Alois Forster, konnten das Anliegen der Militärseelsorge mit überzeugender Begeisterung an die Öffentlichkeit tragen. Dabei wurden interessante, überwiegend positive Stimmen dazu laut. Die verschwindend geringe Anzahl von kritischen Äußerungen konnte das überaus positive Ergebnis der Darstellung nicht schmälern. Beim abschließenden Festgottesdienst (Foto u.r.) aller Ingolstädter Pfarreien am Sonntag mit Bischof Dr. Walter Mixa war auch Militärfarrer Hans Meyer unter den Zelebranten. Unter den rund 5.000 Gottesdienstbesuchern waren auch wieder die Uniformen Ingolstädter Soldaten zu sehen. Da diese Art der Darstellung für die GKS / kath. Militärseelsorge ein Erfolg war, wurden schon Pläne für eine Fortsetzung geschmiedet. So wird man sich bei der 40-Jahr-Feier der

Garnisonskirche St. Augustin und auch bei einer angedachten Neuauflage des Katholikentages wieder beteiligen. Insgesamt ist festzustellen, dass die Kirche auch bei den Soldaten lebt!

(Helmut Häckl)



GENERALVERSAMMLUNG DES APOSTOLAT MILITAIRE INTERNATIONAL (AMI)

Laienarbeit in den Streitkräften – Der katholische Soldat im Jahr 2000

JÜRGEN BRINGMANN

Die Generalversammlung des internationalen Dachverbandes der katholischen Soldatenverbände aus mehr als 30 Ländern und vier Kontinenten, Apostolat Militaire International (AMI), tagte vom 18. bis 24. September 1999 in Reichenau/Rax in Österreich. An der diesjährigen Generalversammlung nahmen Vertreter aus 13 Staaten (Österreich, Belgien, Kolumbien, Frankreich, Deutschland, Italien, Südkorea, Niederlande, Philippinen, Portugal, Spanien, Schweiz, Vereinigtes Königreich) sowie ein Vertreter der Militärbischöfe der südamerikanischen Bischofskonferenz CELAM (Conferencia Episcopal Latinoamericana) / SEPCAS (Secretariado de Pastoral Castrense) teil. Südkorea war erstmalig vertreten. Anwesend waren neben dem österreichischen auch der spanische und der englische Militärbischof.

Die deutsche Delegation bestand aus dem Bundesvorsitzenden der GKS, Oberst Dipl.-Ing. Karl-Jürgen Klein, dem Vorsitzenden des Internationalen Sachausschusses der GKS, Oberstleutnant i.G. Reinhard Kloß, und dem Geistlichen Beirat der GKS, Militärdekan Prälat Walter Theis. Der deutsche Beitrag zum Thema „Der katholische Soldat 2000“ (s. dazu AUFTRAG Nr. 235, S. 98 ff.) wird weitgehend die Basis für die Erklärung des AMI in Rom im Jahre 2000 sein.

Inhaltlich wurden zwei Themenbereiche bearbeitet:

- „Realisierung des Dekrets des II. Vatikanischen Konzils über das Laienapostolat (APOSTOLICAM ACTUOSITATEM) in den Streitkräften – Aufgaben des AMI in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft“
- „Der katholische Soldat im Jahr 2000: Selbstverständnis – Selbstdarstellung – Akzeptanz in der Gesellschaft“.

Turnusgemäß fanden Neuwahlen zum Exekutivkomitee statt, das aus dem Präsidium, dem Generalsekretariat und dem Geistlichen Beirat besteht. Zum Präsidenten wurde der österreichische General Ernest König gewählt, zu seinen Stellvertretern Brigadier Dr. Kurt Landl und Vizeleutnant Leopold Ganster. Das Generalsekretariat, bestehend aus Oberst a.D. Jürgen Bringmann, Oberst a.D. Franz Thiele und Oberstleutnant i. G. Ralf Wittkamp (alle aus Deutschland), wurde in seinem Amt für weitere drei Jahre bestätigt. Geistlicher Beirat bleibt der Spanier Prof. Dr. Luis Martínez Fernández.

Die Generalversammlung unterstrich die Bedeutung des Laienapostolats in den Streitkräften. Das AMI ist von der Wichtigkeit organisierter Laienarbeit in den Streitkräften überzeugt und fordert und unterstützt sowohl die Bildung von freien Gemeinschaften katholischer Soldaten als auch von kirchlichen Gremien, wie z. B. Pastoralräten, in seinen Mitgliedsländern.

Der zweite Themenbereich, „Der katholische Soldat im Jahr 2000“, zu dem General Ernest König den

Grundsatzvortrag hielt, wird in eine Erklärung des AMI einmünden, die anlässlich der nächsten Generalversammlung im November 2000 in Rom verabschiedet werden soll. Sie wird vor dem Hintergrund der veränderten politischen und militärpolitischen Lage sowie der neuen Aufträge für die Streitkräfte Aussagen zum Selbstverständnis des katholischen Soldaten machen sowie seine Möglichkeiten aufzeigen, dieses Selbstverständnis in Öffentlichkeit und Kirche zu verdeutlichen.

AMI-Apostolat und gemeinsame Laienarbeit in den Streitkräften

Im Bericht zur Lage machte der Generalsekretär des AMI, Oberst a.D. Jürgen Bringmann, u.a. folgende Anmerkungen: Das AMI fordert durch seine Arbeit weltweit gegenseitige Kenntnis und Information und damit Integration und Solidarität. Es trägt durch die regelmäßigen Treffen von Delegationen unterschiedlichster Länder zur Vertrauensbildung und zur Schaffung eines Netzes persönlicher Beziehungen bei, welches die Arbeit katholischer Soldaten in den

Streitkräften ihrer Länder und international erleichtert und fördert. In allen diesen Bereichen haben unsere Erfahrungen und unser Einfluss in den vergangenen 34 Jahren zugenommen. Weil diese Auffassungen und Aufgaben des AMI bekannt und akzeptiert werden, treten zunehmend mehr Länder dem AMI bei.

Die Kraft des AMI liegt in dem, was es vertritt, und in denen, die es vertreten. Erstes Ziel des AMI muss es daher sein, weitere Länder aufzunehmen und mit den Beobachtern und gelegentlichen Teilnehmern den Kontakt derart zu vertiefen, dass sie Vollmitglieder werden. Im Prinzip sollten alle Länder Mitglied des AMI sein, in denen eine organisierte katholische Militärseelsorge existiert. Und jedes Mitgliedsland sollte in seinem Bereich eine eigene Organisation des Laienapostolats in den Streitkräften aufbauen, immer natürlich in Zusammenarbeit mit der Militärseelsorge. Dabei sollte das AMI einen Querschnitt aus allen Dienstgrad- und Altersgruppen innerhalb der Streitkräfte des jeweiligen Landes darstellen.

Das Ziel einer Verankerung der Laienarbeit in den Streitkräften aller Mitgliedsländer liegt auch dem ersten Thema unserer Konferenz zu Grunde: „Realisierung des Dekretes des II. Vatikanischen Konzils über das Laienapostolat („Apostolicam actuositatem“) in den Streitkräften – Aufgaben des AMI in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft“. Hierzu sollten die Jahresberichte über die Aktivitäten der einzelnen Länder Hilfen und Anregungen geben. Genauso wichtig aber war für dieses Thema das Gespräch der Delegationen untereinander.

Besonders wichtig ist uns die Teilnahme der Militärbischöfe an den Konferenzen des AMI. Wir sind deshalb auch für die Anwesenheit der Militärbischöfe aus Spanien, Großbritannien und natürlich von Österreich besonders dankbar, ebenso wie für die Teilnahme des Vertreters der Südamerikanischen Bischofskonferenz, die die Militär-

bischöfe Lateinamerikas repräsentiert.

Zur Arbeit des AMI bis heute und in der Zukunft

- Das Informationsblatt „AMI TO ...“ wurde geschaffen, um auch zwischen den Konferenzen die Verbindung der Mitgliedsländer untereinander und zum Exekutivkomitee zu halten und zu intensivieren. In diesem Jahr erschienen zwei Ausgaben; die erste im April 1999 zusammen mit dem Protokoll von Blankenberge und mit Beiträgen zu unserem Thema „Der katholische Soldat im Jahr 2000“ und die zweite mit den Informationen zu dieser Generalversammlung. Leider sind dem Generalsekretariat keine Informationen aus den Mitgliedsländern zugegangen, die in AMI TO ... hätten veröffentlicht werden können.

Anlässlich der AMI-Konferenz 2000 wird das Generalsekretariat eine neue Jubiläumsbrochure herausbringen, die über das AMI informieren und dafür werben soll.

- Das AMI wird im Heiligen Jahr 2000 in Rom ein Zeichen für den Frieden setzen. Eine internationale Soldatenwallfahrt zum Heiligen Jahr 2000 findet vom 16. bis 22. November 2000 statt; Höhepunkt ist ein Gottesdienst mit dem Heiligen Vater am Sonntag, 19. November. Wir bitten alle AMI-Länder und -Freunde, sich an der Internationalen Soldatenwallfahrt der Militärseelsorge zu beteiligen. Aus Deutschland werden nach heutigem Stand 825 Soldaten teilnehmen, aus Österreich 200, aus Schweden, Belgien, Niederlande je etwa 40.
- Vorher wird in Rom vom 12. bis 16. November wie im Heiligen Jahr 1975 die AMI-Konferenz stattfinden. Neben den üblichen Themen einer Generalversammlung wollen wir anlässlich des Heiligen Jahres unsere Erklärung „Der katholische Soldat im Jahr 2000“ veröffentlichen, an deren Vorbereitung auch bei dieser Konferenz gearbeitet wird. Der italienische Militärbischof

hat seine Unterstützung für die Generalversammlung zugesagt. Die Teilnehmer an der AMI-Konferenz werden dann anschließend an den Wallfahrtsaktivitäten ihrer Länder teilnehmen.

- Die AMI-Konferenz 2001 ist vom 17. bis 23. September 2001 in Berlin vorgesehen; 2002 in Kenia und 2003 in der Slowakei.

AMI ist internationale Zusammenarbeit

Internationale Zusammenarbeit im Apostolat Militaire International (AMI), dem internationalen Zusammenschluss katholischer Soldaten aus vielen Ländern und vier Kontinenten, ist eine wichtige Arbeit im Dienste unserer Streitkräfte und unserer Kirche. Die Kirche, und auch die Militärseelsorge, ebenso wie der soldatische Dienst, sind keine nation-

alen Besitztümer und Eigentümlichkeiten. Unsere Kirche ist eine weltweite Kirche, katholische Militärseelsorge gibt es inzwischen in mehr als vierzig Staaten der Welt, soldatischer Dienst ist Dienst für die Sicherheit und Freiheit der Völker. Internationale Zusammenarbeit auf diesem Gebiet ist deshalb unerlässlich, ja für katholische Soldaten lebensnotwendig. Wir müssen uns dieser Verantwortung auch weiterhin stellen. Wir müssen für unsere Auffassungen vom soldatischen Dienst aus christlicher Sicht eintreten und sie verbreiten.

...

Ich bin sicher, dass das AMI mit so vielen Mitgliedern, Mitarbeitern, Freunden und Helfern seine wichtige Aufgabe in den Streitkräften der verschiedenen Länder, in unserer Kirche und in unserer Gesellschaft auch weiterhin mit Erfolg erfüllen kann.

BEITRAG DES INTERNATIONALEN SACHAUSSCHUSSES DER GKS ZUR AMI-TAGUNG Realisierung des Dekrets des II. Vatikanischen Konzils über das Laienapostolat (APOSTOLICAM ACTUOSITATEM) in den Streitkräften — in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft

Die Thematik des Laienapostolats ist nicht neu und hat auch nicht erst mit dem II. Vatikanischen Konzil Einzug in die Streitkräfte gefunden. Das Laienapostolat findet seinen Ursprung in der christlichen Berufung eines jeden Christen. Bereits in der Frühzeit der Kirche war die Ausübung eines solchen gegeben, sehr fruchtbar und spontan. Die heutige Zeit mit ihren neuen Herausforderungen, wie dem Anwachsen der Menschheit, neuen technologischen Entwicklungen, Entfremdung der Menschen untereinander und dem Priestermangel erfordert keinen geringeren Einsatz.

Das II. Vatikanische Konzil hat sich folgerichtig dieser Problematik angenommen und deren Ziele und Aufgabenfelder detailliert aufgezeigt. Deutlich wird darauf hingewiesen, dass den Laien nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht zum Apostolat zukommt.

Ausgehend vom Erlösungswerk Christi, das auf das Heil der Menschen zielt, obliegt es auch den Laien, die zeitliche Ordnung mit dem Geist des Evangeliums zu durchdrin-

gen und zu vervollkommen.

Insbesondere in einer Zeit, in der sich ständig neue Fragen ergeben und Irrtümer verbreitet werden, die die sittliche Ordnung angreifen und die menschliche Gesellschaft zum Negativen verändern wollen, ist jeder nach seiner Begabung und Bildung gefordert, seinen Beitrag zur Verteidigung christlicher Grundsätze und zum Aufbau der zeitlichen Ordnung zu leisten.

In sämtlichen Bereichen, die die zeitliche Ordnung beeinflussen und bestimmen, der Familie, der Kultur, der Wirtschaft, der Kunst, des beruflichen Schaffens, politischer Einrichtungen, internationaler Zusammenarbeit und vieler anderer mehr ergeben sich Betätigungsfelder, die ganz spezifisch auch auf unsere Berufsgruppe als Soldaten ausgerichtet sind und die ein aktives Handeln erfordern.

So definiert das II. Vatikanische Konzil unter anderen folgende für uns relevante Arbeitsfelder:

- die Jugend, die in ihrem Erwachsenwerden und im Hineinwachsen in die Verantwortung zu un-

- unterstützen ist;
- das soziale Milieu (Beruf, Wohnstätte, Freizeit), um Mentalität, Sitte, Gesetz und Strukturen der Gemeinschaft im Geiste Christi zu gestalten;
- den Bereich internationaler Zusammenarbeit, um in der gemeinsamen Arbeit voneinander zu lernen.

Über das Wie, die Formen des Apostolates, sagt das Konzil, dass die Laien zur Erreichung der vorgegebenen Ziele als Einzelperson agieren können, sich aber auch zu verschiedenen Gemeinschaften und Vereinigungen zusammenschließen können.

Ausgehend von diesen Rahmenbedingungen hat sich das Laienapostolat in den deutschen Streitkräften ständig weiterentwickelt und steht heute auf drei Beinen:

1. Dem Apostolat des einzelnen katholischen Soldaten, der sich für das Erreichen der o.a. Ziele einsetzt und mit seiner Lebensweise und seinem Verhalten ein Beispiel gibt. Detailliert und ausführlich wird dieser Themenbereich im Übrigen im ersten Tagungsthema, „Der katholische Soldat im Jahr 2000“ behandelt.
2. Den Pfarrgemeinderäten, die aufgrund ihrer Organisationsstruktur ihren Aufgabenschwerpunkt hauptsächlich nach innen, d.h. innerhalb der Gemeinde gerichtet sehen, und
3. Der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS), die eine relative Autonomie und Eigenverantwortung besitzt und sich zum Ziele gesetzt hat, Streitkräfte, Gesellschaft und Politik mitzugestalten.

Die Pfarrgemeinderäte bilden den ersten Pfeiler der organisierten Laienarbeit in der katholischen Militärseelsorge. Sie bestehen derzeit aus gewählten, amtlichen und berufenen Mitgliedern. Dieser Personenkreis muss sich innerhalb der Jurisdiktion des katholischen Militärbischofs und innerhalb des jeweiligen Standorts befinden. Die Pfarrgemeinderäte sind dem Militärpfarrer zugeordnet und der Gemeinde verpflichtet. Ihre Hauptaufgaben bestehen darin:

- den Militärpfarrer in seinem Amt zu unterstützen,

- Bewusstsein für die Mitverantwortung im Seelsorgebezirk zu wecken und die Minderheit zu aktivieren,
- Gläubige für Dienste der Glaubensunterweisung zu gewinnen und zu befähigen,
- Anregungen und Vorschläge für die Gestaltung des Gottesdienstes einzubringen,
- den diakonischen Dienst im karitativen und sozialen Bereich zu fördern,
- Anliegen des Seelsorgebezirkes in der Gemeinde/Standort zu vertreten,
- Dialog mit anderen Gruppen der Gemeinde zu führen,
- Kontakte zu Fernstehenden zu suchen,
- über Probleme und Arbeiten im Seelsorgebezirk zu informieren,
- Vertreter für die Gremien der mittleren Ebene zu wählen.

So bestimmt jeder Pfarrgemeinderat einen Vertreter für die Arbeitskonferenz beim katholischen Wehrbereichsdekan, der unter anderen auch je ein Vertreter der örtlichen GKS-Kreise angehört, deren Funktion und Aufgabengebiet im Folgenden noch näher beschrieben wird. Die Aufgabe dieser Arbeitskonferenz besteht in der Wahl der Vertreter des Wehrbereiches für die Zentrale Versammlung, das höchste Gremium der katholischen Laien innerhalb der Militärseelsorge, dem Mitglieder aus dem Bereich der Räte und der Verbände angehören. Im weiteren ist die Arbeitskonferenz zuständig für die Beratung der Wehrbereichsdekane, Förderung des Laienapostolates und der Kontaktfindung zum zivilen Umfeld. Bereits in der gemeinsamen Beschickung übergeordneter Arbeitskonferenzen und Versammlungen wird das engmaschige Netz deutlich, in dem die beschriebenen Räte und der Verband GKS, der den zweiten Pfeiler der organisierten Laienarbeit darstellt, verbunden sind.

In ihrer regionalen Organisationsstruktur ist die GKS, wie auch die Pfarrgemeinderäte, an die militärische Struktur der Wehrbereiche angegliedert. Sie basiert auf GKS-Kreisen, die sich im Bereich eines Standortpfarrers bilden, der gleichzeitig als Geistlicher Beirat fungiert. Sie entsenden ihre Delegierten zur

Wehrbereichskonferenz der GKS und auch zu deren Bundeskonferenz.

Wehrbereichs- und Bundeskonferenz sind in der hierarchischen Ordnung auf den gleichen Ebenen angesiedelt, wie die bereits für die Organisation der Räte, des ersten Pfeilers, beschriebenen Arbeitskonferenzen beim Wehrbereichsdekan und die Zentrale Versammlung.

Da alle genannten Gremien in der Regel in gemeinsamer zeitlicher Abfolge und am gleichen Ort tagen, können Ziele festgelegt und ein gemeinsames Vorgehen optimal aufeinander abgestimmt werden.

Im Gegensatz zu den Pfarrgemeinderäten ist die Mitgliedschaft bei der GKS eine persönliche Entscheidung katholischer Soldaten, Reservisten, Ehemaliger, Zivilbediensteter, Familienangehöriger und Witwen von Soldaten.

Ihre Aufgabe sieht die GKS darin,

- Kirche unter Soldaten zu verwirklichen,
- in Familie, Beruf und Gesellschaft als katholische Christen zu leben und zu wirken,
- durch persönliche Begegnung und Veranstaltungen zur Gemeinschaftsbildung beizutragen,
- sich um ökumenische Zusammenarbeit zu bemühen,
- Kooperation im nationalen und internationalen Bereich anzustreben und
- für den Auftrag des Soldaten „als Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker“ und „zur Festigung des Friedens“, wie in Gaudium et spes beschrieben, einzutreten.

Somit wird deutlich, dass trotz der Unterschiedlichkeit der Aufgaben Überschneidungen zwischen Räten und Verbänden, dem ersten und zweiten Pfeiler der Laienarbeit, unvermeidlich, aber auch sinnvoll und gewollt sind. Beide Gremien sind aufgefordert, an der Meinungsbildung der Öffentlichkeit aktiv teilzunehmen. Dabei kann die GKS publizistisch freier agieren als die Räte, die stets auf die Zustimmung der Amtskirche, also des Militärbischofsamtes angewiesen sind.

Die Zentrale Versammlung (ZV) als oberstes gemeinsames Organ der Laienarbeit weiß durch Räte und Verbände die Wirkung der Kir-

che nach innen und außen erheblich gestärkt und fordert deshalb auch die Militärgeistlichen dazu auf, beide Gremien zu nutzen und in ihrer Arbeit zu unterstützen. Diese, von der ZV geforderte Unterstützung ist für ein wirkungsvolles Arbeiten sowohl von Seiten der Militärgeistlichkeit als auch von Seiten der militärischen Führung erforderlich.

Für die gegenwärtige Situation in den deutschen Streitkräften lässt sich sagen, dass die angesprochenen Laienorganisationen aus kirchlichem und militärischem Bereich die für ihre Arbeit notwendige Unterstützung erfahren.

Das größere Problem der Gegenwart und die weitaus größere Gefahr für die Zukunft liegen heute im Zeitgeist und der daraus resultierenden Problematik, geeignete, jun-

ge und engagierte Mitstreiter zu gewinnen, die den eingeschlagenen und bis heute erfolgreichen Weg weiter verfolgen und forcieren. Für die Zukunft muss es deshalb die Aufgabe aller und gemeinsames Ziel sein, im Handeln und Wirken so überzeugend aufzutreten, dass diesem Nachwuchsproblem erfolgreich begegnet werden kann.

Im Organisationsbereich der Räte wird man auch aufgrund dieser Problematik zukünftig neue Wege gehen und die Pfarrgemeinderäte in der beschriebenen Form auflösen. Die Mitarbeit in dieser Laienorganisation ist dann nicht mehr allein an die Taufe, Firmung oder Zugehörigkeit zur Kirche gebunden. Es sollen Mitarbeiterkreise entstehen, deren Mitglieder dadurch rekrutiert werden, dass sie aufgrund der Initiative des Militärgeistlichen oder aufgrund eigener In-

itiative ihre Bereitschaft zur ehrenamtlichen Mitarbeit erklärt haben. Aus diesen neuen Mitarbeiterkreisen sollen dann Vertreter in einen neu zu schaffenden Seelsorgebezirksrat gewählt werden, die jedoch aufgrund ihrer Aufgaben jetzt dem Jurisdiktionsbereich des Katholischen Militärbischofs angehören müssen.

Ob dies eine tragfähige Lösung sein wird, um zukünftigen Herausforderungen zu begegnen, wird sich erst in den folgenden Jahren erweisen. Wichtig bleibt jedoch für Räte und den Verband GKS, nicht auf einem Status quo zu verharren. Sie müssen sich beide den Herausforderungen der Zukunft stellen und auch den Versuch wagen, mit bisher nicht praktizierten, möglicherweise unorthodoxen Lösungsansätzen diese zu meistern. □

Gedanken eines Außenseiters, der auf dem Weg zum AMI ist und in Reichenau dabei war

Zum Abschluss der Konferenz erklärte der neu gewählte Präsident des AMI, General Ernest König, Kommandeur der Landesverteidigungsakademie in Wien und Präsident der AKS Österreichs:

Ich habe nicht die Absicht, in diesem Augenblick irgendwelche Ratschläge zu geben; aber ich bitte Sie, einige Gedanken mit mir zu teilen. Es geht dabei um die Ziele und Aufgaben des AMI, um die derzeitige Situation, um Maßnahmen, die sinnvoll sein mögen, und um meine Vermutungen, was ein Präsident des AMI tun und was er sein sollte.

Zu den Aufgaben: Ich denke, die Hauptaufgabe ist es, den Horizont von militärischen Organisationen zu erweitern; der globale Aspekt unserer Organisation kann hierzu wesentlich beitragen. Deswegen sollte auch die Zahl der Mitglieder des AMI nicht begrenzt werden; wir sind kein exklusiver Club. Dies wurde, wenn ich mich recht erinnere, von Kardinal Casaroli erklärt, als das AMI vom Vatikan als Internationale Katholische Organisation anerkannt wurde. Lassen Sie mich ein Beispiel nennen: Im Osten von uns gibt es viele Staaten und Gesellschaften, die mehr als 70 Jahre mit dem dialektischen Materialismus leben mussten. Das war ihre Religion; sonst gab es nichts. Nun gibt es dort ein Loch, doch glaube ich, der „Boden“ ist gut,

vielleicht sogar besser als in unseren Ländern. Ich denke, wir sind verpflichtet, sie einzuschließen. Deshalb bin ich besonders glücklich, dass wir eine AMI-Konferenz in der Slowakei haben werden, in nicht allzu langer Zeit. Unsere letzte wichtige Aufgabe ist das Fördern gegenseitigen Verständnisses.

Damit komme ich zur **derzeitigen Situation**. Die Faszination des AMI ist es, dass unterschiedliche Kulturen einander hier und bei jeder anderen AMI-Aktivität treffen. Allein in diesem Raum sehe ich zumindest vier Kulturen. Jede von ihnen hat ihre Eigenheiten, keine von ihnen ist besser als die anderen, und sie alle können voneinander lernen.

Welche Maßnahmen mögen hilfreich sein? Ich meine, der wichtigste Schritt ist es, den besten Weg zu finden, um miteinander zu kommunizieren, uns gegenseitig zu informieren. In welcher Sprache können wir wirklich kommunizieren, gibt es andere Möglichkeiten? Wie beten wir? Gefällt uns das Programm, so wie es ist? Ist es zu lang, ist es zu kurz, ist es o.k.? Sollten wir einander nur informieren, oder sollten wir

nicht versuchen, in bestimmten Bereichen zumindest einen Minimalkonsens zu finden, zum Beispiel ein Bild des katholischen Soldaten, das weltweit akzeptiert wird? Dafür ist es nicht erforderlich, ein hochintellektuelles wissenschaftliches Papier oder Buch zu produzieren. Und es ist nicht erforderlich, dies alles sofort zu tun; aber zu einem bestimmten Zeitpunkt kann es hilfreich sein.

Damit lassen Sie mich versuchen, die **Rolle des Präsidenten** zu definieren. Ich denke, seine wichtigste Rolle ist die eines Moderators. Natürlich ist er auch der Repräsentant, aber wichtiger ist seine Rolle, die Verbindung zwischen dem AMI und den nationalen militärischen Organisationen zu halten, besonders mit neu hinzukommenden Ländern. Wie Kardinal König in seiner Einführungsrede sagte, sind Brücken notwendig zwischen den Priestern und den Laien, Männern wie Frauen; denn, wie er sagte, es gilt, einen gewissen Rollenwechsel in der Kirche wahrzunehmen. Und es geht natürlich auch um Brücken zu anderen Religionen.

Ich denke, der Präsident sollte ein positiver Verstärker sein; er sollte zu einem positiven Klima beitragen. Aber dennoch bleibt er auch ein Spiegel, ein Reflektor, und sein Verhalten muss in Harmonie mit dem „inneren Leben“ des AMI übereinstimmen. □



✠ **Hans-Hermann von Randow**, Oberstleutnant a.D., Komtur des Ritterordens vom Hl. Grabe zu Jerusalem, ist am 12. September 1999 im Alter von 81 Jahren vom Herrn des Lebens aus dieser Welt abberufen worden. Der Tod unseres Kameraden Hans-Hermann von Randow sollte Anlass sein, zu fragen, warum ein Mann, der den Krieg erlebt hatte, der für seine Tapferkeit ausgezeichnet und mehrfach verwundet wurde, wiederum 1956 Soldat wurde.

Der Krieg und sein fürchterliches Ende hatte in vielen von denen der „noch mal davongekommen“ waren, einen Denkprozess ausgelöst. Man hatte leibhaftig erfahren, wohin die Diktatur Hitlers geführt hatte: Ins Chaos und Elend. Aber ebenso wurde der Blick geschärft für Diktaturen, die den II. Weltkrieg überlebt hatten und in denen der Mensch nicht mehr als Geschöpf Gottes gesehen wird, sondern als „verfügbare“ Masse.

Die sich ab 1945 entwickelnde Demokratie, mit der Anerkennung der Menschenwürde, war da eine Hoffnung. Dieser galt es auch unter Einsatz des persönlichen Lebens zu dienen. Die seit 1956 andauernde „Friedenszeit“ in Deutschland wurde auch dadurch erreicht, dass sich Männer wie von Randow aus tiefer Überzeugung bereit fanden, u.a. die Freiheit zu verteidigen. Ein weiterer Gedanke war, dass man die europäischen Feindseligkeiten überwinden konnte, wenn man sich auf die christliche Friedensethik ausrichten würde.

Von Randow war bereits in den ersten Tagen seines Dienstes in der Bundeswehr bestrebt, mit Gleichgesinnten Verbindung aufzunehmen und eine gemeinsame Grundlage zu erarbeiten: Lourdes, Nordwijkerhout, Wien, Rom, Königstein und viele Orte gemeinsamer Tagungen sind Meilensteine.

Diese „Meilensteine“ versuchte von Randow als Mitbegründer des Königsteiner Offizierskreises – und später Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) – in der Laienarbeit umzusetzen. Dabei diente ihm auch

seine Position als ständiger Sekretär (seit 1965) bei Apostolat Militaire International (A.M.I.) und die Berichterstattertätigkeit beim 81. Deutschen Katholikentag (1966). Der Einfluss innerhalb der Bundeswehr wuchs über die Innere Führung bis zu den Gedanken, die sich im Apostolat Militaire International (A.M.I.) wieder finden. Letztlich finden wir diese Gedanken auch in den Dokumentationen „Wenn Soldaten Frieden sagen“. Sie gipfelten in dem Bekenntnis: Der Soldat betrachtet sich als „Diener der Sicherheit und Freiheit der Völker“ (vgl. Gaudium et spes, 79).

Im militärischen Bereich wurde über den Ausschuss „Friede und Weltgemeinschaft“ versucht, für diese Thematik Gehör zu finden. Von Randow hat für diese ethischen Grundsätze, auch nach seiner Pensionierung, gelebt.

Wir wollen dem Kameraden Hans Hermann von Randow durch unser Gebet danken und Gott bitten, dass er ihn in die ewige Heimat aufnimmt, seiner Familie aber seinen Trost schenkt. (Helmut Fettweis)

Der Paderbomer Weihbischof Reinhard Marx ist neuer Vorsitzender der Deutschen Kommission Justitia et Pax. Marx ist damit Nachfolger von Weihbischof Leo Schwarz (Trier), der nicht mehr für dieses Amt kandidiert hatte. Zu stellvertretenden Vorsitzenden wurden die entwicklungspolitische Sprecherin des ZdK, Prof. Barbara Krause, und ZdK-Generalsekretär Dr. Stefan Vesper gewählt. Weitere Vorstandsmitglieder sind der Präsident von Missio Aachen, Pater Dr. Hermann Schalück, sowie Karl Osner, Geschäftsführer der Gesellschaft zur Förderung des Nord-Süd-Dialogs. Der Leiter der Zentralstelle Weltkirche der Bischofskonferenz, Pater Gerhard Mockenhaupt, gehört dem Vorstand als geborenes Mitglied an.

Der neuen 29-köpfigen Justitia et Pax-Kommission gehören fünf Bischöfe bzw. Weihbischofe, Vertreter des ZdK, aus Werken und Katholischen Verbänden sowie weitere Experten an. Für den BDKJ wurde Bundespräses Rolf-Peter Cremer berufen.

Oberst Dr. Klaus Achmann, Vorsitzender Sachausschuss „Sicherheit und Frieden“, ist als Berater in die deutsche Kommission JUSTITIA ET PAX (Gerechtigkeit und Frieden) berufen worden. Für ihn wird **Oberstleutnant Helmut Jermer**, Vorsitzender Sachausschuss „Innere Führung“, Mitglied in der ständigen Arbeitsgruppe „Dienste für den Frieden“ dieser Kommission.

Hubert Tintelott (52), seit 1973 Generalsekretär des Internationalen Kolpingwerkes, hat das Bundesverdienstkreuz bekommen. Er erhielt die Auszeichnung am 28. Oktober 1999 im Bonner Entwicklungsmuseum von Staatssekretär Erich Stather für Verdienste um den Aufbau von Selbsthilfeverbänden in den Ländern der so genannten Dritten Welt.

Tintelott ist in zahlreichen katholischen Gremien engagiert, so als Vorstandsvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe (AGEH), die als staatlich anerkannter Personaldienst Fachkräfte in

Entwicklungs-Projekte in aller Welt vermittelt, als Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Katholischen Organisationen Deutschlands (AGKOD), die die Zusammenarbeit der Verbände koordinieren soll, und als Mitglied im Hauptausschuss des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK). Seit Tintelotts Amtsantritt beim Kolpingwerk stieg die Zahl der in dem Sozialverband engagierten Länder von 16 auf 50. Die Mitgliederzahl wird mit einer knappen halben Million angegeben.

Karl-Heinz Woitzik, stellvertretender Vorsitzender des GKS-Kreises Bonn und der stellvertretende Landesvorsitzende des Reservistenverbandes, ist vom Erzbistum Köln in einen neu eingerichteten Sachausschuss „Medien und Öffentlichkeitsarbeit“ berufen worden. Woitzik ist seit Jahren im Diözesanrat Mitglied im Sachausschuss „Frieden – Entwicklung – Mission“. Hauptberuflich arbeitet er als Redakteur bei der Deutschen Welle. □

Mitgliederversammlung 2000 des FGKS

Einladung

Im Namen des Vorstandes des Förderkreises der GKS (FGKS) lade ich zur Mitgliederversammlung 2000 ein.

Termin: Samstag, 26. Februar 2000, 14.30 - 15.30 Uhr

Ort: Haus des Katholischen Militärbischofs, Joachimstr. 10/12, 53113 Bonn

Teilnahme: Steht allen Mitgliedern des FGKS frei

Kosten: Sind selbst zu tragen, einschließlich Fahrtkosten.

Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes 2. Bericht der Kassenprüfer

- 3. Entlastung des Vorstandes
- 4. Vorstellen der Geschäftsordnung
- 5. Sonstiges

Eine weitere Einladung erfolgt nicht. Mitglieder des FGKS, die an der Mitgliederversammlung teilnehmen wollen, teilen Sie dies bitte baldmöglichst der Geschäftsstelle der GKS, z.H. Referent BV, Oberst a.D. Jürgen Bringmann, Breite Straße 25, 53111 Bonn, schriftlich, per Fax (0228/638763) oder eMail (ONDILO-GKS-AMI@t-online.de) mit.

Mit freundlichen Grüßen Karl-Jürgen Klein Vorsitzender FGKS

Änderungsmeldung Förderkreis GKS

Förderkreis der Gemeinschaft Katholischer Soldaten e.V.



ÄNDERUNGSMELDUNG Umzug? Kontoänderung?

Bitte unbedingt angeben

Mitgliedsnummer		
Name, Vorname		
Alte Anschrift		
Straße, Hs.-Nr.:		
PLZ, Ort		
Wehrbereich		
GKS - Kreis		
Neue Anschrift		
Straße, Hs.-Nr.:		
PLZ, Ort		
Wehrbereich		
GKS - Kreis		
Bankverbindung		
Kreditinstitut		
BLZ	Konto-Nr.:	
Hiermit ermächtige ich den FGKS e.V. widerruflich den Jahresbeitrag zu Lasten meines Girokontos mittels Lastschrift einzuziehen.		
Ort, Datum, Unterschrift		
Dann füllen Sie bitte das Formular aus und senden es an folgende Adresse:		
Förderkreis der Gemeinschaft Katholischer Soldaten e.V.		
Schatzmeister		
Hubert BERNERS		
Mecklenburger Straße 11		
48317 Drensteinfurt		
FAX: 02508-985576	Tel: 02508-984639	e-mail Hubert.Berners@t-online.de

Bringmann, Jürgen
Oberst a.D., Referent des Bundesvorstandes der GKS, Bonn; Generalsekretär AMI

Brockmann, Heinz Wilhelm
Präsident des Niedersächsischen Landesprüfungsamts für Lehrämter. Mitglied im Zentralkomitee der deutschen Katholiken, Berater der Jugendkommission der Deutschen Bischofskonferenz und Vorsitzender der Katholischen Erwachsenenbildung Niedersachsen.

Gabriel, Karl
Prof. Dr.; studierte bei Ratzinger Theologie und bei Kaufmann Soziologie; Lehrstuhlhaber und Leiter des Instituts für Christliche Sozialwissenschaften an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Münster.

Kirchbach, Hans Peter von
General, Generalinspekteur der Bundeswehr

Jermer, Helmut
Oberstleutnant im Streikräfteamt, Mitglied im ZdK und in der Zentralen Versammlung, Vorsitzender des Sachausschusses „Innere Führung“ der GKS.

Lather, Karl-Heint
Generalmajor, Befehlshaber im Wehrbereich V Sigmaringen und Kommandeur 10. Panzerdivision

Liebetanz, Klaus
Major a.D., Berater für humanitäre Hilfe im Ausland, Dörverden/Aller.

Marienfeld-Czesla, Claire
Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages seit 11.05.1995, MdB CDU von 1990 bis 1995, Mitglied der Parlamentarierversammlung des KSZE/OSZE von 1992 bis 1995

Moniac, Rüdiger
freier Journalist, Schwerpunkt Außen- und Sicherheitspolitik

Nabbefeld, Prälat Jürgen
Militärgeneralvikar und Leiter des Katholischen Militärbischofsamtes, Bonn.

Overmann, Pater Michael
Mitglied der Ordensgemeinschaft der Salvatorianer; Dipl. Sozial-Pädagoge u. Dipl. Theologe; Pfarrer für den Bundesgrenzschutz in Berlin.

Stuff, Eckhard
Journalist; am Sender Freies Berlin zuständig für die Aus- und Weiterbildung des Nachwuchses und der Mitarbeiter.

Theis, Prälat Walter
Militärdekan, Leiter des Referats „Kirche und Gemeinde“ im Katholischen Militärbischofsamt, Geistlicher Beirat der GKS auf Bundesebene.

Zulehner, Prof. Dr. Paul M.
Lehrstuhl für Pastoraltheologie in Wien. Zahlreiche Publikationen zu religionssoziologischen, kirchensoziologischen und pastoraltheologischen Themen.



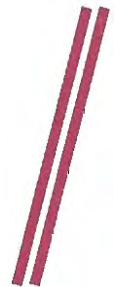
Einladung zum Festakt der GKS Bonn anlässlich des Weltfriedenstages 2000

am Dienstag, den 21.03.2000, um 18 Uhr, im Collegium Josephinum Bonn

Festvortrag von Bischof Dr. Hartmut Löwe, Evangelischer Militärbischof,

„Krieg führen um des Friedens willen?“

Über einige ethische und sicherheitspolitische Probleme
bei der Durchsetzung der Menschenrechte“



Erhalten Sie die Zeitschrift AUFTRAG regelmäßig? – Gibt es Probleme mit der Zustellung?

Stimmt Ihre Anschrift nicht, hat sich Ihre persönliche Situation (Umzug, Versetzung, Dienstgrad, Pensionierung ...) geändert?

Mitgliedern des Fördervereins der GKS (FGKS) wird AUFTRAG als Einzelexemplar ins Haus gesandt.

Füllen Sie den untenstehenden Abschnitt aus und schicken Sie ihn im Fensterumschlag an die eingetragene Adresse



Bitte senden Sie die GKS-Zeitschrift AUFTRAG an die folgende Anschrift:

Name:

Vorname:

Dienstgrad/Titel:

Straße, Hausnummer:

PLZ, Ort:

Redaktion AUFTRAG
c/o Paul Schulz
Postfach 37 68

51537 Waldbröl

Bitte ankreuzen: Ich bin

☐

Mitglied im FGKS

☐

möchte Mitglied im FGKS werden

☐

Vorsitzender im GKS-Kreis in

☐

Ansprechpartner der GKS in

☐

Mitglied im Sachausschuss

Festkalender der Religionen

Kirchenjahr 1999/2000

Der Jahreskreis der christlichen Feste heißt Kirchenjahr. Seine einzelnen Elemente erinnern an Gottes Handeln in Jesus Christus. Das Kirchenjahr beginnt am ersten Adventssonntag und endet mit dem Christkönigsfest am letzten Sonntag vor Adventsbeginn. Der Advent gilt als Zeit der Vorbereitung auf das Fest der Geburt Jesu am 25. Dezember. Der Weihnachtsfestkreis endet am Sonntag nach dem 6. Januar, dem Dreikönigsfest, mit dem Gedenken an die Taufe Jesu. Der Osterfestkreis beginnt Aschermittwoch mit der 40-tägigen Fastenzeit. Die Feier der Auferstehung Christi ist dann das höchste Fest der Christen. Die Osterzeit dauert 50 Tage und schließt an Pfingsten, dem Fest des Heiligen Geistes. Außerhalb der Weihnachts- und Osterzeit gliedert sich das Kirchenjahr im Wesentlichen nach den einzelnen Sonntagen. Unabhängig davon gedenkt die katholische Kirche an jedem Tag bestimmter Heiliger. Die heutige Gestalt des Kirchenjahres ist Ergebnis eines langen geschichtlichen Prozesses und wurde seit Entstehung des Christentums häufig geändert.

Das Jahr 2000 ist von Papst Johannes Paul II. zum Heiligen Jahr ausgerufen worden. Das Heilige Jahr 2000 beginnt mit der Öffnung der Heiligen Pforte im Petersdom am 24. Dezember 1999.

Datum	Festtag
So 28. Nov	Erster Advent
Sa 04. Dez	Heilige Barbara
Mo 06. Dez	Heiliger Nikolaus
Fr 24. Dez	Heiligabend
Sa 25. Dez	Weihnachten (Hochfest der Geburt des Herrn)
So 26. Dez	Zweiter Weihnachtstag (Stephanus)
Fr 31. Dez	Silvester
Sa 01. Jan	Neujahr
Do 06. Jan	Dreikönigsfest (Epiphanie)
Mi 08. Mar	Aschermittwoch (Beginn der 40-tägigen Fastenzeit)
So 16. Apr	Palmsonntag (Beginn der vorösterlichen Karwoche)
Do 20. Apr	Gründonnerstag (Erinnerung an das letzte Abendmal)
Fr 21. Apr	Karfreitag (Erinnerung an den Kreuzestod Jesu)
Sa 22. Apr	Karsamstag (Ende der 40-tägigen Fastenzeit)
So 23. Apr	Ostersonntag (Fest der Auferstehung des Herrn)
Mo 24. Apr	Osternmontag
So 30. Apr	Weißer Sonntag (Erstkommunion)
11. - 15. Mai	Eisheilige
Do 01. Jun	Christi Himmelfahrt
So 11. Jun	Pfingsten (Fest der Herabkunft des Hl. Geistes)

Mo 12. Jun	Pfingstmontag
Do 22. Jun	Fronleichnam
Do 29. Jun	Peter und Paul
Di 11. Jul	Heiliger Benedikt
Mi 09. Aug	Heilige Edith Stein
Di 15. Aug	Mariä Himmelfahrt (Aufnahme Mariens in den Himmel)
So 01. Okt	Erntedankfest
Mi 01. Nov	Allerheiligen
Do 02. Nov	Allerseelen
Sa 11. Nov	Heiliger Martin / Elfster im Elften
Mi 22. Nov	Buß- und Bettag
Sa 02. Dez	Letzter Tag des Kirchenjahres 1999/2000

Weltfriedenstag (1. Januar)

„Friede auf Erden den Menschen, die Gott liebt“ lautet das Motto des Weltfriedentags 2000 am 1. Januar. Die katholische Kirche begeht diesen Welttag zum 33. Mal, nachdem Papst Paul VI. den Neujahrstag 1967 zum Welttag des Friedens erklärt hatte.

In seiner Botschaft zum Weltfriedenstag 2000 machte Papst Johannes Paul II. deutlich, dass Frieden möglich sei, wenn die Menschheit Gott suche und Gott finde, heißt es in einer Vatikanerklärung anlässlich ihrer Veröffentlichung. Angesichts der tragischen und blutigen Konflikte zum Ende des Jahrtausends sowie der Globalisierung wolle der Papst alle Menschen einladen, wirksam am Aufbau des Friedens mitzuwirken. Das Jubiläumsjahr 2000 müsse Anlass für „intensives Gebet und neue Bemühungen sein, um den Krieg als Instrument zur Lösung von Gegensätzen zu überwinden“. Waffen seien ungeeignet, Frieden aufzubauen. Jeden Tag werde es dringlicher, andere Mittel zur Entschärfung von Konflikten und zum Aufbau friedlicher Beziehungen zwischen den Völkern zu garantieren.

Die kath. Kirche begeht 2000 folgende Welttage

Datum	Welttag
Sa 1. Jan	Welttag des Friedens
Mi 2. Feb	Welttag des gottgeweihten Lebens
Fr 11. Feb	Welttag des Kranken
Fr 3. Mar	Weltgebetstag der Frauen
So 14. Mai	Welttag für die geistlichen Berufe
Do 1. Jun	Welttag der katholischen Schule
So 10. Sep	Welttag der sozialen Kommunikationsmittel – Mediensonntag ¹
Fr 29. Sep	Welttag der Migranten und Flüchtlinge ^{1,2}
So 22. Okt	Sonntag der Weltmission

1 In Deutschland anderer Termin als weltweit

2 Freitag der Woche des ausländischen Mitbürgers

* * *

Jüdische Festtage 2000

Die israelische Jahreszählung beginnt mit der Schöpfung im Jahr 3760 vor der gregorianischen Zeitrechnung. Am 1. November 2000 beginnt im Judentum das Jahr 5761.

Der jüdische Festkalender orientiert sich an den Mondphasen. Weil Schaltmonate (Adar und Adar scheni) die daraus entstehenden Abweichungen gegenüber dem Sonnenkalender ausgleichen, kehren die Feste immer in der gleichen Jahreszeit wieder. Die hohen Festtage gründen auf Abschnitten der Tora, den „fünf Büchern Mose“ des Alten Testaments, und verbinden zwei Grunderfahrungen Israels miteinander: das Erleben der Schöpfung im Rhythmus der Jahreszeiten als Gabe Gottes und die Führung des Volkes Israel durch Gott im Lauf der Geschichte.

Der Sabbat ist jeweils Höhepunkt der Woche und verkörpert mit seiner wöchentlichen Wiederkehr den Grundrhythmus der Schöpfung. Er erinnert an das Ruhen Gottes nach der Erschaffung der Welt (Ex 20,11) und an den Auszug aus Ägypten (Dtn 5,12-15). Der Sabbat beginnt am Freitagabend und endet am Samstagabend jeweils mit Einbruch der Dämmerung. Juden ist es in dieser Zeit unter anderem nicht erlaubt, weite Wege zurückzulegen und zu arbeiten.

Jüdische Festtage 2000 (5760/5761)

Datum	Festtag
Di 21. Mar	Purim (Losfest. Rettung durch Königin Ester)
Do 13. Apr	Jom ha Shoah (Holocaust Gedenktag)
20.-26. Apr	Pessach (Gedenken an den Auszug aus Ägypten)
9./10. Jun	Schawuot (Wochenfest. Fest der Sinaigesetzgebung)
30. Sep/1. Okt	Rosch Haschana (Neujahr 5761)

Mo 9. Okt	Jom Kippur (Versöhnungsfest)
14./15. Okt	Sukkot (Beginn des Laubhüttenfestes)
Fr 20. Okt	Schemini Azeret (Schluß des Laubhüttenfestes)
Sa 21. Okt	Simchat Tora (Fest der Thorafreude)
22.-29. Dez	Chanukka (Lichterfest. Fest der Tempelweihe)

* * *

Islamische Festtage 2000

Der islamische Festkalender ist am Mondjahr ausgerichtet. Da kein Ausgleich zum Sonnenjahr durch Schaltzeiten erfolgt, verschieben sich die Festtermine jährlich um ca. elf Tage. 33 islamische Jahre entsprechen etwa 32 Sonnenjahren. Die islamische Zeitrechnung beginnt am 16. Juli 622 n.Chr., dem ersten Tag des Mondjahres, in dem der Prophet Mohammed von Mekka nach Medina übersiedelte (Hidjra).

Islamische Festtage 2000 (1420/1421)

Datum	Festtag
3./4. Januar	Nacht der Bestimmung (Erste Koran-Offenbarung an Mohammed)
(09.12.)-08. Jan	Ende des Fastenmonats Ramadan (Fest des Fastenbrechens)
Do 16. Mar	Opferfest (Abschluß der Mekka/Medina-Wallfahrt)
Do 06. Apr	Beginn des islamischen Jahres 1421
Mi 26. Apr	Ashura (Sunniten: Errettung der Arche Noahs. Schiiten: Trauertag)
Do 15. Jun	Mevlid Kandili (Mohammeds Geburtstag)
Mo 27. Nov	Beginn des Fastenmonats Ramadan (bis 27. Dezember 2000)

* * *

Historische Gedenktage (Auswahl)

10.01.1920	(80)	Der Versailler Friedensvertrag tritt in Kraft.
10.01.1920	(80)	Der Völkerbund beginnt seine Arbeit.
14.01.1875	(125)	Albert Schweitzer (1875-1965), Theologe, Arzt und Philosoph, geboren.
26.01.1950	(50)	Mit Inkrafttreten der Verfassung wird Indien eine demokratisch föderative Republik.
05.03.1970	(30)	Der Vertrag über die Nichtverbreitung von Atomwaffen tritt in Kraft.
11.03.1985	(15)	Michail Gorbatschow wird Generalsekretär der KPdSU. Mit seiner Glasnost- und Perestroika-Politik leitete er das Ende der UdSSR ein.

13.03.1920	(80)	Kapp-Putsch in Berlin. Der Putsch von rechts scheitert am 17. März als Folge des Generalstreiks der Gewerkschaften
18.03.1990	(10)	In der DDR finden die ersten und letzten freien Wahlen zur Volkskammer statt.
19.03.1970	(30)	Bundeskanzler Brandt und DDR-Ministerpräsident Stoph treffen in Erfurt zum ersten innerdeutschen Gipfgespräch zusammen.
21.03.1975	(25)	Abschaffung der Monarchie in Äthiopien. Offizielles Ende der ältesten Regierungsinstitution der Welt.
24.03.1980	(20)	Erzbischof Oscar Arnulfo Romero y Galdamez von San Salvador während eines privaten Gottesdienstes am Altar erschossen.

TERMINE 2000

Januar					
17.01.	EA GKS Bonn	31.03.-02.04.	AK/WB-Konf WB VI in Kempten	14.-18.06.	Seminar 3. Lebensphase in Cloppenburg
20.01.	Internat. Soldaten-gottesdienst zum Welt-friedenstag in Kölner	April		August	
28.01.	JEmpfang MGv für Vorst. ZV und EA GKS in Bonn	03.04.	EA GKS Bonn	21.08.	Redaktionsschluss AUFTRAG 241
29.01.	Vorstand ZV Bonn	14.-16.04.	WBKonf WB IV Kloster Maria-Engelport	September	
Februar		29.04.-01.05.	Vorkonferenz WdB mit BV GKS	22.-24.09	BV GKS im Haus Marienberge, Katzwinkel-Elkhausen
21.02.	Redaktionsschluss AUFTRAG 239	Mai		Oktober	
26.02.	BV GKS Bonn	01.-06.05.	40. WdB in der Kolping-Familienferienstätte am Kummerower-See/Mecklenburg-Vorpommern	20.-21.10.	AK/WBKonf WB I in Parchim
26.02.	Mitgliedervers FGKS			20.-22.10.	AK/WB WB VI in Volkers-berg
18.-20.02.	AK/WBKonf WB II in Werningerode	03.-05.05.	GKMD Haupttagung FD	18. - 22.10.	Seminar 3. Lebensphase in Nürnberg
26.02.	BV GKS Bonn	19.05.	EA GKS Bonn	21.10.	Vorstand ZV Bonn
März		22.05.	Redaktionsschluss AUFTRAG 240	27.-29.10.	AK/WBKonf WB III in Wermelskirchen
02.-05.03.	AK/WBKonf WB I in Ratzeburg	26.-28.05.	Vorbereitungsseminar in Waldbrol für den 94. Kath. Tag	November	
09.-10.03.	ArbKonf KWBD IV in Mainz	26.-28.05.	WBKonf WB III in Wermelskirchen	12.-15.11.	AMI-Konferenz in Rom
10.-12.03.	AK/WBKonf WB III in Günne/Möhnesee	31.05.-04.06.	94. Kath.Tag Ham-burg mit zentraler Werkwoche	15.-22.11.	Internationale Rom-Wall-fahrt der Militärseelsorge zum Hl. Jahr
15./16.03.	GKMD ständiger ArbKrs Marienhof bei Bonn			23.11.	Redaktionsschluss AUFTRAG 242
15.-19.03.	Seminar 3. Lebens-phase in Nürnberg	Juni		24.-26.11.	AK/WBKonf WB II in Wörphausen
21.03	Feier Weltfriedenstag der GKS Bonn	17.06.	Vorstand ZV Bonn	27./28.11.	Herbstkonferenz
		19.06.	EA GKS Bonn		

Verwendete Abkürzungen: AGKOD – Arbeitsgemeinschaft Katholischer Organisationen Deutschlands, AK – Arbeitskonferenz des Wehrbereichsdekans, AMI – Apostolat Militaire International, BuKonf – Bundeskonferenz, BV GKS – Bundesvorstand der GKS, EA – Exekutiv-ausschuss, GKMD – Gemeinschaft der katholischen Männer Deutschlands, IS – Internationaler Sachausschuss, MGv – Militär-generalvikar, SA InFü – Sachausschuss „Innere Führung“, SA S+F – Sachausschuss „Sicherheit und Frieden“, SA KI – Sachausschuss „Konzeption und Information“, WB – Wehrbereich, WdB – Woche der Begegnung, ZV – Zentrale Versammlung

BUCHBESPRECHUNGEN

Das politische Buch

Christopher Andrew/Wassili Mitrochin: Das Schwarzbuch des KGB. Moskaus Kampf gegen den Westen. Propyläen Verlag, Berlin 1999, 848 S., DM 58,00

„Was aber am meisten überrascht, ist nicht der plötzliche Tod des kommunistischen Regimes Ende 1991, sondern die Tatsache, dass es fast siebenundfünfzig (richtig: 75) Jahre überleben konnte. Ohne das von Lenin und Dserschinski geschaffene Überwachungs- und Unterdrückungssystem und ohne den großen Feldzug des KGB gegen ideologische Subversion während des Kalten Krieges wäre die kommunistische Ära von viel kürzerer Dauer gewesen. Der KGB war wirklich „Schwert und Schild“ des sowjetischen Systems gewesen.“

Ohne Zweifel hatte der KGB wesentlichen Anteil daran, dass die Herrschaft der Kommunistischen Partei solange anhalten konnte. Keine komplette Geschichte des sowjetischen Geheimdienstes, eher ein Drama in mehreren Akten erzählt der frühere KGB-Archivar Wassili Mitrochin in Zusammenarbeit mit dem englischen Historiker Christopher Andrew in dem „Schwarzbuch des

KGB“. Grundlage des 850 Seiten-Wälzers sind geheime Dokumente, die Mitrochin in den siebziger und achtziger Jahren aus dem KGB-Archiv schmuggelte.

Allerdings kommt dabei – entgegen mancher Ankündigung – nichts Sensationelles zum Vorschein. Im Kapitel 24 („Die Bundesrepublik Deutschland“) wird ein wenig mit den bekannten Namen Brandt, Wehner, Bahr herumjongliert, ohne Konkretes zu Tage zu fördern. Und einen anonym bleibenden CDU-Politiker gibt es schließlich auch noch. Das ist aus heutiger Sicht eher kalter Kaffee als kalter Krieg.

Wesentlich spannender sind da schon Mitrochins Schilderungen der polnischen Ereignisse der späten siebziger und achtziger Jahre. Hier wird die Sackgasse, in die das kommunistische Regime ging, deutlich. Die polnische Krise und – wie sich später herausstellte – der Anfang eines langen Auflösungsprozesses begann am 16. Oktober 1978 mit der Wahl des Erzbischofs von Krakau, Kardinal Karol Wojtyla, zum Papst. Schon seit Beginn der siebziger Jahre wurden Wojtylas Aktivitäten vom KGB und der polnischen Führung

mit Sorge gesehen, war dieser doch vergleichsweise freimütig und deutlich mit seiner Kritik am kommunistischen System: „Die Kollektivierung hat zur Zerstörung des Individuums und seiner Persönlichkeit geführt.“ Mit seinen Äußerungen verstieß er gegen das Strafgesetz, doch schon das Giersek-Regime wagte es nicht, ihn unter Anklage zu stellen. Und als Papst wuchs seine Autorität gegenüber einer Bevölkerung, die zu 90 Prozent katholisch war, noch an. Seine erste offizielle Polenreise im Juni 1979 wurde zu einem Triumphzug: „Während der folgenden neun Tage kamen mindestens zehn Millionen Menschen, um ihn zu sehen und zu hören; die meisten der übrigen 25 Millionen verfolgten seine triumphale Reise im Fernsehen. Am Ende seines Besuchs, als der Papst Abschied von seiner Heimatstadt Krakau nahm, wo „mir jeder Stein und Ziegel teuer ist“, wie er sagte, weinten Männer und Frauen hemmungslos auf der Straße. Der Gegensatz zu dem politischen Bankrott des kommunistischen Regimes und der moralischen Autorität der katholischen Kirche war für alle deutlich erkennbar.

Immer wieder gab es beim KGB und beim polnischen Geheimdienst Hoffnungen auf ein schnelles Ableben des Papstes. Mal diagnosti-

zierte man angeblich Leukämie, mal Wirbelsäulenkrebs. Bis heute hat der polnische Papst erst diverse Generalsekretäre und dann das kommunistische System überlebt. Er war ein wesentlicher Motor des politischen Wechsels in Europa.

Die polnische Situation geriet schließlich vollends aus der Kontrolle mit dem Erstarken der Solidarnosc und dem Auftauchen des bis dahin unbekannten polnischen Elektrikers Lech Walesa, der auf der Danziger Werft arbeitete.

Andrew und Mitrochin haben ein fesselndes Buch geschrieben, das Einblick in die Welt des KGB gewährt und den Zusammenbruch der kommunistischen Herrschaft von innen her erhellt. Ärgerlich ist nur das Auftauchen kleiner Fehler, die manchmal mangelnde Sorgfalt verraten. (Eckhard Stuff)

Henry A. Kissinger: Jahre der Erneuerung. Erinnerungen. Bertelsmann Verlag, München 1999, 987 S., DM 78,00

Henry Kissinger hat den dritten und abschließenden Band seiner Erinnerungen vorgelegt. Die ersten beiden Memoiren-bände über die Nixon-Jahre 1968-1974 sind vor mehr als 15 Jahren erschienen. Dieser Nachzügler befasst sich mit der Präsidentschaft von Gerald Ford ... und natürlich vor allem mit der Rolle Kissingers in der damaligen amerikanischen Außenpolitik. Er führte zunächst auch unter Ford beide Ämter weiter, die er zuletzt in der Nixon-Administration innegehabt hatte: Außenminister und Nationaler Sicherheitsberater. In der zweiten Funktion wurde er nach gut einem Jahr, im Herbst 1975, abgelöst von Brent Scowcroft.

Zu Beginn des dritten Bandes würdigt Kissinger noch einmal Nixons außenpolitische Leistungen: „War Harry Truman der Baumeister der Institutionen, die den Kalten Krieg gewannen, war Ronald Reagan die treibende Kraft des Endspiels, so stellte Richard Nixon die Schlüsselfigur des mittleren Zeitabschnitts dar. Während Reagans Präsidentschaft wurden die wichtigsten Orientierungspunkte für die amerikanische Politik der letzten beiden Jahrzehnte des Kalten Krieges gesetzt. Zugleich löste sich Amerika aus der Tragödie von Vietnam.“

Ob die Bedingungen, zu denen die Vereinigten Staaten ihre Truppen aus Vietnam am Ende der Präsidentschaft Nixons abzogen, noch so ehrenhaft waren – wie Kissinger schreibt –, darüber mag man streiten. Aber zweifellos ist Nixon und Kissinger der Durchbruch im Verhältnis zur anderen damaligen Supermacht, der Sowjetunion, gelungen. Diese Entspannung zwischen Washington und Moskau gab der neuen deutschen Ostpolitik von Willy Brandt und Walter Scheel überhaupt erst eine Chance. Und die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in Helsinki 1975 – schon mit Präsident Ford – hatte aus heutiger Sicht ungeheure Langfristwirkungen. Die KSZE-Akte war wichtige Grundlage des Umbruchs in Ost- und Mitteleuropa. Von besonderer Delikatesse war Kissingers Spiel mit der chinesischen Karte. Denn: China war zu einem bedeutenden Machtfaktor geworden, der bis dahin von der amerikanischen Außenpolitik ignoriert worden war. Kissinger

schildert Gespräche mit Mao: „Maos Gespräche mit uns kreisten stets um zwei Themen: die von ihm zunehmend präzisierte Notwendigkeit, eine gemeinsame internationale Strategie zu entwickeln, und die innere Situation Chinas, auf die er sich immer bruchstückhafter bezog. In den internationalen Fragen war geopolitisches und entscheidendes ideologiefreies Denken für ihn charakteristisch.“ und: „Er lachte schallend bei dem Gedanken, irgend jemand könnte eine Lösung ernst nehmen, die jahrzehntelang auf allen Plakaten und an den Mauern aller öffentlichen Gebäude in China prangte. Mit ähnlichem Sarkasmus bekannte Mao, er habe viel lieber mit konservativen Führern des Westens wie Richard Nixon, Edward Heath oder Georges Pompidou zu tun, weil diese ein tiefes Mißtrauen gegen die Sowjetunion hegten. Ihre linken Gegenspieler dagegen seien sentimental, unrealistisch und für die Friedensoffensive der Kommunisten anfällig.“

War amerikanischer Idealismus und Interventionismus zunächst durch die im Vietnamkrieg geopfertem Söhne, Ehemänner und Freunde diskreditiert, brachten doch schließlich das Bewußtwerden eines Gefühls der Erniedrigung in Vietnam und vor allem der Watergate-Skandal die Realpolitik von Nixon und Kissinger in die Schußlinie der Kritik. Seit 1973 sahen sie sich einer ständig wachsenden Kritik gegenüber, die ein moralisches Vakuum im Zentrum der amerikanischen Außenpolitik beklagte. Diese Welle von Empörung erfasste auch die Regierung Ford. Dabei waren Menschenrechte – wenn auch aus unterschiedlichen Motiven – ein gemeinsames Thema der intellektuellen Kritik von „Rechts“ und „Links“.

Die innenpolitische Kritik an seiner Außenpolitik handelt Kissinger ebenfalls ab. So ergibt sich insgesamt ein weltpolitischer Leitfaden durch die Jahre 1974 bis 1976, der durch die vielen Schilderungen der führenden Persönlichkeiten jener Jahre trotz des Umfangs von knapp 1000 Seiten nie langweilig wird. Voraussetzung für die Lektüre ist allerdings ein hohes Interesse an amerikanischer Außenpolitik, also an Henry Kissinger. (Eckhard Stuff)

Unterhaltung

Tom Clancy: „Operation Rainbow“. Aus dem Amerikanischen von Nikolaus Gatter. Wilhelm Heyne Verlag, München 1999, ISBN 3-453-15289-1. 888 Seiten, gebunden. DM 49,80.

Tom Clancy, Jahrgang 1948, wurde bereits mit seinem ersten Thriller „Jagd auf Roter Oktober“ zum internationalen Erfolgsautor. Seitdem hat er neun Bestsellerromane geschrieben (darunter „Im Sturm“ – „Red Storm rising“), dazu zwei Sachbücher über Atom-Flugzeugträger und Atom-U-Boote, die international große Anerkennung gefunden haben. Es gibt wohl keinen anderen Spannungsauteur, der über militärische und militärtechnische Fakten so viel weiß wie Clancy – und leider ist der sonst gute Übersetzer auf diesem Gebiet nicht sehr beschlagene.

In seinem neuesten Roman „Operation Rainbow“ stellt der Autor eine neue ameri-

kanische Antiterrorereinheit mit dem Namen „Rainbow“ vor, die von John Clark, ehemaligen Angehörigen einer Elitetruppe der Marine, geleitet wird. Kaum hat John Clark sein internationales Team erfolgreich zusammengestellt, kommt es bereits zum Einsatz: Eine Terrorgruppe überfällt in der Schweiz eine Bank, nimmt in Österreich einen Multimillionär auf seinem Schloß als Geisel, kidnappet in einem spanischen Vergnügungspark französische Kinder, um den berühmtesten Terroristen Carlos freizupressen.

Zwar scheinen alle diese Anschläge nichts miteinander zu tun zu haben, doch natürlich steckt mehr dahinter. Eine Gruppe von fanatischen Männern und Frauen hat ein Komplott ungeheuerlichen Ausmaßes ersonnen, das zum Ziel hat, die Erde nach ihren Vorstellungen „umweltfreundlich“ neu zu gestalten – und das würde die geplante und akzeptierte Vernichtung eines Großteils der Menschheit bedeuten.

Ideologisch und fanatisch überhöhter Wille zum Schutz der Umwelt und unseres Planeten (dem gar eine personale Identität zugestanden wird), internationaler Terrorismus und biologische Kriegführung sowie Fragen der Gen-Technik werden in diesem spannenden und dennoch nicht unrealistischen Roman anschaulich und weitgehend sachgerecht mitbehandelt. Man kann kaum aufhören zu lesen. (Jürgen Bringmann)

An anderer Stelle besprochen

Gerd R. Ueberschär/Winfried Vogel: Diensten und Verdienen. Hitlers Geschenke an seine Eliten. S. Fischer Verlag, Frankfurt/Main 1999, 302 S., DM 44,00 (s.S.61).

Zeugen für Christus. Das deutsche Martyrologium des 20. Jh., hrsg. von Helmut Moll im Auftrag der DBK. Verlag Schöningh, Paderborn 1999, 2 Bde., LXIV + 1.308 Seiten, 438 Abb., Leinen, DM 98,00 (s.S. 65).

ZU GUTER LETZT: Christentum hat an Integrationskraft verloren

In einer Zeit gesellschaftlicher Umbrüche und Übergänge hat das Christentum nach Ansicht des Freiburger Soziologen Michael Ebertz an Integrationskraft und Verbindlichkeit verloren. Die Menschen seien zwar „unheilbar religiös“, aber weniger in kirchlich oder konfessionell geprägtem Sinn. An die Stelle der christlichen Hoffnung rückten heute als neue diesseitige Formen von Religiosität die Wertschätzung der eigenen Familie und ein möglichst intensiver und langer Lebensgenuss. Religiosität sei nicht mehr selbstverständlich. (KNA)



Der Königsteiner Engel

Der »siebte Engel mit der siebten Posaune« (Offb 11,15–19) ist der Bote der Hoffnung, der die uneingeschränkte Herrschaft Gottes ankündigt. Dieser apokalyptische Engel am Haus der Begegnung in Königstein/Ts., dem Gründungsort des Königsteiner Offizierskreises (KOK), ist heute noch das Traditionszeichen des GKS, das die katholische Laienarbeit in der Militärseelsorge seit nunmehr 40 Jahren begleitet.

Das Kreuz der GKS

Das »Kreuz der GKS« ist das Symbol der Gemeinschaft Katholischer Soldaten. Vier Kreise als Symbol für die GKS-Kreise an der Basis formen in einem größeren Kreis, der wiederum die Gemeinschaft versinnbildlicht, ein Kreuz, unter dem sich katholische Soldaten versammeln.



Impressum

AUFTRAG ist das Organ der GEMEINSCHAFT KATHOLISCHER SOLDATEN (GKS) und erscheint viermal jährlich.

Hrsg.: GKS, Breite Straße 25, 53111 Bonn.

Redaktion: verantwortl. Redakteur Paul Schulz (PS), Oberstleutnant a.D., Satz und Layout; Klaus Brandt (bt), Oberstleutnant a.D., Redakteur; Helmut Fettweis (HF), Oberst a.D., Redakteur; Hauptmann Marco Schauff (MS), Redakteur

Zuschriften: Redaktion AUFTRAG
c/o Paul Schulz, Postfach 3763,
51537 Waldbröl, Tel/Fax: 02291-900461
oder 02295-1044 (bt),
e-Mail: GKS.Redaktion@t-online.de

Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Namensartikel werden allein vom Verfasser verantwortet. Nicht immer sind bei Nachdrucken die Inhaber von Rechten feststellbar oder erreichbar. In solchen Ausnahmefällen verpflichtet sich der Herausgeber, nachträglich geltend gemachte rechtmäßige Ansprüche nach den üblichen Honorarsätzen zu vergüten.

Druck: Köllen Druck & Verlag GmbH,
Ernst-Robert-Curtius-Str. 14, 53117 Bonn.
Überweisungen und Spenden an: Förderkreis der GKS e.V., Pax Bank eG Aachen,
BLZ: 391 601 91, Konto-Nr.: 1009439010.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe. Nachbestellung gegen eine Schutzgebühr von DM 10,- an den ausliefernden Köllen Verlag.